

DAS ARGUMENT 71

Argumente für eine soziale Medizin (III)

Editorial

W. F. Haug

Die Kampagne um das Zentralinstitut für Soziale Medizin
vor dem Hintergrund eines neuen McCarthyismus 1

Rainer Seidel

Bedingungen der Prävention psychischer Störungen 14

Erich Wulff

Psychopathie? – Soziopathie? 62

Harald Abholz und Irma Gleiß

Zur Frage der Anpassung in der psychiatrischen Therapie 79

Michael Lukas Moeller

Krankheitsverhalten bei psychischen Störungen
und die Organisation psychotherapeutischer Versorgung 88

Diskussion:

Hans Peter Dreitzel

Soziale Rolle und politische Emanzipation 110

Frigga Haug

Eine Rollentheorie im revolutionären Kostüm 130

Besprechungen

137

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber:

Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Heribert Adam (Vancouver), Günther Anders (Wien), Hans Dieter Boris (Marburg), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Marburg), Bruno Frei (Wien), Peter Fürstenau (Gießen), Peter Furth (Berlin), Imanuel Geiss (Hamburg), Manfred Hahn (Bremen), Heinz-Joachim Heydorn (Frankfurt/Main), Dieter Hirschfeld (Berlin), Baber Johansen (Berlin), Lars Lambrecht (Hamburg), Thomas Metscher (Bremen), Kurt Steinhaus (Marburg), Rolf Tiedemann (Frankfurt/Main), K. H. Tjaden (Marburg), Erich Wulff (Gießen).

Verlagsleitung und Anzeigen:

Dr. Chr. Müller-Wirth, 75 Karlsruhe 21, Postfach 21 0730, Tel. 0721/55955, Fernschreiber 7825909

Redaktion:

Sibylle Haberditzl, Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Bernd Schüngel, Dr. Friedrich Tomberg, Gerhard Voigt

Redaktion der Hefte 69 und 71: Heinz-Harald Abholz, Marno Braunsdorf, Frigga Haug, Christof Ohm, Dr. Udo Schagen, Rainer Seidel

Sekretariat: Dieter Krause

Redaktionsanschrift: 1 Berlin 33, Altensteinstraße 48 a

Telefon: (03 11) 7 69 26 15 (ab Frühjahr 1972: 8 31 49 15)

Besprechungen

Philosophie

Tomberg, Fritz: Mimesis der Praxis und abstrakte Kunst

(Metscher) 137

Heller, Agnes: Alltag und Geschichte (Erdheim) 144

Kurnitzky, Horst: Versuch über Gebrauchswert (Nemitz) 146

Friedrich Engels — Denker und Revolutionär (Fülberth) 148

Schlusser, Herta: Marxismus und Religion (Kurth) 149

Rendtorf, Trutz, u. Karl G. Steck: Protestantismus und Revolution (Kurth) 150

von Leewen, Arend Th.: Revolution als Hoffnung 151

(Fortsetzung auf Seite III)



DAS ARGUMENT erscheint 1972 in 12 Hefen mit einem Jahresumfang von insgesamt 1056 Seiten. Diese 12 Hefte werden in 6 Zeitungs-Nrn. (alle 2 Monate 1 Lieferung) teils als Einfach-, teils als Mehrfachhefte ausgeliefert. Die einzelnen Lieferungen werden fortlaufend nummeriert. — Preise: Einzelheft 3,50 DM, Doppelheft 7,— DM, Dreifachheft 10,50 DM. Studenten und Schüler erhalten Einzelhefte zum reduzierten Preis von 2,50 DM, Doppelhefte zu 5,— DM, Dreifachhefte zu 7,50 DM. Preis des Jahresabonnements 30,— DM zuzüglich Versandkosten (Preis für Studenten 24,— DM zuzüglich Versandkosten). Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Copyright Argument-Verlag GmbH, Berlin 1971. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. Konten: Deutsche Bank, Filiale Karlsruhe 1051 14, Postscheckkonto Karlsruhe 1363 60. Gesamtherstellung: C. F. Müller, Großdruckerei und Verlag GmbH., 75 Karlsruhe 21, Rheinstraße 122, Tel. 55955. — 1.—15. Tausend: Februar 1972.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Bestellkarte des Argument-Verlages bei.

Editorial:

Wolfgang Fritz Haug

Die Kampagne um das Zentralinstitut für Soziale Medizin vor dem Hintergrund eines neuen McCarthyismus

Vorbemerkung:

Der Titel *Argumente für eine Soziale Medizin (III)* bedarf der Erklärung. Das Heft erscheint als dritte Folge einer Serie, deren erste beide Teile¹ unter dem Titel *Kritik der bürgerlichen Medizin* veröffentlicht worden sind. Warum wird die Reihe umbenannt? — Hinzu kommt, daß die fachlichen Beiträge des vorliegenden Heftes dem Thema *Prävention und Therapie psychischer Störungen* gewidmet sind und dem umfassenden Anspruch des neuen Titels nicht so recht zu genügen scheinen.

Der Titel antwortet auf die Aufnahme, die die Beiträge der ersten beiden Hefte gefunden haben. Ihre Verfasser gerieten zum Teil in erbitterte wissenschaftspolitische Auseinandersetzungen, freilich nicht auf dem Niveau ihrer theoretischen Arbeiten, auf deren Inhalte sich die Gegner offensichtlich nicht einzulassen vermochten. Die Plazierung von Erich Wulff und Hans-Ulrich Deppe auf Berufungslisten zum in Gründung befindlichen *Zentralinstitut für Soziale Medizin (ZISM)* an der Westberliner Freien Universität wurde mit einer überregionalen Diffamierungskampagne beantwortet, worin auch die Veröffentlichungen im *Argument* eine Rolle spielten. Teils war von Pöstchenjagd einer Clique, teils vom hintergründig gesteuerten Kampf „der Kommunisten“ um die Macht in Institutionen die Rede. Die *Argument*-Hefte wurden dargestellt als Instrumente in einem derartigen Machtkampf. Die *Frankfurter Allgemeine* ließ zunächst den seit mehr als 5 Jahren aufgelösten *Argument-Klub* wiederauferstehen als Verschwörerzentrale und veröffentlichte drei Tage später eine kuriose „Rezension“ des Sonderbandes *Kritik der bürgerlichen Medizin*, worin durch literarischen Kunstgriff die *Argument*-Veröffentlichungen mit „Terrorismus“ assoziiert wurden².

1 Vgl. *Argument* Nr. 60, Sonderband, „Kritik der bürgerlichen Medizin (I)“, Dezember 1970. Ferner: *Argument* Nr. 69, „Lohnarbeit und Medizin / Kritik der bürgerlichen Medizin (II)“, Dezember 1971.

2 Kurt Reumann: Was liberale Wissenschaftler sich bieten lassen. Machtkampf am Berliner Zentralinstitut für Sozialmedizin, in: *FAZ*, 1. 12. 1971, S. 7. — Derselbe drei Tage später: Müssen arme Leute früher sterben? Machtkampf am Berliner Zentralinstitut für Sozialmedizin, in: *FAZ*, 4. 12. 1971.

Wir entnehmen dem, daß man höherenorts erschrickt über die zunehmend deutlicher sich artikulierende und in der Medizinerschaft immer breiter rezipierte Sozialkritik der Medizin. Die ungeweine Wichtigkeit der Sozialen Medizin und der personellen Besetzung des ihr gewidmeten neuen Instituts zu begreifen müsse man „von den Linken lernen“, forderte die Boulevardzeitung *Der Abend*³, die eine großaufgemachte dreiteilige Folge zu der „organisierten Kampagne von rechts“⁴ beisteuerte⁵. Und die *Frankfurter Allgemeine* hob die „hohe strategische Bedeutung“ der Sache ins Bewußtsein.

Worin besteht diese strategische Bedeutung von Forschung und Lehre für eine soziale Medizin? — Sie besteht darin, daß hier nicht nur unmittelbare Lebensinteressen der gesamten Bevölkerung berührt werden, sondern daß es die Produktionsverhältnisse selbst sind, durch die, in Form von Schäden an Leib und Seele, alle Gesellschaftsmitglieder mehr oder weniger betroffen sind, insbesondere aber die Lohnabhängigen. In der körperlichen Krankheitsform verstecken sich soziale Konflikte und Ausbeutungsverhältnisse. Die Medizin ist gespalten in eine in jedem Sinn private Erwerbsmedizin und eine regulierte Kassenmedizin für die Klasse der Lohnabhängigen. In ihrem Gegenstand, den Krankheitszuständen, sowohl als in ihrer eignen Verfassung treten die Klassencharaktere der bürgerlichen Gesellschaft z. T. beispiellos kraß hervor. Mit der Soziogenese der Erkrankungen diese Klassencharaktere aufzuklären und soziale Therapie und Prävention in die auf Praxis gerichteten Überlegungen miteinzubeziehen, mag zwar möglicherweise die Privatinteressen einiger Medizin-Geschäftsleute beeinträchtigen, liegt aber im Interesse der Medizin und entspricht den Lebensinteressen der großen Mehrheit dieser Gesellschaft. Daher fühlen sich die Sonderinteressen

3 Ulrich Eggstein: FU-Abend-Report: Der Machtkampf am neu-gründeten Institut für Soziale Medizin, 3 Teile, in: *Der Abend*, 10., 11. und 12. 1. 1972.

4 Die Formulierung stammt aus einer Protesterklärung gegen die Artikel-Serie des *Abend*. Die Erklärung wurde am 24. 1. 1972 einstimmig von der Versammlung aller Abteilungsvorstände der Hauptabteilung Gesundheitswesen der Gewerkschaft ÖTV Westberlin beschlossen. Statt sachlicher Information und Auseinandersetzung wurde von Eggstein im *Abend* „fehlinformiert, verleumdet, aufgehetzt“, heißt es in der Erklärung.

5 Rudolph Ganz benannte in einer Sendung im SFB/NDR III den Kampagnencharakter des Vorgangs in dankenswerter Deutlichkeit: „Die sensationelle Aufmachung ohne jede Tagesaktualität (ein bei Boulevardblättern an sich unübliches Verfahren) zeigt die gezielte Kampagne an, eine Methode, in der der dafür verantwortliche Redakteur schon einige Übung hat. Die Öffentlichkeit soll fehlinformiert und aufgehetzt, der für die Berufungen letztlich zuständige Senator eingeschüchert und die Arbeit eines in seiner ganzen Konzeption nicht bequemen Instituts lahmgelegt werden.“ Was Ganz nicht erwähnt, ist der in die Augen springende Zusammenhang der *Abend*-Serie mit den Veröffentlichungen in der *FAZ*; was er zum Zeitpunkt seines Kommentars noch nicht wissen konnte, war die bevorstehende weitere Ausdehnung der Kampagne ins Überregionale, sowie ihre Verknüpfung mit einer Anfrage der CDU im Westberliner Abgeordnetenhaus.

terrorisiert von der Möglichkeit einer im Ernst sozialen Medizin. Sie setzen alle Hebel in Bewegung, insbesondere die von ihnen kontrollierten Massenmedien. Nun wird mit unerhörtem Aufwand maskiert, umfrisirt, aus Tatsachenteilen werden effektive Lügen zusammengebaut, wo das Verschweigen und Verdrehen nicht ausreicht, wird hinzuerfunden⁶. Die erdrückende publizistische Übermacht, die das Monopol der großen Kommunikationsmittel den angegriffenen Sonderinteressen an die Hand gibt, wird zielbewußt eingesetzt.

Indem wir uns den Titel dieses Heftes von der Kampagne geben lassen, bekunden wir, daß für eine soziale Medizin gekämpft werden muß und daß die Verfasser mit ihren Beiträgen nichts anderes beabsichtigen als in der einen oder anderen Form an ihrem Aufbau mitzuarbeiten.

So wichtig der Komplex der Sozialmedizin auch ist, so kann die Kampagne doch nur begriffen werden, wenn man sie als Anwendungsbeispiel für eine im Großen sich herausbildende Strategie der Rechten begreift. Dieser Strategie, die im folgenden in ihrer Artikulation durch den Bankier von Bethmann und den Soziologen Schelsky sowie am Beispiel ihrer Auswirkungen auf den Schriftsteller Heinrich Böll belegt und analysiert werden soll, kommt wachsende Bedeutung zu, nachdem es der Rechten gelungen ist, die sozialliberale Bundesregierung auf eine Verschärfung des Antikommunismus festzulegen. Offenbar soll aus dem öffentlichen Dienst — vor allem auch an Schulen und Universitäten — jeder ausgeschlossen werden, der organisierter Sozialist oder Kommunist ist oder mit einer solchen Richtung sympathisiert, vielleicht auch nur punktuell zusammenarbeitet. — Die folgenden Notizen führen Überlegungen weiter, die im Editorial zu *Argument* 66 dargelegt sind⁷ und durch die Kampagne um die Sozialmedizin neue Aktualität erhalten haben.

Notizen zur Strategie der Polarisierung und Politisierung von rechts

I

Immer aufs Neue verlieren die bürgerlichen Zeitungen ihre Unschuld und wandeln sich eine nach der andern zum Kampfblatt.

6 Rechtsaußen, durchaus rechtsradikal, die Version in der WELT vom 18. 1. 1972 von Hans-Erich Bilges: „FU Berlin: Der Polit-Terror grassiert / In aller Stille erobern Rote sich die Ordinariate“. — Auch Diffamierer müssen gut informiert sein. Die Autoren der FAZ, der Welt und des Abend sind es in mancher Hinsicht mehr, als legal möglich wäre. Sie zitieren nämlich aus Bewerbungsunterlagen, die ja bekanntlich der Geheimhaltung unterliegen. Einem der Bewerber, der auf zweiter Stelle einer Liste plaziert ist, kreiden sie an, er habe für jahrelange Arbeit als Mediziner in der DDR dort den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ verliehen bekommen. Offenbar trauen sie den Kommunisten alles zu. Vielleicht halten sie es für eine typische Äußerung der Kollektivierung, daß Individuen mit dem Titel „Kollektiv“ ausgezeichnet werden.

7 W. F. Haug: Notizen über einen aktuellen Gebrauch der Begriffe „Wissenschaft“ und „Ideologie“, Editorial zu *Argument* Nr. 66, 13. Jg., 1971, S. 439—460.

Wie so manche bürgerliche Zeitung, führt auch die *Frankfurter Allgemeine* ein Doppelleben — wenigstens für die Gebildeten unter ihren Lesern. Im Feuilleton blüht den Liberalen eine Spielwiese. Doch scheinen die antikommunistischen und antidemokratischen Verwaltungsbauten diese Schonfläche immer mehr einzuengen. Aus Anlaß einer grotesken Kampagne gegen den — selber bürgerlichen, solcher Schonung sonst versicherten — demokratischen Schriftsteller Heinrich Böll schrieb ein Feuilleton-Redakteur der FAZ seiner Zeitung folgende Worte ins Stammbuch: „Die Idiosynkrasie, die bei den Rechten (nicht bei den Konservativen oder Liberalen) unübersehbar ist, nämlich den Gegner nicht bei seinem richtigen Namen zu nennen, ihn also als Linksradikalen oder Kommunisten zu bezeichnen, ist eine Sache und hängt mit dem noch immer schlechten Gewissen der Rechten zusammen; denn mitten unter ihnen oder noch ein wenig weiter rechts beginnt in der Tat der Faschismus. Die Arroganz, die Ungenauigkeit vieler Marxisten, ihr uralter Fehler, nämlich jeden Nicht-Marxisten auf die Position eines Faschisten zu versetzen, ist eine andere Sache...“⁸. Sehen wir einmal davon ab, daß eine solche automatische Gleichsetzung von Nichtmarxisten mit Faschisten keinem Marxisten je unterlaufen darf. Wichtiger scheint etwas anderes: Bohrer ästhetisiert — im genauen Wortsinn — die angestrengt kalkulierte Demagogie der Rechten, wenn er sie als Idiosynkrasie auffaßt. Denn besagte „Idiosynkrasie“ — die „Vermischung“ von Demokraten, Sozialisten, Sozialkritikern und Marxisten aller Schattierungen in dem einen Namen: *Kommunisten* oder gar *kommunistische Parteikader* — ist vorwiegend künstlich, Ergebnis bewußt berechneter Fälschung. Sie entspringt propagandistischen Kalkül. Im Wirtschaftsblatt seiner Zeitung hätte der Feuilletonredakteur sich Auskunft holen können über das Rezept, im politischen Teil die tägliche Beispielsammlung für seine Anwendung.

II

Tags zuvor hatte die *Frankfurter Allgemeine* im Wirtschaftsblatt eine entsprechende strategische Konzeption referiert⁹. Der Frankfurter Bankier Freiherr von Bethmann erklärte die soziale Strategie, mittels derer sich der Kapitalismus — plötzlich ist dieser so lange zensierte Ausdruck wieder da: im Munde eines kapitalistischen Klassensprechers, der jetzt, da er sieht, die Zensur droht zusammenzubrechen, das Steuer herumwirft und Rezepte zur Werbung für den Kapitalismus produziert — mittels derer sich also der Kapitalismus an der Macht halten könnte. Die wichtigsten Punkte dieser Strategie sind: 1. Imagepflege, überzeugende Selbstdarstellung des Kapitalis-

⁸ Karl Heinz Bohrer: Faschismus-Vorwurf, Oder: Medienkrieg um Böll, in FAZ, 28. 1. 1972, S. 28.

⁹ „Ein Rassepferd braucht einen guten Reiter“ / Freiherr von Bethmann: Der Kapitalismus steht erst am Anfang / Kritik an Unternehmern, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27. 1. 1972, S. 13–14. — Verwandte Geister finden sich. Herr von Bethmann hat inzwischen den jüngsten Aufruf der „Notgemeinschaft“ unterzeichnet. Vgl. hierzu Anm. 10.

mus; 2. Schaffung von Bedingungen, die die Lösung sozialer Aufgaben kapitalistisch profitabel machen; 3. Zwangsgewerkschaften, die sich dann nicht mehr aus Gründen der Mitgliederwerbung nach links profilieren müßten. Den weitaus größten Raum aber nimmt ein vierter Punkt ein: Das Programm politischer Polarisierung von Antikommunisten und Kommunisten bei verschärfter Bekämpfung der Letzteren. Als Parole, die ein publizistisches Rezept beinhaltet, gab v. Bethmann aus: „Sozialismus ist entweder Kommunismus oder es gibt ihn nicht; Kommunismus ist aber die Inkarnation des Inhumanen sowie der ärgste und aktuellste Feind der Demokratie.“ Zur Einschärfung wiederholt: „die linksradikalen Systemkritiker sollten als das behandelt werden, was sie sind, als Kommunisten“. Man sieht, wie mitten unter den Unternehmern wieder einmal in der Tat der Faschismus — zumindest in der Halbform eines neuen McCarthyismus — beginnt. In Ansehung dieser Gefahr hält der soziale Bethmann nebenbei folgende Auskunft bereit: „Der Faschismus ist heute ein stinkender Leichnam.“

Diese Strategie der Unternehmer, die von Bethmann eher geschickter, „moderner“ als von anderen Sprechern seiner Klasse getragen wird, läßt sich in ihrer Intention kurz zusammenfassen: soziale Verkleidung des Kapitalismus einerseits, politische Polarisierung andererseits. Die Partei des „sozialen Kapitalismus“ nennt sich „die Demokratie“. Alle Kritiker des Kapitalismus und alle Liberalen, die sich mit solchen Kritikern in Einzelfragen zusammenschließen, sollen bei verschärftem Antikommunismus, ständig von Subsumtion unter die „Kommunisten“ bedroht sein. Man wird sehen, daß die Strategie und ihre Sprachregelung nicht zuletzt gegen die sozialdemokratische Linke gerichtet ist.

III

Die Unternehmer fanden ihren neuen Clausewitz in Helmut Schelsky. In einem über zwei Zeitungsseiten laufenden Aufsatz, den später die rechtsgerichtete „Notgemeinschaft für eine Freie Universität“¹⁰ als Sonderdruck verteilen sollte, gab er in der *Frankfurter Allgemeinen*¹¹ eine Diagnose der Gefahrensituation und

10 Für Leser, die mit Westberliner Verhältnissen nicht vertraut sind: Die „Notgemeinschaft für eine Freie Universität“ ist aus einer Gruppe von Ordinarien der alten Universität hervorgegangen, die durch die Auswirkungen zunächst der Studentenbewegung, dann der Universitätsreform zunehmend nach rechts hin politisiert wurden. Wieweit nach rechts die Beziehungen der Gruppierung reichten, dazu vgl. etwa W. F. Haug: Der sexuell-politische Skandal als Instrument antidemokratischer Kampagnen, in: Schülerladen Rote Freiheit, Fischer Taschenbuch, Frankfurt/M. 1971, S. 395 f. und 400 f. Aus der „Notgemeinschaft“ scheinen auch wesentliche Initiativen zur Gründung des Bundes „Freiheit der Wissenschaft“ gekommen zu sein. Zum „Bund“ vgl. Frank Niess: Das Rechtskartell an der Universität und die Zukunft der angepaßten Wissenschaft. Bemerkungen zur Gründung des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“, in: Das Argument Nr. 61, 12. Jg. 1970, S. 716—746.

11 Helmut Schelsky: Die Strategie der „Systemüberwindung“. Der lange Marsch durch die Institutionen, in: FAZ, 10. 12. 1972, S. 11—12.

stellte Vorüberlegungen für eine Strategie der herrschenden Klassen zur Verteidigung ihrer Position an.

Dabei ist die Methode interessant. Schelsky beschuldigt die „Linksradikalen“ nämlich der Dinge, die bei der herrschenden Klasse an der Tagesordnung sind. Er argumentiert projektiv. Er spricht den „Linksradikalismus“ in einer Sprache aus, die von den Inhabern von Besitz, Macht und Privilegien verstanden wird: „Man will das ‚System‘ überwinden, indem man die entscheidenden Herrschaftsmittel in andere, d. h. die eigenen Hände überführt. Personalwechsel der Herrschaftsgruppe durch Bemächtigung der Herrschaftsinstrumente . . .“ Schelsky gibt jedem Inhaber eines Pöstchens in der sozialen Hierarchie, in Gesellschaft und Staat, Armee, Kirche und sogar Gewerkschaft zu verstehen, daß Jüngere nach seiner Stellung und seinem Einkommen trachten. Die linke Bewegung sei nichts als eine Bewegung sozialen Aufstiegs, eine ideologisch bemäntelte Lobby mit „kollektiver Generationsablösung“ in petto. Was für Produktionsverhältnisse haben die Linken im Sinn? — „Hier soll das Funktionieren, die Arbeit der anderen, durchaus *erhalten* . . . werden.“ Was erhalten werden soll, heißt angeblich in der Sprache der Linken: „Die Herrschaftsausbeutung der Arbeit der anderen“. Endlich: „Eine generationshaft bestimmte Intellektuellengruppe“ betreibt die sozialistische Bewegung „mit dem Ziel, daraus ein System der Sozialvormundschaft über die Arbeitenden für eine *neue* herrschende Klasse zu machen“. Schelsky schlägt vor, „die ideologischen Komponenten dieser Strategie“ als „vordergründige Variablen“ zu behandeln. Kurz: die Linken wollen Klassenherrschaft und Ausbeutung *erhalten* — mit dem Unterschied zu bisher, daß sie selbst in die Herrschaftspositionen drängen. Auf diesem Umwege hört man den Soziologen plötzlich das bestgehütete Geheimnis dieser Gesellschaft ausplaudern — wenn auch wahnhaft-agitatorisch gewendet zur Aufhetzung aller irgendwo besser Situierten, indem ihnen mit ihrer angeblich bevorstehenden Deklassierung durch die Linken Angst gemacht wird.

In den Bereichen der Erziehung, der „Kultur“, der Massenmedien, der Kirchen und der Wissenschaft sei die bürgerliche Klassenherrschaft besonders verwundbar. Hier gehe es nämlich um die „Vermittlung von Sinn“, d. h. von Lebenszielen, Idealen, Moral, Wahrheitsbegriffen, Rechtsvorstellungen usw., und die angebliche Strategie der Linken habe etwas begriffen, auf dessen verstärkte Bedeutung Schelsky in Wirklichkeit durch einen rhetorischen Kunstgriff die Inhaber von Macht und Besitz anspielen will: „Diese Strategie hat begriffen, daß die ‚Vermittlung von Sinn‘ zum entscheidenden Herrschafts- und Stabilisierungsmittel der Gesellschaft . . . geworden ist . . . Politökonomisch ausgedrückt“ — man achte darauf, wie Schelsky als „Politökonomie“ die Tätigkeit der bürgerlichen „Ideologischen Stände“ mystifiziert — „Politökonomisch ausgedrückt: ‚Information‘ ist das entscheidende ‚Produktionsmittel‘ der modernen Gesellschaft geworden, und die Monopolisierung dieses Produktions-

mittels ist die aussichtsreichste Form der politischen Herrschaftsdurchsetzung“. Unbestritten hat die Klasse, der er dient, auf diesem Gebiet nicht nur das tatsächliche Monopol, sondern auch einschlägige Erfahrungen. Schließlich stammt Schelsky aus dem Kreis um Hans Freyer, Arnold Gehlen u. a., der tätig an der Artikulation und Verbreitung von „national-sozialistischer Lebenssinn-Information“ mitgewirkt hat. Freiherr von Bethmann hat nur zur Hälfte recht: der Faschismus stinkt zwar, ist aber kein Leichnam.

Schelsky veröffentlichte seine strategische Beschwörung zur Zeit des Jungsozialistenkongresses über „Systemüberwindende Reformen“, worauf sein Titel ja anspielt. Andeutungsweise schlägt er die gleichen strategischen Ziele vor wie v. Bethmann: Polarisierung und Verschärfung des Kampfes gegen die Linke an allen Fronten und in jeder Form. Der Angriff zielt unmittelbar auf die SPD-Linke. Wenn man diese Richtung außer acht läßt, wird man die Funktionsweise des Antikommunismus nicht begreifen. Schelsky verkündet klipp und klar, die Linken hätten, „wenn überhaupt organisatorisch gesteuert, ihre Kommandostellen mehr und mehr in der Ultralinken und ihren sich an den Ostblockorganisationen anschließenden Kadern“. Dies der eine Pol, dem zugeschlagen wird. Und was widerfährt den Liberalen? Die Wühlstrategie der Linken richtete sich laut Schelsky „mit dem größten Erfolg auf die politisch-werthalt eingestellten Liberalen“. Auch diese Aussage stellt, in der irreführenden Form einer Tatsachenbehauptung, eine versteckte Anweisung dar, wie mit Liberalen umzuspringen sei. Die Sprachregelung lautet: „Auch diese ‚denkende Minderheit‘ ist fast zwangsläufig Helfershelfer einer moralisch-sinnhaft sich maskierenden Revolution, weil ihre Stärke — die Toleranz ... — in aggressiven revolutionären Krisen nicht aufrechterhalten werden kann, sondern wider Willen gezwungen wird, für radikale Gegensätze Partei zu ergreifen. In solchen Situationen der radikalen Polarisierung widerlegen sich alle Liberalen durch sich selbst...“ Nun gibt es in der BRD derzeit objektiv keine revolutionäre Krise, und Schelsky schiebt die von ihm mitbetriebene Polarisierung auf die Linke, die sie ja eben treffen soll. Polarisierung als vorsorgliche Notstandsübung, als inszenierte Krise soll nämlich die Linke isolieren. Ohne liberale bürgerliche Öffentlichkeit und ohne einen Rest von Garantie demokratischer Grundrechte wären die Linken, so wohl die heimliche Überlegung unseres Clausewitz, leicht auszuschalten — ohne daß ihnen durch eine revolutionäre Zuspitzung Massenkräfte zuwüchsen.

IV

Nachdem Schelsky einen derart projektiven Aufriß von der Strategie der Linken und ihrer Gefährlichkeit für den Kapitalismus gegeben hat, schätzt er die Bedeutung und Funktion einer Programmatik ein, wie sie etwa von dem Kreis um Ulrike Meinhof und Andreas Baader vertreten wird: „die Aufstellung einer subversiven ‚Roten Armee‘ der direkten Gewaltanwendung gegenüber den

Staatsorganen widerspricht dieser radikalen Strategie und schwächt ihre Durchsetzung“. Diese Äußerung bescheinigt ihrem Urheber, daß er sich nicht von Emotionen hinreißen läßt, sondern vom Standpunkt der Klassenherrschaft aus sehr bewußt die Auslösung hinreißender Emotionen kalkuliert. Die Behandlung der Baader-Meinhof-Aktivitäten durch Polizei, Gerichte und Massenmedien zeigt in der Tat, daß Schelskys Auffassung von seiten der bürgerlichen Machtorgane allgemein geteilt wird. Nicht nur werden die Aktivitäten der „RAF“ benutzt als Vorwand zur Auslösung von Notstandsübungen. Sie werden insbesondere benutzt zur Erzeugung einer Propaganda, in deren Konzeption und Durchführung staatliche und private Stellen fugenlos zusammenarbeiten. Die Polizei tritt erstmals in großem Stil auf als Erzeuger von „Informationen“. Sie konzipiert ihre Einsätze bereits im Hinblick auf die im Anschluß daran zu verbreitende Version. Die „RAF“ kommt ihr dabei entgegen. Die Presse selektiert, vergrößert, vervielfältigt, erfindet hinzu. Die dadurch erzeugte Hysterisierung der Bevölkerung wird in zwei Stoßrichtungen eingesetzt. Sie wird benutzt zum grundgesetzwidrigen Vorgehen gegen Kommunisten und zur Zermürbung von Liberalen und Linksinтеллектуellen — vor allem in den Bereichen — mit Schelsky zu sprechen — der „Sinn-Vermittlung“, hier wieder vorrangig in der Publizistik, die über die hochentwickelten Kommunikationsmedien Zugang zu einer breiten Öffentlichkeit hat. Die Behandlung der Hannoveraner Professoren Brückner und Seifert bietet ein empörendes Beispiel.

Heinrich Böll, der zur Behandlung der Baader-Meinhof-Affäre durch die Massenmedien im SPIEGEL einen Artikel veröffentlichte, von dem er mit Recht sagte, „daß er versöhnlich gemeint war und daß er entspannen sollte, die ganze, wie ich finde, irrsinnig hysterische Atmosphäre“¹², bekam die zweite Stoßrichtung zu spüren. Er wurde mit einer unflätigen Hetze geradezu überschüttet. Dabei wurde übrigens auch wieder das Schlagwort vom „Linksfaschismus“ — diesmal „roter Faschismus“ (etwa Löwenthal im ZDF) — aus dem Arsenal geholt. Mit einer derart massiven und „eindeutig faschistischen“ Reaktion hatte Heinrich Böll offenbar nicht gerechnet. In einem Interview mit dem Saarländischen Rundfunk gestand er, daß ihm Zweifel gekommen seien an der Theorie des Pluralismus. „Ich fange auch an, die Grenzen der Liberalität zu erkennen. Ich nehme doch an, daß ein solcher Kommentar“ — er nimmt Bezug auf einen hetzerischen Angriff gegen seine Person im Südwestfunk — „nicht zufällig entsteht, und daß er geplant ist, daß er besprochen wird, daß man einen bestimmten Herren zu einem bestimmten Zweck an einem bestimmten Tag auswählt. (. . .) Ich habe die Demagogie, die ich hervorgerufen habe, unterschätzt“.

¹² „Ich habe einfach meine Konsequenzen gezogen“ / Ein Interview mit Heinrich Böll zu laufenden Ereignissen, in: Frankfurter Rundschau, 29. 1. 1972.

V

Die Polarisierung von rechts ist von einer Politisierung von Bereichen begleitet, die bis gestern noch als wesensmäßig unpolitische Bezirke galten. „Polarisierung“ von rechts bedeutet aber insbesondere für die Wissenschaft den Anfang vom Ende. Die Hirnlosigkeit der Gleichsetzung von rechts und links tritt in bezug auf die Wissenschaft besonders deutlich zutage. Politisierung von links besagte ja nichts anderes als Reflexion der Wissenschaftler auf ihre Stellung in der Gesellschaft; links war daran das Ansinnen, sich mit dem Interesse an gesellschaftlicher Produktion, entsprechend dem Wesen der Wissenschaft als gesellschaftlicher Produktivkraft, zu verbünden. Eine derartige politische Bewußtwerdung tastet die Wissenschaftlichkeit nicht nur nicht an, sondern gibt die Möglichkeit zu ihrer höheren Entfaltung, weil sie ihren Allgemeinheitsanspruch untermauert. Die Politisierung von rechts dagegen wird die Wissenschaftlichkeit weiter stören, wenn nicht gar — in strategisch interessanten Fächern — zerstören, wie sie es im Faschismus getan hat. Die Größe bürgerlicher Wissenschaft ist unabdingbar an ihre scheinbar reine, unpolitische Form gebunden, an die leidenschaftliche Verselbständigung der Wissenschaftlichkeit. Nun aber, angesichts eines fortschreitenden Prozesses der gesellschaftlichen Bewußtwerdung und Umorientierung von Wissenschaftlern, angesichts der dadurch verstärkten Gefahr für die herrschenden Klassen, daß die demokratischen Formen und Formeln mit Inhalt gefüllt werden könnten, betreiben ihre Organe die Politisierung der Wissenschaft von rechts¹³ — im Gewande ihrer Verteidigung und Freiheit, versteht sich. Wertneutralität, Objektivität, fachliche Motivationen werden offen preisgegeben. Die Trennung von Wissenschaft und Politik, bis gestern Grundsatz der Konservativen, wird von rechts eingezogen. Die letzten im eigentlichen Sinn bürgerlichen Wissenschaftler werden bedroht und lächerlich gemacht von der — bürgerlichen Presse selbst. Nicht nur die Bild-Zeitung und, generell, die Springer-Presse, „besteht ja“, wie Heinrich Böll zu spüren bekam, „eigentlich in der dauernden Wiederholung von Banalitäten und Lügen“. Sondern jetzt sind es die reputierlich erscheinenden bildungsbürgerlichen Blätter wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und der *Tagesspiegel*, die die bürgerlichen Errungenschaften kassieren. In der Kampagne um das Institut für Soziale Medizin ist es die sozialliberale *Frankfurter Rundschau*, die unter Pseudonym einen Beitrag veröffentlicht¹⁴,

13 So etwa Uwe Schlicht: Politisierung über die Soziale Medizin, in: *Der Tagesspiegel*, 12. 12. 1971, S. 27. Vom Vorsitzenden der Berufungskommission heißt es rügend: „Der unpolitisch eingestellte (!) Professor für Psychiatrie, Grüsser, erklärte . . . , daß . . . man allein vom Standpunkt der verschiedenen wissenschaftstheoretischen Ansätze her diskutiert habe . . .“

14 Philipp Arenberg (Pseudonym): Wie Reformgegner die Reformgesetze ausnutzen, in: *Frankfurter Rundschau*, 27. 1. 1972, S. 17. — Der Verfasser verrät in seinem Hetzartikel bemerkenswerte Fertigkeiten, die darauf hindeuten, daß er in die Schule des amerikanischen Antikommunismus gegangen ist. Möglicherweise hat er einige Jahre „Erwachsenen-

worin die Zerstörung der bürgerlichen Liberalität und der Position der sozialen Demokratie auffallenderweise am nachhaltigsten vorgemacht wird — unter der hervorragend zurechtgeschminkten Maske ihrer Verteidigung. Die Auswahl von Assistenten an der Universität wird dort allerdings ungeschminkt eine „politische Entscheidung“ genannt. Der Artikel enthält in konzentriertester Form eine Unzahl von Un- und Halbwahrheiten, von Verdrehungen und Diffamierungen, deren Stoßrichtung zwar auf die Linke zielt, als welche nurmehr die SEW erscheint, die aber unmittelbar Liberalität und bürgerliche Wissenschaftlichkeit trifft und sie lächerlich macht.

Auch der Erscheinungstermin des Artikels zeigt neben seiner Stoßrichtung gegen solche Wissenschaftler, die fachlichen Argumenten zugänglich bleiben, seine taktische Kalkuliertheit. Die Kampagne war nämlich dort über das Ziel hinausgeschossen, wo sie Erich Wulff und Hans-Ulrich Deppe in ihrer Integrität als Wissenschaftler herabsetzte. Es ist immer noch etwas anderes, einen Wissenschaftler dadurch zu denunzieren, daß man ihm fortschrittliche Auffassungen nachsagt, als seine wissenschaftlichen Fähigkeiten zu bestreiten. Das aber hatte vor allem der eifrige Eggstein getan. Die Entwicklung zeigte: es gibt noch Mediziner. Eine ganze Reihe wissenschaftlicher Institute und Gesellschaften distanzieren sich in scharfer Form von der Verunglimpfung von Wulff und Deppe und bezeugten deren hervorragendes wissenschaftliches Renommee. Nicht anders reagierten die namhaftesten der in der Kampagne gegen Wulff und Deppe ausgespielten anderen Bewerber . . . Die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie verwahrte sich in einer Erklärung dagegen, „daß qualifizierte Wissenschaftler durch bewußt falsche parteipolitische Zuordnung in der Öffentlichkeit diskreditiert und in ihrem wissenschaftlichen Werdegang behindert werden sollen“. Eine entsprechende Entschließung verabschiedete die *Ständige Konferenz der Hochschullehrer für Psychosomatik, Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie*. Sie verwahrte sich dagegen, „daß qualifizierte Wissenschaftler wie Prof. Dr. E. Wulff und Dr. H.-U. Deppe durch politische Verdächtigungen und wissenschaftliche Disqualifikation öffentlich diskreditiert werden und damit das Verfahren der Besetzung von Professorenstellen am Zentralinstitut für Soziale Medizin in Berlin sehr belastet wird“. Der Chefarzt der Westberliner Schloßparkklinik, Werner Greve, bezeugte als langjähriger Kollege

bildung“ in der US-Armee betrieben. — Hier stellt sich aufs neue die Frage, die schon im Zusammenhang mit der Kündigung des FR-Redakteurs Eckart Spoo sich aufdrängte, ob „Arenbergs“ auf Linie der „Notgemeinschaft“ liegende Artikel durch ein Versehen in die Spalten der Frankfurter Rundschau geriet, oder ob sich hier vielmehr ein Kurswechsel dokumentiert, eine Abkehr von der Position der Linken und Linksliberalen. Damit würde allerdings auch das Ende der überregionalen Ausgabe der Frankfurter Rundschau heraufbeschworen. Geht die Rechnung der Polarisierungsstrategie auf, hat auch die Stunde der sozialliberalen Presse geschlagen.

von Wulff dessen wissenschaftliche Qualifikation, Aufgeschlossenheit und Kooperativität. Der Direktor der Psychiatrischen Klinik der Universität Heidelberg, W. v. Baeyer, erklärte in einem Brief an Erich Wulff:

„Sie haben in Ihren Arbeiten über vergleichende transkulturelle Psychiatrie, die ja eine ausgesprochene Grundlagenwissenschaft für die praktische Sozialpsychiatrie darstellt, neue Wege gewiesen und in Ihren Analysen klare Rationalität und keine politischen oder sonstigen Vorurteile walten lassen. Sie haben auf dem V. Weltkongreß für Psychiatrie in Mexico City vor kurzem einen Vortrag über Ihr spezielles Forschungsgebiet gehalten, der in diesem internationalen Forum großes Interesse und allgemeine Anerkennung fand. Der Erfolg dieses Vortrages war für mich insofern auch eine persönliche Genugtuung, als ich als damaliger Vizepräsident der Psychiatrischen Weltorganisation dafür gesorgt hatte, daß Sie zu diesem Vortrag aufgefordert wurden.“

Der *Abend* hat eine ganze Reihe von Erklärungen und Leserbriefen zu seiner Serie kurzerhand unterschlagen. Trotz allem erwies sich der versuchte Tiefschlag gegen Wulff und Deppe als ein Fehlschlag. Der Pseudonymus aus der *Frankfurter Rundschau*, der seine Finger auch in anderen, über weite Passagen immer wieder verblüffend gleichlautenden Beiträgen zur Kampagne gehabt zu haben scheint und überdies, gewisse Sachkenntnis deutet darauf hin, bei der Hannoveraner Tagung der *Ständigen Konferenz der Hochschullehrer für Psychosomatik etc.* Zeuge der einmütigen Solidarisierung mit Wulff und Deppe gewesen zu sein scheint, sah, wenn nichts geschähe, alle Stricke reißen. Daher der Erscheinungstermin; und daher legte er in dem FR-Artikel allen Nachdruck auf die Verunsicherung möglicher Unterzeichner von Solidarisierungserklärungen. Die Teilnehmer der Hannoveraner *Ständigen Konferenz* bezeichnete er mit dem als Lenin-Wort zurechtgefälschten Ausdruck als „nützliche Idioten“. Da hier nichts mehr zu retten war, versuchte er wenigstens vorzubauen. Die Art, wie er es tut, ist wirksam und verdient daher alle Beachtung. Er nimmt nämlich das Ende aller selbständig urteilenden, etwa fachlich fundierten oder demokratisch motivierten Individuen und Gruppen vorweg. Es gibt nurmehr Drahtzieher und Gezogene, suggeriert er. Im Moment bemühe sich die SEW, „eine Absicherungskampagne für ihre Kandidaten Deppe und Wulff in einer Reihe wichtiger Gremien der FU zu lancieren, wobei sie auffallend zurückhaltende Resolutionen verfassen läßt“. So soll eine Angst manipuliert werden. Wer etwas tut, durch den handeln, ohne daß er es wahrhaben möchte, bereits die Kommunisten hindurch. Die Vernunft ist nicht mehr vernünftig, vielleicht ist sie schon kommunistisch. „Erst wenn“, fährt der Pseudonymus in seiner düsteren Prophezeiung fort, „die Massierung all der unscheinbaren Resolutionen klar und die ‚Meisterhand im Hintergrund‘ sichtbar wird, erkennt der Liberale seine politische Funktion“.

VI Schluß: Nützliche Idiotisierung der Allgemeinheit und allgemeine Maskierung der Rechten

Der letzterwähnte Artikel erweist sich als ein scharfsinnig berechnetes Mittel zur Idiotisierung der Redaktion und der Leser der *Frankfurter Rundschau*. Diese allein der Rechten *nützliche Idiotisierung* zielt in ihrem Kern, um die Linken zu treffen, auch auf die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten und die Zurücknahme bürgerlicher Errungenschaften. Die Maske, die er sich zu diesem Behufe aufsetzt, ist die ihrer Rettung. Mit dieser Verkehrung und Maskierung steht er bekanntlich nicht allein.

Das Bündnis von politisierter akademischer Mittelmäßigkeit, Feigheit, Ignoranz und Dummheit erzeugt einen neuen Jargon der Verlogenheit, eine demagogische Tartüfferie, die kaum mehr zu überbieten sind. In den ideologischen Ständen, die das Bedienen und Rechtfertigen der herrschenden Klasse zum besonderen Privatgeschäft gemacht haben, sind umgekehrte Saturnalien angebrochen. Das Privatinteresse geht als Gemeinwohl, die Angst vor Demokratie und Mitbestimmung geht als Angst um die Demokratie unters Volk. Die Kapitalisten rufen sich gegenseitig zur Klassenräson und bestimmen als vordringliche Aufgabe den Betrieb einer umfassenden Gemeinschaftswerbung für „unsere soziale Marktwirtschaft“. Die Professoren der Notgemeinschaft verteilen frühmorgens vor den Fabrikatoren Flugblätter¹⁵, worin sie, aus Sorge um die Kinder und das Wohlergehen der Arbeiter diese gegen die „Linksradikalen“ zu mobilisieren versuchen. Wenn man sie hört, geht es einzig um Leistung, fachliches Können, Sachlichkeit, Gemeinwohl. Und das Niveau sei bedroht. Es sprechen aber gerade diejenigen diesen Jargon besonders laut, die von ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit nicht gerade ausgefüllt sind, die nicht gerade Leuchten — oder doch allenfalls längst verdunkelte — ihrer Disziplin sind, zu denen die Studenten nur solange gingen, als sie keine Ausweichmöglichkeit hatten. Was sie Terror und Bedrohung der Lehrfreiheit nennen, ist in Wirklichkeit die Wahlmöglichkeit, die ein in gewissem Umfang freier Markt der

¹⁵ Vgl. Der Tagesspiegel, 29. 1. 1972, S. 9. — Der Westberliner Senator für Wissenschaft und Kunst erklärte zu den betreffenden Aktivitäten der „Notgemeinschaft“, sie gebe „wieder einmal nicht belegbare verallgemeinernde Pauschalurteile über die Berliner Universitäten“ ab — und tue dies „in der zweifelhaften Absicht, Angst und Sorge um die Zukunft zu erzeugen“. Die Ambivalenz seiner eigenen Position verwehrte es dem Senator, deutlicher zu sprechen, insbesondere die Strategie des Angstmachens zu benennen. — Klarer die Sprache des FDP-Landesvorsitzenden: die „Notgemeinschaft“ habe sich mit ihrer Kampagne als das zu erkennen gegeben, was sie von Anfang an war, als eine „Notgemeinschaft zur Wiedererlangung überholter Privilegien für die Lehrstuhlinhaber“ (Tagesspiegel, 28. 1. 1972, S. 19). Der FDP-Vorsitzende sieht offenbar nicht, daß die „Notgemeinschaft“ inzwischen mehr ist, als bloß eine Lobby zur Rückgewinnung verlорener Interessengebiete. Sie dürfte sich inzwischen umfassenderen rechten Zielsetzungen verschrieben haben.

Lernmöglichkeiten an der Universität eröffnet hat. Um ihr Privileg, das ein Monopol war, zurückzuerhalten, dienen sie sich als willige ideologische Helfer den Sonderinteressen des Besitzes und seiner Macht an. Es ist an der Zeit, daß sich die Wissenschaft von den aggressiven Dienern der Privatinteressen emanzipiert und sich auf den Standpunkt der Allgemeinheit stellt. Solange hierüber gestritten wird, wird das allgemeine Verkleiden des Privaten die Szene bestimmen.

Rainer Seidel

Bedingungen für die Prävention psychischer Störungen

1. Problemstellung

„Vorbeugen ist besser als Heilen“. Dieses Prinzip ist in der Medizin schon seit der Antike theoretisch erkannt¹. Auch für den Bereich der psychischen Störungen wurde die Forderung nach Prävention seit langem erhoben. Sie ist z. B. nicht unwesentlicher Bestandteil der Mental-Health Bewegung in den USA und war bereits Programmpunkt der ersten psychohygienischen Vereinigung in Connecticut 1908².

Obwohl der Gedanke, lieber vorzubeugen als erst die bereits eingetretene Krankheit zu heilen, offenbar jedermann einsichtig ist, so ist doch das Problem in der psychiatrischen und psychologischen Fachliteratur weitgehend vernachlässigt worden. Es scheint geradezu bezeichnend zu sein, daß häufig, sobald über Vorbeugung psychischer Störungen gesprochen wird, die Darlegungen sich in Allgemeinplätzen, Trivialitäten und frommen Wünschen erschöpfen. *Sanford*³ bemerkt, daß Prävention zwar häufig als letztes Ziel der Forschung angegeben wird, tatsächlich in der Literatur aber als bloßer Nebengedanke behandelt wird. Ein Blick in psychiatrische Lehrbücher bestätigt dieses Mißverhältnis von vorgegebener Wichtigkeit und tatsächlicher wissenschaftlicher Bearbeitung dieses Problems. Zum Beispiel verwendet *Bleuler* in seinem bekannten Lehrbuch mit 670 S. nicht mehr als 4 Seiten für das Thema der Vorbeugung⁴, die zudem auf vorwissenschaftlichem Niveau verbleiben. Auch das renommierte „American Handbook of Psychiatry“ (1959/66) behandelt Prävention nur im Vorübergehen; explizit werden dem Thema ca. 6 Seiten gewidmet⁵. In den letzten Jahren ist die Literatur über Prävention angestiegen. Aber das allein besagt auch nicht viel über die Ernsthaftigkeit der Auseinandersetzung. So bezeichnet *Dörken*⁶ das unverbindliche Gerede von der Notwendigkeit der Prävention treffend als Lippenbekenntnis, „lip service“. Auch ein Großteil derer, die gegen die etablierte Psychiatrie auftreten, scheint sich bisher in

1 Kraft 1964, zit. n. Braceland 1971, S. 243.

2 Reimann 1967, S. 75 f.

3 Sanford 1965, S. 1378.

4 Bleuler 1969, elfte Aufl., S. 129—133.

5 s. Blain 1959 und Lemkau 1959 im „AMERICAN HANDBOOK OF PSYCHIATRY“.

6 Dörken 1966, S. 133.

erster Linie der Therapie zugewendet zu haben: man denke etwa an die Kritik, die von seiten der Psychoanalyse oder gewisser Richtungen in der Sozialpsychiatrie geleistet wurde. Freud z. B. sah die Hilfe für die Masse der psychisch Kranken primär in einer massenhaft betriebenen Psychoanalyse⁷, und auch die verdienstvollen Ansätze der therapeutischen Gemeinschaft⁸ setzen erst bei den schon Erkrankten an. Zu einem Teil kann man die trotz kritischer Einstellung zu geringe Durchsetzung präventiver Bestrebungen auf eine Voreingenommenheit zugunsten eines individuenzentrierten Ansatzes und individueller Psychotherapie zurückführen⁹.

In dem vorliegenden Artikel wird unterstellt, daß die Forderung nach einem präventiven Ansatz sinnvoll ist, d. h. daß die medizinische Versorgung auch im Bereich der psychischen Störungen soweit wie möglich vorbeugend ausgerichtet sein sollte.

Die Überlegungen beziehen sich in erster Linie auf die institutionellen Voraussetzungen, die vorliegen müssen, wenn Prävention psychischer Störungen wirksam und umfassend erfolgen soll. Es wird gezeigt, nach welchen Prinzipien eine solche Versorgung entsprechend dem heutigen Stand der Forschung aufgebaut sein müßte. Dabei ist unerlässlich, auch die gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Errichtung und für die Wirksamkeit einer präventiv orientierten psychiatrischen Versorgung zu diskutieren.

Man muß davon ausgehen, daß in der nächsten Zukunft eine vollständige primäre Prävention (d. h. die Verhinderung von Leiden von vornherein) — auch unter sozialistischen Produktionsverhältnissen — nicht möglich sein wird. Jedoch kann die psychiatrische Versorgung soweit eben möglich präventiv orientiert sein.

Was man jeweils unter „psychischen Störungen“, „psychischen Erkrankungen“ oder dgl. versteht, ist bis zu einem gewissen Grade durch die sozialen, historisch gegebenen Verhältnisse bestimmt. Die vorliegende Untersuchung sieht von einer speziellen Definition des Krankheitsbegriffs ab, da die Probleme, um die es hier geht, für verschiedene Varianten der Krankheitsdefinition allgemein behandelt werden können. Daher wird der besonders weite Begriff „psychische Störungen“, für die Bezeichnung von einzelnen Fällen auch der Begriff „psychische Erkrankung“, verwendet. Gemeint sind jeweils alle diejenigen Verhaltens- und Erlebensweisen von Individuen, die nach dem derzeitigen Stand der Erkenntnis das Eingreifen einer psychiatrischen oder psychologischen Institution erforderlich machen.

2. Geschichtliche Entwicklung des Präventionsgedankens auf dem Gebiet der psychischen Störungen

2.1. Gesellschaftlicher Fortschritt und der Umgang mit den psychischen Störungen

7 Freud, S.: Collected papers, vol 2, London 1950, S. 401 f., zit. n. Fried 1958, S. 208.

8 z. B. Jones 1968; Maller 1971.

9 so z. B. Eisenberg 1966.

Gesellschaftliche Höherentwicklung bedeutet allgemein, daß der Mensch auf der Grundlage der Entwicklung der Produktivkräfte immer mehr seine Lebensverhältnisse bewußt gestaltet und damit auch immer weniger dem bloßen Walten der Natur ausgeliefert ist. Dies läßt sich auch für die Medizin zeigen. Speziell für den gesellschaftlichen Umgang mit den psychischen Störungen kann man vier historische Stufen unterscheiden: keine systematische Aktivität oder mythisch-irrationale Einstellung, Aufbewahrung der psychisch Gestörten, Behandlung, Prävention.

Diese Stufen stellen in der gegebenen Reihenfolge eine Höherentwicklung dar. Wenn psychisch Gestörte völlig sich selbst überlassen sind oder gerade eben aufbewahrt werden, so bedeutet das ein Ausgeliefertsein gegenüber der Krankheit; dies spiegelt sich anschaulich in den magischen Vorstellungen, die in primitiven Kulturen oder auch im Mittelalter vorherrschten. Behandlung dagegen bedeutet schon einen bewußten aktiven Kampf gegen das Leiden und impliziert je nach den Erfolgen eine mehr oder minder große rationale Kontrolle über die natürlichen und sozialen Gegebenheiten, die die Krankheit bedingen. Eine vollständige Verhütung psychischer Störungen würde das Höchstmaß an gesellschaftlicher und individueller Freiheit gegenüber dem psychischen Leiden bedeuten. Dies wird — für die Medizin allgemein — von vielen Medizinern auch gesehen; so bezeichnete Koller in einem Grundsatzreferat anläßlich eines Kongresses die Präventivmedizin als den „Kern der Medizin der Zukunft“¹⁰.

Auch von den Voraussetzungen her bedeutet Prävention die höchste Stufe des Fortschritts im Bereich der menschlichen Gesundheit. Denn — wie später noch klar werden soll — Prävention setzt voraus a) ein besonderes Maß an Planung und Vorhersage, b) ein besonderes Maß an gesellschaftlicher Organisation und c) umfassende Kenntnis aller grundlegenden Ursachen psychischer Störungen. Diese Voraussetzungen bestehen auch für Behandlung schlechthin, für Prävention gelten sie jedoch noch in weitaus größerem Maße.

2.2. Historischer Abriß

Von einigen Ausnahmen abgesehen¹¹, hatten die Zeiten des Feudalismus bis etwa zur Mitte des 17. Jahrhunderts noch nicht einmal eine systematisch betriebene Aufbewahrung der psychisch Gestörten hervorgebracht. Von den verschiedenen Gründen dafür ist besonders zu erwähnen, daß kein ökonomischer Druck zur Wiederherstellung der Arbeitskraft der Kranken bestand; außerdem konnten Geistesranke in den bäuerlichen oder handwerklichen Klein- und Familienbetrieben oft zu irgendeiner wenngleich erniedrigenden, so doch nützlichen Arbeit angehalten werden. Ähnliche Gründe spielen auch heute noch eine Rolle dafür, daß in agrarischen Gebieten mehr Geistesranke und Schwachsinnige in den Familien gehalten werden. Im

¹⁰ Koller 1967, S. 17.

¹¹ s. Astrup 1956, S. 23; Alexander & Selesnick 1969, S. 89 ff.

Stadium der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals kam durch die gewaltsame Vertreibung von Bauern und Klosterinsassen und durch die Arbeitslosigkeit im Handwerk eine Masse von Besitzlosen und Arbeitslosen in die Städte¹². Die absolutistische Staatsmacht ließ eine Anzahl von großen Institutionen errichten, die sog. Zuchthäuser, workhouses oder hôpitaux généraux, in die je nach Bedarf große Menschenmengen interniert wurden. Die psychisch Gestörten waren in diese Masse mit eingeschlossen; für sie begann hier die Stufe der Aufbewahrung, die im Laufe der Zeit zunehmend systematischer betrieben wurde.

Wie Dörner (1968) aufzeigt, setzte nach den bürgerlichen Revolutionen in England, Frankreich und später auch Deutschland ein Prozeß der Differenzierung des Heeres der Arbeitsunfähigen und Arbeitslosen ein: die Armen auf den Arbeitsmarkt, die Verbrecher in Zuchthäuser, die Irren in Irrenanstalten. Mit dem Übergang zur kapitalistischen Produktionsweise war ein Arbeitsmarkt entstanden, der einer „disponiblen industriellen Reservearmee“ (Marx) bedarf. Dies wiederum setzt die potentielle Arbeitsfähigkeit einer hinreichenden Anzahl von Menschen voraus. Diese Notwendigkeit sowie die Notwendigkeit einer ökonomisch effektiven Aufbewahrung und schließlich — keineswegs im Widerspruch zu den ökonomischen Grundinteressen stehend — die humanistischen Absichten bürgerlicher Reformen wie Pinel und Tuke ließen die Ansätze jener dritten Stufe entstehen, den Versuch der Behandlung der psychisch Gestörten. Allerdings hielten sich die tatsächlichen Anstrengungen der Gesellschaft zu einer wirksamen Behandlung der Geisteskranken in engen Grenzen. Im großen und ganzen lief die Psychiatrie sowohl in den europäischen Ländern als auch in den USA eher auf eine Aufbewahrungsinstitution hinaus. Zwar wurden besonders in der Phase der sog. deutschen Universitätspsychiatrie, die ab etwa 1850 die deutsche Psychiatrie führend werden ließ, auf der Grundlage naturwissenschaftlich orientierter Beobachtung gewisse Fortschritte in der Erforschung der psychischen Störungen gemacht; insgesamt jedoch fehlte es völlig an den materiellen Gegebenheiten: die Anstalten waren viel zu groß und in keiner Weise zur intensiven Behandlung ausgestattet. Hierbei ist zu beachten, daß in der Zeit des Konkurrenzkapitalismus das Ausmaß staatlicher Aktivität überhaupt auf ein Minimum eingeschränkt ist¹³. Unter diesen Bedingungen, unter denen noch nicht einmal die theoretisch mögliche Behandlung der Kranken erfolgte, konnte sich ein Präventionsgedanke oder eine Präventionspraxis schon gar nicht entwickeln.

Die Entstehung des Präventionsgedankens im Bereich der psychischen Störungen liegt zu Anfang des 20. Jahrhunderts in den USA, also zu einer Zeit, in der das staatliche Eingreifen in ökonomische und soziale Prozesse notwendigerweise immer mehr zuzunehmen begann. Die Entwicklung des Präventionsgedankens ist eng verbunden

12 Marx, K., Das Kapital, I, Kap. 24.

13 s. DER IMPERIALISMUS DER BRD, 1971, S. 10 f., 242 f.

mit den psychohygienischen Bestrebungen, besonders der sog. Mental-Health-Bewegung in den USA. Diese Entwicklung wird im Abschnitt 6.3 dargestellt.

3. Ein Schema der Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Strukturen und den Möglichkeiten von Prävention

3.1. Begriff der Prävention

Die neueren Überlegungen zur Prävention psychischer Störungen, die seit etwa Anfang der 60er Jahre in den USA entwickelt wurden, sind am besten durch G. Caplan herausgearbeitet und dargestellt worden¹⁴. Nach seiner Terminologie, die auf der Beratung einer internationalen Kommission beruht und inzwischen weitgehend akzeptiert ist¹⁵, unterscheidet man primäre, sekundäre und tertiäre Prävention. Dies ist eine Einteilung nach dem Zeitpunkt des Eingriffs oder der Wirkung präventiver Kräfte und enthält — wie die Bezeichnungen andeuten — eine Rangfolge der Wünschbarkeit oder der Güte des Erfolges. „Primäre Prävention“ ist als die höchste Stufe präventiver Wirkung anzusehen und meint die Verhinderung einer Erkrankung von vorneherein, d. h. so, daß auch keine Anfangssymptome auftreten. „Sekundäre Prävention“ zielt auf Verkürzung beginnender oder bestehender Erkrankungen, hauptsächlich durch Früherkennung und Frühbehandlung. „Tertiäre Prävention“ ist die Verhinderung von Schäden, die als Folge einer bestehenden Störung auftreten.

3.2. Möglichkeiten präventiver Maßnahmen

Zunächst ist festzustellen, daß die bekannten psychiatrischen Maßnahmen zu jeweils unterschiedlichem Ausmaß präventive Funktion besitzen: Psychiatrische oder psychologische Individualberatung, besonders die sog. Erziehungsberatung geschieht in Absicht auf primäre oder sekundäre Prävention; jegliche erfolgreiche Therapie bereits eingetretener Erkrankungen verkürzt die Krankheitsdauer und wirkt damit im Sinne tertiärer und — je rechtzeitiger sie einsetzt — im Sinne sekundärer Prävention; Rehabilitation (der Versuch, die sozialen Funktionen des Patienten zu erhalten oder wiederherzustellen, besonders seine Arbeitsfähigkeit) ist wesentlicher Inhalt tertiärer Prävention; Früherkennung, Frühbehandlung, Krisenintervention sind Inhalt der sekundären Prävention; Nachbetreuung (Nachbehandlung, Katamnese) zielt im Rahmen der Rehabilitation auf tertiäre Prävention und kann, sofern sie die Verhütung eines möglichen Rückfalls erreicht, auch als primäre Prävention angesehen werden.

¹⁴ Ausführlich in der Monographie 1964; eine schnelle Orientierung ermöglicht der Artikel von Caplan & Grunebaum 1967; s. auch PREVENTION OF MENTAL DISORDERS IN CHILDREN 1961. Einige Definitionen des Begriffs „preventive psychiatry“ finden sich in CONCEPTS OF COMMUNITY PSYCHIATRY 1965, S. 202—203; kurze Darstellungen bringen u. a. Braceland 1961, Sanders 1971, Beier 1969.

¹⁵ Caplan 1961, in PREVENTION OF . . . , ix.

Offenbar sind die Möglichkeiten sekundärer und tertiärer Prävention recht klar zu erkennen. Wesentlich schwieriger ist die Bestimmung von Möglichkeiten primärer Prävention. Im wesentlichen werden in der Literatur drei Bereiche genannt. (a) Einflußnahme auf organische Grundlagen psychischer Störungen. Die Möglichkeiten sind weitgehend begrenzt auf geeignete Betreuung während der Schwangerschaft. In einigen Fällen kann z. B. ein durch angeborene Stoffwechselstörung verursachter Schwachsinn durch rechtzeitige geeignete Diät verhütet werden¹⁶. Konservative Psychiater unterstellen bisweilen auch heute noch den Methoden der sog. Eugenik der deutschen Faschisten die Absichten einer Prävention¹⁷. Mit Prävention haben diese durch das alleinige Motiv der Kostenersparnis um jeden Preis bestimmten Maßnahmen jedoch nichts zu tun; ihnen ist „der Geist der humanitären Hilfe für den durch Erkrankung, Alterung oder Anlagemängel geistig Behinderten“ völlig fremd, wie Müller-Hegemann schreibt¹⁸. (b) Systematische Vorsorgeuntersuchungen. Wenngleich diese sehr wichtigen Maßnahmen letztlich der Früherkennung und -behandlung dienen und somit der sekundären Prävention zuzurechnen wären¹⁹, so stellen sie doch einen Eingriff dar, der vor dem Bekanntwerden einer bestimmten Symptomatik erfolgt, und sind daher im ursprünglichen Sinne des Wortes präventiv. (c) Beratung und psychohygienische Aufklärung. Beratung geschieht sowohl für potentielle Kranke und deren Bezugspersonen, z. B. Beratung von Eltern erziehungsschwieriger Kinder als auch für Mitarbeiter in Institutionen, z. B. Lehrer²⁰. Psychohygienische Aufklärung wendet sich an die Öffentlichkeit schlechthin, z. B. durch Vorträge in Schulen oder Erörterungen in den Massenmedien²¹. Die psychohygienische Aufklärung ist eine spezielle Form der allgemeinen Gesundheitserziehung.

Diese Möglichkeiten werden aber — ganz abgesehen von der Frage ihrer Realisierbarkeit — eingeschränkt durch gewisse Gefahren und Schwierigkeiten. 1. Bei allen Vorsorgeuntersuchungen erhöht sich der mögliche Fehler, jemanden unnötigerweise für krank zu erklären oder zu behandeln („Diagnose falsch positiv“)²². Sicher ist dieser Faktor relativ unbedeutend gegenüber dem Nutzen systematischer Vorsorgeuntersuchungen. Er wird jedoch verstärkt durch die folgende Eigenart der psychischen Störungen. 2. Bei den psychischen Störungen muß man davon ausgehen, daß die Wahrnehmung einer Symptomatik durch den Betroffenen selbst oder durch seine soziale Umwelt einen verstärkenden Einfluß auf die Entwicklung der Symp-

16 s. z. B. v. Baeyer 1969, S. 49.

17 v. Baeyer 1969, S. 50; Strotzka 1970, S. 74.

18 Müller-Hegemann 1967, S. 11.

19 so Caplan & Grunebaum 1967, S. 331.

20 Zu einer systematischen Darstellung von Beratungstätigkeit s. Caplan 1970.

21 Eine Diskussion von Möglichkeiten und Problemen der Gesundheitspropaganda gibt z. B. Groß, J. 1967.

22 Gross, R. 1969, S. 155.

tomatik ausübt. Diese Annahme ist — in einem anderen Zusammenhang als unserem Thema — von Scheff (1968) herausgearbeitet und empirisch gestützt worden. Daher müssen psychiatrische oder psychologische Instanzen darauf achten, daß sie nicht zu sehr zugunsten einer Krankheitsdiagnose ausgerichtet sind und daher z. B. soziale Probleme als Krankheitssymptome des Individuums deuten²³. J. Gross (1967) weist in einer Abhandlung über Gesundheitserziehung und Psychohygiene auf die Gefahr einer „Psychiatisierung“ des öffentlichen und persönlichen Lebens“ hin. Diese sei u. a. gegeben wegen einer „erhöhten Neigung zur suggestiven Verarbeitung solcher Informationen, welche das Seelenleben, vor allem die Geistesstörungen betreffen“²⁴. 3. Mit dieser Problematik hängt auch eine weitere Besonderheit der psychischen Störungen zusammen. Je weniger entwickelt und ausgeprägt eine Symptomatik ist, um so weniger läßt sich sagen, ob das Erleben und Verhalten des Betroffenen tatsächlich zu einer ernsteren Störung führen wird, ob es sinnvollerweise als potentiell krankhaft angesehen werden soll. Zwar gilt dies in gewissem Sinn auch von körperlichen Störungen, jedoch ist bei den körperlichen Krankheiten die Beziehung zwischen unspezifischen Anfangssymptomen und späterer Krankheit immer noch enger. 4. Schließlich sind gewisse ideologische Probleme zu erwähnen, die mit der Definition und Propagierung psychischer Gesundheit einhergehen. In der Literatur wird mehrfach auf die Orientierung der Mental-Health-Propaganda auf durchaus klassenspezifische Wertvorstellungen hingewiesen²⁵. Die ideologische Problematik wird auch an folgendem klar: in mehreren soziologischen Untersuchungen wird Unzufriedenheit der Arbeiter mit dem Arbeitsplatz oder mit Vorgesetzten als Mangel an psychischer Gesundheit definiert²⁶; dies läuft aber darauf hinaus, berechnete Forderungen der Arbeiter durch Krankerklärung vom Tisch zu wischen.

Bereits aus diesen Erwägungen und aufgrund der mangelnden Erkenntnisse über die Ursachen der psychischen Störungen ist anzunehmen, daß die Möglichkeiten primärer Prävention zunächst einmal begrenzt sind. Dies wird noch deutlicher werden, wenn wir die allgemeinen gesellschaftlichen Bedingungen der psychischen Gesundheit betrachten. Aus den Begrenzungen der Möglichkeiten primärer Prävention folgt jedoch in keiner Weise, daß präventive Bemühungen unmöglich oder nutzlos seien.

Es wurden einige Möglichkeiten primärer Prävention genannt. Für die konservative deutsche Psychiatrie gehen diese Vorstellungen bereits zu weit. Denn da sie die Ursachen psychischer Störungen ausschließlich in somatischen oder gar genetisch festliegenden Gegebenheiten beim Individuum sieht, kann sie kaum wesentliche Ideen einer

23 Scheff 1966, zum letztgenannten Punkt dort bes. Kapitel 4; ähnlich argumentiert Szasz 1961, u. a. S. 44, 296.

24 Gross, J. 1967, S. 18.

25 u. a. s. Gursslin et al. 1959/60.

26 s. Abholz 1970, S. 145.

primären Prävention entwickeln oder akzeptieren. Daher sehen auch heute noch führende Psychiater die Möglichkeiten primärer Prävention vorwiegend in der Einflußnahme auf potentielle organische Ursachen psychischer Störungen²⁷.

Es bedarf jedoch nur weniger Überlegungen, um zu sehen, daß konsequente Versuche der Prävention sehr schnell in die Diskussion umfassenderer Probleme münden. Nehmen wir zwei Beispiele. Man muß annehmen, daß die in Massenmedien gezeigte und massenweise aufgenommene Brutalität psychische Schäden hervorruft²⁸. Geht man diese Frage wissenschaftlich an — und das heißt u. a., denkt man konsequent weiter —, so kann man sich nicht damit begnügen, diese Erscheinung zu registrieren und zu beklagen, sondern man muß fragen, welche sozialen Bedingungen, welche Interessen usw. vorliegen, aufgrund deren es zu der massenhaften Darstellung von Brutalität in den Massenmedien kommt. Ähnlich wird man sehr schnell auf die Fragen der Familienstruktur kommen, wenn man weiß, daß das Erziehungsverhalten der Eltern eine erhebliche Bedeutung hat für die Entstehung psychischer Störungen bei Kindern (vgl. Abschn. 4.1.2. und 4.3.2.). Es ist daher auch kein Zufall, daß in der neueren Literatur zur Prävention nun auch die Struktur von Institutionen und dgl. behandelt wird. So diskutiert *Kelly* (1970) als Methoden präventiver Intervention neben Beratungstätigkeit vor allem Veränderung der Struktur und Organisation von Institutionen und von Gemeinden.

Bei solchen Überlegungen verliert man leicht den festen Boden unter den Füßen: es scheint kaum etwas zu geben, was nicht mit primärer Prävention zusammenhinge, angefangen von der frühkindlichen Sozialisation bis zu den allgemeinen Lebensbedingungen.

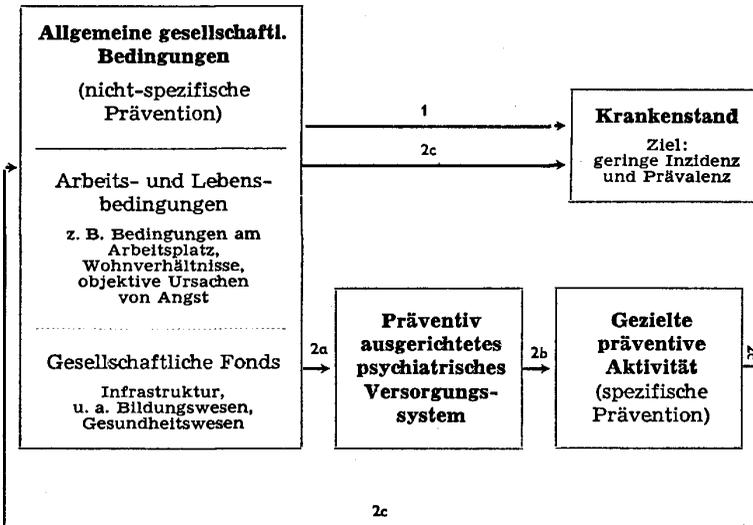
Um die scheinbar fruchtlose Ausweitung der Präventionsproblematik in den Griff zu bekommen, wird im folgenden unterschieden zwischen „nicht-spezifischer Prävention“²⁹ und „spezifischer Prävention“. Nicht-spezifische Prävention geschieht aufgrund solcher Gegebenheiten, die zwar unter anderem auch einen Einfluß auf die Entstehung oder Beseitigung von psychischen Störungen haben, die jedoch in erster Linie unter generelleren Aspekten zu betrachten sind. Forderungen nach optimaler Gestaltung dieser Bedingungen sind im Interesse des allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritts zu stellen, nicht nur wegen ihrer psychiatrischen Präventionswirkung. Ein Beispiel ist die pathogene Wirkung der Armut (vgl. Abschn. 4.1.3.). Armut innerhalb eines reichen Landes ist ein Phänomen, das man in erster Linie unter politischen und ökonomischen Gesichtspunkten be-

27 so z. B. Strotzka 1970; v. Bayer 1969; hier sind nur zwei Autoren genannt, die über das Thema Prävention geschrieben haben — wenn man Psychiater nach ihrem Verhalten, u. a. nach dem beurteilen würde, was sie nicht tun, dann müßte diese Reihe von Psychiatern sehr verlängert werden.

28 vgl. VIOLENCE AND THE MASS MEDIA, 1968, S. 8—17, 118 ff.; Mosse 1963.

29 in Anlehnung an einen Ausdruck von Ziferstein 1966, S. 227.

trachtet, das aber auch im Zusammenhang mit psychischen Störungen und Gesundheit überhaupt relevant wird; umgekehrt ist die Forderung nach Verbesserung der Lebensbedingungen der Armen eine allgemeine Forderung, die sich nicht speziell aus der Psychiatrie herleitet — wenngleich sie wiederum auch von hier aus erhoben werden müßte. Spezifische Prävention geschieht durch „gezielte präventive Aktivität“. Darunter werden alle Anstrengungen zusammengefaßt, die speziell mit der Absicht der Verhütung psychischer Störungen ausgeführt werden. Die Unterscheidung zwischen spezifischer und nicht-spezifischer Prävention ist in der Literatur bisweilen angedeutet, aber nicht theoretisch fundiert ausgearbeitet worden³⁰. Sie dürfte u. a. eine sinnvollere Analyse der gesellschaftlichen Zusammenhänge ermöglichen als dies gewisse Theorien leisten, die die gesamte Gesellschaft mit medizinischen Analogien beschreiben. *Frank* (1936) versuchte z. B. tiefere Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Bedingungen und psychischen Störungen herauszustellen, indem er die Gesellschaft als den Patienten und ihre Struktur als krank beschrieb. Statt einer Diskussion muß hier ein Hinweis auf die Darlegungen bei *Bastide* (1965, 94—103) genügen.



Schema der Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Strukturen und den Möglichkeiten von Prävention

³⁰ angedeutet z. B. bei Ziferstein 1966; Caplan & Grunebaum begnügen sich mit der rein phänomenalen Unterscheidung von „long-term resources“ und „short-term or crisis factors“, die sich teilweise mit der Unterscheidung von nicht-spezifischer und spezifischer Prävention deckt.

3.3. Schematische Darstellung

Unsere Überlegungen sollen anhand eines einfachen Schemas veranschaulicht werden (Abb. S. 22); die weitere Diskussion wird sich an diesem Schema orientieren. Da das eigentliche Interesse in diesem Artikel den institutionellen Voraussetzungen der Prävention gilt, sind die verschiedenen Faktoren nur insoweit berücksichtigt, als sie für eine gesellschaftliche Bestimmung dieser institutionellen Voraussetzungen notwendig sind.

Das Schema besteht formal aus einigen Elementen, die als Kästen gezeichnet sind, und einigen Beziehungen, die als Pfeile gezeichnet sind. Zunächst zu den graphischen Elementen. Der Begriff „allgemeine gesellschaftliche Bedingungen“ wurde im vorigen Abschnitt schon erläutert. Von den zahlreichen Aspekten, unter denen die gesellschaftlichen Verhältnisse zu betrachten sind, werden die „Arbeits- und Lebensbedingungen“ und die „Gesellschaftlichen Fonds“ herausgestellt. Das erstere meint die Bedingungen, insofern sie ständig auf den einzelnen einwirken und von ihm erfahren werden. Gesellschaftliche Fonds sind jene Mittel, die unter Verwaltung des Staates aufgebracht und zur Entwicklung der Infrastruktur verwendet werden. Sowohl die Arbeits- und Lebensbedingungen wie die gesellschaftlichen Fonds und deren Verwendung werden entscheidend bestimmt durch die Produktionsverhältnisse. Auch der Begriff „gezielte präventive Aktivität“ wurde schon erläutert im Zusammenhang mit der Unterscheidung von spezifischer und nicht-spezifischer Prävention. In erster Linie handelt es sich dabei um Aktivitäten spezieller Institutionen wie der Gesundheitsämter, der therapeutischen Einrichtungen bzw. spezieller Berufsgruppen wie Psychiater, Psychologen, Sozialarbeiter u. a.; diese zum Teil vereinzelt, zum Teil umfassender organisierten Aktivitäten müssen insgesamt analysiert werden; ihre Organisation und die entsprechenden Institutionen werden daher unter dem Begriff „psychiatrisches Versorgungssystem“ zusammengefaßt. Im Hinblick auf die Forderung nach präventiver Ausrichtung der Versorgung wird dies noch qualifiziert als „präventiv ausgerichtetes psychiatrisches Versorgungssystem“. Das vierte und letzte graphische Element betrifft die Ergebnisse der Prävention, nämlich die möglichste Niedrighaltung des Krankenstands in bezug auf die psychischen Störungen. Der Krankenstand ist eines der Kriterien für die Bewertung des Gesundheitssystems; dies wird im Abschnitt 8 behandelt.

Die in dem Schema dargestellten Beziehungen (Pfeile) sollen im wesentlichen die Wirkungsweise nicht-spezifischer und spezifischer Prävention beschreiben. Pfeil 1 bedeutet in Worten etwa: Es gibt eine unmittelbare Prävention dadurch, daß sich Arbeits- und Lebensverhältnisse verbessern. Die Aufspaltung von Pfeil 2, der die spezifische Prävention darstellt, bedeutet folgendes. 2a: Die Errichtung eines präventiv orientierten psychiatrischen Versorgungssystems hat die Bereitstellung gesellschaftlicher Fonds und die damit verbundene gesellschaftliche Organisation der Gesundheitsversorgung zur Voraussetzung. Ähnlich bringt Pfeil 2b zum Ausdruck, daß präventive

Maßnahmen nicht durch zufällige Gelegenheit oder durch vereinzelte Initiative durchführbar sind, sondern eines organisierten Versorgungssystems bedürfen. Der Umweg, der durch den Abschnitt 2c angegeben wird, soll schließlich zum Ausdruck bringen, daß die Wirkung der gezielten präventiven Maßnahmen wiederum beeinflußt wird von den Arbeits- und Lebensbedingungen.

Spezifische Kausalmodelle der Entstehung psychischer Störungen sind in dem Schema nicht impliziert. Es gehen nur folgende Vorstellungen mit ein. In allgemeinsten Form kann man die Entstehung psychischer Störungen so beschreiben: Eine Reihe von Faktoren verursachen unter bestimmten Bedingungen psychische Störungen. Was man im Einzelfall dabei als kausalen Faktor und was als Bedingung beschreibt, hängt von dem speziellen Modell ab, das man zugrunde legt. Heute wird die Entstehung psychischer Störungen durchgängig als „multikausal“, „multifaktoriell“, „multikonditional“ u. ä. beschrieben, d. h. daß jeweils mehrere Dimensionen in Rechnung gestellt werden müssen, z. B. körperliche, psychologische und soziale Dimensionen. Diese allgemeinen Vorstellungen sagen fast gar nichts aus; aber es folgt eine gewisse Präzisierung der Mechanismen, die Prävention bewirken: Wenn bestimmte Faktoren und Bedingungen psychische Störungen verursachen, so ist es offenbar die Modifikation dieser Faktoren oder dieser Bedingungen, die eine Prävention bewirkt.

4. Nicht-spezifische Prävention

Wir wenden uns nun der Beziehung zu, die in dem Schema durch Pfeil 1 dargestellt ist; sie ist gleichbedeutend mit der Aussage: durch Veränderung in den Arbeits- und Lebensverhältnissen kann eine Erniedrigung des Krankenstands auf unmittelbarem Weg erfolgen, d. h. solche Veränderungen bewirken primäre Prävention — wobei es jetzt nicht wichtig ist, ob der Einfluß der Arbeits- und Lebensbedingungen als Ursache oder als fördernde bzw. hemmende Bedingung zu sehen ist. Die Frage der pathogenen gesellschaftlichen Bedingungen sind äußerst komplex und können in unserer Darstellung nur exemplarisch diskutiert werden.

4.1. Pathogene gesellschaftliche Bedingungen, die für kapitalistische Gesellschaften charakteristisch sind

Man kann die pathogene Wirkung gesellschaftlicher Strukturen nicht durch bloße Aufzählung mehr oder minder zufällig gefundener Einzelergebnisse ableiten. Wichtig ist zu erkennen, daß die Alternativen gesellschaftlicher Strukturen — und das sind in der heutigen Epoche Kapitalismus und Sozialismus — in ihren Grundlagen und damit prinzipiell verschieden voneinander sind. Dieser grundlegende Unterschied manifestiert sich in jeweils einzelnen Erscheinungen; dabei können durchaus einige Gegebenheiten — rein oberflächlich betrachtet — in den gegensätzlichen Gesellschaftssystemen gleich erscheinen. In der kapitalistischen Gesellschaft wird der gesellschaftlich produzierte Reichtum privat angeeignet. Dieser Widerspruch be-

deutet u. a., daß der Arbeiter keinen Zusammenhang zwischen seiner Tätigkeit und dem gesellschaftlichen Fortschritt sehen kann: Produktionsfortschritte in einem Betrieb nützen in erster Linie dem privaten Unternehmen und können sich sogar negativ auswirken für die Arbeiter in einem anderen Betrieb (der z. B. nicht mehr konkurrenzfähig ist, so daß die Arbeiter arbeitslos werden). Im Gegensatz dazu werden unter sozialistischen Produktionsverhältnissen klare gesellschaftliche Ziele verfolgt, so daß der Inhalt der Arbeitstätigkeit zu einer kollektiven Aufgabe wird. Weiterhin steht im Kapitalismus wegen der Existenzunsicherheit des Arbeiters die Leistung stets im Rahmen der gegenseitigen Konkurrenz. Im Gegensatz dazu sind Leistung und Wettbewerb unter sozialistischen Produktionsverhältnissen kollektive Aufgaben: sie dienen nicht der bloßen individuellen Existenzsicherung, sondern sind Mittel zur Erlangung eines kollektiven Ziels. Es ist berechtigt, anzunehmen, daß die genannten Bedingungen auch einen wesentlichen Einfluß haben auf die psychische Stabilität bzw. Disposition zu psychischen Störungen des einzelnen. Diese Annahme wird sowohl von Wissenschaftlern aus sozialistischen Ländern wie auch von den westlichen Beobachtern geltend gemacht³¹.

Einer der am besten gesicherten empirischen Befunde ist der Unterschied in den Erkrankungsraten in verschiedenen sozialen Schichten. Bekanntlich sind in den sog. Unterschichten nicht nur die psychischen Störungen häufiger, sondern es herrschen dort auch die schwereren Störungen, besonders Psychosen, vor³². Bei dieser Erscheinung dürften auch Selektionsprozesse eine gewisse Rolle spielen (z. B. Drift-Hypothese: die Erkrankten wandern in sozial niedrigere Schichten ab); insgesamt jedoch sind die genannten Befunde ein klarer Hinweis auf die Existenz pathogener sozialer Faktoren, abgesehen davon, daß auch eine krankheitsbedingte soziale Selektion auf krankheitsverschlechternde soziale Bedingungen hinweisen kann. Einige weitere Befunde beziehen sich auf eine Anzahl sogenannter Stress-Faktoren (s. dazu besonders den zweiten Teil der *Midtown-Manhattan-Study*³³). Trotz verschiedener methodischer Vorbehalte, besonders hinsichtlich des zugrunde gelegten Stress-Konzepts, lassen die Einzelbefunde keinen Zweifel daran, daß verschiedene Arten physischer und psychischer Belastung krankheitsfördernd wirken. Nach diesen globalen Überlegungen sollen die pathogenen Faktoren etwas detaillierter besprochen werden.

4.1.1. Arbeitsbedingungen

Da die Grundlage des menschlichen Lebens in der Arbeitstätigkeit besteht, müssen die spezifischen Arbeitsbedingungen notwendig in ein Konzept der Genese psychischer Störungen einbezogen werden. Dies ist in der Forschung bisher sehr vernachlässigt worden. Eine der

31 Für die SU: Field 1967, S. 328; Ziferstein 1966; für die VR China: Lazure 1964.

32 s. die Übersichtsreferate von Berndt 1968 und Fried 1969.

33 s. Langner & Michael 1963.

wichtigsten psychischen Belastungen für die Lohnabhängigen im Kapitalismus ist die ständige Unsicherheit des Arbeitsplatzes. In Zeiten ökonomischer Krisen, wie gegenwärtig wieder in mehreren kapitalistischen Ländern, müssen sie in verstärktem Maße mit Kurzarbeit oder Entlassung rechnen. Verschiedene soziologische Untersuchungen in den USA ergaben z. B., daß für den amerikanischen Arbeiter der „Grad der Gewißheit und Zuversicht in den morgigen Tag (security)“ die bedeutsamste Überlegung bei der Wahl des Arbeitsplatzes darstellt — was sich in Zeiten erhöhter Arbeitslosigkeit noch verstärkt zeigte³⁴. Daß solche Belastung sich negativ auf die psychische Stabilität auswirkt und bei einem Teil der Arbeiter zu manifesten Störungen führen kann, kann bereits aufgrund allgemeiner psychologischer Einsichten kaum bestritten werden. Die wenigen empirischen Untersuchungen dazu bestätigen dies unmittelbar. So wurden bereits in der berühmten Studie von *Jahoda et al.* über die Arbeitslosen von Marienthal 1933 allgemeines Desinteresse, Resignation, Verzweiflung, Apathie u. ä. als Folgen von Arbeitslosigkeit festgestellt³⁵. Unter Arbeitslosen findet sich ein besonders hoher Anteil an psychisch Gestörten³⁶. In Zeiten ökonomischer Krisen steigt die Zahl der Aufnahmen in psychiatrische Krankenhäuser³⁷. Weiterhin ließen sich bei drohendem oder erfolgtem Verlust des Arbeitsplatzes bei Arbeitern unmittelbar psychische Störungen nachweisen³⁸. So stellten *Strotzka & Leitner* (1969) fest, daß während einer Krise in der Stahlindustrie 1967 die von Entlassung oder Kurzarbeit betroffenen Arbeiter eines Stahlwerks häufiger den Arzt aufsuchten und eine vermehrte Zahl psychogener Beschwerden aufwiesen als in einer Kontrollperiode aus früherer Zeit.

Auch die spezifischen Arbeitsbedingungen können pathogen wirken, denn im Kapitalismus werden die Arbeitsplätze ausschließlich nach den Profitinteressen der Konzerne gestaltet; dafür ist z. B. die wesentlich höhere Unfallquote in der BRD gegenüber der DDR ein Beweis³⁹. Die bekannteste der zahlenmäßig und auch quantitativ bisher völlig unzureichenden Forschungen ist die Untersuchung von *Kornhauser* (1965), er stellte u. a. fest, daß die Arbeiter auf weniger qualifizierten Arbeitsplätzen einen schlechteren Zustand an psychischer Gesundheit aufwiesen, wobei gesichert wurde, daß diese Beziehung nicht auf Selektionseffekten beruhte. Eine pathogene Wirkung ist weiterhin zu erwarten aufgrund der in vielen Zweigen der Industrie in kapitalistischen Ländern herrschenden Arbeitshetze und anderer Arbeitsplatzbedingungen⁴⁰.

34 zit. n. DER MENSCH UND SEINE ARBEIT, 1971, S. 384 ff.

35 *Jahoda et al.* 1933, n. Neuaufl. 1960, u. a. S. 54 ff.

36 s. *Fried* 1969, S. 141 ff.

37 *Brenner* 1967.

38 s. *Werner & Ross* 1969.

39 *Deppe & Wulff* 1971, S. 352.

40 Anschauungsmaterial findet sich z. B. bei *Wallraff* 1970 oder in DAS SCHWEDISCHE MODELL DER AUSBEUTUNG, 1971.

4.1.2. Sozialisation

Die bürgerliche Soziologie und Psychologie legte auf den Komplex der pathogenen Umwelteinflüsse in der Familie und anderen Institutionen der Erziehung besonderes Gewicht. Zahlreiche Untersuchungen legen einen Zusammenhang zwischen elterlichem Fehlverhalten in der Erziehung und psychischen Störungen der Kinder nahe. Seit den 50er Jahren wird z. B. der Einfluß der sog. überfürsorglichen Mutter oder anderer Mutterbeziehungen auf die Entstehung von psychischen Störungen untersucht⁴¹. Richter (1969) hat eine Reihe von neurosenfördernden traumatischen Rollen von Kindern herausgearbeitet, deren Ursache wiederum in gewissen elterlichen Konflikten liegt. Weiterhin wurde gefunden, daß ungünstige Bedingungen in Kinderheimen, wie ein Mangel an emotionaler Zuwendung, allgemeine Vernachlässigung, das Syndrom des „Hospitalismus“ erzeugen können. Hier wurden besonders die Untersuchungen von Spitz bekannt⁴². Einige Untersuchungen legen nahe, daß die Geburt ungewollter Kinder, voreheliche Schwangerschaft, Vergrößerung der Armut durch hohe Kinderzahl, Unehelichkeit der Kinder u. a. die Entstehung psychischer Störungen bei den Kindern begünstigen⁴³. Relevant sind weiterhin gewisse einzelne Erscheinungen wie die negative Beeinflussung von Kindern durch die Massenmedien u. a. m.

4.1.3. Sonstige Lebensbedingungen

Die unbezwingbare Arbeitslosigkeit⁴⁴, die zunehmende Zahl von Krisengebieten und das wachsende Elend der betroffenen Bevölkerung, aber auch das Anwachsen der Bürgerrechtsbewegung führten in den USA zu einer großen Aufmerksamkeit der Wissenschaft auf das Problem der Armut⁴⁵. Die Bedeutung der Armut für die körperliche und seelische Gesundheit wurde in diesem Zusammenhang ebenfalls aufgrund zahlreicher empirischer Befunde herausgearbeitet⁴⁶. Gewisse Lebensbedingungen, besonders das Wohnen unter soziologisch ungünstigen Verhältnissen, wurden von der bürgerlichen Soziologie mit dem Begriff „soziale Isolation“ oder „desintegrierte Gemeinde“ u. ä. belegt. Dabei handelt es sich um Rückstände der Infrastruktur wie hohe Wohndichte, schlechte Gesundheitsversorgung, Armut der Bevölkerung, geringe Erholungsmöglichkeiten und damit zusammenhängende Erscheinungen wie hohe Kriminalität, hohe Selbstmordrate u. ä. Hier wurden mehrfach Beziehungen gefunden zwischen den soziologischen Charakteristika der Gebiete und der Häufigkeit psychischer Störungen. Am bekanntesten wurde die umfangreiche *Stirling County Study*⁴⁷.

41 s. das Sammelreferat von Berndt 1967 sowie Richter 1969, S. 42 ff.

42 s. Schmidt 1970, S. 271 ff.

43 n. Schwartz 1969.

44 Daten z. B. in DER IMPERIALISMUS DER BRD, 1971, S. 344.

45 n. Lumer 1967, S. 9 f.

46 s. den instruktiven Sammelband POVERTY AND HEALTH, 1969.

47 s. Leighton et al. 1963.

Um Mißverständnisse zu vermeiden, soll betont werden, daß mit diesen Angaben über pathogene Sozialfaktoren keineswegs die Existenz körperlicher Ursachen oder Dispositionen geleugnet werden soll — diese sind hier nur nicht Gegenstand der Diskussion.

4.2. Perspektiven der Änderung pathogener gesellschaftlicher Bedingungen im Sinne nicht-spezifischer Prävention

Mit dem eben gegebenen kursorischen Aufweis pathogener gesellschaftlicher Bedingungen ist allerdings die Beziehung 1 unseres Schemas (unmittelbarer Einfluß der Arbeits- und Lebensbedingungen) noch nicht vollständig dargestellt. Wichtig ist vor allem nun die Umkehrung: Welche Möglichkeiten einer nicht-spezifischen Prävention ergeben sich durch Änderung pathogener Strukturen, und unter welchen Voraussetzungen lassen sich diese Änderungen erreichen? Auch diese Frage kann hier natürlich nur kursorisch diskutiert werden. Um die grundlegende Problematik zu erfassen, ist sie besonders im Hinblick auf sozialistische gegenüber kapitalistischen Produktionsverhältnissen zu diskutieren.

4.2.1. Arbeitsbedingungen

Sollen die pathogenen Bedingungen beseitigt werden, die unmittelbar mit der Arbeitstätigkeit zusammenhängen, so muß die Arbeit „nicht nur zu einer Quelle gesellschaftlichen Reichtums, sondern auch zum Maß seiner Verteilung“ und schließlich „zur Hauptsphäre der Betätigung der Persönlichkeit“ werden⁴⁸. Die Verwirklichung dieses Ziels hängt u. a. vom Grad der Entlastung des Menschen von monotoner, nicht schöpferischer Arbeit und damit von der allgemeinen Produktivkraftentwicklung, dem Stand der Automatisierung usw. ab. Eine wichtige Voraussetzung für die psychische Stabilität des einzelnen ist die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Ängste sowie der Ängste vor Krieg und ökonomischen Krisen.

Offenbar sind hier grundsätzliche gesellschaftliche Fragen angesprochen, Fragen des Vergleichs der gegensätzlichen Systeme Sozialismus und Kapitalismus. Sie können hier nicht ausdiskutiert werden, es soll nur noch auf einige Erscheinungen hingewiesen werden, die für unser Thema unmittelbar relevant sind. In den sozialistischen Ländern ist — von historisch bedingten Ausnahmen abgesehen — die Arbeitslosigkeit beseitigt wie auch ökonomische Krisen. Weiter zeigen einige empirische Untersuchungen, daß der Prozeß, Arbeit als erstes Lebensbedürfnis zu realisieren, sich tendenziell, d. h. soweit es die objektiven Bedingungen zulassen, verwirklicht⁴⁹.

4.2.2. Sozialisation

Die Untersuchungen der bürgerlichen Sozialwissenschaftler sind meist dabei stehengeblieben, schädigende Einflüsse elterlichen Er-

48 s. DER MENSCH UND SEINE ARBEIT, 1971, S. 31.

49 Reiches Material besonders zu Motivationsstruktur und Ausbildungsniveau in DER MENSCH UND SEINE ARBEIT, 1971; zur Frage der kollektiven Arbeit s. Weidig 1969.

ziehungsverhaltens oder schädigende Einflüsse in anderen Sozialisationsbereichen festzustellen. Sie fragen nicht nach den dahinterliegenden Bedingungen und den Perspektiven einer Änderung in breitem Maßstab. Geklärt werden müßte z. B.: aufgrund welcher materieller Bedingungen sind Mütter überfürsorglich? Hier bietet sich z. B. die Hypothese an, daß die ökonomisch vom Mann abhängige Hausfrau in den mittleren Sozialschichten nicht ausgefüllt ist von ihrer Tätigkeit und sich daher emotional übermäßig an Kind oder Haushalt klammert; sodann ist weiterzufragen, welche gesellschaftlichen Voraussetzungen eine Qualifikation und Berufstätigkeit der Frau erst ermöglichen. Bei berufstätigen Frauen ist z. B. zu erwägen, inwieweit die Doppelbelastung durch Arbeit und Haushalt sie ungeduldig werden läßt, so daß sie durch falsches Erziehungsverhalten psychische Störungen bei ihrem Kind hervorruft; auch hier greift jede Analyse zu kurz, die nicht noch weiterfragt, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen diese Doppelbelastung vermieden werden kann. Nur durch eine konsequente wissenschaftliche Analyse kann die Frage beantwortet werden, welche Möglichkeiten der Prävention auf längere Sicht hin bestehen. Richter, der pathogene Familienkonstellationen von ihrer psychodynamischen Seite her analysiert hat, impliziert, daß durch eine geeignete, nicht nur äußere Erziehungspraktiken allein modifizierende Einwirkung eine gewisse Neurosen-Prophylaxe zu erreichen sei⁵⁰. Dieser in letzter Zeit häufiger auftauchende Ansatz, durch Einwirken auf die psychische Struktur einzelner Personen präventiv wirken zu können, hat mindestens zwei unüberwindbare Schranken. Zum einen: was nützt psychodynamische Beeinflussung, wenn die materiellen Bedingungen eine grundlegende Änderung nicht zulassen, z. B. wenn eine Frau sich mangels Qualifikation und aufgrund der Arbeitsmarktlage keine Arbeit verschaffen kann. Zum andern: unter den gegenwärtigen Bedingungen kann solche Beeinflussung sicher nur eine sehr begrenzte Zahl von Personen und vermutlich nur gewisse Schichten der Bevölkerung erreichen; denn wer soll wie und durch welche Mittel (auch finanzielle) Millionen Menschen in der richtigen Weise über psychodynamische Zusammenhänge aufklären? Die einzig realistische Perspektive, unter der auch Erkenntnisse über die Psychodynamik des Individuums voll einsetzbar sind, läßt sich etwa so zusammenfassen: Durch Bereitstellung gesellschaftlicher Erziehungs- und Bildungseinrichtungen mit qualifizierten Erziehern und in ausreichender Zahl kann eine Erziehung nach wissenschaftlichen Erkenntnissen erfolgen. Nur auf diesem Wege können — im gesamtgesellschaftlichen Maßstab gesehen — die wichtigsten Erziehungsfehler und Abhängigkeiten der Kinder von elterlichem Fehlverhalten beseitigt werden. Damit soll nur eine grundsätzliche Tendenz angegeben sein, die freilich noch viele Varianten zuläßt. Gegenüber dieser These von der Bedeutung vergesellschafteter Erziehung für die Prävention psychischer Störungen wird eingewandt, daß auch die Erzieher Fehler machen und daß

die emotionale Beziehung der Kinder zu den Eltern bzw. zu festen Bezugspersonen verlorengelange, was nachweislich zu psychischen Störungen führt. Das erste ist sicher richtig; jedoch ist es eben möglich, wissenschaftlich ausgebildete Erzieher in gesellschaftlichen Einrichtungen zu kontrollieren und zu richtigem Erziehungsverhalten anzuleiten, und es ist nicht möglich, Millionen von Eltern in privaten Haushalten zu erreichen und ggf. zu korrigieren. Der zweite Einwand trifft sicher nicht zu. Ganz im Gegenteil kann sich in der Regel erst dann, wenn das Kind insbesondere der Mutter nicht zur Last fällt und ihre beruflichen Möglichkeiten einschränkt, eine gute emotionale Beziehung entwickeln.

Einbeziehung der Frau in den Arbeitsprozeß und gesellschaftliche Erziehung sind Charakteristika der sozialistischen Gesellschaft, und es läßt sich anhand empirischer Daten leicht nachweisen, daß diese Charakteristika in sozialistischen Ländern in stetig wachsendem Maß verwirklicht werden⁵¹.

4.2.3. Sonstige Lebensbedingungen

Aufgrund unserer bisherigen Überlegungen ist klar, daß diejenige Gesellschaftsordnung eine optimale nicht-spezifische Prävention gewährleisten wird, die in der Lage ist, die Lebensbedingungen im Interesse des Wohlergehens der gesamten Bevölkerung zu gestalten.

Wie schon vorher können die angesprochenen Fragen des Systemvergleichs hier nicht grundsätzlich diskutiert werden. Es sollen nur zwei Probleme besprochen werden. Das erste ist das Problem der Armut bestimmter Schichten der Bevölkerung, das in der amerikanischen Literatur zur Gemeindepsychiatrie häufig angesprochen wird. Seit mehr als 30 Jahren versprechen die Führer des reichsten Landes der Welt, der USA, mit Hilfe von speziellen Wohlfahrtsprogrammen die Armut in den USA zu beseitigen⁵². Tatsächlich leben aber in den USA auch heute noch Millionen Menschen unter dem Existenzminimum. In anderen kapitalistischen Ländern ist entweder für einen Teil der Bevölkerung die Lage ähnlich oder der erreichte Lebensstandard ist ständig durch ökonomische Krisen oder andere Ereignisse bedroht. Zweifellos haben die sozialistischen Länder bisher — was historisch wohl zu begründen ist — gegenüber einigen kapitalistischen Ländern deutliche Produktivitätsrückstände. Andererseits bietet die planmäßige Entwicklung der Produktivkräfte einer vergesellschafteten Wirtschaft die Möglichkeit einer stetigen und rückschlagfreien Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen. Eine weitere Frage ist die Bedeutung des allgemeinen Bildungsniveaus für die Prävention psychischer Störungen. Wenngleich die allgemeine Anhebung des Qualifikations- und Bildungsniveaus der Bevölkerung vorübergehend neue psychische Probleme für den einzelnen bringen kann, so ist man sich doch in der psychohygienischen Literatur darüber einig, daß Anhebung der Bildung und speziell Kenntnisse über

51 für die DDR s. z. B. Kuhrig 1969, dort zum planmäßigen Aufbau von Kinderkrippen, S. 194 f.

52 Lumer 1967, S. 9 f.

psychische Krankheiten für ein günstiges Krankheitsverhalten, für den Abbau von Vorurteilen, die Vermeidung von Erziehungsfehlern u. a. förderlich ist. Nun ist gerade das planmäßige Vorantreiben des allgemeinen Bildungs- und Qualifikationsniveaus ein Charakteristikum der sozialistischen Gesellschaft.

Um zusammenzufassen, die — notwendig nur überblicksmäßige — Diskussion in Abschnitt 4.2. zeigte, daß die Fragen der nicht-spezifischen Prävention auf grundsätzliche gesellschaftliche Probleme führen und unter langfristigen Perspektiven betrachtet werden müssen. In den wichtigen Bereichen weisen sozialistische Produktionsverhältnisse wesentlich günstigere Perspektiven für die nicht-spezifische Prävention psychischer Störungen auf.

4.3. Pathogene gesellschaftliche Faktoren in sozialistischen Gesellschaften

Soll das nun heißen, daß mit dem Sozialismus automatisch alle psychischen Störungen verschwinden? Annahmen dieser Art kann man auch als „Automatentheorie“ bezeichnen⁵³. Diese Vorstellung vom sofortigen und automatischen Wechsel aller Erscheinungen mit dem Augenblick der sozialistischen Revolution (der ja auch kein Augenblick ist, sondern ein Prozeß) soll kurz diskutiert werden, da sie von unterschiedlichen Positionen aus als Argument verwendet wird. Zum einen wird sie von Personen benutzt, die ein angebliches Scheitern des Sozialismus nachweisen wollen. So stellt z. B. Pflanz die von ihm in keiner Weise belegte Behauptung auf: „Es gibt heute keine gesundheitlichen Probleme, die sich in einer kapitalistischen Gesellschaft wesentlich anders darstellen als in einer sozialistischen.“ Als Hinweis darauf scheint ihm ausreichend, daß es auch in der Sowjetunion Psychosen und Neurosen gibt⁵⁴. Auch auf verwandten Bereichen sozialer Abweichungen wird so argumentiert. So meint der Hamburger Strafrechtler *Schmidhäuser*, die „marxistische Ideologie“ sei schon längst „Lügen gestraft“, weil es in der Sowjetunion noch Kriminalität gibt⁵⁵. Zum anderen besteht die Automatentheorie bei Sympathisanten des Sozialismus, die in übereifriger Erwartung enttäuscht sind, wenn es in den sozialistischen Ländern Probleme und unerwünschte Erscheinungen gibt, wie auch Psychosen und Neurosen. Die Automatentheorie geht von einer völlig unangemessenen Auffassung von Wesen gesellschaftlicher Prozesse aus. Nach der Auffassung des dialektischen Materialismus besteht die innere Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung in der Entfaltung und Auflösung von Widersprüchen. In der sozialistischen Gesellschaft handelt es sich dabei — im Gegensatz zur kapitalistischen — um nicht-antagonistische Widersprüche, d. h. solche, die innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung gelöst werden können. So wird auch in der Literatur aus sozialistischen Ländern auf den verschiedensten Gebieten immer

53 Aganbegjan/Schubkin 1970, S. 27.

54 Pflanz 1970, S. 39.

55 Schmidhäuser 1970, S. 28.

wieder betont, daß die sozialistischen Produktionsverhältnisse die *Voraussetzung* darstellen für die Erkämpfung einer besseren Zukunft, wogegen im *Selbstlauf* nichts geschieht⁵⁶. Die Automatismusvorstellung in den Fragen der psychischen Störungen berücksichtigt im besonderen nicht, daß es auch — und zum Teil gerade — in der sozialistischen Gesellschaft Erscheinungen gibt, die psychische Störungen verursachen oder fördern können.

4.3.1. Arbeitsbedingungen

In erster Linie bringen die Verlagerungen der Arbeitsanforderungen, die sich im Sozialismus mit der Entwicklung der Produktivkräfte gesetzmäßig und vorhersagbar ergeben, gewisse Probleme für die psychische Gesundheit mit sich. Im wesentlichen handelt es sich um folgende drei Bereiche⁵⁷: 1. Erhöhung des Anteils der kognitiven, insbesondere der intellektuellen Anforderungsteile; z. B. bedeutet die Notwendigkeit planenden Denkens im Produktionsprozeß für viele Werktätige eine schwerwiegende Änderung. 2. Verlagerung von schweren körperlichen Anforderungen zur Feinmotorik. 3. Notwendigkeit vielseitiger Allgemeinbildung und Weiterbildung. Die psychischen Probleme, die sich mit dem enormen Ausmaß an beruflicher Qualifikation und Bildung ergeben, sind ein ausgezeichnetes Beispiel für das Auftreten von Widersprüchen bei fortschrittlichen Entwicklungen. Untersuchungen in der DDR haben z. B. ergeben, daß „hohe psychonervale Belastung mit dem Auftreten von Überforderungssyndromen“ bei „Leitungskadern in der Landwirtschaft (besonders Vorsitzende und Hauptbuchhalter) sowie bei Lehrern und Erziehern“ auftraten⁵⁸. Sicherlich zeigt sich der Wechsel in den Arbeitsanforderungen auch in kapitalistischen Ländern. Dabei ist jedoch zweierlei zu beachten. Zum einen geschieht dieser Wechsel in der sozialistischen Gesellschaft planmäßig und in weit größerem Umfang — was die weitgehend anerkannte Überlegenheit des sozialistischen Bildungssystems besonders in der Sowjetunion und der DDR beweist. Zum anderen kommt es auf den Kontext an, in dem ein Mensch Belastungen ausgesetzt ist; so ist es eben ein Unterschied, ob psychische Belastungen im Zusammenhang des kollektiven sozialistischen Wettbewerbs auftreten oder im Zusammenhang mit der existentiellen Bedrohung des Verlustes des Arbeitsplatzes.

Die systematisch voranschreitende Qualifizierung eines immer größeren Teils der Bevölkerung bringt auch die Gefahr mit sich, daß „die Nichtübereinstimmung der psychophysischen Eigenart des Arbeiters mit dem Charakter der ausgeübten Tätigkeit zu Erkrankungen des Nervensystems und anderen Störungen führt⁵⁹“. Hier kann u. a. eine wissenschaftlich fundierte Berufsberatung den Nebeneffekt einer Prävention psychischer Störungen haben.

56 Aganbegjan/Schubkin 1970, S. 27; Frost 1971, S. 49.

57 Hacker 1969, S. 84; s. auch Müller-Hegemann 1967, S. 9.

58 Beyer et al. 1971, S. 213.

59 DER MENSCH UND SEINE ARBEIT, 1971, S. 324.

4.3.2. Sozialisation

Man darf nicht im Sinne der „Automatentheorie“ annehmen, daß mit den sozialistischen Produktionsverhältnissen alle Fehler in der Erziehung der Kinder von selbst verschwinden. In der CSSR wurde beispielsweise in einer empirischen Untersuchung festgestellt, daß eine frühe Bewegungsstimulation der Säuglinge deren körperliche und psychische Entwicklung günstig beeinflusst; im Gegensatz dazu steht in diesem Land die verbreitete Sitte, die Säuglinge besonders fest in Windeln einzupacken⁶⁰. Dies ist ein noch recht einfacher Fehler; viel schwieriger dürfte es z. B. sein zu verhindern, daß Eltern einen zu hohen Leistungsanspruch auf die Kinder übertragen. Auch hier können wir nur feststellen, daß mit dem Schwerpunkt auf gesellschaftlicher Erziehung, der Entlastung der effektiv gleichberechtigten Eltern und deren höherem Bildungsstand die geeigneten Voraussetzungen geschaffen werden dürften, um auf längere Sicht gesehen auch psychischen Störungen zu verhindern, die auf Erziehungsfehlern beruhen.

4.3.3. Sonstige Lebensbedingungen

In den sozialistischen Ländern gibt es Rückstände in den materiellen Lebensbedingungen. Beispielsweise ist in der Sowjetunion — nicht zuletzt durch die Vernichtungsfeldzüge des deutschen Faschismus — der Mangel an Wohnungen noch erheblich. Ein Beispiel für psychische Probleme, die aus einer fortschrittlichen Entwicklung entstehen, sind die erhöhten Anforderungen für die Familie, die mit der Verwirklichung der Gleichberechtigung durch Qualifikation und Berufstätigkeit der Frau entstehen. Die hohe Scheidungsquote in der DDR kann u. a. darauf zurückgeführt werden. Hier würden Eheberatungsstellen, die in geeigneter Weise arbeiten, u. a. auch eine präventive Wirkung in bezug auf psychische Störungen bei den Eltern oder auch den Kindern haben.

Die vorangegangenen Überlegungen (Abschnitt 4.) betrafen solche Bedingungen, die nicht primär im Namen der Verhinderung psychischer Störungen anzustreben sind, sondern ein Ziel fortschrittlicher Kräfte ganz allgemein darstellen. Im folgenden soll untersucht werden, welcher Zusammenhang zwischen der Möglichkeit und Wirksamkeit gezielter präventiver Maßnahmen, also solchen Bedingungen, die sich speziell auf psychische Erkrankungen beziehen, und dem Gesellschaftssystem besteht.

5. Modell einer präventiv orientierten psychiatrischen Versorgung

Wir kommen nun zum Kernpunkt unserer Darstellung, der Diskussion, wie eine psychiatrische Versorgung auszusehen habe, deren Hauptziel die Verhütung psychischer Störungen ist. Da die Überlegungen nicht utopischen Charakter annehmen sollen, soll ein tatsächlich bestehendes Versorgungssystem zum Ausgangspunkt ge-

nommen werden. Dabei war u. a. wichtig, ein Modell psychiatrischer Versorgung zu wählen, das die Bezeichnung „System“ auch verdient, d. h. es sollte sich um eine Versorgung handeln, die im ganzen Land oder doch in allen wesentlichen Gebieten konsequent aufgebaut ist; denn Modelle, die sozusagen in einer psychiatrischen Wüste als vereinzelte Oasen dastehen — wie z. B. die sozialpsychiatrischen Einrichtungen in Heidelberg/Mannheim⁶¹ — sind wesentlich weniger aufschlußreich über die Möglichkeiten und Perspektiven einer präventiv orientierten psychiatrischen Versorgung. Schon von daher bietet sich das psychiatrische Versorgungssystem der Sowjetunion zur Darstellung an. Noch wichtigere Gründe für dessen exemplarischen Charakter sind allerdings die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die in der SU für Errichtung und Wirksamkeit einer präventiv orientierten psychiatrischen Versorgung bestehen.

Die folgende Darstellung bezieht sich nur auf die Organisation und die institutionellen und gesellschaftlichen Zusammenhänge, nicht auf die psychiatrische Theorie, etwa die Lehre von der Ätiologie, das diagnostische System o. ä.

Zunächst einige Literaturhinweise: Seit in den USA verstärkte Bemühungen um die Überwindung der Misere in der psychiatrischen Krankenversorgung einsetzten, besonders seit dem „Community Mental Health Centers Act“ 1963 (s. S. 45 f.), ist ein verstärktes Interesse der amerikanischen Psychiatrie an der psychiatrischen Versorgung der SU festzustellen.

Die folgende Darstellung bezieht sich vorwiegend auf Angaben von Wissenschaftlern aus kapitalistischen Ländern, besonders den USA. Der vermutlich beste ausländische Kenner der sowjetischen medizinischen Versorgung dürfte der Bostoner Soziologe *Field* sein. Er gibt in *Field* (1967) eine gründliche Darstellung von Fakten und diskutiert wesentliche Probleme. Eine kurze Darstellung findet sich bei *Field & Aronson* (1964). Am bekanntesten dürfte die Studienreise einer Gruppe von sechs führenden Psychiatern und Mental-Health Experten der USA und einem Juristen geworden sein. Die Expedition wurde vom US-Gesundheitsministerium organisiert; die sieben Berichte der Teilnehmer erschienen in einer „Special Section“ des „American Journal of Psychiatry“ (s. IMPRESSIONS OF SOVIET PSYCHIATRY, 1968). Eine Zusammenfassung dieser Berichte wurde von *M. Gorman*, Direktor des „National Committee against Mental Illness“, auf dem 7. Internationalen Kongreß der WFMH vorgetragen (s. *Gorman* 1969).

Einen Eindrucksbericht eines 15monatigen Forschungsaufenthalts in der SU 1963—64 gibt *Ziferstein* 1966. Einen kurzen Bericht einer Studienreise gibt im deutschsprachigen Bereich *Kulenkampff* 1967.

Berichte von Autoren sozialistischer Länder in englischer Sprache wurden in dem Band PSYCHIATRIE IN THE COMMUNIST WORLD von *A. Kiev* herausgegeben. Über die sowjetische Psychiatrie ist darin ein Beitrag von *A. G. Galach'yan* enthalten, der vorwiegend über die historische Entwicklung der sowjetischen Psychiatrie orientiert. Verwiesen sei hier noch auf zwei kürzere Beiträge von *D. E. Melehov* in der Zeitschrift „Social Psychiatry“ (*Melehov* 1968 und 1967), worin sich auch Hinweise auf sowjetische Originalliteratur finden. Spezielle Probleme der Psychohygiene behandelt ein Beitrag von *Lebedev* (1966). Statistische Angaben sind den

61 s. Häfner 1967.

Periodika der World Health Organization zu entnehmen, bes. dem WORLD HEALTH STATISTICS REPORT und dem WORLD HEALTH STATISTICS ANNUAL.

5.1. Aufbau der psychiatrischen Versorgung in der Sowjetunion (wenn nichts anderes angegeben ist, beziehen sich die Angaben auf „IMPRESSIONS...“)

Um den Aufbau der psychiatrischen Versorgung zu verstehen, müssen wir uns den allgemeinen Aufbau der medizinischen Versorgung in der SU ansehen. Aufgrund eines allgemeinen Versorgungsplans sind die Wohngebiete in sog. Rayons mit je ca. 400 000 Einwohnern aufgeteilt. Jeder Rayon (Einzugsgebiet, Sektor) ist wieder in 10 Distrikte unterteilt mit jeweils ca. 40 000 Personen. Für jeden Distrikt ist eine Poliklinik⁶² zuständig, die die grundlegenden Aufgaben der Versorgung zu erledigen hat, nämlich die Diagnose, ambulante Behandlung, Überweisung, Vorsorgeuntersuchungen. In jedem Rayon gibt es in der Regel ein sog. Neuropsychiatrisches Dispensaire (im folgenden ND; unter „Dispensairemethode“ versteht man allgemein die Methode der frühzeitigen Erfassung und Überwachung gesundheitlich Gefährdeter⁶³) sowie ein psychiatrisches Krankenhaus (für stationäre Behandlung), eine allgemeine Notdienststation; daneben gibt es je nach den Gegebenheiten Gesundheitsdienste in Schulen und Fabriken.

Die Grundeinheit der psychiatrischen Versorgung ist das ND. Es übernimmt alle Aufgaben der Diagnostik und ambulanten Behandlung, auch der Nachsorge und der Therapie in arbeitstherapeutischen Einrichtungen. Unter Leitung eines Chefarztes arbeiten in dem ND 10 bis 12 Distriktärzte sowie eine Reihe von Spezialisten: mehrere Kinderpsychiater, Sprachtherapeuten, Psychotherapeuten u. a.⁶⁴. Hinzu kommt eine Anzahl von Krankenschwestern, Sozialarbeitern und weiterem Personal. Behandlung geschieht hier also grundsätzlich im Team, wobei wichtig ist, daß Krankenschwestern und Sozialarbeiter aktiv an der Behandlung z. B. durch Hausbesuche und allgemeine Betreuung beteiligt sind.

Zwischen dem ND und dem psychiatrischen Krankenhaus eines Rayons besteht eine enge organisatorische Verbindung. Diese zeigt sich besonders in der sofortigen Übernahme eines aus stationärer Behandlung entlassenen Patienten in kontinuierliche Nachbetreuung. Die Nachbetreuung wird von seiten des ND aktiv betrieben, d. h. der

62 Genauer wäre es, mit dem im Deutschen nicht existierenden Ausdruck „Polyklinik“ (v. griech. polys = viel) zu übersetzen, analog dem Terminus „polyclinic“ in der englischen Sprache; denn es handelt sich bei den in Rede stehenden Institutionen in der SU um Einrichtungen zur ambulanten Behandlung verschiedenartiger Krankheiten. Der deutsche Ausdruck „Poliklinik“ (v. griech. polis = Stadt) meint spezialisierte öffentliche Institutionen zur ambulanten Behandlung.

63 so DER GROSSE DUDEN der DDR (Leipzig 1970, 16. Aufl., S. 94); im westdeutschen DUDEN ist der Begriff nicht genannt.

64 s. Kulenkampff 1967, S. 125.

Patient wird, falls Nachbetreuung als nötig angesehen wird und er nicht wieder zur Behandlung kommt, zu Hause aufgesucht.

Schulen ab einer Größe von 800 Schülern haben einen eigenen medizinischen Dienst mit einem ausschließlich hierfür tätigen Arzt und einer Krankenschwester. Ihre Hauptaufgabe ist die Früherkennung und -behandlung von Krankheiten. Jedes Jahr findet eine körperliche Untersuchung aller Kinder statt. Der schulmedizinische Dienst sorgt auch für die psychiatrisch-psychologische Betreuung. Kinder mit Sprach- und Lernschwierigkeiten und geistig zurückgebliebene Kinder werden zu spezieller Behandlung oder in spezielle Schulen überwiesen. Große Betriebe mit 4000 bis 6000 Beschäftigten besitzen eigene Polikliniken. Kleinere Betriebe sind mit einem geringer ausgestatteten medizinischen Dienst versehen oder werden von der örtlichen Poliklinik versorgt. Die Beschäftigten der werksärztlichen Dienste werden von der lokalen Gesundheitsbehörde bezahlt⁶⁵.

5.2. Charakteristika der psychiatrischen Versorgung in der SU

5.2.1. Verbindung von Therapie und Arbeit

Den Patienten wieder arbeitsfähig zu machen, heißt in der sozialistischen Gesellschaft nicht, wie in den kapitalistischen Ländern, ihn zu einer ihm fremden Betätigung zurückzuführen, über deren Produkte nicht nach gesellschaftlichen Interessen, sondern nach den Interessen der Privateigentümer an den Produktionsmitteln entschieden wird; es heißt vielmehr, ihm zu helfen, seiner eigentlichen Bestimmung, der gesellschaftlichen Produktion und Konsumtion, nachzukommen. Daher muß und kann in einer sozialistischen Gesellschaft die Wiedererlangung der Arbeitsfähigkeit im Mittelpunkt aller therapeutischen Bestrebungen stehen. In der sowjetischen Psychiatrie wird für jeden Patienten mit Beginn der therapeutischen Bemühungen geplant, wie er zu seiner ursprünglichen Tätigkeit zurückkehren kann oder — wenn dies nicht möglich ist — welche andere Tätigkeit er ausüben kann. Die Therapie selbst besteht zu einem großen Teil in einer sorgfältig bestimmten Arbeitstätigkeit. Dazu steht eine Vielzahl von arbeitstherapeutischen Einrichtungen zur Verfügung, die durch qualifiziertes Personal geleitet werden. Man versucht dabei, die Tätigkeit auf den bisher ausgeübten Beruf des Patienten zu orientieren. Allen NDs ist eine arbeitstherapeutische Einrichtung zugeordnet. Auch in den psychiatrischen Krankenhäusern und in den Anstalten für chronisch Kranke gibt es arbeitstherapeutische Einrichtungen, die teilweise spezielle Produktionsprogramme haben. Die Patienten arbeiten in der Regel 6 Stunden pro Tag. Es gilt als selbstverständlich und als therapeutisch wirksam, daß die Patienten für ihre Arbeit voll bezahlt werden⁶⁶.

Die eben aufgezeigte therapeutische Ausrichtung wird auch mit den Begriffen Rehabilitation oder Readaption bezeichnet. Die enorme

65 Gorman 1969, S. 93.

66 Gorman 1969, S. 91.

Bedeutung der Rehabilitation psychisch Kranker und der Prävention von Dauerschäden ist mittlerweile theoretisch überall anerkannt und bildet einen Hauptprogrammepunkt der sog. Sozialpsychiatrie. Allerdings muß man sehen, daß zur Verwirklichung dieser Intentionen in der SU gewisse Voraussetzungen gegeben sind. Das wichtigste ist ein tatsächlich bestehender Arbeitsschutz. In der SU ist das Recht jedes Menschen auf Arbeit verfassungsmäßig garantiert und aufgrund des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln auch realisiert. So sind die Betriebe verpflichtet, Arbeiter nach ihrer Entlassung an ihrem früheren Arbeitsplatz und zu ihrem früheren Gehalt wieder zu beschäftigen. Wenn dies aus Gründen der Krankheit nicht möglich ist, so ist der Betreffende an einer anderen für ihn geeigneten Stelle einzusetzen⁶⁷. Wer bestimmt nun, ob und wie ein Patient oder ein ehemaliger Patient einzusetzen ist? Auch diese Entscheidung wird von gesellschaftlichen Institutionen getroffen: es gibt hierzu spezielle Expertenkommissionen, VTEKs genannt, deren Entscheidungen für alle Arbeitsstätten bindend sind⁶⁸.

5.2.2. Kontinuität der Versorgung

Die Kontinuität der Versorgung in der sowjetischen Psychiatrie wird von mehreren westlichen Autoren als besonders beeindruckend und vorteilhaft herausgehoben⁶⁹. Darunter ist einmal die Kontinuität der Versorgung während eines bestimmten Krankheitsverlaufs zu verstehen. Wie schon gesagt, liegt das Schwergewicht auf der ambulanten Versorgung, d. h. der Nachbetreuung und Rehabilitation, und es besteht wegen der engen organisatorischen Verbindung ein nahtloser Übergang zwischen den verschiedenen Behandlungsinstitutionen, besonders wichtig zwischen dem psychiatrischen Krankenhaus und dem entsprechenden neuro-psychiatrischen Dispensaire. Zum anderen ist eine Kontinuität der Betreuung über das ganze Leben des einzelnen gewährleistet: Die allgemeine medizinische Fürsorge beginnt während der Schwangerschaft; es besteht eine umfassende Vorsorgebetreuung für alle Mütter. Analog den allgemeinen Polikliniken sind — nach Wohnbezirken aufgeteilt — Kinder-Polikliniken für die gesamte allgemeinmedizinische Versorgung der Kinder zuständig. Die zahlreich vorhandenen Kinderärzte arbeiten eng mit den Kinderpsychiatern zusammen, welche in den NDs beschäftigt sind. Daneben gibt es zwecks Spezialbetreuung Sanatorien, Trainingsschulen und Institutionen für chronisch kranke Kinder. Der über das System der medizinischen Dienste für Kinder berichtende Mediziner der erwähnten Delegation des Public Health Service stellt als besonders wichtig heraus, „daß sie nicht alleine stehen. Sie sind Teil des gesamten Gesundheitsprogramms“⁷⁰.

67 IMPRESSIONS . . . , 1968, S. 657.

68 Gorman 1969, S. 92.

69 Field 1967, S. 317; IMPRESSIONS . . . , S. 671.

70 IMPRESSIONS . . . , S. 660.

Auch die personelle Kontinuität der Betreuer (Ärzte, Schwestern) ist durch diesen Aufbau so weit möglich gewährleistet; natürlich ist diese nie vollständig zu erzielen.

5.2.3. Allgemeine Verfügbarkeit

Mit der Kontinuität und der klaren Festlegung der Zuständigkeiten der Versorgung für die Wohngebiete und mit den speziellen Diensten in Schulen und Betrieben ist ein weiteres Charakteristikum verbunden, das in allen neueren westlichen Publikationen respektvoll anerkannt wird: die allgemeine Verfügbarkeit des Gesundheitsdienstes überhaupt und damit auch der psychiatrischen Versorgung. Zum einen gibt es keine ökonomischen Barrieren (kostenlose Versorgung, wirksame Sozialversicherung, Sicherheit des Arbeitsplatzes)⁷¹, zum anderen sind die Zuständigkeiten für alle klar zu erkennen; dies ist schon äußerlich zu bemerken an Erscheinungen wie der, daß in der gesamten SU mit einer allen geläufigen Telefonnummer (03) der medizinische Notfalldienst zu erreichen ist.

In der allgemeinen Verfügbarkeit der medizinischen Versorgung zeigt sich ein fundamentaler Gegensatz zu den kapitalistischen Ländern, besonders den USA (s. u., S. 39).

Abschließend zur Darstellung der psychiatrischen Versorgung in der SU ist zu erwähnen, daß die wesentlichen Züge in gleicher Weise zutreffen für die Versorgung von geistig Retardierten⁷². Hier gibt es lediglich gewisse organisatorische Modifikationen, da enge Beziehungen mit dem Erziehungssystem bestehen.

5.2.4. Aktivität der Versorgung

Darunter ist zu verstehen, daß die Institutionen der psychiatrischen Versorgung nicht nur auf das Erscheinen von Kranken warten, sondern von sich aus auf den Patienten oder den potentiellen Patienten zugehen. Konkret äußert sich diese Aktivität in den systematischen (allgemein-medizinischen) Vorsorgeuntersuchungen und bei der Rehabilitation, wie vorher angegeben.

6. Spezifische Prävention und Versorgungssystem

Wir kommen nun zu dem mit 2b bezeichneten Pfeil in dem Schema. Er soll die Verbindung zwischen gezielten präventiven Maßnahmen und der Organisation der psychiatrischen Versorgung aufweisen. In Worten bedeutet dies: wirksame präventive Aktivitäten setzen eine geeignete Organisation voraus; und umgekehrt: ein präventiv orientiertes psychiatrisches Versorgungssystem fördert spezifische Prävention.

Um dies zu zeigen, müssen wir uns zunächst vergegenwärtigen, inwiefern eine Versorgung wie die psychiatrische Versorgung in der SU präventiv wirkt.

71 Field 1967, S. 317.

72 Craft 1967.

6.1. Der präventive Charakter der psychiatrischen Versorgung in der SU

Arbeits- und lebensraumnahe Versorgung, Kontinuität. Wie gezeigt, sind die Einrichtungen und Maßnahmen ganz darauf abgestellt, den Kranken möglichst in der Nähe seines Arbeits- und sonstigen Lebensbereichs zu behandeln und ihn so wenig wie möglich aus seinen normalen Lebensbezügen herauszunehmen. Dadurch wird das wesentliche Ziel der tertiären Prävention erreicht: der schlimmste mögliche Schaden einer psychischen Störung, die dauernde Arbeits- und Genußunfähigkeit, der schwere Defektzustand, wird verhindert. Aber auch schon für leichtere Fälle ist es wichtig, nach Möglichkeit die Hospitalisierung zu verhindern. Durch die institutionalisierte weitergehende Betreuung nach der eigentlichen Behandlung kann eine wirkungsvolle Rückfallprävention erzielt werden. Die systematische Nachbetreuung stellt in den gegebenen Fällen auch eine Krisenintervention dar⁷³. Auch dürfte die umfangreiche Aktivität der psychiatrischen Sozialfürsorge, die zur Nachbetreuung gehört, in gewissem Maße primäre Prävention fördern.

Allgemeine Verfügbarkeit. Die präventive Wirkung einer vollen Ausnutzung des Gesundheitsdienstes kann kaum hoch genug eingeschätzt werden. Besonders wirkt sich die allgemeine Nutzung im Sinne der Früherkennung und rechtzeitigen Behandlung aus (sekundäre Prävention). Eine Wirkung im Sinne primärer Prävention kommt dadurch zustande, daß in die umfassende Versorgung auch Beratungstätigkeit eingeschlossen ist. Wie *Ziferstein* mitteilt⁷⁴, ist ein Teil der Arbeitszeit des Psychiaters in den neuro-psychiatrischen Dispensaires der „Aufklärungsarbeit“ gewidmet, „in Form von allgemeinverständlichen Vorträgen, Diskussionen, Beratung von Gruppen und einzelnen Ratsuchenden in Fabriken, Wohnblocks, Klubs und anderen Orten, an denen Menschen erreicht werden können“. Man darf außerdem annehmen, daß die Nähe der psychiatrischen Versorgung zum normalen Lebensbereich — im Gegensatz zu den in der traditionellen Psychiatrie vorherrschenden riesigen Anstalten fernab von den Wohngebieten — und die allgemeine Bekanntheit des Versorgungssystems auch eine gewisse Aufklärung auf breiter Ebene, d. h. also eine praktische psychohygienische Erziehung bewirkt. Eine Vorstellung von der Bedeutung der allgemeinen Verfügbarkeit macht man sich erst, wenn man sich demgegenüber die Situation z. B. in den USA vor Augen hält. Eine Reihe von Untersuchungen hat ergeben, daß große Teile der Bevölkerung, und zwar in erster Linie die ökonomisch schwachen, ein ungünstiges Krankheitsverhalten zeigen (zu spätes Aufsuchen des Arztes, Aufsuchen von unqualifizierten Personen, mangelnde Gesundheitspflege). *Rosenstock* (1969) kam aufgrund eigener und vorliegender Untersuchungen zu dem Ergebnis: je ärmer die untersuchten Personen waren, um so ungünstiger ihr Gesund-

73 IMPRESSIONS . . . , S. 674.

74 Ziferstein 1966, S. 223.

heitsverhalten⁷⁵. *Duff & Hollingshead* (1968) stellten in einer gründlichen Untersuchung eines angesehenen Krankenhauses in den USA u. a. fest, daß die ärmeren Patienten meist deutlich schwerer erkrankt waren, wenn sie ins Krankenhaus kamen, als die finanziell besser gestellten Patienten⁷⁶. Diese Ergebnisse aus der allgemeinen Medizin gelten noch verstärkt für den Bereich der Psychiatrie, wo gewisse soziale Variablen wie Vorurteile oder die soziale Distanz zwischen Arzt und Patient noch eine größere Rolle spielen dürften. Hier haben mehrere Untersuchungen klar gezeigt, daß nicht nur die Erkrankungsraten, sondern auch die psychiatrische Behandlung schichtspezifisch verteilt sind. Demzufolge erzielen z. B. Angehörige der höheren sozialen Schichten bessere Behandlungsergebnisse⁷⁷.

In den kapitalistischen Ländern wurden mehrfach Forschungen über Vorurteile gegenüber Geisteskranken und der Psychiatrie angestellt. Sie sollen u. a. dazu dienen, solche Vorurteile abzubauen. Nun ist psychohygienische Aufklärung sicher begrüßenswert, aber ihre präventive Funktion hängt auch ab von der allgemeinen Situation der Psychiatrie. In Ländern mit einer völlig unzureichenden psychiatrischen Versorgung, wie z. B. in den USA oder auch in der BRD, haben gewisse Vorurteile leider eine allzu reale Grundlage: hier ist es zwar nicht absolut richtig, aber doch sehr begründet, wenn der Laie annimmt, daß, wer einmal geisteskrank ist, für immer hinter den Mauern einer geheimnisvollen Anstalt verschwindet oder nicht mehr zu seiner alten Leistungsfähigkeit zurückkehren wird. Man muß leider annehmen, daß ohne die Existenz einer auf die Lebensbedingungen orientierte psychiatrische Versorgung alle Versuche einer präventiv wirkenden Aufklärungsarbeit ins Leere gehen. In diesem Licht sollte auch der bekannte Fehlschlag des Programms von *Cumming & Cumming* (1957) gesehen werden. Die Autoren führten in zwei Kleinstädten in Kanada ein umfangreiches Aufklärungsprogramm zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Geisteskranken durch, wobei alle verfügbaren Medien eingesetzt wurden. Obwohl über die Hälfte der Bevölkerung von den Bemühungen erreicht worden war, zeigten sich in der nachfolgenden Befragung keinerlei Erfolge.

Regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen im Rahmen der allgemeinmedizinischen Betreuung. Regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen finden in der SU statt in den Betrieben, in der Schule, für schwangere Frauen. Die präventive Bedeutung solcher umfassender Maßnahmen auch für die psychischen Erkrankungen braucht nicht besonders herausgestellt zu werden.

Präventive Absicht. Prävention ist das erklärte Ziel der sowjetischen Medizin und auch der Psychiatrie. Die explizite Orientierung auf Prävention wird sowohl von sowjetischen Autoren betont als

⁷⁵ Rosenstock 1969, S. 172/173.

⁷⁶ *Duff & Hollingshead* 1968, S. 151 u. a.; für Untersuchungen im deutschsprachigen Bereich ist auf Pflanz et al. 1966 zu verweisen.

⁷⁷ z. B. Myers & Bean 1968, S. 63.

auch von den ausländischen Beobachtern⁷⁸; so schreibt Kiew in einer Zusammenfassung des von ihm herausgegebenen Bandes PSYCHIATRY IN THE COMMUNIST WORLD⁷⁹: „Prävention und öffentliche Gesundheit bilden wahrscheinlich die dominanten Themen der Psychiatrie in den kommunistischen Ländern⁸⁰.“ Die auch subjektive Einstellung auf Prävention ließ sich von den amerikanischen Studienreisenden unmittelbar in Gesprächen mit sowjetischen Psychiatern beobachten⁸¹.

Eine präventive Orientierung ist im Wesen der sozialistischen Gesellschaft verankert. Sie hat in der Sowjetunion eine lange Tradition; so wurde z. B. bereits 1925 ein „staatliches Forschungsinstitut für Neuropsychiatrische Prophylaxe“ in Moskau gegründet⁸².

In Abschnitt 2 war die Prävention als die höchste Stufe in dem Streben nach allgemeiner Gesundheit dargestellt worden. Zugleich wurden als wesentliche Voraussetzungen ein besonderes Maß an gesellschaftlicher Planung und Organisation angegeben. Wenn diese Feststellungen zutreffen, so ist es kein Zufall, daß auf der Grundlage der sozialistischen und später der kommunistischen Gesellschaft Prävention zum zentralen Anliegen und zunehmend mehr zur Wirklichkeit wird.

6.2. Voraussetzungen für den Aufbau eines präventiv orientierten psychiatrischen Versorgungssystems

Im vorangegangenen Abschnitt sollte gezeigt werden, daß ein Versorgungssystem wie das in der SU bestehende in der Tat präventiv ausgerichtet ist. Nun ist zu klären — womit wir zu der im Schema mit Pfeil 2a bezeichneten Beziehung kommen —, welcher gesellschaftlicher Voraussetzungen der Aufbau eines präventiv orientierten psychiatrischen Versorgungssystems bedarf. Es sei noch einmal betont, daß es nicht um die Voraussetzungen geht, die für den Aufbau einzelner Projekte nötig sind, sondern um die Voraussetzungen für den Aufbau eines umfassenden Versorgungssystems, das allen zugute kommt. Während im vorangegangenen Abschnitt die funktionalen Charakteristika der psychiatrischen Versorgung analysiert wurden, sind nunmehr organisatorische Charakteristika zu diskutieren. Diese werden unter den Themen „Personeller und sächlicher Aufwand“ und „Sozialisierung der Medizin (staatliche Organisation und zentrale Planung)“ zusammengefaßt.

Personeller und sächlicher Aufwand. Alle aufgeführten Aktivitäten, Vorsorgeuntersuchungen, Nachbetreuung, Hausbesuche, Soziale Betreuung, intensive Betreuung bei stationärer Behandlung usw. bedürfen einer personellen und sächlichen Grundlage. Vor allem ist

78 z. B. Lebedev 1966, S. 121; Galach'yan 1968, S. 34; Field/Aronson 1964, S. 307.

79 1968, S. 23, übersetzt aus dem Engl.

80 Bezgl. der VR China s. Chin/Chin 1969, S. 66.

81 IMPRESSIONS . . . , S. 660.

82 Galach'yan 1968, S. 36.

viel qualifiziertes Personal notwendig. In der Tat ist die personelle Ausstattung der sowjetischen Medizin um ein Vielfaches besser als z. B. in den USA. Dies zeigte sich bereits 1961 sehr deutlich⁸³. Schon aus den damaligen Zuwachsraten war ersichtlich, daß sich dieses Verhältnis noch weiter zugunsten der SU entwickeln würde. Nach den jüngsten Angaben der WHO, die sich auf das gleiche Jahr in beiden Ländern beziehen, gab es 1967 in der SU 519 500 Ärzte, d. h. auf einen Arzt entfielen 450 Einwohner⁸⁴; in den USA gab es 305 453 Ärzte, d. h. auf einen Arzt entfielen 650 Einwohner⁸⁵. Dabei ist zu bedenken, daß die Ärzte in den USA, die zu 58 % in Privatpraxen tätig sind⁸⁶, durchaus nicht alle für die Allgemeinheit zur Verfügung stehen. Für die Psychiatrie speziell sind in der SU über 27 500 Psychiater und Neurologen vorhanden⁸⁷, in den USA 23 300 (Angaben für 1967)⁸⁸. Vergleichsweise erscheint die Anzahl von Fachärzten in der Psychiatrie in der SU nicht sehr groß zu sein; jedoch arbeiten in den psychiatrischen Institutionen die Angehörigen verschiedener Fachrichtungen und Ausbildungsgruppen im Team; so sind z. B. die Kinderärzte an der psychiatrischen Versorgung beteiligt, deren Anzahl für die SU mit 74 900 beziffert wird⁸⁹ (für die USA werden 17 600 angegeben, Angaben für 1967)⁹⁰. Ein ähnliches Bild ergibt sich für das medizinische Hilfspersonal. Die ausländischen Berichte sind durchweg voll des Lobes über die enorme personelle Kapazität, die in der SU für die Psychiatrie zur Verfügung steht. Alles Personal zusammengenommen, besteht etwa eine Patient-Personal-Relation von 1:1 in der SU, während man bei der gleichen Rechnung in den USA zu der Relation 4:1 gelangt⁹¹. Es ist übrigens bemerkenswert, daß in den WHO-Angaben für die SU einige Spezialgebiete genannt werden, auf denen Ärzte tätig sind, die sich in den entsprechenden Angaben für die USA nicht finden wie epidemiology, medical statistics, school health, besonders aber wichtig für eine präventive Ausrichtung: health education^{89, 90}.

Die Angaben über den Ausbildungsgang sowohl von Ärzten wie von Schwestern in der SU widerlegen sofort das bisweilen zu hörende Vorurteil, die sowjetischen Ärzte (die zum überwiegenden Teil, 70 bis 75 %, weiblich sind) seien schlechter ausgebildet als ihre westlichen Kollegen⁹². Wichtig für eine qualifizierte Tätigkeit und eine emotio-

83 Field 1967, S. 308; Craft 1967, S. 202.

84 WORLD HEALTH STATISTICS REPORT 1970, S. 23, 168.

85 WORLD HEALTH STATISTICS REPORT 1970, S. 23, 176.

86 Davidson 1967, S. 336.

87 gerundete Zahlen, n. WORLD HEALTH STATISTICS ANNUAL 1967, Vol. III, 1970, S. 101.

88 desgl. S. 74.

89 desgl. S. 101.

90 desgl. S. 74.

91 Craft 1967, S. 202.

92 IMPRESSIONS . . . , S. 673; Vergleichsstatistiken über die Qualifikationsstruktur und Ausbildungszeiten finden sich in WORLD HEALTH STATISTICS ANNUAL 1967, Vol. III, Genf 1970.

nale Zuwendung des Arztes zum Patienten sind schließlich die Arbeitsbedingungen des Arztes. Eine geregelte und nicht zu sehr ausgedehnte Arbeitszeit (in der SU beträgt die Arbeitszeit für Ärzte 5½ bis 6½ Stunden pro Tag) ist notwendige Voraussetzung dafür.

Von den sächlichen Voraussetzungen sollen die arbeitstherapeutischen Einrichtungen hervorgehoben werden. Die ausgebaute Arbeitstherapie in der SU ist nur dadurch möglich, daß man hier auf eine Vielzahl von Einrichtungen, von kleinen Werkstätten bis zu kleinen modernen Industriebetrieben zurückgreifen kann, die in den letzten Jahrzehnten aufgebaut wurden. Mit Recht weist *Weise* (1971) darauf hin, daß ohne diese Voraussetzung Arbeitstherapie nicht sinnvoll betrieben werden kann, da es weder ökonomisch noch therapeutisch zu vertreten ist, wenn Patienten in mühsamer Handarbeit Dinge produzieren, die mit moderner Produktionstechnik viel einfacher und billiger hergestellt werden können⁹³. Möglicherweise wird ein gut ausgebautes Netz von Nachtkliniken — wobei die Patienten tagsüber in Produktionsstätten arbeiten und dort ggf. besondere Betreuung erhalten — einen Ersatz für spezielle arbeitstherapeutische Einrichtungen bieten.

Sozialisierung der Medizin. Das zweite organisatorische Charakteristikum ist die staatliche Gesamtplanung der medizinischen Versorgung. Unsere Darstellung sollte u. a. zeigen, daß alle Bereiche der Gesundheitsversorgung in der SU aufgrund der gesellschaftlichen Organisation miteinander zusammenhängen und daß auch wieder ein Zusammenhang besteht zu anderen Bereichen, besonders der Organisation der Arbeit und der Erziehung. Die gegenseitigen Abhängigkeiten reichen von der Gebieteinteilung (Sektorisation) bis hin zur Planung der Ausbildungsinstitutionen für medizinisches Personal. Das Vorurteil, Planung bedeute Starrheit und mangelnde Flexibilität, wird von amerikanischen Beobachtern für das sowjetische Gesundheitssystem zurückgewiesen⁹⁴. Tatsächlich bedeutet gesellschaftliche Planung, die Grundlagen für eine schöpferische Arbeitstätigkeit zu schaffen. Dies zeigt sich beispielsweise deutlich an den Arbeitsbedingungen der sowjetischen Psychiater: nur aufgrund der allgemeinen Planung und Organisation haben sie solche Arbeitsbedingungen, in denen sie eine von großem Optimismus getragene, engagierte und flexible Tätigkeit ausüben können.

Wiederum macht man sich die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Organisation am besten klar, wenn man die Verhältnisse in dem am meisten für den Kapitalismus repräsentativen und in der Größe vergleichbaren Land, den USA, betrachtet. Allerdings kann im Rahmen dieser Darstellung keine detaillierte Analyse gegeben werden. Es müssen einige Bemerkungen zur Personalsituation und zur Koordination der verschiedenen Einrichtungen genügen.

Personalsituation. Den meisten Ideen und Modellen einer präventiv orientierten Versorgung, die in den USA hervorgebracht wurden,

93 *Weise* 1971, S. 252.

94 *IMPRESSIONS . . .*, S. 641.

steht eine bisher unüberwindliche Barriere entgegen: der Mangel an qualifiziertem Personal. Der Psychologe G. Albee (1959) hat im Auftrag der „Joint Commission . . .“ (s. u., S. 46) die Personalsituation ausführlich analysiert. Er kam zu vernichtenden Ergebnissen: „Wir müssen unsere Untersuchung beschließen mit der Voraussage, daß unser Land auch weiterhin mit ernstem Mangel an Personal konfrontiert sein wird auf allen Gebieten im Bereich psychischer Krankheit und psychischer Gesundheit⁹⁵.“ Die neuere Entwicklung hat dies weitgehend bestätigt, obwohl mit den verstärkten Bemühungen im Zuge der Community-Mental-Health-Bemühungen (s. Abschnitt 6.3.) teilweise Verbesserungen erreicht wurden. Der größte Teil der stationären Patienten wird in überdimensionierten Staatshospitälern behandelt, die „häufig 3000, 5000, 7000 und noch mehr Betten“ umfassen; dabei wird der Mangel an Ärzten und Schwestern um so spürbarer, je weiter die Anstalten von den Großstädten entfernt sind⁹⁶. Davidson (1967) hat einige Probleme aufgezeigt, die durch die überwiegende Organisation der medizinischen Versorgung in Form der Privatpraxis auftreten; u. a. weist er anhand einer Analyse der Einkommen nach, daß aufgrund der hohen Einkommensmöglichkeiten der Privatärzte die staatlichen Institutionen gewissermaßen nicht konkurrenzfähig sind und schon von daher ihre Personalknappheit nicht verringern können.

Koordination der verschiedenen Einrichtungen. Die Situation in den USA ist hier vergleichsweise geradezu als chaotisch zu bezeichnen. Gorman beschreibt z. B. die Situation in der Versorgung von Kindern folgendermaßen: „das Kind wird zwischen einem Kinderarzt, einem Kinderpsychiater oder einer klinischen Fürsorgeeinrichtung herumgestoßen (buffated about), nahezu ohne gegenseitige Konsultation und medizinische Nachsorge⁹⁷“. In diesem Zusammenhang verlieren auch gewisse Einrichtungen an Effizienz, die an und für sich gerade zum Zwecke der Prävention gute Dienste leisten können, wie etwa die „child guidance clinic“ (Erziehungsberatungsstelle) (s. u., S. 49). Die unübersichtliche Situation zeigt sich bereits bei der Planung, wie Daniels (1970) in einer Arbeit zur Planung im Bundesstaat Illinois feststellte. Allein die Ermittlung der verschiedenen staatlichen und privaten Planungsgremien und Unterstützungsorganisationen bereitete große Schwierigkeiten. Zusammenfassend beschreibt Daniels die Planung auf dem Mental-Health-Sektor als „disorganized and inefficient“⁹⁸.

6.3. Neuere Ansätze zur Prävention psychischer Störungen in den USA

Umfassender Gesundheitsschutz, soweit wie möglich präventiv, ist wesentliches Anliegen und wird — im Verhältnis zur gesamten ökonomischen, politischen und sozialen Entwicklung — zunehmend

95 Albee 1959, S. 259, übersetzt.

96 Müller-Hegemann 1968, S. 1381.

97 Gorman 1969, S. 89.

98 Daniels 1970, S. 107.

Realität in sozialistischen Ländern. Das soll nicht heißen, daß in den kapitalistischen Ländern die Notwendigkeit einer präventiv orientierten psychiatrischen Versorgung nicht gesehen würde und daß nicht Ideen und Ansätze zur Prävention vorhanden wären. Ein kurzer Überblick soll dies zeigen und zugleich die Frage aufwerfen, ob unter den gegebenen Bedingungen diese Ideen und Ansätze die Chance haben, umfassende Realität zu werden. Zunächst soll nun der historische Abriss wieder aufgenommen werden mit der Entwicklung der Psychohygiene. Unter Psychohygiene (mental hygiene oder mental health) versteht man allgemein das Anliegen eines systematischen und umfassenden Schutzes der seelischen Gesundheit.

Die Mental-Health-Bewegung entstand angesichts des wachsenden sozialen Elends in den USA und der mangelnden staatlichen Aktivität zu Anfang des 20. Jahrhunderts. Sie wurde von C. W. Beers, einem Versicherungsangestellten, der aufgrund einer psychischen Erkrankung den verheerenden Zustand der psychiatrischen Gesundheitsversorgung kennengelernt hatte, ins Leben gerufen und von dem bedeutenden amerikanischen Psychiater A. Meyer und dem nicht minder berühmten Psychologen W. James unterstützt⁹⁹.

Das Programm der ersten Vereinigung, der von Beers gegründeten regionalen „Society for Mental Hygiene“, 1908, gab folgende Aufgaben der Vereinigung an: 1. Erhaltung der psychischen Gesundheit; 2. Psychiatrische Prophylaxe; 3. Verbesserung der psychiatrischen Versorgung; 4. Psychohygienische Aufklärung¹⁰⁰.

Hier wird bereits die präventive Ausrichtung der Psychohygiene deutlich. Der erste Punkt ist praktisch eine Definition des Begriffs Psychohygiene; der dritte bezieht sich auf die psychiatrischen Anstalten; der zweite bezeichnet das präventive Anliegen explizit, und der vierte Punkt gibt das Mittel an, das die psychohygienische Bewegung zunächst zur Erreichung einer Vorbeugung für das geeignete hielt, nämlich die sog. Aufklärung.

Einen größeren Aufschwung mit nennenswerten Ergebnissen nahm die Bewegung jedoch nur dort, wo der Staat innerhalb eines bestimmten organisatorischen Zusammenhangs eingriff, nämlich im Militär in den beiden Weltkriegen. Hier wurde die Psychiatrie unter Anwendung von Ideen der Psychohygiene zur Rekrutierung, zur frontnahen Behandlung und auch zur Rehabilitation eingesetzt¹⁰¹. So wurden im 2. Weltkrieg 850 000 Personen ausgemustert aufgrund psychischer Störungen; 43 % aller Entlassungen aus der Armee erfolgten aufgrund von „neuropsychiatric disorders“¹⁰².

Die Anzahl an Organisationen und die Zahl der Mitglieder der Bewegung nahm schnell zu. Die heute wichtigsten Organisationen

99 Darstellungen der psychohygienischen Bewegung finden sich in der Monographie von Reimann 1967; kurz bei Sanford 1965, S. 1378—1382 und Müller-Hegemann 1967, S. 10—13.

100 Reimann 1967, S. 76.

101 Mora 1959, S. 41; ACTION FOR MENTAL HEALTH 1961, S. 10 f.

102 Mora 1959, S. 41.

sind die nationale Organisation der USA, die „National Association for Mental Health“, 1950 gegründet, und vor allem die internationale Organisation, die World Federation for Mental Health, WFMH, die 1948 in London gegründet wurde.

Bei aller Rührigkeit der psychohygienisch orientierten Bürger in den USA wurden doch insgesamt gesehen kaum nennenswerte Erfolge erzielt. 1955 setzte der amerikanische Kongreß eine „JOINT COMMISSION ON MENTAL ILLNESS AND HEALTH“ ein zur Untersuchung der Lage der psychiatrischen Versorgung, die in ihrem 1960 vorgelegten Bericht, ACTION FOR MENTAL HEALTH (1961), zu vernichtenden Resultaten bzgl. der Lage der psychiatrischen Versorgung kam: Viele Tausende von schwer Kranken erhielten nur sehr wenig oder gar keine Versorgung; der gewaltige Personalmangel wurde beklagt sowie die Milliardensumme an Verlusten durch psychische Erkrankungen¹⁰³. Als Ursache für diese Misere sah der Bericht in erster Linie Vorurteile gegenüber den psychisch Kranken¹⁰⁴; auch warf er der psychohygienischen Bewegung vor, daß sie sich zu sehr auf primäre Prävention konzentriert habe, deren reale Möglichkeit gar nicht erwiesen sei¹⁰⁵. Diese Argumentation trifft in keiner Weise die wahren Ursachen; diese liegen vielmehr in den Bedingungen einer umfassenden und wirksamen Krankenversorgung, wie sie zuvor diskutiert wurden.

Eine weitere Bemerkung speziell zur Psychohygienischen Bewegung sei noch angeführt. Die Mental-Health-Bewegung ist eine spontan-ungeplante Bürgerinitiative, abhängig von den sich jeweils anbietenden Geldmitteln und den jeweiligen Interessen der Beteiligten. Damit hängt auch zusammen, daß sie weitgehend an Wert- und Zielvorstellungen kleinbürgerlicher und bürgerlicher Schichten der USA orientiert war¹⁰⁶, und — sofern sie überhaupt eine Verbesserung der psychiatrischen Versorgung erreichte — daß sie eben diesen Schichten und viel weniger den Arbeitern zugute gekommen sein dürfte. Einer der Gründe ihrer Wirkungslosigkeit war zweifellos auch der Mangel an Planung und umfassender Organisation: durch adhoc-Bestrebungen einzelner oder kleiner aktivistischer Gruppen ist eben eine umfassende Gesundheitsversorgung, und erst recht eine Prävention, nicht zu erreichen.

Auch in Deutschland gab es eine psychohygienische Bewegung, jedoch von wesentlich geringerem Ausmaß als in den USA. 1925 wurde von dem Gießener Psychiater *Sommer*, der seit längerer Zeit psychohygienische Aktivitäten verfolgte, der „Deutsche Verband für psychische Hygiene“ gegründet¹⁰⁷. Die Psychohygiene hatte in Deutschland wegen des grundsätzlich konservativen Charakters der deutschen biologistisch orientierten Psychiatrie von vornherein einen

103 ACTION FOR MENTAL HEALTH 1961, S. 3, 4, u. a.

104 desgl. besonders Kapitel III.

105 desgl. S. 70 f.

106 u. a. s. Gursslin et al. 1959/60.

107 Müller-Hegemann 1967, S. 10.

schlechten Nährboden. Die wenigen Ansätze wurden durch den deutschen Faschismus im Sinne einer brutalen „Eugenik“ und der massenhaften Ermordung Geisteskranker unterbunden¹⁰⁸ (s. o. S. 19).

Der Vollständigkeit halber sei noch auf eine psychohygienische Richtung hingewiesen, die sich seit den 30er Jahren aus der Schweizer psychoanalytischen Tradition heraus entwickelte und durch eine Reihe von Publikationen, besonders mit den Bemühungen des Baseler Ordinarius *H. Meng*, hervortrat¹⁰⁹. Die eigenartige Mischung dieser Richtung aus einerseits konservativer bis reaktionärer, andererseits anscheinend humanistischer Einstellung¹¹⁰ verwässert durch ihr durchweg vorwissenschaftliches Niveau und das dauernde Traktieren von Banalitäten das an sich positive Anliegen der Psychohygiene.

Die ersten wenn auch geringen Verbesserungen der psychiatrischen Versorgung zeigten sich in den USA, nachdem die Bundesregierung seit dem Ende des 2. Weltkriegs zunehmend mehr eingriff. 1963 wurde — nach der spektakulären „Sonderbotschaft“ des damaligen Präsidenten *Kennedy* der „Community Mental Health Centers Act“ erlassen, der eine finanzielle Förderung solcher psychiatrischer Institutionen vorsah, die nach gewissen präventiven Gesichtspunkten organisiert werden. Ohne im Detail auf die sozialpsychiatrischen Bestrebungen der letzten 10 Jahre einzugehen, soll kurz das Konzept skizziert werden, das sich als „community psychiatry“ entwickelte. Nach *Cowen* liegt der community psychiatry ein „präventives Modell“ (preventive model) zugrunde, das an die Stelle des früheren medizinischen Modells getreten sei. Insbesondere wird „eine Verschiebung der Orientierung von Dienststelle, Klinik, Krankenhaus, Sprechzimmer hin auf die Gemeinde“ und „eine größere Bereitschaft, psychologischen Problemen in ihrer natürlichen Umgebung zu begegnen“ angestrebt¹¹¹. Damit verbunden ist die Absicht auf Vermeidung von Hospitalisierung, Intensivierung von Nachbetreuung, Früherkennung, Krisenintervention u. ä. Der neue Ansatz der „community psychiatry“ hat nach *Caplan* folgende 4 praktischen Aufgaben: (a) Theorie und Praxis der präventiven Psychiatrie; (b) Planung, Entwicklung eines sinnvollen Organisationssystems auf Bundes-, Staats- und Gemeindeebene; (c) Organisation und Verwaltung von Gemeinde-Programmen, einschließlich der Aufnahme von Verbindungen zu offiziellen Gemeindevertretern; (d) psychohygienische Beratung (mental health consultation)¹¹².

Eine größere Zahl von empirischen Untersuchungen sollte die Strategien der Versorgung verbessern; vor allem sollten epidemiologische Untersuchungen gestatten, sich auf sog. „high-risks groups“, also Bevölkerungsgruppen mit besonders hohem Krankheitsrisiko, zu

108 s. Dörner 1967.

109 z. B. PSYCHOHYGIENISCHE VORLESUNGEN (hrsg. v. H. Meng) 1958; MENG et al. 1960; Hoff 1956.

110 besonders eindrucksvoll Meng 1958.

111 Cowen 1967, S. 401, übersetzt.

112 Caplan 1965, zit. n. 1967, S. 309.

konzentrieren. Hier sind besonders die zahlreichen Untersuchungen zur schichtspezifischen Verteilung psychischen Störungen zu nennen.

Worin besteht nun das vielgerühmte „Community Mental Health“ Programm, das nach *Kennedys* „Sonderbotschaft“ vom US-Kongreß beschlossen wurde. Der Inhalt ist folgender: Die Bundesregierung übernimmt 33 bis 66 % der Baukosten einer neuen psychiatrischen Versorgungseinrichtung und bis zu 5 Jahren die Unterhaltskosten, wenn in dieser Einrichtung folgende Gegebenheiten vorliegen. 1. Volle Versorgung eines Einzugsgebietes von 75 000 bis 200 000 Einwohnern; 2. Einrichtungen zur Voll- und Teilhospitalisierung; 3. Einrichtungen zur ambulanten Behandlung und zur Nachsorge; 4. ständig besetzter Notfalldienst; 5. psychohygienischer Beratungsdienst, Ausbildungsmöglichkeiten¹¹³. Es handelt sich hier also um ein Unterstützungsprogramm, durch das die ansonsten sich „frei“ entwickelnden Aktivitäten von Ländern, Gemeinden oder privaten Organisationen in eine gewisse Richtung gelenkt werden. Diese Richtung ist zweifellos fortschrittlich gegenüber der traditionellen Psychiatrie und zielt durchaus auf Prävention ab. Überhaupt sind die funktionalen Charakteristika der hier angestrebten Versorgung im wesentlichen identisch mit denen, die wir für die existierende Versorgung in der SU herausstellten. So ist auch nicht verwunderlich, daß amerikanische Fachleute durchaus anerkennen, daß in der SU vieles von dem verwirklicht ist, was sie sich an Reformen wünschen; z. B. schreibt *Lebensohn* in einem Anhang zu dem Bericht der Studien-delegation des US-Gesundheitsministeriums: „Sie (the Soviets' — R. S.) haben in gewissem Sinn viele der Ziele unserer community mental health centers erreicht, die wir seit 1963 aufzubauen versuchen¹¹⁴.“ Von einer umfassenden Organisation, einer Koordination der verschiedenen betroffenen Bereiche und von der Schaffung der notwendigen Grundlagen wie u. a. der Ausbildung von ausreichendem Personal kann bei dem „Community Mental Health“ Programm jedoch keine Rede sein.

Im folgenden sollen noch einige der — meist nebeneinander herlaufenden — Bestrebungen im einzelnen angeführt werden. Es gibt in den USA wie z. B. auch in der BRD die begrüßenswerte Einrichtung der „child guidance clinic“, im Deutschen „Erziehungsberatungsstellen“, deren Aufgaben in primärer Prävention psychischer Störungen durch Beratungstätigkeit und sekundärer Prävention durch Frühbehandlung bestehen. Sie waren zu Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden, vorwiegend auf Initiative von Psychologen¹¹⁵. Leider stehen die Erziehungsberatungsstellen in der Regel organisatorisch isoliert vom sonstigen System der Gesundheitsversorgung und dem Bildungssystem. In den einschlägigen Schriften wird zwar immer auf die Notwendigkeit von Teamarbeit und interdisziplinärer Zusammenarbeit hingewiesen, jedoch muß diese — sofern sie unter

113 n. Häfner 1967, S. 194.

114 IMPRESSIONS . . . , S. 676.

115 s. Reisman 1966, bes. 42 ff.

den gegebenen Bedingungen überhaupt möglich ist — jeweils erst mehr oder minder mühsam hergestellt werden.

Ähnliches gilt von anderen Einrichtungen mit präventiver Absicht wie z. B. der Telefonhilfe, die besonders der Suizid-Verhütung dienen soll, oder den Eheberatungsstellen. Solche Institutionen werden häufig von Kirchen oder privaten Stiftungen unterhalten und stehen — ganz abgesehen von den fragwürdigen Ideologien, die hier oft vertreten sind — wiederum isoliert von den übrigen Organisationen.

Schließlich werden spezielle Programme zur Prävention psychischer Störungen, besonders von Lernschwierigkeiten, durchgeführt. Eines der bekanntesten Projekte ist das Projekt Re-ED (Reeducation of Emotionally Disturbed Children), das seit 1961 in den US-Staaten Tennessee und North-Carolina durchgeführt wird¹¹⁶. Hier erhalten verhaltensauffällige Kinder einen zeitlich begrenzten therapeutisch orientierten Schulunterricht, ohne daß sie aus ihrer gewohnten Umgebung herausgenommen werden. Die meisten Präventivprogramme in den Schulen oder Vorschuleinrichtungen beziehen sich auf Früherkennung und ggf. anschließende Überweisung¹¹⁷, seltener direkt auf Behandlung. In der Regel sind solche Programme als einmalige — wenn auch über einen längeren Zeitraum laufende — Forschungsprojekte organisiert. Ohne die präventiven Intentionen dieser Programme leugnen oder ihren wissenschaftlichen Wert bestreiten zu wollen, muß doch gefragt werden, ob nicht fest institutionalisierte regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen effektiver sind als die hier und da von irgendeiner sich mehr oder minder zufällig anbietenden Institution — oft der nächsten Universität — angegangenen Programme. Beides würde sich natürlich nicht ausschließen. Weiterhin wird versucht, psychiatrische Prävention im Rahmen der allgemeinmedizinischen ambulanten Versorgung durchzuführen, wie etwa die speziell für die Armutsbezirke eingerichteten „Neighborhood Health Centers“¹¹⁸. In Zusammenhang mit Anti-Armuts-Programmen werden auch Ansätze verfolgt, die den Konzepten der Kompensatorischen Erziehung nahestehen; dabei soll die Vermittlung sozialer Fertigkeiten und Kenntnisse (social competence) der Prävention von Psychosen dienen¹¹⁹.

Der schon erwähnte erhebliche Mangel an qualifiziertem Personal und die offenbar gesehene Ausweglosigkeit, ihn zu beheben, hat eine Reihe von Projekten hervorgebracht, die Möglichkeiten ergründen sollen, mit nicht qualifiziertem oder nur minimal ausgebildetem Personal die psychiatrische Versorgung zu verbessern. Ein Beispiel ist das NSC (Neighborhood Service Center)-Konzept, das in einem Armenbezirk in New York zuerst ausprobiert wurde¹²⁰. Die Aktivi-

116 s. Lewis 1967.

117 z. B. psychiatrische Beratung in einem Schulkindergarten, Westman 1964.

118 Scherl/English 1969.

119 vgl. Sanders 1971, S. 255—257.

120 s. Riessman 1967; Lowenkopf/Zwerling 1971.

täten solcher und ähnlicher Community-Programme bestehen — je nach Ausrichtung auf primäre oder sekundäre Prävention — in Beratungstätigkeit, Herstellung von Kontakten zur Bevölkerung, Zusammenarbeit mit den lokalen Institutionen, Sozialfürsorge u. a. Verschiedentlich wurde versucht, Hausfrauen¹²¹ oder Studenten¹²² zur Betreuung psychisch Kranker einzusetzen. Der Einbezug von Laien oder in Kurzkursen trainierten Hilfs-Therapeuten oder dgl. erscheint auf den ersten Blick vielversprechend: er bietet ökonomische Vorteile, scheint für wenig beschäftigte Personen Arbeit zu bieten und scheint geeignet zu sein, die Beziehungen von Gemeinde und Psychiatrie zu intensivieren und Vorurteile abzubauen. Das ist unter bestimmten Voraussetzungen richtig. Auch sind Programme der zusätzlichen Qualifizierung von Lehrern oder Unterrichtung von Eltern durchaus nützlich zur Erreichung primärer Prävention¹²³. Dennoch muß man davon ausgehen, daß die Gesundheitsversorgung insgesamt gesehen auf einer wissenschaftlichen Grundlage beruhen muß und daß nur fundierte Erkenntnisse den Menschen in die Lage versetzen, seine Probleme zu meistern. Das heißt aber, daß Laientraining und Einsatz nur sinnvoll ist auf dem Hintergrund einer qualifizierten Gesamtversorgung, nicht aber als Ersatz für eigentlich notwendiges Fachpersonal. Wenn gegenwärtig in manchen Berufszweigen, z. B. bei Sozialarbeitern, dem Anschein nach durch qualifiziertes wie durch nicht qualifiziertes Personal gleichermaßen wenig an erfolgreicher Arbeit erreicht werden kann, so liegt das an den ungünstigen gegenwärtigen Arbeitsbedingungen (Überlastung, nicht ausreichende Ausbildung, ungünstige Bedingungen im Arbeitsfeld) und widerspricht nicht der generellen Tatsache, daß spezialisierte Tätigkeiten auf solch komplizierten Gebieten wie psychischen Störungen oder abweichendem Sozialverhalten einer entsprechenden Qualifikation bedürfen.

Die Gesamtlage der Psychiatrie in den USA wird von den amerikanischen Fachleuten meist negativ eingeschätzt, wenngleich oft verbunden mit optimistischen Hoffnungen auf Verbesserungen und bisweilen mit überschwenglicher Betonung einiger erreichter Verbesserungen. Zweifellos gibt es eine Vielfalt von Ansätzen, einzelnen Projekten und neuen Ideen, aber von einer umfassenden Versorgung der gesamten Bevölkerung und einer effektiv präventiven Ausrichtung kann nicht entfernt gesprochen werden. Die Diskussion in Abschnitt 6. sollte zeigen, daß zwar lokal oder zeitlich bedingte Modifikationen im Aufbau einer präventiv orientierten psychiatrischen Versorgung möglich und sicher auch nötig sind, daß aber gewisse allgemeine gesellschaftliche Voraussetzungen organisatorischer Art notwendig sind. Solche Bedingungen sind die Verfügbarkeit umfangreicher

121 s. Rioch 1967.

122 z. B. Beck, Kantor u. Gelineau 1963.

123 Dazu s. den Reader PSYCHOTHERAPEUTIC AGENTS, 1969, der sowohl über Zusatzqualifizierung als über Hilfstherapeutenausbildung reichlich Material liefert.

gesellschaftlicher Fonds sowie eine gesellschaftliche Organisation des Gesundheitswesens.

7. Wechselwirkung zwischen den Arbeits- und Lebensbedingungen und den Wirkungsmöglichkeiten spezifischer Prävention

Wir kommen nun zu der Beziehung, die in dem Schema durch den Pfeil 2c gekennzeichnet ist: Die Arbeits- und Lebensverhältnisse beeinflussen die Möglichkeiten und die Wirksamkeit aller Aktivitäten des psychiatrischen Versorgungssystems. Diese Beziehung gilt nicht nur für explizit präventive Maßnahmen, sondern z. B. auch für alle Therapie. Die Arbeits- und Lebensverhältnisse üben somit nicht nur unmittelbar auf die Entstehung oder Nicht-Entstehung von psychischen Störungen ein, sondern sie wirken auch als Bedingungen von Anwendbarkeit und Erfolg der aktiven Versuche, seelisches Leiden zu bekämpfen. Nach den bisherigen Darlegungen kann dies sehr kurz abgehandelt werden.

7.1. Arbeitsbedingungen

Die Misere der Rehabilitationsbemühungen in den kapitalistischen Ländern ist bekannt: Da der Profit des Unternehmens das alleinige Kriterium wirtschaftlicher Entscheidungen ist und da stets ein mehr oder minder hoher Grad an Arbeitslosigkeit vorhanden ist, ist es meist ein Glücksfall, wenn es dem Psychiater oder Sozialfürsorger gelingt, einem psychisch behinderten oder einem noch nicht wieder voll geheilten Patienten oder überhaupt einem ehemaligen psychisch Kranken eine adäquate Arbeit zu beschaffen — ganz abgesehen davon, daß dem Werk tätigen bei Krankheit ohnehin sehr schnell der Verlust des Arbeitsplatzes droht und auch keine allgemeine Sicherheit des Arbeitsplatzes besteht. *Craft* faßt diese Schwierigkeiten mit Bezug auf geistig Behinderte — es gilt aber gleichermaßen für alle psychisch Gestörten — treffend zusammen: „Der entscheidende (final) Unterschied zwischen UdSSR und Großbritannien (für die USA gilt das gleiche — wenn nicht noch verstärkt, R. S.) ist in der Bestimmung eines Arbeitsplatzes zu sehen. In dem ersteren Land hat der Behinderte Arbeit als ein staatlich gesichertes Recht; im letzteren Land muß ein überarbeiteter Sozialarbeiter versuchen, eine Nische zu finden, oftmals mit Hilfe eines wohlgesonnenen Arbeitgebers¹²⁴.“ Ansonsten leuchtet ein, daß alle im Abschnitt 4.1. genannten pathogenen Bedingungen auch ungünstig wirken müssen gegenüber allen präventiven Bemühungen: was sollen z. B. gute Ratschläge eines Psychiaters oder eines Sozialarbeiters, wenn die realen Arbeitsverhältnisse eine zu hohe tägliche psychische Belastung mit sich bringen.

7.2. Sozialisation

Auch hier ist der Darstellung der pathogenen Faktoren wenig hinzuzufügen. So liegt auf der Hand, daß die Eingriffsmöglichkeiten

124 *Craft* 1967, S. 211, 212.

eines Psychiaters oder eines in der Erziehungsberatung tätigen Psychologen nur sehr begrenzt wirksam sein können gegenüber einem ständig wirkenden ungünstigen Einfluß des Elternhauses. Zwar kann man in einigen Fällen effektiven Einfluß nehmen auf die Bezugspersonen selbst, z. B. die Eltern eines gefährdeten Kindes, aber in der Regel hängen auch die pathogenen Strukturen von Müttern und Vätern mit umfassenderen Bedingungen zusammen. Ähnliches gilt für die Schule. Beispielsweise setzt der Versuch, durch geeignete Unterrichtsbedingungen gegenüber Verhaltens- und Lernstörungen der Kinder präventiv zu wirken — etwa wie in einzelnen Projekten, die in den USA durchgeführt wurden — eine günstige Schulsituation voraus (kleine Klassen u. a.).

7.3. Sonstige Lebensbedingungen

Ein Hauptproblem stellen die erwähnten ökonomischen und sozialen Barrieren dar, die zu ungünstigen Gesundheitsverhalten führen. Gerade für die Erzielung einer primären Prävention wirken sich solche Barrieren negativ aus, da die Inanspruchnahme von Beratungstätigkeit besonders von solchen Faktoren betroffen sein dürfte. Von Wichtigkeit, wenn auch m.W. bisher nicht empirisch untersucht, dürfte die Bedeutung objektiver sozialer Sicherheit für psychische Stabilität sein. Gegenüber tatsächlicher sozialer Unsicherheit dürfte z. B. auch ein noch so schönes und vertrauensvolles Arzt-Patient-Verhältnis nur wenig an Stabilisierung erreichen können.

8. Kriterien für erfolgreiche Prävention

8.1. Allgemeines

Zur Beurteilung der psychiatrischen Versorgung kann man Struktur, Prozeß und Ergebnis heranziehen¹²⁵. Die ersten beiden Kriterien wurden hinsichtlich präventiver Wirkung bereits diskutiert, die Struktur als „präventiv orientiertes psychiatrisches Versorgungssystem“, der Prozeß als „gezielte präventive Aktivität“. Das letzte Kriterium ist der Krankenstand. Allgemein kann die Wirkung nichtspezifischer und spezifischer Prävention dann als optimal angesehen werden, wenn es möglichst wenige Krankheitsfälle gibt, wenn die einzelnen Erkrankungen von möglichst kurzer Dauer sind und einen möglichst geringen Schweregrad aufweisen. Allerdings muß man den Stellenwert von empirischen Daten — falls man solche zuverlässig bestimmen kann — richtig beurteilen. Es gibt zweifellos Grundvoraussetzungen, die nicht erst diskutiert werden müssen, und es gibt Maßnahmen, deren Notwendigkeit nicht erst durch spezielle empirische Untersuchungen belegt werden müssen: so sollte das Recht aller Personen auf eine angemessene psychiatrische Versorgung, z. B. auf menschenwürdige Behandlung, selbstverständlich sein; in diesem Sinne ist es z. B. auch ohne speziell erhobene Daten klar, daß in Anstalten etwa das Verhältnis von einem Arzt auf 100 Patienten einer

125 vgl. Zusman/Ross 1969.

Station unangemessen ist. Unter der Voraussetzung, daß die Grund-
erfordernisse erfüllt sind, werden sorgfältige empirische Unter-
suchungen notwendig, um die genauen Vorgehensweisen zu bestim-
men.

Gewisse Fragen der Effizienz lassen sich experimentell beantwor-
ten. So prüften *Langsley et al.* (1971) die Effektivität von sog. Krisen-
intervention bzw. Vermeidung von Hospitalisierung. Sie verteilten
300 Patienten, die nach Fachurteil sofortiger stationärer Behandlung
bedurften, nach Zufall in 2 Gruppen; die eine Gruppe erhielt ambu-
lante „family crisis therapy“, die andere wurde ins Krankenhaus
aufgenommen. Die Überprüfung nach 6 und nach 18 Monaten ergab
u. a., daß eine Hospitalisierung der ambulant Behandelten in der Tat
nicht nötig gewesen wäre. Durch geeignete Maßnahmen kann offen-
bar Hospitalisierung bei vielen Patienten vermieden werden. Man
könnte nun indirekt schließen, daß dort, wo eine intensive nicht-
stationäre Behandlung erfolgt, wie in der SU, auch günstige Erfolge
bezüglich des allgemeinen Krankenstands erzielt werden. Von Inter-
esse bleibt jedoch die direkte Bestimmung des Krankenstands.

Um die Morbidität an psychischen Störungen zu beurteilen, kann
man folgende Kriterien anlegen (vereinfachte Darstellung). a) Die
Inzidenz; dies ist die Anzahl von Neuerkrankungen in einem gegebenen
Zeitraum relativ zur Bevölkerung. Ein Sinken der Inzidenzrate
würde die Wirkung primärer Prävention anzeigen. b) Die Prävalenz;
dies ist die relative Anzahl von Personen mit psychischen Störungen,
die im Durchschnitt zu erwarten ist. Die Prävalenz ist eine Funktion
der Inzidenz und der Dauer der einzelnen Erkrankungen. Daher kann
eine Senkung der Prävalenzrate sowohl auf primäre wie sekundäre
und tertiäre Prävention zurückgehen. In diese Maße geht der Schwere-
grad der jeweiligen Erkrankungen nicht mit ein¹²⁶. Arbeitsunfähig-
keit und zeitweilige oder dauernde Unterbringung in einer psychiatri-
schen Institution sind besonders schwere Folgen psychischer Störun-
gen. c) Es ist daher sinnvoll, einen Index für das Ausmaß an Hospitali-
sierung heranzuziehen.

Meist erfaßt man nur die Personen, die in irgendeiner Form einmal
mit Institutionen der psychiatrischen Krankenversorgung in Berüh-
rung kamen. Diese Erfassungsweise gibt Daten der behandelten Mor-
bidität. Die tatsächliche Morbidität — ob behandelt oder nicht —
kann man dagegen als „wahre“ Inzidenz und Prävalenz bezeich-
nen¹²⁷. Sie sind für die psychischen Störungen kaum eindeutig und
zuverlässig zu ermitteln. Es empfiehlt sich weiter, die Variable „In-
tensität der Versorgung“ einzuführen. Man muß sehen, daß die Raten
der behandelten Morbidität für sich allein genommen keinen hin-
reichenden Aufschluß geben. Eine niedrige behandelte Morbidität
kann mindestens zweierlei bedeuten: die untersuchte Bevölkerung
verfügt tatsächlich über eine geringe Zahl von psychisch gestörten
Personen, oder: es gibt viele psychisch Gestörte, aber sie werden

126 s. z. B. Plog 1969, S. 307.

127 n. Miller & Mishler 1959.

nicht behandelt (oder nicht als behandlungsbedürftig angesehen). Analog ist eine hohe behandelte Morbidität mehrdeutig: eine vergleichsweise hohe behandelte Morbidität kann einen tatsächlich hohen Krankenstand anzeigen, sie kann aber auch eine vergleichsweise hohe Behandlungs- oder Betreuungsintensität anzeigen.

8.2. Morbidität und Hospitalisierung in der Sowjetunion

Da die psychiatrische Versorgung in der SU als Modell einer präventiv orientierten Versorgung dargestellt wurde, wäre es wünschenswert, die Ergebnis-Kriterien hierauf anzulegen und sie zu vergleichen mit den Daten eines Landes wie den USA, in dem sowohl für spezifische wie nicht-spezifische Prävention schlechtere Bedingungen gegeben sind.

Allerdings stellen sich solchen Vergleichen erhebliche methodische Schwierigkeiten in den Weg. Unterschiede in den Krankheitsdefinitionen, unterschiedliche Erfassungsweisen und die Vielzahl der zu berücksichtigenden Faktoren machen es in der Regel schon sehr schwer, verschiedene Untersuchungen aus demselben Land zu vergleichen¹²⁸. Beim Vergleich verschiedener Länder oder Regionen kommen noch Faktoren hinzu wie Alters- und Geschlechtsverteilung, Kriegsfolgen, Industrialisierungsgrad, historische Gegebenheiten usw.

Field (1967) diskutiert relativ ausführlich die Frage, ob in der SU eine vergleichsweise geringe Morbidität an psychischen Störungen besteht, wie es — nach seiner Darstellung — von den maßgeblichen sowjetischen Fachleuten angegeben wird. *Field* kommt zu keinen schlüssigen Ergebnissen. *Kiev* (1968) kommt in seinem Überblick über die Psychiatrie in den kommunistischen Ländern zu dem Schluß, daß „in einigen kommunistischen Ländern“ eine niedrigere Gesamt-Inzidenz als in den westlichen Ländern erwiesen sei, und dies gehe auf die Orientierung der dortigen psychiatrischen Versorgung auf Vermeidung der Hospitalisierung zurück¹²⁹. Freilich ist vorerst nicht zu klären, inwieweit der Grad der Industrialisierung das In-Erscheinung-Treten von psychischen Störungen beeinflusst. Wie aus dem historischen Abriss in Abschnitt 2 hervorgeht, können die Lebensverhältnisse in agrarischen Gebieten, sofern bäuerliche Familienbetriebe bestehen, das Bewahren von psychisch Gestörten in den Familien fördern. Das mehrfach zu hörende Argument, eine niedrige psychiatrische Morbidität in kommunistischen Ländern gehe auf den etwa im Vergleich zu den USA geringeren Industrialisierungsgrad zurück, müßte auf einer gründlicheren Analyse der dortigen Produktionsverhältnisse und der Lebensformen beruhen, um zu überzeugen. Denn es ist durchaus fraglich, ob etwa eine Kolchoswirtschaft in

¹²⁸ Gründliche Diskussionen der methodischen Probleme finden sich z. B. bei Dohrenwend & Dohrenwend 1969, S. 76 ff. und Kap. 7; weiterhin s. den Band *THE DEFINITION AND MEASUREMENT OF MENTAL HEALTH* 1968.

¹²⁹ *PSYCHIATRY IN THE COMMUNIST WORLD* 1968, S. 14 f.

ihrer sozialen Struktur tatsächlich vergleichbar ist mit den kleinbäuerlichen Produktions- und Lebensverhältnissen in weniger entwickelten kapitalistischen Ländern oder Regionen. Die Untersuchung wird dadurch erschwert, daß aus der SU praktisch keine Gesamtstatistiken über psychiatrische Erkrankungen publiziert wurden — im Gegensatz zu anderen Krankheiten¹³⁰. Gewisse epidemiologische Angaben aus einzelnen Gebieten der SU werden in der westlichen Literatur unterschiedlich interpretiert. Craft berichtet über Schätzungen der Prävalenz geistig behinderter Kinder. Sie soll nach Angaben einer vom amerikanischen Präsidenten beauftragten Untersuchungsgruppe, die zum Studium der Probleme geistig behinderter Kinder die SU besuchte, in der SU ca. 1 % der Kinderpopulation betragen, in den USA ca. 3 %¹³¹.

Die Probleme können hier nicht ausdiskutiert werden. Folgende Einschätzungen scheinen vertretbar zu sein. 1. Die Inzidenz und Prävalenz behandelter psychischer Störungen in der SU dürfte niedriger oder gleich hoch wie in den USA liegen. Die möglichen Ursachen einer evtl. niedrigeren Morbidität können in verschiedenen sozialen Faktoren bestehen sowie in der Aktivität des sowjetischen Behandlungssystems. 2. Die Intensität der Behandlung ist in der SU größer als in den USA. Hier sind besonders der nachgewiesene hohe und qualifizierte Aufwand sowie die allgemeine Verfügbarkeit der Gesundheitsversorgung zu nennen. Daraus kann wiederum gefolgert werden, daß in der SU ermittelte Raten der behandelten Morbidität eine bessere Annäherung an die Raten der wahren Morbidität darstellen als die in den USA ermittelten Raten der behandelten Morbidität. Ein direkter Vergleich zwischen den beiden Ländern hinsichtlich der Differenz von behandelter und wahrer Morbidität ist aus Mangel an Daten und aus methodologischen Gründen kaum möglich. So ist z. B. bekannt, wie schwer die enorm hohen Raten der wahren Prävalenz zu interpretieren sind, die in den USA ermittelt wurden¹³². 3. Präzisere Angaben sind möglich für das dritte Kriterium, den Grad an Hospitalisierung. Hier liegt ein wesentlicher und beim jetzigen Stand der Entwicklung wohl entscheidender Unterschied zwischen der Lage in der SU und den USA. Der Anteil an hospitalisierten Patienten an der Gesamtzahl behandelter psychisch Gestörter läßt sich abschätzen durch die Anzahl der psychiatrischen Betten — auch dies unter der Voraussetzung, daß eine ausreichende Versorgung besteht. Hier sind die Unterschiede frappierend. In der SU betrug der Anteil an psychiatrischen Betten an der Gesamtzahl von Betten im Jahre 1961 11,2 %, in den USA 46,4 % und, um ein weiteres Land zu nennen, in Großbritannien 44 %¹³³. Dem entsprechen auch neuere

130 s. Field 1967, S. 296 sowie die laufenden Publikationen der WHO.

131 Craft 1967, S. 204.

132 gemeint sind die Ergebnisse der MIDTOWN MANHATTAN STUDY, s. Srole et al. 1962 und der STIRLING COUNTY STUDY, s. Leighton et al. 1963.

133 Craft 1967, S. 202.

Angaben, die den Anteil hospitalisierter Patienten an der Gesamtzahl von schwer gestörten Patienten in der SU auf ca. 10—15 % beziffern¹³⁴. Die absolute Zahl an psychiatrischen Betten betrug 1964 in der SU 205 200¹³⁵ bei ca. 230 Mio. E., in den USA 758 401¹³⁶ bei ca. 200 Mio. E.

Literatur

(Herausgegebene oder autorlose Titel sind unter dem ersten Hauptwort des Titels aufgeführt.)

- Abholz, H., Die Rolle des industriellen Arbeitsplatzes für die Ätiologie psychischer Erkrankung. Ein Literaturüberblick. *Das Argument* 1970, Nr. 60, Sonderband, S. 142—151.
- Action for mental health. Final report of the Joint Commission on Mental Illness and Health 1961. (Joint Commission . . .) New York 1961.
- Aganbegjan, A. G./Schubkin, W. N., Sozialforschung und quantitative Methoden. In: *Quantitative Methoden . . .*, 1970, S. 21—47.
- Albee, G., Mental health manpower trends. New York 1959.
- Alexander, F. G./Selesnick, S. T., Geschichte der Psychiatrie. Ein kritischer Abriß der psychiatrischen Theorie und Praxis von der Frühgeschichte bis zur Gegenwart. Zürich 1969.
- Emergent approaches to mental health problems. Ed. by. E. L. Cowen/E. A. Gardner/M. Zax. New York 1967.
- New Aspects of the mental health services. Ed. by. H. Freeman/J. Farn-dale. Oxford 1967.
- Astrup, Ch., Nervöse Erkrankungen und soziale Verhältnisse. Berlin DDR 1956.
- v. Baeyer, W., Möglichkeiten der Vorbeugung seelischer Störungen. In: *Seelische Störungen*, 1969, S. 47—57.
- Bastide, R., *Sociologie des maladies mentales*. Paris 1965.
- Beck, J. C./Kantor, D./Gelineau, V. A., Follow-up study of chronic patients „treated“ by college case-aid volunteers. *American Journal of Psychiatry* 1963, 120, S. 269—271.
- Beier, E. G., Preventive measures in the mental health area. Some theoretical considerations on justification and a fantasy about the future. In: *The Future of Psychotherapy*, 1969, S. 193—211.
- Bericht über den 2. Kongreß der Gesellschaft für Psychologie in der DDR. Hrsg. v. J. Siebenbrodt. Berlin DDR 1969.
- Bericht über den 26. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychologie Tübingen 1968. Hrsg. v. M. Irle. Göttingen 1969.
- Berndt, H., Zur Soziogenese psychiatrischer Erkrankungen. Ein Bericht über ökologische und epidemiologische Forschungsergebnisse. *Soziale Welt* 1968, 19, S. 22—46.
- Berndt, H., Zur Soziogenese psychiatrischer Erkrankungen. Familiendynamische Aspekte der Schizophrenieforschung. In: *Der Kranke . . .*, 1967, S. 454—482.
- Beyer, D./Hoba, W./Sadowski, K., Zur psychonervalen Belastung ausgewählter Berufsgruppen der Landwirtschaft unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution. In: *Sozialpsychiatrie in der sozialistischen Gesellschaft*, 1971, S. 207—218.

134 IMPRESSIONS . . . , S. 657.

135 WORLD HEALTH STATISTICS REPORT 1968, S. 21, 537.

136 desgl. S. 534.

- Blain, D., The organization of psychiatry in the United States. In: *American Handbook of Psychiatry*. Vol. Two, 1959, S. 1960—1982.
- Bleuler, E., *Lehrbuch der Psychiatrie*. Elfte Aufl. umgearbeitet v. M. Bleuler. Berlin/West 1969.
- Braceland, F. J., Prevention in psychiatry: present status — future hopes. In: *Problems of psychosis*, 1971, S. 243—254.
- BRD—DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme. Köln 1971.
- Brenner, M. H., Economic change and mental hospitalization: New York State, 1910—1960. *Social Psychiatry* 1967, 2, S. 180—188.
- Caplan, G., *The theory and practice of mental health consultation*. London 1970.
- Caplan, G., *Community psychiatry: the changing role of the psychiatrist*. In: *Concepts of Community...*, 1965, S. 3—15. Auch in: *The Sociology of mental...*, 1967, S. 301—309.
- Caplan, G., *Principles of preventive psychiatry*. London 1964.
- Caplan, G., General introduction and overview. In: *Prevention of mental...*, 1961, S. 3—30.
- Caplan, G./Grunebaum, H., Perspectives on primary prevention. A review. *Archives of General Psychiatry* 1967, 17, S. 331—346.
- Chin, R./Chin, A., *Psychological research in communist China: 1949—1966*. Cambridge, Mass. 1969.
- Concepts of Community Psychiatry. A framework for training*. Ed. by S. E. Goldston, Washington 1965, Public Health Service Publ. No. 1319.
- Cowen, E., Emergent approaches to mental health problems: an overview and directions for future work. In: *Emergent approaches...*, 1967, S. 389—455.
- Craft, M., A comparative study of facilities for the retarded in the Soviet Union, United States and United Kingdom. In: *New aspects of...*, 1967, S. 201—212.
- Cumming, E./Cumming, J., *Closed ranks. An experiment in mental health education*. Cambridge, Mass. 1957.
- Daniels, R. S., Disorganization in statewide planning for improved mental health services: problems and possible solution. *Comprehensive Psychiatry* 1970, 11, S. 100—107.
- Davidson, H. A., The double life of American psychiatry. In: *New aspects of...*, 1967, S. 334—344.
- Die DDR — Entwicklung, Aufbau und Zukunft. Frankfurt/M. 1969.
- The definition and measurement of mental health*. Ed. by S. B. Sells. Washington 1968.
- Deppe, H.-U./Wulff, E., Medizinische Versorgung und gesellschaftliche Arbeit: der werksärztliche Dienst und die Betreuung geistig schwer behinderter Kinder. In: *BRD—DDR...*, 1971, S. 343—364.
- Dörken, H., Administration of community mental health services in the United States. In: *International trends in mental health*, 1966, S. 109—120.
- Dörner, K., *Bürger und Irre. Zur Sozialgeschichte und Wissenschaftssoziologie der Psychiatrie*. Frankfurt/M. 1969.
- Dörner, K., Nationalsozialismus und Lebensvernichtung. *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 1967, 2, S. 121—152.
- Dohrenwend, B. P./Dohrenwend, B. S., *Social status and psychological disorder. A causal inquiry*. New York 1969.
- Duff, R. S./Hollingshead, A. B., *Sickness and society*. New York 1968.
- Eisenberg, L., Preventive psychiatry: if not now, when? In: *International trends in mental health*, 1966, S. 63—77.

- Field, M. G., Soviet and American approaches to mental illness: a comparative perspective. In: *New aspects of . . .*, 1967, S. 294—333.
- Field, M. G./Aronson, J., The institutional framework of Soviet psychiatry. *Journal of Nervous and Mental Disease* 1964, 138, 305—322. Auszug in: *The sociology of mental . . .*, 1967, S. 351—356.
- Frank, L. K., Society as the patient. *American Journal of Sociology* 1936, 42, S. 335—344.
- Fried, Marc, Social differences in mental health. In: *Poverty and health*, 1969, S. 113—167.
- Fried, Morris L., Soziale Schichtung und psychische Erkrankung. In: *Probleme der Medizin-Soziologie*, 1958, S. 185—218.
- Frost, G., Philosophische Aspekte der Psychotherapie. In: *Sozialpsychiatrie in der sozialistischen Gesellschaft*, 1971, S. 45—58.
- Früherkennung von Krankheiten als methodisches Problem. Verhandlungen der Dt. Gesellschaft f. Medizinische Dokumentation und Statistik . . . 1966 in Stuttgart. Hrsg. v. J. Schröder/H. Immich. Stuttgart 1967.
- The future of psychotherapy. Ed. by C. J. Frederick. Boston 1969.
- Galach'yan A. G., Soviet psychiatry. In: *Psychiatry in the communist world*, 1968, S. 29—50.
- Geistige Gesundheit in der neuzeitlichen Gesellschaft. Hrsg. v. D. Müller-Hegemann. Leipzig 1967.
- Gorman, M., Soviet psychiatry and the Russian citizen. In: *Progress in mental health*, 1969, S. 85—98.
- Gross, J., Gesundheitserziehung und Psychohygiene. In: *Geistige Gesundheit . . .*, 1967, S. 16—24.
- Gross, R., *Medizinische Diagnostik — Grundlagen und Praxis*. Berlin/West 1969.
- Gursslin, O. R./Hunt, R. G./Roach, J. L., Social class and the mental health movement. *Social Problems* 1959/60, 8, S. 210—218. Auch in: *Mental health of the Poor*, 1964, S. 57—67.
- Hacker, W., Die psychologische Analyse der Arbeitstätigkeit als produktionswirksame Forschungsarbeit. In: *Bericht über den 2. Kongreß . . .* 1969, S. 84—95.
- Häfner, H., Gutachten über Struktur und Organisation einer neu zu bauenden psychiatrischen Universitätsklinik. *Social Psychiatry* 1967, 2, S. 189—196.
- American Handbook of Psychiatry*, Vol. Two. Ed. by S. Arieti. New York 1959.
- Handbook of Clinical Psychology*. Ed. by B. B. Wolman. New York 1965.
- Handbuch der klinischen Psychologie*, Band II. Die Psychotherapie in der Gegenwart. Richtungen, Aufgaben, Probleme, Anwendungen. Hrsg. v. E. Stern. Zürich 1958.
- Hoff, H., *Lehrbuch der Psychiatrie*. Verhütung, Prognostik und Behandlung der geistigen und seelischen Erkrankungen. Band I und II, Basel 1956.
- Der Imperialismus der BRD. Hrsg. v. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Berlin DDR 1971.
- Impressions of Soviet Psychiatry. Special Section in *American Journal of Psychiatry* 1968, 125, S. 638—674, Nov.
- Jahoda, M./Lazarsfeld, P.F. /Zeisel, H., *Die Arbeitslosen von Marienthal*. Ein soziographischer Versuch mit einem Anhang zur Geschichte der Soziographie. 1. Aufl. Leipzig 1933; 2. unveränderte Aufl. Allensbach 1960.
- Jones, M., *Social psychiatry in practice*. The idea of the Therapeutic Community. Harmondsworth, England, 1968.

- Kelly, J. G., The quest for valid preventive interventions. In: *Current Topics . . .*, 1970, S. 183—207.
- Klinische Psychologie. Ein Lehrbuch für Psychologen, Ärzte, Heilpädagogen, Soziologen und Studierende. Hrsg. v. W. Schraml. Bern 1970.
- Koch, J., Der Einfluß der frühen Bewegungsstimulation auf die motorische und psychische Entwicklung des Säuglings. In: Bericht über den 26. Kongreß . . . , 1969, S. 413—421.
- Koller, S., Früherkennung von Krankheiten — grundsätzliche Fragen. In: Früherkennung von Krankheiten . . . , 1967, S. 9—17.
- Kornhauser, A., Mental health of the industrial worker. A Detroit study. New York 1965.
- Der Kranke in der modernen Gesellschaft. Hrsg. v. A. Mitscherlich/T. Brocher/O. v. Mering/K. Horn. Köln 1967.
- Kuhrig, H., Die gesellschaftliche Stellung der Frau in der DDR. In: Die DDR . . . , 1969, S. 191—208.
- Kulenkampf, C., Psychiatrie in der Sowjetunion. Ergebnisse einer Studienreise nach Moskau und Leningrad. *Social Psychiatry* 1967, 2, S. 124—127.
- Langner, Th. S./Michael, St. T., Life stress and mental health. The Midtown Manhattan Study, Vol. II. Glencoe 1963.
- Lansley, D. G./Machotka, P./Flomenhaft, K., Avoiding mental hospital admission: a follow-up study. *American Journal of Psychiatry* 1971, 127, S. 1391—1394.
- Lazure, D., Politics and mental health in the new China. *American Journal of Orthopsychiatry* 1964, 34, S. 925—933.
- Lebedev, B. A., Mental hygiene in the U.S.S.R. In: *International Trends in mental health* 1966, S. 121—128.
- Leighton, D. C./Harding, J. S./Macklin, D. B./Macmillan, A. H./Leighton, A. H., The character of danger. The Stirling County Study of Psychiatric Disorder & Sociocultural Environment, Vol. III. New York 1963.
- Lemkau, P. F., Mental hygiene. In: *American Handbook of Psychiatry*, 1959, S. 1948—1959.
- Lewis, W. W., Project RE—ED: educational intervention in discordant child rearing systems. In: *Emergent Approaches . . .*, 1967, S. 352—368.
- Lowenkopf, E. L./Zwerling, I., Psychiatric services in Neighborhood Health Center American *Journal of Psychiatry* 1971, 127, S. 916—920.
- Lumer, H., Armut in USA. Berlin DDR 1967.
- Maller, J.-O., The therapeutic community with chronic mental patients. Basel 1971.
- Marx, K., Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. MEW Bd. 23. Berlin DDR 1969.
- Melehov, D. E., Development and results of social psychiatry in the U.S.S.R., *Social Psychiatry* 1968, S. 14—18.
- Melehov, D. E., Some debatable problems in social psychiatry. *Social Psychiatry* 1967, 2, S. 107—110.
- Meng, H., Psychohygiene im menschenökonomischen Aspekt. In: *Handbuch der klinischen Psychologie*, 1958, S. 379—385.
- Meng, H./Morgenthaler, W./Pfister, O. et al., Praxis der seelischen Hygiene. Erfahrung und Experiment. Basel 1960.
- Der Mensch und seine Arbeit. Soziologische Forschungen. Berlin DDR 1971 (Orig. russ., Moskau 1967).
- Mental health of the Poor. Ed. by F. Riessman/J. Cohen/A. Pearl. New York 1964.
- Quantitative Methoden in der Soziologie. Autorenkollektiv. Berlin 1970 (Übersetzung aus d. Russischen).

- Miller, S. M./Mishler, E. G., Social class, mental illness, and American psychiatry: an expository review. *Milbank Memorial Fund Quarterly* 1959, 37, S. 174—199. Auch in: *Mental health of the Poor*, 1964, S. 16—36.
- Das schwedische Modell der Ausbeutung. Texte zum Arbeiterleben und zur Klassenstruktur im Wohlfahrtsstaat. Hrsg. v. V. Pfaff/M. Wikhäll. Köln 1971.
- Mora, G., Recent American psychiatric developments (since 1939). In: *American Handbook of Psychiatry* 1959, S. 18—57.
- Mosse, H. L., The influence of mass media on the mental health of children. *Acta Paedopsychiatrica* 1963, 30, S. 103—111.
- Müller-Hegemann, D., Über die Psychiatrie in den USA. Ein Bericht zum Thema „Psychiatrie in Ost und West“. *Das Deutsche Gesundheitswesen* 1968, 23, S. 1380—1384.
- Müller-Hegemann, D., Gegenwartsaufgaben und Perspektiven des Schutzes der geistigen Gesundheit. In: *Geistige Gesundheit . . .*, 1967, S. 9—15.
- Myers, J. K./Bean, L. L., A decade later: a follow-up of social class and mental illness. New York 1968.
- Occupational Psychiatry*. Ed. by R. T. Collins. Boston 1969.
- Changing Perspectives in Mental Illness*. Ed. by St. C. Plog/R. B. Edgerton. New York 1969.
- Pflanz, M., Soziale Krankheitsfaktoren. In: *Klinische Psychologie*, 1970, S. 27—45.
- Pflanz, M./Pinding, M./Armbrüster, A. K./Török, M., Medizinsoziologische Untersuchungen über Gesundheitsverhalten. *Medizinische Klinik* 1966, 10, S. 391—397. Auch in: *Der Kranke . . .*, 1967, S. 290—303.
- Plog, St. C., Urbanization, psychological disorders, and the heritage of social psychiatry. In: *Changing Perspectives . . .*, 1969, S. 288—312.
- Poverty and Health. A sociological analysis*. Ed. by J. Kosa/A. Antonovsky/I. K. Zola. Cambridge, Mass. 1969.
- Prevention of Mental Disorders in Children — initial explorations*. Ed. by G. Caplan. New York 1961.
- Probleme der Medizin-Soziologie*. Hrsg. v. R. König/M. Tönnemann. Köln 1958.
- Problems of Psychosis. International Colloquium on Psychosis Montreal, 5—8 November 1969*. Ed. by P. Doucet/C. Laurin. Amsterdam 1971.
- Progress in Mental Health. Proceedings of the Seventh International Congress on Mental Health*. Ed. by H. Freeman. London 1969.
- Psychiatry in the Communist World*. Ed. by A. Kiev. New York 1968.
- Psychotherapeutic Agents. New roles for nonprofessionals, parents, and teachers*. Ed. with commentaries by B. G. Guernsey, Jr. New York 1969.
- Reimann, H., *Die Mental-Health-Bewegung. Ein Beitrag zur Kasuistik und Theorie der sozialen Bewegung*. Tübingen 1967.
- Reisman, J. M., *The development of clinical psychology*. New York 1966.
- Richter, H.-E., *Eltern, Kind und Neurose. Psychoanalyse der kindlichen Rolle*. Stuttgart 1967, 2. Aufl. Lizenzausgabe Rowohlt 1969.
- Riessman, F., A neighborhood-based mental health approach. In: *Emergent Approaches . . .*, 1967, S. 162—184.
- Rioch, M. J., Pilot projects in training mental health counselors. In: *Emergent Approaches . . .*, 1967, S. 110—127.
- Rosenstock, I. M., Prevention of illness and maintenance of health. In: *Poverty and Health*, 1969, S. 168—190.
- Sanders, R., Implementation of a program for the prevention of psychosis. In: *Problems of Psychosis*, 1971, S. 255—264.
- Sanford, N., The prevention of mental illness. In: *Handbook of Clinical Psychology*, 1965, S. 1378—1400.

- Scherl, D. J./English, J. T., Community Mental Health and Comprehensive Health Service programs for the poor. *American Journal of Psychiatry* 1969, 125, S. 1666—1674.
- Schwartz, R. A., The role of family planning in the primary prevention of mental illness. *American Journal of Psychiatry* 1969, 125, S. 1711—1718.
- Seelische Störungen. Abnormes und krankhaftes Verhalten des Menschen in der modernen Gesellschaft. 20 Wissenschaftler berichten über den heutigen Stand der Forschung. Hrsg. v. H.-H. Meyer. Frankfurt/M. 1969.
- The Sociology of Mental Disorders. Readings and analyses in psychiatric sociology. Ed. by K. S. Weinberg. Chicago 1967.
- Sozialpsychiatrie in der sozialistischen Gesellschaft. Hrsg. v. B. Schwarz/K. Weise/A. Thom. Leipzig 1971.
- Srole, L./Langner, Th. S./Michael, St. T./Opler, M. K./Rennie, Th. A., Mental health in the metropolis. The Midtown Manhattan Study, Vol. I. New York 1962.
- Scheff, Th. J., Being mentally ill. A sociological theory. Chicago 1966.
- Schmidt, H.-D., Allgemeine Entwicklungspsychologie. Berlin DDR 1970.
- Schmidhäuser, E., Strafrecht, Allgemeiner Teil, Lehrbuch. Tübingen 1970.
- Strotzka, H., Prävention und Rehabilitation psychischer Krankheiten. In: *Klinische Psychologie*, 1970, S. 72—94.
- Strotzka, H./Leitner, I., Sozialpsychiatrische Auswirkungen einer akuten ökonomischen Krise. *Wiener Medizinische Wochenschrift* 1969, 119, 196—199.
- Szasz, Th. S., The myth of mental illness. Foundations of a theory of personal conduct. New York 1961.
- Current Topics in Clinical and Community Psychology Volume 2. Ed. by Ch. D. Spielberger. New York 1970.
- International Trends in Mental Health. Ed. by H. P. David. New York 1966.
- Violence and the mass Media. Ed. by O. N. Larsen. New York 1968.
- Psychohygienische Vorlesungen. Eine Einführung in Theorie und Praxis des seelischen Gesundheitsschutzes. Hrsg. v. H. Meng. Basel 1958.
- Wallraff, G., Industriereportagen. Reinbek 1970.
- Weidig, R., Sozialistische Gemeinschaftsarbeit. Eine soziologische Studie zur Entwicklung von Gemeinschaftsarbeit, Arbeitskollektiv und Persönlichkeit in sozialistischen Industriebetrieben. Berlin DDR 1969.
- Weise, R., Die marxistisch-leninistische Auffassung von der Arbeit und ihre Bedeutung für die Methodik der Arbeitstherapie. In: *Sozialpsychiatrie in der sozialistischen Gesellschaft*, 1971, S. 249—269.
- Werner, Th. R./Ross, D., Research in occupational psychiatry. In: *Occupational Psychiatry*, 1969, S. 409—421.
- Westman, J. C., Nursery school: outpost for preventive psychiatry. *Archives of General Psychiatry* 1964, 10, S. 31—35.
- World Health Statistics Annual, Vol. III Health personnel and hospital establishments. World Health Organization, Genf.
- World Health Statistics Report. World Health Organization, Genf.
- Ziferstein, I., Die „Therapeutische Gemeinschaft“ in der Sowjet-Psychiatrie. *Psyche* 1966, 3, S. 222—230.
- Zusman, J./Ross, E. R., Evaluation of the quality of mental health services. *Archives of General Psychiatry* 1969, 20, S. 352—357.

Erich Wulff

Psychopathie? – Soziopathie?*

I Psychopathie

A Zur Sozialgeschichte des Psychopathiebegriffs

Nicht immer fiel der Personenkreis derer, die heute, je nach Schulmeinung, Psycho- oder Soziopathen genannt werden, in den Zuständigkeitsbereich der Psychiatrie. Ein Teil davon blieb, auch nachdem die Geisteskrankheit an der Schwelle des 19. Jahrhunderts sich als eigenes Objekt der im Verlaufe des 17. Jahrhunderts ausgegrenzten Unvernunft konstituiert hatte (*Foucault*¹; *Dörner*²), den Beurteilungskriterien der Moral, Jurisprudenz und öffentlichen Ordnung überlassen, und dies nicht nur in der Praxis, sondern auch im öffentlichen Bewußtsein und in der wissenschaftlichen Theorie; ein anderer Teil galt weiterhin als körperlich krank, als schwächlich oder als besonders empfindsam. Erst seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts begann die psychiatrische Wissenschaft diese Personen in ihr nosologisches System einzubeziehen: dies geschah in Deutschland durch *Griesinger*³ (1844), der die abnorme Gefühlskälte und Reizbarkeit mancher Menschen als „Zerebralirritation“ analog den Sensibilitätsstörungen und Schmerz Anfällen bei Neuralgien deutete: d. h. als pathologische Antwort eines vorgeschädigten Organs auf einen von ihm nicht mehr verkrafteten Reiz. In Frankreich sah *Morel*⁴ (1857) die leichteren psychischen Abnormitäten als erste Stadien einer von Generation zu Generation sich vererbenden und zugleich im Schweregrad fortschreitende Degeneration an, an deren Ende, im psychischen Bereich, Verblödung oder Wahnsinn stand. *Morels* Lehre und ihre Fortführung durch *Magnan*⁵ — der zwischen einer degenerativen „Grundbeschaffenheit“ des Geisteszustandes und den darauf erwachsenden einzelnen „Syndromen“ unterschied — fand damals überall

* Prof. A. Derwort, der mir Psychiatrie beigebracht hat und bei politischen Diffamierungen immer für mich eingetreten ist, zu seinem 60. Geburtstag.

1 Foucault, Michel: L'histoire de la folie. Plon, Paris 1961.

2 Dörner, Klaus: Bürger und Irre. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1969.

3 Griesinger, Wilhelm: Neue Beiträge zur Physiologie und Pathologie des Gehirns, in: Gesammelte Abhandlungen, Bd. I, S. 53. Berlin 1872.

4 Morel, B. A.: Traité des dégénérescences physiques, morales et intellectuelles de l'espèce humaine. Paris 1857.

5 Magnan, Valentin: Psychiatrische Vorlesungen. Übers. v. P. J. Möbius. — Über die Geistesstörung der Entarteten. Leipzig 1892.

in Europa einen starken Widerhall. Die These *Lombrosos*⁷ vom geborenen Verbrecher mit seinen psychischen und physischen Stigmata, aber auch die Entartungslehre von *Möbius*⁶ (1900) waren nur ihre ersten Spuren. Wiederzufinden ist sie bis in *Kretschmers*⁸ Konstitutionslehre. Gemeinsames Merkmal dieser Lehren ist, daß sie bereits bei äußerlich Gesunden Ermittlungstechniken anbieten zur Feststellung angeblicher körperlicher und psychischer Merkmale, eben der genannten Stigmata, die auf verbrecherische Neigungen oder sonstige degenerationsbedingte Abnormitäten hinweisen sollen. Der Weg zur Ideologie eines *principis obsta!* durch sozial- oder sogar rassenhygienische Maßnahmen ist damit vorgezeichnet. Kennzeichnend ist dabei das Vokabular, das von *Möbius*⁶ im Anschluß an *Magnan*⁵ für die Beschreibung der Grundverfassung des „Degenerierten“ benutzt wurde: sie ließen sich am besten als „desequilibrés“, als psychisch Labile und Schwächliche beschreiben. Stabilität, Gleichgewicht, Konstanz und Kraft war damit, gegenüber dem Wandel, der Empfindsamkeit, der Spannung in einer sehr undialektischen Weise zum Symbol der psychischen Gesundheit erhoben worden. Die Wiederentdeckung der *Mendelschen*⁹ Vererbungsgesetze durch *Correns*¹⁰, *Tschermak*¹¹ und *Vries*¹² (1900) gab dieser kulturpessimistischen Ideologie der „Entartung“ den Anschein einer „wissenschaftlichen“ Grundlage. Besonders in Deutschland wurde von dieser Möglichkeit reichlich Gebrauch gemacht. Wie die endogenen Psychosen wurden auch die „psychopathischen Minderwertigkeiten“ — der Begriff stammt von *J. L. A. Koch*^{13, 13a} (1888) — mit Hilfe des Erblichkeitspostulates zu anlagebedingten psychischen Krankheiten erklärt. Dabei hatte allerdings im Vergleich zu den Anfängen der Psychiatrie der Erblichkeitsbegriff selber in den ersten zwei Dekaden des 20. Jahrhunderts eine Veränderung erfahren. Die Lamarckistische These der Vererbung erworbener Eigenschaften schien widerlegt zu sein von den Ergebnissen der experimentellen Genetik, die das Erbgut als unabänderlich und damit als schicksalhafte Macht ausgewiesen hatten. An diese Erkenntnisse schloß sich in Deutschland eine teils wissenschaftliche, teils pseudowissenschaftliche Strömung an, die alle menschlichen — „normalen“ und „abnormen“ Verhaltenstypen nahezu ausschließlich durch erbliche Bedingungen erklärt wissen wollte.

6 Möbius, P. J.: Über Entartung. J. F. Bergmann-Verlag. Wiesbaden 1900.

7 Lombroso, C.: Die Ursache und Bekämpfung des Verbrechens. Berlin 1902.

8 Kretschmer, Ernst: Körperbau und Charakter. Berlin 1921.

9 Mendel, Gregor: Versuche über Pflanzen bei den Verhandlungen des Naturforschenden Vereins zu Brünn, Bd. 4, 1865.

10 Correns, C.: Die neuen Vererbungsgesetze.

11 Tschermak, E.: Die Kreuzungen im Dienste der Pflanzenzüchtung. Jahrbuch d. Dtsch. Landwirtschaftl. Gesellschaft, 1905, S. 331 ff.

12 De Vries, H.: Die Mutationstheorie. 2. Bd. Leipzig 1901—1093.

13 Koch, J. L. A.: Leitfaden der Psychiatrie. Ravensburg 1888.

13a Die psychopathischen Minderwertigkeiten. Ravensburg 1891.

„Anlagebedingt“ war nun jeder Charakter, der „normale“ wie der „abnorme“. Ziegler¹⁴ (1918) sah sowohl die Ungleichheit des Einkommens als auch die hohe Selbstrekrutierungsrate privilegierter Berufe in der unterschiedlichen Erbmasse der Betroffenen begründet und empfahl, durchaus sozialdarwinistisch, möglichst harte Lebensbedingungen für die Arbeiterklasse, um aus ihr die wenigen Individuen mit wertvollem Erbgut besser ausfiltern zu können. Nur wenig später, 1923, erschienen dann K. Schneiders¹⁵ „Psychopathische Persönlichkeiten“, wo die Anlagebedingtheit der abnormen und normalen Persönlichkeiten so selbstverständlich geworden war, daß sie kaum mehr diskutiert werden mußte. Dieses Werk ist bis heute bestimmend geblieben für die deutsche Lehrstuhlpsychiatrie, und seine sozialpolitischen forensischen und wissenschaftstheoretischen Folgewirkungen lassen sich kaum überschätzen.

Es ist nützlich, zu vergegenwärtigen, in welchem wissenschaftlichen und politischen Konzept sich die deutsche Psychopathielehre entwickelte. Auf der einen Seite verunsicherte die entstehende psychoanalytische Theorie das gesamte Begriffsgebäude der klassischen Psychiatrie. Im Gegensatz zur Schweiz, wo Eugen Bleuler¹⁶ in eine rationale Auseinandersetzung mit den psychoanalytischen Konzepten eingetreten war, beschränkte sich die deutsche Psychiatrie auf irrationale Aggressivität oder simple Verleugnung der Psychoanalyse. Die Versteifung der Anlage- und Erblichkeitstheorien zu wissenschaftlichen Dogmen läßt sich also teilweise als Abwehr der Anstößigkeit erklären, die damit verbunden war, das „Eigentliche“ und „Eigenste“ jedes Menschen — seinen Charakter — auf die Entwicklungsbedingungen seiner frühkindlichen Sexualität zurückzuführen. Diese Erklärung genügt jedoch nicht, den Erfolg der deutschen Psychopathielehre in der bürgerlichen Öffentlichkeit und in den institutionellen Zentren der staatlichen Macht zu erklären. Dazu muß man sich vergegenwärtigen, daß zur gleichen Zeit auch die Arbeiterbewegung im deutschen Reich immer mehr an Boden gewann; die sozialdemokratische Partei wurde kurz vor Beginn des Ersten Weltkrieges zur stärksten Fraktion im Reichstag. Thesen wie die Zieglers¹⁴ konnten nun sehr wohl dazu dienen, die Ansprüche der Arbeiter auf Vergesellschaftung der Produktionsmittel und auf eine klassenlose Gesellschaft als „unwissenschaftlich“ lächerlich zu machen und zu verwerfen. Aber auch weniger extreme Formulierungen erwiesen sich als nützlich, wenn sie nur zur allgemeinen Überzeugung beitrugen, daß Tugenden wie Laster, abweichendes wie normgemäßes Verhalten, Gesetzestreue wie Gesetzesbruch, Durchsetzungskraft und Schwächlichkeit, sozialer Erfolg wie Mißerfolg vorwiegend auf erbliche Anlagen zurückgeführt werden müßten, die allenfalls der Mög-

14 Ziegler, Heinrich Ernst: Die Vererbungslehre in der Biologie und in der Soziologie. G. Fischer, Jena 1918, S. 317—347.

15 Schneider, Kurt: Die psychopathischen Persönlichkeiten. Leipzig u. Wien 1923.

16 Bleuler, Eugen: Die Psychoanalyse Freuds. Leipzig 1911.

lichkeit bedurften, „sich zu entfalten“. Eine solche Theorie ließ sich sehr gut als konservative Rationalisierungsideologie verwenden, die den ins Wanken geratenen Glauben an die Unabänderlichkeit der sozioökonomischen Verhältnisse stabilisieren half. Diese Funktion dürfte vor allem dazu beigetragen haben, daß sie sich in akademischen Kreisen ebenso wie in der Jurisprudenz und in der Gesundheitsbürokratie durchsetzen und dort über ein halbes Jahrhundert an der Macht halten konnte.

B Die „herrschende Lehre“ (Kurt Schneider) und ihre Folgen.

Gegenüber der frühen Psychopathielehre von Koch^{13, 13a}, Möbius⁶, Birnbaum¹⁷ u. a., die vor allem den Gesichtspunkt der „Minderwertigkeit“ in den Vordergrund ihrer Betrachtungen stellten, unterscheiden sich die Psychopathietypen Schneiders¹⁵ dadurch, daß durch sie Abweichungen vom Durchschnitt — und nicht von einer Idealnorm — in „unsystematischer“ Weise erfaßt werden sollten. Der unsystematisch-deskriptive Aspekt seiner Typologie wird vom Autor mehrfach hervorgehoben. Wenn man diese Typologie aber etwas näher betrachtet, so stellt sich heraus, daß nahezu alle etwas prononcierteren Charaktertypen zu den Psychopathen geschlagen werden. Weder schwerblütig noch heiter, weder skrupulös noch leichtfertig, weder gleichmütig noch temperamentvoll darf man sein, ohne in Gefahr zu geraten, den depressiven oder hyperthymischen, den sensitiven oder willenlosen, den gefühlsarmen oder explosiblen Psychopathen zugeschlagen zu werden. Die Offenheit des Systems läßt es fernerhin zu, daß diejenigen akzentuierten Charakterbildungen, die bei Schneider¹⁵ noch nicht auftauchen, jederzeit später in die Gruppe der abnormen Persönlichkeiten hineingenommen werden können. Es wird hier also ein engmaschiger Raster geschaffen, der es erlaubt, jeden, der in einer Krisensituation sozial auffällig wird, als Mensch, „der nun einmal von Natur aus so ist“, d. h. als abnorme Persönlichkeit zu klassifizieren. Eine ungewollte Bestätigung der These, daß mit dem Schneiderschen¹⁵ Begriffsnetz hauptsächlich normale Menschen eingefangen werden, findet sich bei der — in Deutschland einzigen — katamnesticen Untersuchung klinisch als Psychopathen klassifizierter Patienten durch Tölle¹⁸ (1966). 60,9 % seiner Patienten machten in der 22—27 Jahre dauernden Beobachtungszeit nur eine einzige „Krise“ durch — diejenige, bei der sie sich ihr Psychopathenetikett erworben hatten; bei 24,3 % kam es noch zusätzlich zu einer einzigen weiteren und bei nur 7,8 % zu 3 oder mehr weiteren Krisen. Diese Ergebnisse sprechen für sich. Sie haben aber keineswegs dazu geführt, die verwendeten nosologischen Kategorien aufzugeben, obwohl in der DDR Leon-

17 Birnbaum, Carl: Über psychopathische Persönlichkeiten. Wiesbaden 1909.

18 Tölle, Rainer: Katamnestiche Untersuchungen zur Biographie abnormer Persönlichkeiten. Monographien aus dem Gesamtgebiet der Neurologie und Psychiatrie Nr. 116, Springer-Verlag, Berlin-Heidelberg-New York 1966, S. 43 ff.

*hard*¹⁹ mit seinem Begriff der akzentuierten Persönlichkeit (1964) die Voraussetzungen für eine differenziertere Betrachtungsweise geschaffen hatte. Mit der *Schneiderschen*¹⁵ Psychopathielehre hatte die deutsche Psychiatrie eine Tendenz vorweggenommen, die später von *Goffman*²⁰ als Erzwingungstechnik sozialer Konformität bestimmt werden sollte: nämlich die universale Stigmatisierbarkeit und damit Diskriminierbarkeit eines jeden durch jeden. „Es gibt nur ein vollständig ungeniertes und akzeptables männliches Wesen in Amerika: ein junger, verheirateter, weißer, städtischer, nordstaatlicher, heterosexueller, protestantischer Vater mit College-Bildung, vollbeschäftigt, von gutem Aussehen, normal in Gewicht und Größe und mit Erfolgen im Sport“ (S. 158). Alle anderen sind Stigmatisierte, brauchen Entschuldigung und Nachsicht, die ihnen jederzeit entzogen werden kann. Im Zusammenhang mit der Entartungslehre und dem Erblichkeitspostulat bekam das *Schneidersche*¹⁵ Begriffsnetz zur Zeit des Hitler-Faschismus so eine besondere Bedeutung: es diente als allgemeines Warnungs- und Disziplinierungsmittel: wer sich nicht so verhielt, wie die faschistische Ideologie es vorschrieb — und sie konnte nach Bedarf vorschreiben, was sie wollte —, geriet in Gefahr, der Kategorie der genetisch „Entarteten“ zugerechnet zu werden. Was mit diesen geschehen konnte, zeigt die Ermordung der Juden, der Zigeuner, der Zeugen Jehovas, der Homosexuellen sowie der Geisteskranken.

*Kurt Schneider*¹⁵ brachte außerdem das Kunststück fertig, die Psychopathie einerseits zu einem Erbübel zu erklären, ihr aber andererseits einen Krankheitswert abzusprechen und eine Exkulpierung für psychopathische Straftaten abzulehnen. Damit stand er freilich in einer langen Tradition. *Möbius*⁶, der Todesstrafe auch für psychopathische Mörder forderte, schrieb: „daß das Verhalten des Wolfes aus seiner Organisation hervorgeht, bezweifelt kein Mensch; man nimmt die Tiere, wie sie sind, und behandelt sie danach. So unbefangen sollten wir auch den Menschen gegenüber sein.“ Die psychiatrische Theorie dient hier eindeutig dazu, den gesellschaftlichen Repressionsmaßnahmen eine „Legitimationsgrundlage“ (*Moser*)²¹ zu verschaffen, „um mit dem Kriminellen so zu verfahren, wie sie bisher verfahren ist. Die Schuld kann nur auf seiner Seite liegen. Was an ihm verübt wurde, zählt nicht. Es erscheint nicht in juristischen Tatbestandsmerkmalen, ja, es erschien bisher hierzulande kaum in den Tatbestandsmerkmalen der Wissenschaft“. Und *Moser*²¹ fragt mit Recht nach den Gründen für die „weißen Zonen auf den wissenschaftlichen Landkarten dieser Bereiche“, d. h. im Bereich der sozialen Ursachen für psychische Leiden und für psychische Abnormitäten. Aber nicht nur zur Rechtfertigung von konservativer Strafgesetz-

19 Leonhard, Karl: Normale und abnorme Persönlichkeit. VEB Verlag Volk und Gesundheit, Berlin 1964.

20 Goffman, Erving: Stigma. Theorie. Suhrkamp-Verlag, 1970, S. 158.

21 Moser, Tilmann: Jugendkriminalität und Gesellschaft. Suhrkamp, Frankfurt 1971.

gebung, Strafvollzug, Fürsorgemaßnahmen etc. schafften die Psychopathielehren in *Schneiders*¹⁵ Gefolge eine „Legitimationsgrundlage“; sie gestatteten es auch, die mit der entfremdeten Arbeit immer stärker zunehmende Zahl von funktionell und psychosomatisch Gestörten als asthenische, hypochondrische oder hysterische Psychopathen über längere Zeit von den Leistungen der Krankenversicherung, insbesondere der Bezahlung von Psychotherapien, ebenso auszuschließen wie in entsprechend schweren Fällen von Berentungen. Psychopathien — ebenso wie neurotische Störungen — fielen nicht unter den Krankheitsbegriff der herrschenden Psychiatrie. Es „kommt ihnen die Bezeichnung krankhaft nicht zu“ (*Schneider*)¹⁵. Hier wird die Wissenschaft eindeutig in den Dienst der Unternehmer gestellt, um eine bessere Arbeitsdisziplin der „Leichtkranken“ zu erzwingen — insbesondere derjenigen, deren Leiden mit den Bedingungen der entfremdeten Arbeit am engsten verknüpft ist. Man wird sich die Frage stellen müssen, ob es nicht gerade das Fehlen der gesetzlichen Krankenversicherungen in den USA war, das dort den Fortgang der wissenschaftlichen Arbeit bezüglich sozialer Ursachen psychischer Leiden ermöglicht und eine restriktive Fassung des Krankheitsbegriffes verhindert hat. Vielleicht hat die ökonomische Notwendigkeit, auf alle Fälle weiterarbeiten zu müssen, ganz gleich, wie die Krankheit nun definiert wurde, den Luxus einer mehr sozial und psychodynamisch eingestellten Psychiatrie ermöglicht, — weil sie sozialrechtlich konsequenzlos bleiben mußte.

II Soziopathie

A Konsequenzen des Begriffs

In den USA hat die Anlage-Umwelt-Diskussion, die in Deutschland vor allem von den psychoanalytischen Autoren gegen die herrschende Psychopathologie geführt wurde, niemals viel Interesse wecken können (*Moser*)²¹. An ihrer Stelle stand dort die Auseinandersetzung um die Präponderanz sozialer oder psychischer Ursachen, m. a. W. also über die Alternative Psycho- oder Soziogenese. Das Diagnostic and statistic Manual der APA (American Psychiatric Association) faßt unter „sociopathic personality disturbance“ „antisocialreaction, dys-social reaction, sexual deviation and addition as primary diagnosis“ zusammen (*Freedman and Kaplan*²² S. 951). „Antisoziale Reaktionen“ zeigen „chronisch antisoziale Individuen, die immer in Schwierigkeiten kommen, und weder durch Erfahrung noch durch Strafe lernen, die keinerlei Bindung aufrechterhalten können an Personen, Gruppen, Gesetze oder Regeln. Sie sind oft genußsüchtig, zeigen deutliche emotionale Unreife, Mangel an Verantwortlichkeit und Urteilsfähigkeit und eine Fähigkeit, ihr Verhalten so zu rationalisieren, daß es vernünftig und gerechtfertigt erscheint“. Die dissoziale Reaktion betrifft hingegen „Individuen, die eine Mißachtung der

22 Freedman, Alfred, and Harold I. Kaplan: Comprehensive Textbook of Psychiatry. Williams and Wilkins. Baltimore 1967, S. 951.

üblichen sozialen Umgangsformen und Regelungen ihr ganzes Leben in einer moralisch abnormen Umwelt gelebt haben. Sie können durchaus starke Bindungen und Loyalitäten entwickeln. Diese Individuen zeigen oft keine anderen kennzeichnenden Persönlichkeitsabweichungen als solche, die durch ihre Bindung an die Werte oder Normen ihrer eigenen kriminellen oder sonstigen Sozialgruppe zustande kommen. Der Begriff schließt solche Diagnosen ein wie „pseudosoziale Persönlichkeit“ oder „psychopathische Persönlichkeit mit asozialen und amoralischen Zügen“ (Zit. nach *Freedman* u. *Kaplan*²², S. 951). Man sieht, daß diese Unterscheidung aus dem Jahre 1952 — die übrigens von vielen angelsächsischen Autoren heute deshalb abgelehnt wird, weil sie ein häufigeres Vorkommen von „dissozialen Reaktionen“ bezweifeln — einmal die Psychogenese, das andere Mal die Soziogenese des abweichenden Verhaltens behauptet, und im letzteren Falle psychische Abnormitäten des Charakters der Betroffenen sogar in Zweifel zieht.

Zunächst wird aus diesen Definitionen ersichtlich, daß die „Soziopathie“ nur einen Teil der deutschen Psychopathietypen umschließt: die „willenlosen“, die „gefühllosen“ und die „explosiblen“, und auch diese nur, insofern sie zu den Normen der Gesellschaft und des Gesetzes in Konflikt geraten sind. Bei der Begriffsbestimmung dominiert ganz klar der Gesichtspunkt der Gesellschaftsfeindlichkeit — des Verstoßes gegen etablierte soziale Normen — gegenüber wertneutralen, immanent psychiatrischen oder psychoanalytischen Kategorien. Es handelt sich also, besonders was die Art und die Herkunft sozialer Normen angeht, um eine naiv behavioristische Definition, die zwangsläufig kriminelles Verhalten zu ihrem Kern machen muß. Ein derart eingegrenztes Forschungsobjekt wird natürlich besonderes Interesse finden bei denjenigen Institutionen, die für die administrative und gesetzliche Kontrolle von abweichendem Verhalten zuständig sind: bei der Polizei, den Gerichten etc. Insbesondere die Herausarbeitung von prognostischen Kriterien, möglichst schon während der Kindheit der später Betroffenen, kann diesen Institutionen nicht gleichgültig bleiben. *L. N. Robins*²³ hat in seiner großen Studie „Deviant Children grown up“ (1966) solche Voraussagen möglich gemacht. 16 Typen kindlich-jugendlichen Fehlverhaltens wurden als mögliche „soziopathische Stigmata“ definiert. Je mehr von ihnen in der Kindheit oder Jugend vorgelegen hatte, desto größer wurde die Wahrscheinlichkeit soziopathischen Verhaltens im Erwachsenenalter. Allerdings hatten auch die am meisten „stigmatisierten“ Kinder (10 Typen kindlichen und jugendlichen Fehlverhaltens und mehr) nur zu 43% Chancen, zu Soziopathen zu werden — weitere 52% zeigten andere psychiatrische Krankheitszeichen im Erwachsenenalter und 5% blieben vollständig gesund. Zweifellos ließe sich noch eine spezifischere Auswahl der „Stigmata“ bewerkstelligen, zeigen diese doch eine Streubreite, die von *Enuresis nocturna* (Bettnässen) über

23 Robins, Lee N.: *Deviant Children grown up*. Williams and Wilkins. Baltimore 1966.

Diebstahl, Weglaufen, Homosexualität, ungepflegtem Äußeren, Impulsivität, Unkorrigierbarkeit bis zu vorehelichem Geschlechtsverkehr geht. Ein solcher Typ eklektischer Korrelationsforschung, die soziale Prognosen oder Schlüsse über künftiges Verhalten von relativ hoher Wahrscheinlichkeit erlaubt und dies vermittels eines Musters möglichst einfach zu ermittelnder und möglichst eindeutig zu operationalisierender Merkmale bewerkstelligt, ist für verschiedene Maßnahmen der Bevölkerungskontrolle brauchbar. Sie ist von amerikanischen Sozialforschern bei der „Operation Phoenix“ — wo es aus einem Muster von biographischen Merkmalen die Wahrscheinlichkeit der Zugehörigkeit zur Befreiungsbewegung zu ermitteln galt — in Vietnam auch praktiziert worden — wobei das Resultat dieser Praxis die Ermordung der auf diesem wissenschaftlichen Wege am meisten „belasteten“ Verdächtigen war. Die von der Regierung der Vereinigten Staaten gesetzte „Neutralisierungs“-Norm betrug, nach der „Herold Tribune International“ vom 8. 4. 1971, 14 400 im Jahr. Allerdings dürfte bei der Ermittlung der vietnamesischen „Abweichler“ die Zuverlässigkeit der Prognosen noch erheblich unter den Werten von Robins²³ gelegen haben. Die Vorteile, die diese Art von Bevölkerungskontrolle für die Organe der öffentlichen Ordnung der kapitalistischen Länder mit sich bringt, erklären wohl auch, daß Forschungen, die Methoden für sie ausarbeiten sollten, verhältnismäßig leicht ihre Geldgeber gefunden haben.

B Ursachen

A Das soziale Milieu

Dabei wäre es falsch, zu behaupten, daß die Interessen der amerikanischen Soziopathieforschung sich auf Ermittlungsmethoden beschränkt hätten, die die Zugehörigkeit eines Individuums zu einer vorher definierten sozialen Kategorie bestimmen sollten. Neben der genannten Tendenz kann man in der amerikanischen Soziopathieforschung nach Moser²¹ drei hauptsächliche Strömungen unterscheiden: eine ökologisch-epidemiologisch orientierte Richtung, die sich für die Struktur des sozialen und natürlichen Milieus als ursächlichem Faktor interessiert, eine zweite, psychoanalytische, die den Sozialisationsprozeß, vor allem im familiären Milieu, und seine Auswirkungen auf die Charakterbildung ins Auge faßt, und eine dritte, die die erstgenannten beiden zu integrieren sucht, indem sie den Sozialisationsprozeß aus seinem mikrosoziologischen Rahmen herauslöst und seine Bedingtheit vom sozialen Milieu, von der wirtschaftlichen Lage und schließlich von den Arbeits- und Lebensbedingungen der verschiedenen sozialen Klassen her untersucht. Bei der Darstellung der drei Schulen folge ich im wesentlichen den Gedankengängen Tilman Mosers²¹. Die sozial-strukturelle Schule (Merton^{24, 24a}, Cloward

24 Merton, Robert: *Social Theory and Social Structure*. New York 1957.

24a Anomie, Anomia, and Social Interaction, in: Clinard, M. B. (Ed.): *Anomic and Deviant Behaviour*. New York 1964.

und Ohlin²⁵, A. Cohen²⁶) vertritt die Auffassung, die Korrelation zwischen sozial abweichendem Verhalten und Abnormität der Persönlichkeit sei äußerst vague. Sie betont also die dissoziale Reaktion gegenüber der antisozialen Reaktion. Sich auf ökologisch-epidemiologische Ergebnisse stützend, daß Kriminalität und Dissozialität signifikant gehäuft in bestimmten „natürlichen Umgebungen“ — vor allem Slums — auftreten, und, ausgehend vom Studium bestimmter Typen von Bandenkriminalität (*Spergel: Rackettville*)²⁷, stellt sie die These auf, abweichendes Verhalten beruhe auf einem „Legitimitätsentzug“ der gültigen Sozialnormen. Beim Chancenmangel der Slums komme es zu einer „Normenumkehr“, zur Ausbildung einer eigenen „kriminellen“ Normenpyramide und Werthierarchie. Drei Typen von Subkulturen bilden sich unter solchen Bedingungen aus: erstens die „kriminelle Subkultur“, in der es relativ geordnet zugeht und wo kriminelle Tätigkeiten vor allem dem Erwerb eines anders kaum erreichbaren Einkommens dienen, zweitens die Konflikt-Subkultur, in der physische Gewalt der einzige Weg zum Statuserwerb ist, und drittens schließlich die Rückzugssubkultur, die vom Rauschgift beherrscht wird. Die empirische Kritik an diesen sozial-strukturellen Theorien der Soziopathie (*Yablonsky*²⁸, *Short* und *Strodtbeck*)²⁹ stellt zwar die Pathogenität des Slum-Milieus nicht in Abrede. Sie zeigt aber, daß die Delinquenten und soziopathischen Jugendlichen keineswegs von anderen sozialen oder ethischen Normen geleitet waren als die nicht-delinquenten oder unauffälligen. Diese Normen waren die typischen Mittelklasse-Normen der amerikanischen Gesellschaft. Von einem *Legitimitätsentzug* konnte also, von Ausnahmefällen abgesehen, wie in „Rackettville“, nicht die Rede sein, und ein *Normenkonflikt* war nur dort nachweisbar, wo die jugendlichen Soziopathen bestimmten ethnischen Gruppen angehörten, deren eigenes Wert- und Normensystem sich in dasjenige der amerikanischen Mittelklassengesellschaft noch nicht integriert hatte. Gegen die Lehre vom Legitimitätsentzug mußten aber außerdem noch theoretische Bedenken geltend gemacht werden: sie tat so, als ob ein Jugendlicher zum Zeitpunkt des Berufseintrittes zum ersten Male vor die Tatsache des Chancenmangels im Slum gestellt wurde, gewissermaßen als psychosoziale tabula rasa, und die Lebensbedingungen und den Chancenmangel seines Milieus nicht schon von früher Kindheit an hätte erdulden müssen.

Zum Problem wurde nun, auf welche Weise die Jugendlichen die von ihnen durchaus anerkannten Mittelklasse-Normen unterlaufen.

25 Cloward, Richard A., and L. E. Ohlin: *Delinquency and Opportunity: A theory of delinquent gangs*. New York 1960.

26 Cohen, Albert K.: *Delinquent Boys*. New York 1955.

27 Spergel, Irving: *Rackettville, Slumtown, Maulburg*. Chicago 1964.

28 Yablonsky, Lewis: *The Violent Gang*. New York 1962.

29 Short, James F., and Fred L. Strodtbeck: *Group Process and Gang Delinquency*. Chicago 1965.

Dies geschieht, wie Sykes und Matzka³⁰ zeigen, durch verschiedene „Neutralisationstechniken“ (der Normen), die Momente subjektiver Schuldlosigkeit schaffen: Verneinung der Verantwortlichkeit durch Verschiebung der Schuld, Verneinung oder Bagatellisierung der Schädigung anderer, Hinstellung des Opfers als Schädiger, Verdammung der Verfolgungsbehörden als korrupt und Rechtfertigung durch Appell an übergeordnete Loyalitäten (Freundschaft etc.). Außerdem spielt nach diesen Autoren ein untergründiges Normensystem von „leisure values“, von Mußewerten, eine Rolle; das soziopathische Verhalten entstünde, wenn die leisure values — ein Teilbereich der allgemein anerkannten amerikanischen Mittelklassewerte — karrikatural absolut gesetzt und auf einem Boden von Frustration und Haß erwachsen würden. Diese Forschungsergebnisse, die ein Auseinander-treten zwischen Normen und Verhalten ergeben, machen die These vom psychisch normalen Soziopathen bereits recht unwahrscheinlich.

2. Erziehungspraktiken und soziopathischer „Charakter“

Ergänzend dazu haben psychoanalytische Forschungen ergeben, daß bei Soziopathen psychische Störungen charakteristischer Art tatsächlich nachweisbar sind. Sie bestehen nicht, wie früher angenommen, einfach in der mangelhaften Ausbildung eines Über-Ich, sondern darin, daß sadistische, nicht ich-integrierte Über-Ich-Anteile vom Ich abgewehrt werden durch Projektion, Verleugnung und andere Mechanismen (Parin)³¹. Außerdem ließ sich feststellen, daß die präödpalen Identifikationen mit beiden Elternteilen nicht oder nur sehr unvollkommen zustande kommen. Dies wirkt sich auf die spätere ödipale Über-Ich-Bildung aus. So kommt es zu „Über-Ich-Lücken“ (Johnson)³², die charakteristisch für den soziopathischen Charakter sind. Die zugrundeliegende Identifikationsstörung ist ihrerseits dadurch bedingt, daß die zur Identifikation nötigen Versagungen nicht von gleichzeitigen Befriedigungen der kindlichen Bedürfnisse begleitet sind. Parsons³³ hat diesen Sachverhalt in eine ökonomische Allegorie gekleidet: Die Identifikationsstörungen seien dadurch hervorgerufen, daß die input-output-Bilanz unausgeglichen ist. Zur späteren soziopathischen Charakterstruktur führt also eine kontinuierliche Identifikationsstörung, die bereits im ersten Lebensjahr beginnt, in der ödipalen Phase kulminiert, aber auch später, in der Adoleszenz, sekundäre Identifikationsprozesse und Ich-Idealbildungen behindert. Diese Identifikationsstörung besteht vor allem darin, daß die vorgenommenen Identifikationen erstens schwächlich und demnach instabil sind und zweitens nur einzelne Eigenschaften

30 Sykes, Gresham, and David Matzka: Techniques of Neutralisation: A Theory of Delinquency, in: Am. Soc. Rev. 22 (1957), S. 669—670.

31 Parin, Paul: Die Abwehrmechanismen der Psychopathen. Psyche XV, 1961/62, S. 322 ff.

32 Johnson, Adelaide: Sanctions for Superego Lacunae of Adolescents, in: Eissler, K. R. (Ed.): Searchlights on Delinquency, New York 1949.

33 Parsons, Talcott, and R. F. Bales: Family, Socialization and Interaction Process. Glencoe. Ill. 1955, S. 243.

der Identifikationsvorbilder erfassen (z. B. Stärke und Brutalität), die nicht zu einem kohärenten Ich-Ideal integriert werden können (Sears, Rau und Alpert)³⁴.

Die hier gegebene Darstellung der kontinuierlichen Identifikationsstörung gibt bereits eine Möglichkeit ab, diese in Kategorien und Begriffe der Lernpsychologie zu operationalisieren. Dann kann man die Hypothese bilden, es komme in bestimmten pathologischen Familien dank einem spezifischen Belohnungs- und Bestrafungssystem zu pathologischen Lernprozessen, die schließlich zu den bekannten soziopathischen Haltungen und Verhaltensformen führen. Solche pathologischen Lernprozesse im einzelnen zu erforschen, ihre Ursachen zu studieren, ihrem Zusammenhang mit den Phasen der psychosexuellen Entwicklung des Kindes nachzugehen, gehört zu den Aufgaben der Sozialisationsforschung. Und in der Tat ist es der amerikanischen empirischen Sozialisationsforschung gelungen, typische Sozialisationsmuster für den späteren soziopathischen Charakter aufzudecken; an ihrem Anfang standen die umfangreichen korrelationsstatistischen Untersuchungen der Ehepaare Glueck³⁵,^{35a} und McCord³⁶,^{36a}. Später hat man durch wechselnde Kontrolle von bestimmten, konstant gehaltenen Faktoren (z. B. der Wohnverhältnisse, der Schichtzugehörigkeit) vermittels symmetrischer Paarung die Relevanz von anderen Variablen genauer bestimmen können. Die Ergebnisse dieser Forschungen zeigen eine klare Abhängigkeit des späteren soziopathischen Verhaltens vor allem von „inkonsistenter“ Erziehung, d. h. dem unberechenbaren Wechsel zwischen Laxheit und Überstrenge (Bandura u. Walters³⁷, S. 167). Die McCords³⁸ fanden bei einer Kombination von punitiver und laxer Haltung mit streitsüchtig-vernachlässigender Familienatmosphäre sogar Kriminalitätsraten bis zu 100 % (S. 84). Eine solche Inkonsistenz konnte in einem Auseinandertreten der Elternrollen bestehen (Bandura u. Walters³⁷, S. 164), wobei sich die Rigidität der Geschlechterrollen als besonders belastender Faktor erwies (Andry³⁸, Bandura u. Walters³⁷, S. 104 bis 111), aber auch im inkonsistenten, unberechenbar wechselnden Verhalten beider Elternteile (Bennett³⁹, S. 188). Sexuelle und emotionale

34 Sears, Robert, Lucy Rau, u. Richard Alpert: Identification and Child Rearing. Stanford 1965.

35 Glueck, Sheldon, and Eleanor Glueck: Unraveling Juvenile Delinquency. New York 1950.

35a Glueck, Sheldon, and Eleanor Glueck: Family Environment and Delinquency. New York 1962.

36 McCord, William, and Joan McCord: Origins of Crime. London/New York 1959.

36a McCord, William, and Joan McCord: The Psychopath. Princeton, N. J. 1964.

37 Bandura, Albert, and Richard H. Walters: Adolescent Aggressions. New York 1959. P. 208/209.

38 Andry, Robert: Delinquency and Parental Pathologie. London 1960. S. 79 ff.

39 Bennett, Vvy: Delinquent and Neurotic Children. London 1960, S. 208 ff.

Konflikte im Elternhaus waren häufig (Bennett³⁹, S. 214). Im Gegensatz aber zu Sozialisationsmustern, die zu psychotischen Belastungen Anlaß geben, waren hier die Konflikte nicht durch eine Pseudogemeinschaftlichkeit (Wynne)⁴⁰ verdeckt, sondern wurden in aller Offenheit und Brutalität ausgetragen (Habermas u. Döbert⁴¹, zit. nach Moser²¹). Das Verhalten der Eltern richtete sich vor allem nach den eigenen Launen und Stimmungen, Strafen und Belohnungen wurden weniger vom Verhalten des Kindes abhängig gemacht, sondern erfolgten nach den Bedürfnissen und Notwendigkeiten der elterlichen Affektabfuhr (Kohn⁴², S. 366). Offene Zuneigung zu zeigen war bei den Eltern späterer Soziopathen in einem hohen Prozentsatz verpönt (Vater: 65 %, Mutter: 52 %), während dies bei der Kontrollgruppe nur bei 23 bzw. 12 % der Fall war (Andry)³⁸. Doppelt so häufig wie bei der Kontroll-Gruppe erfolgten die Strafen bei den späteren Soziopathen ohne Vorwarnung (Andry³⁸, S. 76) und nachträgliche Erklärung (Nye⁴³, S. 87). Sündenbock-Projektionen (Bell u. Vogel)⁴⁴ waren bei den Eltern späterer Soziopathen ebenfalls häufig, ließen aber eine Stabilität und Konsistenz der Rollenprojektion vermissen. Schließlich konnte gezeigt werden, daß das durchschnittliche Niveau der elterlichen Erwartungen hinsichtlich des schulischen und beruflichen Erfolges ihrer Kinder bei späteren Soziopathen signifikant niedriger lag als bei der Kontrollgruppe (Bandura u. Walters³⁷, S. 209), was sich natürlich auch auf die Motivationsstärke der Kinder in der Schule und im Beruf auswirken mußte. Wie bereits erwähnt, wurde bei diesen Untersuchungen, um den Soziopathiefaktor besser zu erfassen, ein Großteil der allgemeinen Milieubedingungen (elterliche Berufe, Wohnbedingungen etc.) durch kontrollierte Paarung konstant gehalten.

3. Milieu- und schichtspezifische Sozialisation

Die amerikanischen Arbeiten, die versuchen, die Resultate der Sozialisierungsforschung und diejenigen der ökologisch-epidemiologischen Milieuforschung zusammenfassend zu integrieren, finden sich ebenfalls in Mosers²¹ Buch referiert. Moser²¹ versucht außerdem, diese Arbeiten in einen zusammenhängenden theoretischen Rahmen zu stellen. Dabei geht es darum, festzuhalten, welches sozioökonomische Milieu die Inkonsistenz der elterlichen Erwartungen sowie die Inkonstanz und die Schwäche der Identifikationsangebote und der

40 Wynne, Lyman C., Irving M. Ryckhoff, Juliane Day, u. Stanley J. Hirsch: Pseudomentality in the Family Relations of Schizophrenics. *Psychiatry*, 21 (1958), S. 205—220.

41 Habermas, Jürgen, und Döbert: Arbeitspapier für das Forschungseminar über Jugendkriminalität. II. Sommersemester 1969, Frankfurt. zit. nach T. Moser.

42 Kohn, Melvin: Social Class and Parental Values. In: *Am. J. Soc.*, 64 (1959), S. 366.

43 Nye, F. Ivan: *Family Relationship and Delinquent Behaviour*. New York-London 1958, S. 85 ff.

44 Bell, Norman W., and Ezra F. Vogel: *The Family*. New York 1960.

emotionalen Beziehungen fördert. Es wird also ein Bedingungs-zusammenhang vorausgesetzt zwischen den objektiven sozioökonomischen Bedingungen, dem Sozialisationsprozeß in der Familie und schließlich der Wahl der Abwehrmechanismen des Individuums, wobei jedesmal keine Kausalitäten in deterministischem Sinne, sondern Tendenzen, Trends wirksam sind, die in einer weit überzufälligen Wahrscheinlichkeit in eine bestimmte Richtung gehen: vom sozioökonomischen Milieu in Richtung bestimmter pathologischer Lernbedingungen im Familienrahmen und schließlich von diesen in Richtung auf den „soziopathischen Charakter“ und das soziopathische Verhalten.

Wie sieht das konkret aus?

Unter den Bedingungen des „overcrowding“ (*Glueck*⁴⁵) wird die Strafe sehr häufig den Charakter einer affektiven Abfuhr und einer Notwehr der Eltern haben (*Redl u. Winemann*⁴⁶, S. 239 ff.). In dem gleichen Milieu fehlen aber auch differenzierte verbale Kommunikationsformen, die die Verarbeitung von emotionalen Spannungen erlauben würden (*David*⁴⁶, S. 132). Unter den sozioökonomischen Bedingungen der Unterklassen, die beruflich in einer besonders starken materiellen und hierarchischen Abhängigkeit leben und ständig von Arbeitslosigkeit bedroht sind, können sich die affektiven Spannungen kaum je im Feld ihrer Entstehung, d. h. am Arbeitsort artikulieren oder gar entladen (*McKinley*⁴⁷, S. 54—59). Ein zusätzlicher Spannungsfaktor ist noch die Gültigkeit der Mittelklasse-Normen (*Short u. Strodbeck*)⁴⁸, die unter den genannten Bedingungen natürlich nicht zu erfüllen sind. Daraus erwächst ein starkes Schuldpotential, das aber bei der Struktur des für Soziopathen charakteristischen sadistischen, lückenhaften und unintegrierten Über-Ich sich nur in irrationalen Ausbrüchen manifestieren kann. Feindseligkeit zwischen den Ehepartnern, sexuelle Unstimmigkeiten, die verbal nicht ausgetragen werden können, massive Machtphantasien beim Mann (*Hoffmann*⁴⁸, S. 883), die seiner realen Ohnmacht in der Arbeitswelt entsprechen, führen zu einer Tendenz zur „Aggressionsverschiebung“ vom Mann auf die Frau und von dieser auf das Kind (*Kerr*⁴⁹, *Rainwater*^{50, 50a}, *David*⁴⁶, *McKinley*⁴⁷ u. a.). Die Aggressivität des Mannes

45 Redl, Fritz, and David Winemann: Children who hate. New York 1951, S. 230 ff.

46 David, Gerson: Patterns of Social Functioning in Families with Marital and Parent-Child Problems. Toronto 1967.

47 McKinley, Donald G.: Social Class and Family Life. New York 1964, S. 54—61.

48 Hoffmann, Martin L.: Personality, Family Structure and Social Class as Antecedents of Parental Power Assertion. In: Child Development 34 (1963), S. 869—884.

49 Kerr, Madelaine: The People of Ship Street. London 1958.

50 Rainwater, Lee, Richard P. Colemann, and Gerald Handel: Workingmans Wife. New York 1959.

50a Rainwater, Lee: Family Design, Marital Sexuality, Family Size and Contraception. Chicago 1965.

führt in Unterschichtfamilien schließlich über die Vereinsamungsangst der Mütter (*Rainwater*⁵⁰, S. 48) zu inkonsistenten Überidentifizierungen der letzteren mit ihren Kindern, deren Beziehungen zu anderen Personen außerhalb der Familie aus dem gleichen Grunde unterbunden werden (*Kerr*)⁴⁹. *McKinley*⁴⁷ (S. 54) schreibt: „Die größere Straffreudigkeit und die häufigere Ablehnung des Kindes durch die Eltern niedrigerer Schichten ist eine Folge der größeren Frustration der Eltern und ihrer stärkeren Gefühle der Bedrohung. Die Aggression der Eltern wird vom frustrierenden System (der Macht und Belohnungsstruktur der Industriegesellschaft) auf das relativ machtlose Kind verschoben.“ Bei der Mittel- und Oberschicht hingegen erlebe das Kind „einen höheren Austausch von erotischen Gratifikationen zwischen den Eltern, in deren Zusammenhang es aber einbezogen bleibt“. Dies müsse seine Identifikationsbereitschaft mit dem auch in der Gattenrolle „bevorzugten“ Mittelschichtvater erhöhen, und zwar um so mehr, als es die Eltern verbündet sieht in diesem wechselseitigen Austausch: eine ähnliche bevorzugte Position bei der Mutter ist nur zu erreichen durch Angleichung an den Vater (via Identifikation), eine Position, deren Gratifikation dann freilich erst in der eigenen Ehe eingeholt werden kann. Für das Kind der Unterschicht bringe Identifikation mit dem Vater weder emotionale noch erotische Vorteile. Im Gegenteil, es erlange tendenziell (bei brutalem Vater) eine größere Nähe zur Mutter bei geringerer Identifikation mit dem Vater (*McKinley*)⁴⁷.

Die sozioökonomischen Verhältnisse erweisen sich also als der Boden, auf dem die Sozialisationspraktiken der inkonsistenten Bindungen, Affekte und Anforderungen gedeihen, die schließlich über inkonsistente Identifikationen mit isolierten Wesensmerkmalen der Eltern zu den lädierten Ich- und Über-Ich des Soziopathen führen. Daß es zu diesem Ergebnis kommt, ist allerdings nur durch eine zusätzliche Bedingung erklärbar. Unbegründete Strafen und ich-einschränkende Dressate konnten von früheren Generationen noch als notwendig angesehen werden, um aus ihren Kindern „disziplinierte“ Arbeiter zu machen, die keine unnötigen Fragen stellten und mit ihrem Schicksal zufrieden waren. Ihr Verhalten war so noch in sich konsistent und konnte sich auf einer Basis liebevoller Fürsorge entfalten, die dem Kind die Möglichkeit ließ, sich auch noch mit strengen Eltern zu identifizieren. Gerade durch die Betonung der Aufstiegschance in der amerikanischen Gesellschaft wird aber die Unterschichtenkondition mit ihren psychischen, sexuellen und ökonomischen Einengungen nicht mehr als naturwüchsige Fatalität akzeptiert: weder von den Eltern noch von den Kindern (*Rubinfeld*⁵¹, S. 69 bis 72). Zu den übrigen pathogenen Sozialstrukturen tritt also noch der cultural lag zwischen den rigiden Sozialisationspraktiken und den dynamisierten Sozialrollen hinzu. Die Entwicklung der Produktivkräfte würde heutzutage humanere Sozialisationspraktiken er-

51 Rubinfeld, Seymour: *Family of Outcasts. A New Theory of Delinquency*. New York 1965.

lauben; das Lebensmilieu der Unterschicht mache ihre Entfaltung jedoch unmöglich (Moser)²¹.

C Soziopathie und Normopathie; zwei Seiten der gleichen Medaille

Was ist zu diesen Theorien zu sagen?

Die Kritik an den Thesen der amerikanischen Soziopathieforschung kann, glaube ich, weder bei den Einzelergebnissen noch bei ihrer Integration durch Moser²¹ einsetzen. In sehr eindrucksvoller Weise wird von Moser²¹ der kontinuierliche Prozeß der emotionalen Verarmung, der kognitiven Stereotypisierung und der zunehmenden affektiven Spannungsaufladung bei Unterschichtskindern sichtbar gemacht, der schließlich u. a. auch zu soziopathischen Reaktionen führt. Diese sind allerdings nur eine Ausdrucksform unter einer Fülle von psychischen Störungen und Einengungen, wie u. a. die Studie von L. N. Robins²³ erwiesen hat. Psychosomatische Leiden, Ängste, hypochondrische Befürchtungen, Schlaflosigkeit, Anorexie, Zwänge etc. werden als häufige Begleitsymptome bei Soziopathen registriert. Bisher hat aber die Sozialisationsforschung hinsichtlich dieser Leidenssymptome bei Soziopathen nur wenig Fortschritte gemacht. Dabei wäre eine Erforschung des „Erlernens“ der affektiven Einengung, der kognitiven Stereotypisierung, der (mit den soziopathischen Durchbrüchen kontrastierenden) starren Normenkonformität, der psychosomatischen und hypochondrischen Ausweichmanöver, des Angstdruckes etc. — all dies im Zusammenhang mit den Familienbeziehungen und mit den allgemeinen Lebensbedingungen der Unterschicht — therapeutisch und prophylaktisch ebenso wichtig gewesen wie der Aufweis der Über-Ich-Lücken, der spezifischen Abwehrmuster und der Identifikationsstörung, die zu soziopathischem Verhalten führen. Diese einseitige Orientierung der Forschung scheint mir nicht zufällig. Auch hier dürfte die Nähe zur Kriminalpsychiatrie und damit zur Polizeiwissenschaft die Finanzierung der Programme erleichtert haben. Genaugenommen ist bereits die Definition der betroffenen Personengruppen als Soziopathen, wie sie durch die American Psychiatric Association legitimiert worden ist, eine eindeutige Festlegung des Schwergewichts der künftigen Forschung. In solchen Definitionsprozessen von psychischen Störungen zeigt sich die Einbeziehung der Wissenschaft in das gesellschaftliche System, ihre Indienstnahme für seine Prioritäten und ideologischen Rechtfertigungsbedürfnisse.

Ein weiterer Ansatzpunkt zur Kritik scheint mir die naive Idealisierung der Lebensverhältnisse, Berufsrollen, Sozialisationsbedingungen und Charakterstrukturen der Mittelklasse zu sein, eine Idealisierung, die nahezu alle zitierten Autoren, einschließlich Moser²¹ selber, bedenkenlos vornehmen. Man gewinnt geradezu den Eindruck, es genüge, für die gesamte Bevölkerung Mittelklasseverhältnisse zu schaffen, um einen vorzüglichen Boden zur Lösung der meisten psychosozialen und psychosexuellen Probleme zu bereiten. Hier scheint mir einmal Vorsicht im Hinblick auf die Forschungsmethodik, z. B. die von Rainwater⁵⁰ gebrauchte Interview-Methode, am Platz zu

sein. „Mittelschichten“ neigen zu ihrer eigenen Art von Stereotypisierung und Normenkonformität; z. B. dürfte bei ihnen ein stärkerer Konformitätsdruck vorliegen, ihre sexuellen Beziehungen zum Partner zufriedenstellend zu finden als bei der Unterschicht, d. h. darin nicht nur dem Interviewer — in unserem Falle *Rainwater*⁶⁰ —, sondern gegebenenfalls auch dem Partner und sich selber etwas vorzumachen. Aber auch jenseits solcher methodischer Schwierigkeiten wird die Frage, zu welchen eigenen Zwängen, Deformationen und Ängsten eine typische Mittel- und Oberklassen-Sozialisation führt, in allen zitierten Arbeiten kaum je gestellt. Ob dazu nicht die Verschleierung von Widersprüchen, die Glättung von Konflikten durch verbale Erledigungsriten, die zwangshafte Überidentifikation mit dem Vater und vieles andere gehört, was zu einer eigenen psychischen Leidensform, der Normopathie, der sadomasochistisch identifikatorischen Unterwerfung unter die jeweils angebotenen Konventionen, Normen und Werte führt? Spießermief, Hobbykult, die eingezäunten kleinen Freiheiten und die begrenzten Ausbrüche, die Grüne-Witwen-Zivilisation und die Cocktailkommunikation, der milde Alkoholismus und der milde Beruhigungsmittelmißbrauch, die kanalisierte Kontaktmoral und der ihr entsprechende soziale Autismus außerhalb von vorprogrammierten Situationen, das sind doch wohl kaum Zeichen psychischer Gesundheit? In der Angleichungsforderung an die Mittelschicht, deren eigene psychische Gesundheit nicht in Zweifel gezogen wird, zeigt sich eine Art von wohlstandsgesellschaftlichem Reformismus als Ideologie der meisten Soziopathieautoren.

Damit zusammen hängt, daß in keiner Untersuchung auch nur die Frage gestellt wird, wieso es Mittel- und Unterschichtverhältnisse überhaupt gibt und ob sie sich nicht gegenseitig bedingen, d. h. letztlich auf der Grundlage des gesamten ökonomischen und politischen Systems erwachsen. Wäre das letztere der Fall, so erwiese sich die Forderung nach Mittelschichtverhältnissen für alle innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft als eine Illusion, die zugleich zu einem Werkzeug des Krisenmanagements werden kann. Um vom Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft nicht sprechen zu müssen, haben die amerikanischen Autoren vielleicht auch darauf verzichtet, eventuellen gemeinsamen sozialen Ursachen der spezifischen Brutalität der Unterschichtsbeziehungen und der spezifischen Scheinheiligkeit der Mittelschichtsbeziehungen nachzugehen. Wenn man noch mehr ins Detail der Analyse der sogenannten Mittelklassentugenden geht, z. B. der Kreativität, Autonomie, Initiative, Sensibilität, inneren Dynamik (*Kohn*)⁴² — was wird aus diesen Tugenden, wenn sie nicht verwurzelt sind in der Teilnahme an den fundamentalen gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen, was wird aus ihnen in den USA und der Bundesrepublik, wo in den meisten Betrieben die Mitbestimmung der Arbeiter hinsichtlich der Technik und der ökonomischen Verwertung ihrer Produktion noch weit von ihrer Verwirklichung entfernt ist? Unter diesen Bedingungen wird „kreative“ Arbeit zu einem mehr oder weniger zufriedenstellenden Hobby, in

dem man sich Autonomie und Selbstverwirklichung nur ästhetisch vorspielen kann. Die Mitglieder der Mittelklassen haben genügend Zeit und einen genügend großen Freiraum zum Ausweichen ins Hobby, und ihre relative Befriedigung daran wächst proportional mit der Kapazität dieser Hobbies, ihre eigene Abhängigkeitssituation bis zur totalen Verdrängung hin vergessen zu machen. Der Unterklasse hingegen bleibt, solange sie die Normen und Werte der Mittelklassen akzeptiert, zur Entlastung von dieser Abhängigkeit nur die Wahl zwischen den Eruptionen statusverleihender Gewalt und dem Rückzug in die Passivität einer Konsumentenhaltung, wobei oft weniger die Gebrauchswerte, sondern die Statusmerkmale der Konsumartikel angestrebt werden. In diesen Zusammenhang gehört auch der Rückzug in den Rauschmittelkonsum. Diese Art des Konsums ermöglicht zudem die Illusion der Selbstverwirklichung durch Fetischisierung seiner Objekte: der Erwerb der Güter soll die kreative Mitbestimmung bei der Gestaltung der Bedingungen ihrer Produktion auf magische Weise ersetzen. Der von mehreren Autoren erwähnte Hang zu „untergründigen“ Mußewerten findet hier vielleicht eine ihrer Erklärungen. Demgegenüber sind die soziopathischen Verhaltensweisen Durchbruchshandlungen (*Häfner*)⁵², sie zielen auf einen Ausbruch aus den mannigfachen, den Betroffenen oft genug verborgenen Zwängen. Die aus der kapitalistischen Ausbeutung erwachsende und vielfach verschobene Aggressivität explodiert in ihnen zwar ziellos. Die Frage bleibt aber offen, ob man dies als „kränker“ ansehen muß als das Verharren in der normopathischen Konformität. Im Grunde handelt es sich bei Normopathie und Soziopathie um die zwei Seiten der gleichen Medaille: um das Leiden an den — vielfach vermittelten und vielfach verschleierten — Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft, ob dies Leiden nun in der irrationalen Befolgung oder aber in der irrationalen Sprengung der Normen seinen wesentlichen „symptomatologischen“ Ausdruck findet. Ein Beweis dafür ist, daß beide Formen, deren Hauptsymptome ja bekanntlich keine bewußten Leiden verursachen, nach den Ergebnissen der bisher vorliegenden Forschungen mit zunehmenden psychischen, vegetativen und hypochondrischen Begleitsymptomen einhergehen, also mit Leiden auch im engeren psychiatrischen Sinne. Den Ursachen dieser Leiden nachzugehen, statt Hilfe bei polizeiwissenschaftlichen Ermittlungen gegen Soziopathen zu leisten, sollte auch weiterhin die vordringliche Aufgabe der Psychiatrie bleiben.

52 Häfner, Heinz: Psychopathen. Monographien aus dem Gesamtgebiet der Neurologie und Psychiatrie, Heft 94. Springer-Verlag, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1961.

Heinz-Harald Abholz und Irma Gleiss

Zur Frage der Anpassung in der psychiatrischen Therapie –

dargestellt am Beispiel des Buches „Die negierte Institution“*

I.

Funktion der klassischen Psychiatrie, wie sie sich noch heute in den psychiatrischen Anstalten fast durchgehend zeigt, ist nicht die Integration des Kranken in die Gesellschaft, ist nicht die Anpassung an den gesellschaftlichen Prozeß der Arbeit. Die klassische Psychiatrie sperrt den Patienten aus und sperrt ihn in die — äußerlich teilweise idyllisch anmutenden — „Irrenanstalten“ ein. Dabei trägt die Organisation der Anstalt dazu bei, daß der „Wahnsinn“, der zur Einweisung geführt hat, erst gefestigt wird, daß das Krankheitsbild des chronisch Kranken erst entsteht.

Gegen diese Psychiatrie wurden in den letzten fünfzehn Jahren neue Konzepte einer „modernen“ Psychiatrie entwickelt. Charakteristisches und zugleich beeindruckendes Beispiel dieser neuen Psychiatrie ist die Therapeutische Gemeinschaft. Die Idee der therapeutischen Gemeinschaft wurde auf der Erkenntnis entwickelt, daß die klassisch psychiatrische Anstalt durch ihre Organisation und ihr Wesen den Kranken in seiner Krankheit festigt, anstelle ihn zu therapieren. Wurde der Patient in der klassischen Anstalt eingesperrt und kümmerte sich außer bei „Blitzvisiten“ keiner mehr um ihn, wurde er zum willenlosen Objekt erklärt, so ist es gerade das Ziel der Therapeutischen Gemeinschaft, ihn nicht einzusperren, den Kontakt zur Außenwelt zu fördern, ihn als eigenständiges Individuum zu behandeln. So geht es in der Therapeutischen Gemeinschaft darum, dem Patienten schrittweise Verantwortung zu übergeben, ihn eigenständig auch handeln zu lassen und somit an Identität gewinnen zu lassen. Entsprechend gehen auch die Bemühungen dahin, autoritäre Strukturen in der Gemeinschaft der Patienten, des Pflegepersonals und der Ärzte abzubauen, gemeinsam individuelle und allgemeine Probleme der Station zu diskutieren und anzugehen. Die Erfolge dieses neuen therapeutischen Weges sind dann auch entsprechend frappierend: „Unheilbar“ Kranke werden teilweise geheilt oder zumindest in beachtlichem Maße in ihrem Gesundheitszustand gebessert.

* Basaglia, Franco (Hrsg): Die negierte Institution oder die Gemeinschaft der Ausgeschlossenen. — Ein Experiment der psychiatrischen Klinik in Görz. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1971 (381 S., kart., 20,— DM).

Mit dem berechtigten Vorwurf, daß diese Therapie blinde Anpassung der Kranken an eine Gesellschaft versuche, die selber die Krankheit mit verursachte, daß sie arbeitsfähig mache für einen Arbeitsprozeß, der dem Profitinteresse unterworfen sei, wird dieser neue Therapieversuch von einer Position her kritisiert, deren Standort an dem Buch von Basaglia stellvertretend für viele andere Autoren untersucht werden soll.

II.

Das Buch berichtet anhand von Aufzeichnungen, Aufsätzen und Interviews über die Transformation einer traditionell geführten italienischen psychiatrischen Anstalt in eine Form der Therapeutischen Gemeinschaft. Den Autoren geht es dabei nicht nur darum, einen Bericht über die Veränderungen in der Anstalt zu geben, sondern sie wollen eine Analyse der klassischen Psychiatrie, der Therapeutischen Gemeinschaft und allgemein eine Analyse des politischen Moments in der Psychiatrie liefern. Aus dieser Analyse werden dann die Konsequenzen für das eigene Konzept der Therapie psychisch Kranker abgeleitet.

Im vorliegenden Buch wird zunächst detailliert beschrieben, wie die alte „Irrenanstalt“ in Görz, dem Standort der Klinik, in eine Form der Therapeutischen Gemeinschaft überführt wurde. Bei der Darstellung dieses Vorganges unterscheidet sich der Bericht kaum von denen anderer Autoren über ähnliche Veränderungen. Bei der Beschreibung der Therapeutischen Gemeinschaft aber beginnt die Kritik dessen, was gerade aufgebaut wurde: „Der therapeutische Akt erweist sich als ein politischer Akt der Integration, insofern als er versucht, eine bestehende Krise — regressiv — wieder zurechtzubiegen, indem er letztlich das hinnehmen läßt, was die Krise überhaupt erst verursacht hat“ (138). „Die Therapiegemeinschaft wird akzeptiert, weil sie ein neues Modell psychiatrischer Assistenz entwirft, folglich eine Möglichkeit aufzeigt, die eklatantesten Reformen zu sanieren“ (364).

Man habe „jetzt die Therapeutische Gemeinschaft so entdeckt, so wie man ein neues Produkt entdeckt: Sie heilt besser, ‚so wie Dash weißer wäscht‘. In diesem Fall wären nicht nur die Kranken, sondern auch die Ärzte und das Pflegepersonal, die zur Verwirklichung dieser neuen und *guten* institutionellen Dimension beigetragen haben, die Gefangenen eines von ihnen selbst errichteten, gitterlosen Gefängnisses...“ (158). Da die Autoren die Funktion der Therapeutischen Gemeinschaft nur in der Anpassung, der Integration an das herrschende System sehen, heißt es für sie, eine therapeutische Alternative suchen, die nicht systemstabilisierend ist.

„Der Ansatz dazu ist die totale Ablehnung all dessen, was uns umgibt: die Krankheit, unser sozialer Aufstieg, unsere Rollenhaftigkeit. Wir lehnen folglich alles ab, was unserer Arbeit eine bereits definierte Bedeutung geben könnte. In dem Augenblick, in dem wir unseren sozialen Auftrag von uns weisen, geben wir auch die These von der Unheilbarkeit der Krankheit auf und verlassen unsere Rolle

als Gefangenenwärter und Hüter der sozialen Ordnung. Wenn wir nun im Patienten keinen unheilbar Kranken mehr sehen, negieren wir ihn gleichzeitig als psychiatrisch festgelegten Fall; damit negieren wir seine Krankheit als wissenschaftliche Definition . . ." (28/29). „In diesem Sinn kann unsere gegenwärtige Aktion nur in einer Negation bestehen, die, ausgehend von einer Umwälzung einer Institution und ihrer Wissenschaft, bis zur Negation des therapeutischen Aktes als Lösungsmittel für soziale Konflikte reicht . . ." (135). „. . . wir schlagen die Negation vor, als die vorläufig einzige Möglichkeit einer Aktion innerhalb des politisch-ökonomischen Systems, das jede Affirmation als ein neues Instrument zur eigenen Konsolidierung absorbiert" (157). Schließlich wird noch darauf hingewiesen, daß „die Richtlinien der Aktion ständig durchbrochen werden müssen; gerade weil sie systemimmanent sind, müssen sie pausenlos verändert, nach und nach negiert und zerstört werden" (137). Die politische und psychiatrische Lösung wird also in einer abstrakten Negation gesehen: es wird abstrahiert von den konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen, die abgelehnt werden, und es wird abstrahiert von der materiellen Seite der Negation; die Negation bleibt ein Bewußtseinsakt, ein Akt des Willens.

Eine solche Vorstellung wird jedoch nicht nur dem eigenen Anspruch untreu, auf der Basis polit-ökonomischer Analyse, Alternativen zu entwickeln, sondern er bleibt auch für den „gesunden Menschenverstand" als praktikable Lösung total unverstänglich. Besonders, wenn man berücksichtigt, daß nicht nur einige Intellektuelle ihre Krankheit, ihre soziale Umwelt negieren sollen, sondern daß es die psychisch Kranken sind, die so zugleich therapiert *und* den Fängen der Manipulation und Ausbeutung entzogen werden sollen. Entsprechend verschwommen und nicht begreifbar wird es dann auch an den Stellen, an denen etwas über den Therapierten, den Entlassenen ausgesagt wird. Der Entlassene kann „auch eine radikale Protestfunktion erfüllen, indem seine bloße Existenz in der Außenwelt die vom System gewollte eindimensionale Welt schroff widerlegt . . ." (181/182). Mit diesem Ansatz der Negation als therapeutischem und politischem Moment geraten die Autoren in eine hoffnungslose Situation, die sie selbst zu beschreiben wissen: „Wir negieren die Institution und gleichzeitig verwalten wir sie; wir klammern die Krankheit aus und gleichzeitig behandeln wir sie; wir lehnen die Therapie ab und gleichzeitig wenden wir sie an. In diesem Sinn sind Negation und Verwaltung eng miteinander verbunden" (181).

Trotz dieses Widerspruchs übertragen Basaglia und seine Mitarbeiter ihre Überlegungen auf weitere Bereiche der Gesellschaft. „In Görz stehen wir heute vor der Frage, wie und wieweit wir mit unserer Aktion der Negation auf die Gesellschaft werden einwirken können; denn unser neues Ziel ist nunmehr das Gesellschaftssystem und nicht mehr die einzelne Institution" (111). An anderer Stelle wird dann auch das Angehen dieses Ziels durch den „Ausgeschlossenen" angedeutet: „Sobald die politische Kritik auch das subversive Potential all derer mit einbezieht und berücksichtigt, die erklärter-

maßen ‚außer Gefecht‘ gesetzt sind, wird der Ehrgeiz der Antipsychiatrie darauf gerichtet sein, mit Hilfe eines praktischen Experiments und der entsprechenden theoretischen Untermauerung antizipierend mögliche Wege aufzuzeigen, die zu einer grundsätzlich neuen Gesellschaftsordnung führen können“ (316). Die „außer Gefecht“ Gesetzten, die „Ausgeschlossenen“, eben die, die man in der politischen Einordnung als Randgruppen bezeichnet, werden hier zum Motor gesellschaftlicher Veränderung erklärt. Hier erweist sich der Anspruch, eine politökonomische Analyse liefern zu wollen, als nicht eingelöst. Die Gruppe der „Ausgeschlossenen“ bestimmt sich nach subjektiven und nicht nach objektiven Kriterien. Ausschlaggebend für die Zugehörigkeit zur „revolutionären Klasse“ ist die Tatsache der „Negation“ der Gesellschaft, nicht etwa das Verhältnis zu den Produktionsmitteln. Daher wird es von Basaglia auch begrüßt, daß er nun selbst vom Establishment als Wissenschaftler „negiert“ wird — gleichsam als weiterer Beweis für einen angeblich objektiven Gegensatz, in dem er sich zur herrschenden Klasse befindet: „Inzwischen bezeichnet das psychiatrische Establishment — wenn auch nur inoffiziell — unsere Arbeit als unseriös und wissenschaftlich nicht respektabel. Dieses Urteil kann uns nur willkommen sein, weil es uns *endlich* vergemeinschaftet mit jenen ‚Unseriösen‘ und ‚Nicht-Respektabelen‘, wie seit eh und je die Geisteskranken und alle *Ausgeschlossenen* etikettiert werden“ (160). Mit dieser Gruppe, in die man durch die eine oder andere Definition gelangen kann, soll eine grundlegende Umwälzung gesellschaftlicher Verhältnisse bewirkt werden.

Obwohl Negation und Verweigerung von den Autoren selbst an einigen Stellen als fragwürdige politische Perspektive erkannt werden, wird die Randgruppe der „Ausgeschlossenen“, die das Elend in der Gesellschaft in krassester Form erfährt, zum sozialen Träger gesellschaftlicher Veränderungen erklärt. Damit verbunden ist die Vorstellung, daß durch Veränderungen des Bewußtseins gesellschaftliche Verhältnisse verändert werden und privates Eigentum an Produktionsmitteln abgeschafft wird. Da es gerade diese Auffassungen sind, mit denen die Autoren ihre Ablehnung gegenüber einer „Anpassungstherapie“ begründen, soll kurz entwickelt werden, welche gesellschaftstheoretische Position ihnen zugrunde liegen.

III.

Typisch für das Gesellschaftsbild Basaglias — einer, wie noch gezeigt werden wird, Version der „Kritischen Theorie“ — ist die Annahme der Eindimensionalität der kapitalistischen Gesellschaft. Der eindimensionale Charakter des kapitalistischen Systems besteht nach den Vertretern dieser Theorie in der Annahme einer „totalen“ sozialen Organisation, die einen mächtigen Apparat zur allseitigen Manipulation des Bewußtseins, der Bedürfnisse und der Gefühle des Menschen bereitstellt. Die Menschen würden aufgrund dieser Herrschaft im Geist des sozialen Konformismus und standardisierter Nor-

men und Werte erzogen. Zweck sei die Anpassung an die gegebenen Verhältnisse und die herrschenden Ideen. Durch Introjektion würden sich die von außen gesetzten Maßstäbe in verinnerlichte Normen und Werte des Individuums verwandeln. Auf diese Weise produziere die „eindimensionale Gesellschaft“ in präziser Übereinstimmung mit sich selbst den „eindimensionalen Menschen“, der wiederum nur über „eindimensionales Bewußtsein“ verfüge. Anpassung heißt im Rahmen dieses Verständnisses von Gesellschaft totale Gleichschaltung der Bedürfnisse, Anschauungen und Interessen.

Die Annahme der eindimensionalen Gesellschaft führt damit zur Überbewertung oder Verabsolutierung der Fähigkeiten des Kapitalismus, seine inneren Widersprüche immanent zu lösen und die Bevölkerung geistig zu manipulieren. Die Grenze der Manipulierbarkeit — und psychische Krankheit selbst muß als an dieser Grenze stehend verstanden werden — ist nicht mehr zu erkennen. Ideologieproduktion und soziale Reformen können somit nur noch als Zeichen der wachsenden Stärke des kapitalistischen Systems gesehen werden. Diese Sichtweite führt weiter zu der Annahme, daß die Gesellschaft von innen heraus nicht mehr veränderbar ist, sondern nur noch von „außen“; d. h. Randgruppen beliebiger Art oder individuelle Außenseiter werden als Träger des gesellschaftlichen Fortschritts deklariert.

Bei Basaglia nun ist es die Randgruppe der psychisch Kranken, von denen die Umwälzung der bestehenden Ordnung ausgehen soll. Psychiatrische Patienten werden zur quasi revolutionären Klasse erklärt. Damit wird die Existenz einer revolutionären Klasse begründet mit dem Vorhandensein von psychischem und materiellem Elend. Sofern kein Elend sichtbar ist, wird entsprechend das Bestehen einer revolutionären Klasse geleugnet.

Ähnlich wie das Vorhandensein einer revolutionären Klasse wird von Basaglia auch die Entwicklung von revolutionärem Bewußtsein aus der Existenz von Elend abgeleitet, besonders aus der Existenz psychischer Verelendung und aus der Tatsache, Ausgeschlossener der Gesellschaft zu sein. Damit bemüht er bekannte Allgemeinplätze: „Je schlechter es den Menschen geht, desto besser für die Revolution.“ In dieser Konsequenz soll den Patienten ihre Situation als Ausgeschlossene, als nicht gewollte „Gepäckstücke“ der Gesellschaft, bewußt vor Augen geführt werden (37).

Dagegen bedeutet Klassenbewußtsein im wesentlichen die Einsicht in das Vermögen, die Fähigkeit und die Stärke der Produzenten als Klasse und schließt gerade in dieser Bestimmung das „Lumpenproletariat“ und natürlich auch die Nicht-Produzenten aus. Ein hoher Grad an materiellem und „geistigem“ Elend dürfte eher eine bewußtseinsverhindernde Wirkung haben.

Das Vorgehen Basaglias scheint aber auch vom therapeutischen Standpunkt aus fragwürdig. Den Patienten wird klargemacht, daß sie für die Gesellschaft der „letzte Abfall“ sind. Ihr Elend wird ihnen brutal ins Bewußtsein gebracht. Eine wirkliche, d. h. verwirklichte Perspektive, wie sie dieses Elend ändern könnten, wird jedoch nicht geboten.

Die falschen Vorstellungen Basaglias hinsichtlich der Entwicklung von revolutionärem Bewußtsein sind im Rahmen der Theorie der „eindimensionalen Gesellschaft“ durchaus schlüssig. Denn hier wird ja der kapitalistischen Gesellschaft die Fähigkeit angedichtet, die Individuen allumfassend zu manipulieren und gleichzuschalten. Sofern also der Mensch im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß integriert ist, kann er sich nach dieser Theorie nicht im geringsten der Manipulation entziehen. Widersprüche sind für ihn, aufgrund der verinnerlichten Normen, nicht mehr erkennbar; damit fällt auch die Möglichkeit der Entwicklung eines wirklichen Klassenbewußtseins fort.

Die Vorstellung, mit Hilfe oder im Rahmen der psychiatrischen Therapie die psychisch Kranken zu den Kämpfern für eine veränderte Welt zu machen, zeugt nicht nur von einer fehlerhaften Gesellschaftstheorie, sondern auch von psychiatrischer Naivität. Denn die Annahme ist in der Tat fragwürdig, daß gerade diejenigen, die durch ihre Krankheit wohl eindringlich bewiesen haben, daß sie einer Auseinandersetzung mit ihrer „feindlichen“ Umwelt am wenigsten gewachsen sind, durch die Therapie in die Lage versetzt werden sollen, eine solche Auseinandersetzung besser als alle anderen Gruppen der Gesellschaft führen zu können. Auch der optimistischste Therapeut würde sich wohl nicht so überschätzen. Damit soll nicht gesagt werden, daß der Therapierte, an seinen Arbeitsplatz, in seinen Lebensbereich zurückgekehrt, nicht auch politisch arbeiten könnte und dabei vielleicht auch durch die Erfahrung seiner Krankheit zusätzlich motiviert wird. Nur liegt hier die Anleitung zu politischer Arbeit nicht primär in den Händen des Therapeuten, sondern in den Händen der entsprechenden politischen Organisationen.

Nur auf dem Hintergrund der Gesellschaftstheorie Basaglias läßt sich schließlich dessen Ablehnung von Anpassung als Therapieziel begreifen. Sein Gesellschaftsbild setzt — wie bereits gezeigt — eine dem Kapital widerspruchsfrei unterworfenen Welt voraus. So gesehen kann es dann auch nur Anpassung im Sinne der herrschenden Klasse geben; überhaupt etwas in der Gesellschaft tun, heißt selber schon sich unterwerfen. Ferner fällt im Konzept Basaglias auf, daß immer nur von Anpassung an Werte, Normen und Rollen die Rede ist. Die materielle Produktion und Reproduktion wird gedanklich ausgeklammert und somit gar nicht als Problem gesehen. Der einseitig geführte Kampf gegen „Anpassung“ im Überbaubereich, im Bewußtsein, beeinflußt Basaglias Vorstellungen darüber, wie gesellschaftliche Veränderungen vor sich gehen sollen.

Die Annahme, Randgruppen oder individuelle Außenseiter stellen die Triebkraft sozialer Revolutionen dar, läßt sich natürlich nur aufrechterhalten, wenn man von der Bewegung an der materiellen Basis der Gesellschaft abstrahiert. Dies tun die Autoren allerdings konsequent: Es sind Einsichten, Willensprozesse, Verweigerung und undefinierte Rollen, die das Wesen gesellschaftlicher Veränderungen ausmachen. Selbst die Zugehörigkeit zur „revolutionären Klasse“ der „Ausgeschlossenen“ bestimmt sich allein durch subjektive Krite-

rien: Man gehört dieser „Klasse“ an, wenn man sich selbst in sie hineindefiniert oder wenn andere dies für einen besorgen. Zwar wird immer wieder auf die Notwendigkeit polit-ökonomischer Kategorien hingewiesen, die einzigen, in diesem Zusammenhang verwendeten Begriffe aber stammen aus der Rollentheorie. In einer eindimensionalen Gesellschaft werden alle bis auf die Ausgeschlossenen auf die von den Herrschenden gewünschten Rollen festgelegt. Diese Rollen zu verlassen, ist durch Manipulation und „Sanierungstaktik“ verunmöglicht. Allein die Ausgeschlossenen können durch Negation des Bestehenden ihre Rollen noch gegen diese Gesellschaft definieren. Bei einem solchen Ansatz, bei dem gesellschaftliche Bewegung mit dem Begriff der Rolle, der Rollenveränderung und des Rollenkonfliktes beschrieben wird, ist dann die Analyse der materiellen Basis überflüssig geworden. Gegenstand der Analyse ist nicht die materielle Wirklichkeit, sind weder Eigentumsverhältnisse noch konkrete Lebens- und Arbeitsbedingungen; verändert werden soll allein das System von Werten und Rollen in der kapitalistischen Gesellschaft, also die ideellen Erscheinungen. Entsprechend wird dann Negation selbst als ideeller Prozeß, als Akt des Bewußtseins aufgefaßt. Es geht Basaglia also letztlich um die gedankliche Aufhebung von Gedanken.

Der nicht nur vorgeschobene, sondern tatsächlich angewandte materialistische Ansatz könnte nicht zur totalen Ablehnung der Anpassung an die bestehende Wirklichkeit und damit auch nicht zur abstrakten Negation führen. Er verweist den Psychiater vielmehr gerade auf jene Verhältnisse in der Gesellschaft, die die psychische Gesundheit der Individuen ausschließen. Ihre Veränderung voranzutreiben aber heißt sich mit ihnen vorab einlassen und nicht als Zuschauer abseits stehen. Die Veränderung auch durchzusetzen verlangt zudem die gemeinsame Tat von Menschen, die zusammen nicht nur über die genügende Stärke verfügen, sondern deren Interessen darüber hinaus zugleich einen solchen Allgemeinheitsgrad haben, daß ihre positive Durchsetzung einen Gesellschaftszustand herbeiführt, der für die Allgemeinheit nicht krankmachend ist.

Es leuchtet unmittelbar ein, daß die aus den verschiedenen Bevölkerungsschichten kommenden Kranken einer Heilanstalt ein derart kollektives Interesse kaum haben können. Wenn man gleichwohl darauf abzielt, ein revolutionäres Subjekt aus ihnen zu machen, ist es nur konsequent, jenes Element, das als einziges ihnen allen gemein ist, zum tragenden Motor von Veränderung auszugeben. Die Negativität des Gemeinsamen der Anstaltsinsassen — das Ausgeschlossenensein, das Nicht-Gesundsein — ist der logische Grund für die Negation von Gesellschaft überhaupt und zugleich damit für die Beliebigkeit der jeweils konkret negierten Bereiche (wie etwa Institutionen insgesamt).

Die so verfolgte Konsequenz im Gedankensystem der Autoren macht ihre Methode durchsichtig. Nicht die Untersuchung der wirklichen Widersprüche der Gesellschaft führte zu dem Ergebnis, daß nur mit den Kranken, den Ausgeschlossenen noch Veränderung er-

reichbar sei, daß alle Gesunden als Angepaßte ohnmächtig seien, Anpassung daher das primär und hauptsächlich zu Vermeidende sei, sondern umgekehrt wird durch die vorab erfolgte Setzung der Kranken als revolutionärem Subjekt von daher Gesellschaft bestimmt.

Die Wirklichkeitsferne der Theorie Basaglias wirkt sich aber nicht nur auf sein Gesellschaftskonzept, sondern auch auf eine mögliche Rezeption seines therapeutischen Verfahrens aus. Man kann z. B. feststellen, daß, solange es um die Aufhebung der klassischen Anstaltspsychiatrie geht, Theorie und therapeutische Wirklichkeit übereinstimmen. Was jedoch die konkrete, praktische Konsequenz der weitergehenden Theorie der „Negation“ sein soll, welche konkreten Formen das abstrakte „Rollenumdefinieren“ und die „exemplarische Verweigerung“ in der Klinik einerseits und in der Gesellschaft andererseits annehmen sollen, all dies kann dem Leser nicht im mindesten mehr vermittelt werden. Die Theorie, die wie ein Nebelgebilde die Einsicht in das, was tatsächlich in Görz geschieht, verstellt, macht eine Einschätzung der in der Anstalt erzielten Erfolge unmöglich.

Die Frage, ob gesellschaftliche Veränderungen reformistisch oder revolutionär seien, wird letztlich nach der subjektiven Zielsetzung und Absicht, die hinter solchen Veränderungen stehen, beurteilt. So werden auf der einen Seite Reformen als reines Integrationswerk deklariert, auf der anderen Seite jedoch werden die eigenen Reformen innerhalb der Görzer Klinik als Ersatz für wirkliche Veränderungen in der Gesellschaft angeboten. Dies führt bei Basaglia einmal zur Überschätzung des Stellenwerts der eigenen Tätigkeit, zum anderen allgemein zur Überschätzung der Möglichkeit, innerhalb der Psychiatrie revolutionäre Prozesse in Bewegung zu setzen. Dies kann sich als folgenreich erweisen, da Basaglia und seine Mitarbeiter als entschiedene Gegner des kapitalistischen Systems und der inhumanen Praxis psychiatrischer Asyle auftreten. Das schafft ihnen einen hohen Kredit bei gesellschaftskritischen und fortschrittlichen Teilen der Studentenschaft und der Intelligenz, jenen Schichten, die aufgrund ihrer notwendigen Ferne vom Produktionsprozeß ohnehin leicht Gefahr laufen, dem Bewußtsein, dem Denken einen Vorrang vor dem wirklichen Sein der Menschen einzuräumen.

In der Psychiatrie kann — ebenso wie in der gesamten Medizin — die Therapie nur insofern politisch sein, als sie möglichst effektiv sein sollte, um die Chance zu erhöhen, daß von den Therapierten, die in ihren alten Lebensbereich zurückgekehrt sind, möglichst viele in diesen Bereichen auch politisch arbeiten können. Zwar kann von Fall zu Fall der Patient mit Hilfe des Therapeuten an seiner Krankheit etwas über gesellschaftliche Verhältnisse lernen; jedoch dürfte dies die Ausnahme sein, weil eben die spezifischen Bedingungen psychischer Erkrankung hier oft eine „Aufklärung“ unmöglich machen.

Weiterhin bedeutet politische Arbeit im Rahmen der Psychiatrie, das erfahrene Leid psychisch Kranker wissenschaftlich zu verallgemeinern und so der Agitation nutzbar zu machen. Damit kann

durch die Geschichte der Kranken die Auswirkung gesellschaftlicher Widersprüche deutlich gemacht werden. Die hoffnungslose Situation der Kranken einerseits und das unzureichende Versorgungssystem andererseits müssen all jene, die ein echtes Interesse an der Heilung und Verhütung von Krankheit haben, dazu führen, an der Veränderung des Gesundheitssystems aktiv zu arbeiten. Wo es allerdings die krankheitsverursachenden Faktoren in präventiver Absicht selbst auszuräumen gilt, wird ihnen die Einsicht nicht versperrt bleiben können, daß sie mitzuwirken haben an der Veränderung der Gesellschaft selbst.

Michael Lukas Moeller

Krankheitsverhalten bei psychischen Störungen und die Organisation psychotherapeutischer Versorgung

1. Einleitung

In der historischen Entwicklung der Medizin wurde das Krankheitsverhalten erst sehr spät zu einem wissenschaftlichen Konzept zusammengefaßt, 1960—1962 von *David Mechanic* in USA (*Mechanic* und *Volkhart* 1960, 1961; *Mechanic* 1962). Das Konzept fand im ersten Jahrzehnt seiner wissenschaftlichen Existenz wenig Resonanz. Selbst in der ausführlichsten Registratur medizinischer Publikationen, im INDEX MEDICUS (1970), ist es bis heute nicht verzeichnet.

Erstaunlich ist diese wissenschaftliche Vernachlässigung des Krankheitsverhaltens besonders deswegen, weil es mit jeder Krankheit gegeben, d. h. unmittelbar zu beobachten, und gesundheitspolitisch von höchster Bedeutung ist. Das Krankheitsverhalten bestimmt u. a., wie die Bevölkerung bei Erkrankungen handelt, wann sie sich etwa entschließt zum Arzt zu gehen, d. h. die institutionalisierte Versorgung zu beanspruchen.

Die wissenschaftliche Vernachlässigung des Krankheitsverhaltens dürfte eine Art Verdrängung signalisieren, auf die ich in diesem Rahmen nicht weiter eingehen kann. Das Krankheitsverhalten gehört offensichtlich zu jener Tabuisierung, zu jenen „Taboo Topics“ der Medizin, die nicht nur die psychischen Störungen selbst, sondern alle psychosozialen Phänomene bei Krankheiten trifft (*Faberow* 1963; vgl. auch *Kilian* 1970).

Dadurch ist die medizinische Versorgung aber auch gehindert, sich adäquat auf die psychische und soziale Situation der Kranken hin zu entwickeln. Unvorbereitet ist sie z. B. auf die psychische Situation der Infarktgefährdeten, die sich aus unbewußter Angst vor Passivität und Schwäche von ihren Körperbeschwerden zu sehr distanzieren (*Seemann* 1964 a, 1964 b; *Christian* 1966, 1968) und in 42 % selbst nach der ersten Herzattacke nicht den Arzt aufsuchen (*Kannel, Widmer, Dawber* 1965). Ebenso unentwickelt ist sie für die psychische Situation der Tuberkulosekranken (*Pflanz* 1962) und der Krebskranken (*Henderson, Wittkower, Longheed* 1958; *Cobb, Clark, McGuire, Howe* 1954), die bei subjektivem Krankheitsverdacht aus Angst den Arzt eher meiden als aufsuchen. Und sie ist unangemessen für die soziale Situation der unteren Schichten, der Arbeiter, Bauern, Obdachlosen, die weniger von selbst zum Arzt gehen, obwohl sie mehr erkranken (*Koos* 1954; *Hollingshead and Redlich* 1958;

Gurin, Veroff, Feld 1960). Ohne Kenntnis des Krankheitsverhaltens, betonte u. a. Pflanz (1962), ist es unmöglich, mit Versorgungsmaßnahmen richtig anzusetzen.

Das Krankheitsverhalten ist in zahlreichen Aspekten erfaßt worden (vgl. u. a. Pflanz 1963, 1965, 1967; Pflanz, Pindig, Armbrüster, Torök 1966). Zu ihm gehören individuelle Krankheitskenntnis, ätiologische Urteile und Vorurteile, die Bereitschaft, die Rolle des Kranken zu übernehmen, die gesamten bewußten und verdrängten Vorstellungen über Krankheitsverlauf und Krankheitsfolgen. Umfassend gesehen ist das Krankheitsverhalten der psychische und soziale Befund bei jeder Krankheit.

Unter zahlreichen Betrachtungsmöglichkeiten möchte ich mich hier auf eine praktisch wichtige Perspektive des Krankheitsverhaltens beschränken: auf den Weg zum Arzt (vgl. u. a. Pflanz 1964). Er läßt sich etwa in folgende Entscheidungsschritte differenzieren:

1. Störungen überhaupt wahrzunehmen;
2. sich durch sie gestört zu fühlen, unter ihnen zu leiden;
3. sich als krank zu bezeichnen (Laiendiagnose);
4. dieses Kranksein psychisch bewußt und unbewußt zu organisieren (dazu gehören: Vorstellungen über die Genese, ätiologische Vorurteile [Pflanz 1958]; psychische Verarbeitungen, wie etwa die Leistung des Herzneurotikers, seine diffuse Angst an das Herz zu binden [Richter, Beckmann 1969]);
5. sich als behandlungsbedürftig zu erklären, die Hilfe einer anderen Person wahrnehmen zu wollen und nicht sich selbst zu behandeln;
6. als Hilfsbedürftiger einen Arzt und nicht eine andere Person aus dem sogenannten Laiensystem zu konsultieren (Familie, Nachbarn, Freunde, halbmedizinische Personen, wie Apotheker etc.);
7. sich für einen bestimmten Arzt zu entscheiden, wobei bestimmte Behandlungsvorstellungen mitwirken (vgl. u. a. Plaum 1968).

Dieser Dimension des Verhaltens möchte ich bei neurotischen und psychosomatischen Kranken nachgehen. Ich komme dadurch auf Widersprüche in der Organisation psychotherapeutischer Versorgung, und will versuchen aus ihnen neue Handlungsanweisungen für die Versorgung abzuleiten.

2. Zum Krankenverhalten bei psychischen Störungen

a) Die generelle arztmeidende Tendenz als Symptom

Schon bei rein organischen Erkrankungen ist es schwer, die Krankheit vom Krankheitsverhalten zu trennen, da beide sich wechselseitig beeinflussen. Bei psychischen Störungen läßt sich diese Trennung keinesfalls mehr durchführen. Psychische Störungen gehen ja nahezu immer mit Verhaltensstörungen einher, sind sogar oft identisch mit ihnen. Im Kontrast zu nicht-psychischen Erkrankungen (etwa hochgradig ansteckende Infektionskrankheiten oder Verletzungen ohne eigene bewußte und unbewußte Motivation), denen gegenüber das Krankheitsverhalten eigenständig bleiben kann, ist bei psychogenen Störungen das Krankheitsverhalten völlig in die

Krankheit einbezogen. Daher ist ein Krankheitsverhalten zu erwarten, das in höherem Grade von unbewußten Konflikten bestimmt, d. h. in höherem Maße irrational und inadäquat ist.

Das Krankheitsverhalten — oder wie es unter diesen Umständen besser heißen sollte: das Krankenverhalten (vgl. dazu auch: *Goldsen* 1963) hier beschränkt auf den Weg zur institutionalisierten Versorgung, läßt sich grundsätzlich auf zweierlei Art erfassen:

- durch epidemiologische Untersuchungen, Feldforschung in der Population und
- durch Untersuchungen an der Klientel einer Institution.

Ich beziehe mich auf eigene Untersuchungen an der Klientel der Psychosomatischen Klinik und der Studentenberatungsstelle (*Moeller, Scheer* 1970). Der Vorteil dieses Vorgehens liegt in der klaren Definition der Patienten und in einer gründlichen Erhebung, die Selbst- und Therapeutenbeurteilung umfaßt. Der Nachteil liegt in den Rückschlüssen dieser Ergebnisse auf die Grundpopulation. Diese Rückschlüsse werden allerdings durch die wenigen epidemiologischen Untersuchungen zum Krankenverhalten bestätigt (vgl. *Gurin, Veroff, Feld* 1960; *Baker* 1965).

In den Angaben der Patienten unserer Psychosomatischen Klinik bildete sich ein generelles Verhaltensmuster ab. Die Diagnosen der Therapeuten bestätigten das. Dieses Verhalten weicht vom Verhalten der allgemeinen Bevölkerung in drei Dimensionen deutlich ab. Zusammengefaßt charakterisieren sich die Patienten als depressiver, phobischer und passiver.

Die depressive Tendenz ergibt sich aus folgenden Angaben: die Patienten fühlen sich insgesamt sehr bedrückt, machen sich häufig Selbstvorwürfe und empfinden sich als minderwertig und von anderen als Person und in ihrer Arbeitsleistung nicht akzeptiert.

Die phobische Tendenz zeigt sich in besonderer Ängstlichkeit, in Verslossenheit, Befangenheit und Vermeiden von Geselligkeit. Dazu kommt eine deutliche Mißtrauenshaltung und Distanziertheit anderen Menschen gegenüber.

Die passive Tendenz äußert sich in dem Wunsch, von anderen gelenkt werden zu wollen, und in der Angabe, sehr stark von den äußeren Bedingungen beeinflußbar zu sein. Zu dieser Abhängigkeit gesellt sich eine Hemmung aktiver aggressiver Tendenzen: obwohl die Patienten meinen, sich viel Mühe zu geben und ungeduldig zu sein, können sie ihrer Meinung nach ihre Interessen im Lebenskampf nicht durchsetzen und fressen Ärger in sich hinein.

Innerhalb des depressiv-phobisch-passiven Gesamtverhaltens ist es für diese Ausführungen aufschlußreich zweierlei hervorzuheben:

1. die psychosoziale Dimension der Störung in Form des Rückzugs von anderen, des Mißtrauens anderen gegenüber und des Gefühls, nicht akzeptiert zu werden; und
2. die intrapsychische Dimension der Störung in Gestalt von Schuldgefühl und Hemmung eigener Initiative.

Die Befunde stimmen mit der psychoanalytischen Theorie psychischer Störungen gut überein. Das epigenetische Entwicklungsmodell von Erikson (1950, 1966) gibt als Resultate mißlungener Lösungen psychosozialer Krisen in der Kindheit fast gleichlautend die erhobenen Merkmale an: Mißtrauen; Selbstzweifel und Scham; Schuldgefühle; Minderwertigkeitsgefühle.

Psychodynamisch gesehen entwickelt sich die Beziehung zu sich selbst und die Beziehungen zu Partnern in gleichen Schritten (Cameron 1963). Eine Störung der primären Eltern-Kind-Beziehung resultiert somit gleichzeitig in einer *intrapsychischen Störung* und in einer *Störung der Beziehung zu anderen*. Dabei wird die Störung in den Partnerbeziehungen, die psychosoziale Störung, in ihrer unmittelbaren Wirkung auf die soziale Entwicklung und die aktuelle soziale Situation des Kranken meist unterschätzt.

Beide Dimensionen der psychischen Störungen, die intrapsychische und die psychosoziale, stellen nun *auf dem Weg zum Arzt* entscheidende *Barrieren* dar: Passivität, Schuldgefühle und Hemmung eigener Initiative hindern jede Stufe der Entscheidungssequenz. Rückzug, Mißtrauen und das Gefühl, nicht akzeptiert zu werden, also die Kontaktstörungen, verringern die Chancen, in diesen Entscheidungsprozessen das wichtige sogenannte Laienkommunikationssystem (Familie, Freunde, Nachbarn, Kollegen, halbtherapeutische Personen etc.; vgl. Cowles, Polgar, Simmons and Switzer 1963; Freidson 1960) zu nützen. Wird der Arzt überhaupt zur Zielperson, werden die psychischen Konflikte die antizipierte Beziehung zum Arzt besonders stark beeinflussen. Sie wird also durch den starken Anteil intermittierender unbewußter Konflikte wie alle anderen zwischenmenschlichen Beziehungen in spezifischer Weise verändert erlebt werden (vgl. die Rollenmodelle von Richter 1963, 1970). Das wäre der *Aspekt der neurotischen Übertragung*, durch die unerledigte konflikthafte Beziehungen aus der Kindheit in jede Partnerbeziehung hineingetragen werden. Bei psychischen Störungen wird dadurch der Arzt zur Konfliktfigur, die bewußte oder unbewußte Angst aktualisiert. Eine konkrete Begegnung mit ihm dürfte auf Grund dieser konfliktgeprägten Erwartungen eher gemieden werden.

Gemeinsam mit diesem Übertragungs- bzw. Projektionsphänomen dürfte im Krankenverhalten ein zweites für die Psychoanalyse zentrales Phänomen wirksam werden: die *Abwehr* gegenüber den eigenen pathogenen Konflikten und der *Widerstand* gegen ihre Behandlung. Kein Mensch nähert sich gern jenen psychischen Konflikten, die einmal überwältigende Angst machten. Dabei spielen Schuldgefühle die sich in den Angaben der Patienten deutlich niederschlagen, eine zentrale Rolle. Durch diese Schuldqualität dürften sich psychische Erkrankungen von rein somatogenen Erkrankungen unterscheiden¹. Freud hatte schon früh auf den Widerstand gegen die

1 Diese Schuldqualität wird durch das Versorgungssystem und die soziale Situation des Individuums mitbestimmt. Sie reduziert sich erheblich, wenn etwa die Kassen psychotherapeutische Behandlungen bezahlen

psychoanalytische Behandlung aufmerksam gemacht (vgl. u. a. Freud 1909). De Boor (1958) widmete dem unbewußten Widerstand gegenüber der psychosomatischen Behandlung eine Arbeit. Abwehr und Widerstand wirken sich aber schon weit vor jeder einsetzenden Behandlung, weit vor dem institutionalisierten Raum aus: von den ersten Entscheidungsstufen — Störungen wahrzunehmen, unter ihnen zu leiden, sich als krank zu definieren — bis zu letzten — einen bestimmten Arzt wegen einer bestimmten Behandlung aufzusuchen — sind Widerstand und Abwehr wesentliche unbewußte Selektionsmechanismen und damit von großer gesundheitspolitischer Bedeutung.

Schließlich ist die Entscheidungsfunktion bei allen psychisch Kranken *beeinträchtigt*. „My middle name is indecision“ ist die schon klassische Namensfindung eines neurotischen Patienten von Rangell (1969). Da psychisch Kranke dazu neigen, sich schwerer oder unangemessener zu entscheiden, bleiben sie in der langen Entscheidungsreihe, die zum Arzt führen soll, sozusagen hängen.

Die genannten Momente, das passiv-phobisch-depressive Gesamtverhalten, die neurotische Übertragung, der Widerstand gegen die Behandlung und die Entscheidungsunfähigkeit kennzeichnen den *Abwehrcharakter des Krankenverhaltens*. Die Erkrankung hält die Kranken vom Arzt fern. Der Weg zum Arzt wird dadurch für psychisch Kranke eine spezifische Überforderung.

Diese generelle arztmeidende Tendenz läßt erwarten, daß auch bei ausreichendem Therapieangebot die neurotischen und psychosomatischen Patienten nur einen geringen Teil des unsichtbaren und unversorgten Krankenstandes darstellen. Das bestätigt eine Felduntersuchung von Baker (1965): ca. 70 % der behandlungsbedürftigen psychisch gestörten Studenten bleiben dem Psychotherapeuten fern. Nach einer für USA repräsentativen Felduntersuchung gehen allein 9 % der Gesamtbevölkerung nicht zum Arzt (Gurin, Veroff, Feld 1969), obwohl sie schon bis zur letzten Entscheidungsstufe gekommen waren, nämlich zur subjektiven Überzeugung, wegen psychischer Probleme professionelle Hilfe aufsuchen zu sollen. Die größeren Anteile des unsichtbaren Krankenstandes dürften jedoch unter diesem Entscheidungsstadium liegen: noch vor der Entscheidung, Hilfe anderer zu benötigen, ja, noch vor der Eigendiagnose².

b) Arztaversität und Arztaffinität

Differenziert man stärker, so liegt die Konfliktabhängigkeit des Krankenverhaltens eine weitere Annahme nahe: eine Reihe psychi-

und damit die psychische Störung als „legale“ Krankheit anerkennen. Sie steigert sich, wenn die Arbeitssituation eine „nur“ psychische Störung als Erkrankung nicht gestattet.

2 Das hängt selbstverständlich vom Bildungsstand und von der finanziellen Lage, d. h. von der sozioökonomischen Situation der Kranken ab (vgl. weiter unten).

scher Störungen, etwa hypochondrische Einstellungen, führen bekanntlich in ebenso inadäquat anmutender Weise verstärkt zum Arzt. Es lassen sich also innerhalb der arztmeidenden Gesamt-tendenz bei psychisch Kranken spezielle arztaffine von arztaversen Verhaltensweisen unterscheiden. Zwischen diesen Extremen ist ein ambivalenter arztneutraler Bereich zu erwarten. Averses und affines Krankenverhalten wird in erheblichem Maß durch die Art der Versorgung mitbestimmt. Ich beschränke mich hier zunächst auf eine Seite der Interaktion: den Kranken.

Arztaversität und Arztaffinität lassen sich betrachten:

- nach individuellen Krankheitsformen (genauer: nach individuell sichtbaren Verarbeitungsweisen pathologischer Konflikte);
- nach überindividuellen gruppen- und familiendynamischen Einflüssen (Gruppenverarbeitung pathologischer Konflikte);
- und nach sozialen Gruppen.

Diese Einteilungen hängen natürlich untereinander zusammen. Pathologische Konflikte und gruppenspezifische Interaktionen werden von der sozialen Situation mitbestimmt (vgl. *Hollingshead, Redlich* 1958).

Unter dem Aspekt individueller Krankheitsformen dürften zu den arztaversen Störungen nach eigenen Untersuchungen eine Reihe von Elternkonflikten gehören (*Moeller, Scheer* 1970). Die Störung überträgt sich auf die Beziehung zum Arzt, der als Konfliktfigur gemieden wird. Untersuchungen von *Kasl* und *Cobb* (1964) lassen erwarten, daß die Stärke der *Abwehr* den Grad der Arztaversität mitbestimmt. Konflikte, die sich um starke Auslieferungsängste zentrieren; Autoritätskonflikte; Konflikte, die um aggressive Themen kreisen oder leicht zur unbewußten Kränkung führen, dürften zu den arztaversen Störungen im engeren Sinne gehören. Schließlich gehören dazu Konfliktverarbeitungen, die in einer starken masochistischen Tendenz resultieren und den Leidenszustand bewahren wollen. Allen gemeinsam ist eine starke bewußte oder unbewußte (abgewehrte) Angst vor dem Arzt. Sie wird als Geringschätzung der Ärzte, als Gleichgültigkeit oder in Vorwänden unterschiedlich verarbeitet.

Die arztaffinen Störungen sind eher an die Versorgung angepaßt. Psychische Störungen, die zu stark anklammernden und haltsuchenden Einstellungen führen, wie bei speziellen Formen der Depressivität und Ich-Schwäche gehören hierzu (vgl. *Kasl* und *Cobb* 1964), ebenso einige hypochondrische Einstellungen. Arztaffinität spiegelt sich auch in Erwartungen und Selbstdarstellungen der Patienten (vgl. *Plaum* 1968, insbesondere Typ I; vgl. auch *Beckmann* 1971). Zahlreiche somatisierte psychische Störungen sind deswegen arzt-affin, weil die Körpererkrankung von der Gesellschaft eher akzeptiert und unserer Medizin eher konform ist³. Die Somatisation bietet

3 Sie war bis vor kurzem die einzige Erkrankungsform, für deren Behandlung die Krankenkassenversicherung aufkam. Diese Haltung der Sozialversicherung ist wiederum durch maßgebliche Vertreter der Medizin beeinflusst. *Wulff* (1971 a) schreibt, daß „die Psychopathielehren in Kurt

gleichzeitig Konfliktabwehr und gesellschaftlichen Schutz (vgl. De Boor 1958). Anpassungstendenzen bei Somatisation werden bis zum Arbeitsverhalten und zu politischen Einstellungen deutlich (Moeller, Scheer 1970, 1971; vgl. auch Kilian 1970). Psychoanalytisch ist die hohe Anpassungsbereitschaft als Abwehr bei Psychosomatosen bekannt. Nach Bemerkungen des Psychoanalytikers Balint (1968) dürften auch jene neurotischen Erkrankungen arztaffin (insbesondere: psychoanalyseaffin) sein, die durch starke Internalisierung der Konflikte gekennzeichnet sind, also insbesondere die klassischen Neuroseformen, Depression und Zwangsneurose. Sie kommen durch ihre geschlossene individuelle Krankheitsform der krankheitszentrierten Denkweise der Medizin entgegen. Nach Hollingshead und Redlich (1958) sind Charakterneurosen durch eigenmotiviertes Erscheinen beim Arzt gekennzeichnet.

Das individuelle Krankenverhalten kann nicht abgelöst von *gruppenspezifischen Vorgängen*, d. h. von den entscheidenden *Bezugsgruppen* des Individuums, gesehen werden. Obwohl der Mensch fast ausschließlich in Gruppen lebt, wird der pathogene Einfluß, etwa von Familie und Berufsgruppe auf das Individuum und die Wirkung des erkrankten Individuums auf diese Gruppen selten gesehen. Ich kann das komplexe Gebiet nur andeuten. Die gruppenspezifischen Wechselwirkungen bedingen einerseits die psychische Krankheit, andererseits ein bestimmtes Krankenverhalten: sie *erzeugen und steuern* also psychische Störungen.

Richter hat Familien beschrieben, in denen ein schwächeres Mitglied zum Krankheitsträger gemacht wurde (1966, 1970), andere, in denen ein stärkeres krankes Mitglied, etwa ein Herzneurotiker, die ganze Familie in eine krankheitskompensierende Konstellation zwang, um selbst gesund zu scheinen (Richter, Beckmann 1969). Gruppenspezifische Vorgänge bei Krankheitsgenese und Krankenverhalten lassen sich auch bei Berufsgruppen beobachten (Strotzka und Leitner 1969; Kasl und Cobb 1964).

Zu den krankmachenden Einflüssen kommen jeweils arztaverse oder arztaffine Steuerungen. Arztavers muß jene psychische Störung eines Individuums bleiben, der eine unerläßliche Gruppenfunktion zukommt, etwa im Sinne einer Sündenbock- oder Idealfunktion etc. Arztaffin werden oft psychische Störungen gesteuert, die für die ganze Gruppe die Funktion eines therapeutischen Appells übernehmen können. Ob man arztaffin ist oder nicht, hängt dann auch von

Schneiders Gefolge... es auch gestattet, die mit der entfremdeten Arbeit immer stärker zunehmende Zahl von funktionell und psychosomatisch Gestörten als asthenische, hypochondrische oder hysterische Psychopathen über längere Zeit von den Leistungen der Krankenversicherung, insbesondere der Bezahlung von Psychotherapien, ebenso auszuscheiden wie in hartnäckigen Fällen von Berentung“. Psychopathie — ebenso wie neurotische Störungen — fielen nicht unter den Krankheitsbegriff der herrschenden Psychiatrie. Es „kommt ihnen die Bezeichnung *krankhaft nicht zu*“ (Schneider 1923, 1959).

der Bedeutung der eigenen Gruppenposition ab (vgl. dazu: *Inkeless* 1960; *Kasl* und *French* 1962; *Kasl* und *Cobb* 1964; U.S. Department Army 1960).

Eine schwerer zu erkennende Form von Arztaversität ist in den krankheitsverbietenden Tendenzen einer Gruppe gegeben. Eine überwiegend unbewußte krankheitsunterdrückende Gruppennorm dürfte in zahlreichen Arbeits- und Militärsituationen wirksam sein. Krankheitsverbote können aber auch nur einen Teil einer Gruppe betreffen.

Größere soziale Gruppen, *soziale Schichten*, lassen sich nach Arztaversität und Arztaffinität unterscheiden. Hier sind genauere epidemiologische Angaben möglich: je niedriger die soziale Schicht, desto arztaverser das Verhalten; je höher, desto arztaffiner*. Allerdings muß jetzt die Interaktion zwischen Krankenverhalten und Krankenversorgung betont werden. Arztaverses Krankenverhalten ganzer sozialer Schichten reflektiert eher eine *Versorgung* die krankenavers ist. Ich möchte hervorheben, daß Arztaversität und Arztaffinität sich nur im Individuum, der Gruppe, der sozialen Schicht äußern, was jedoch nicht bedeuten muß, daß sie dort ihre ausschließlichen Ursachen haben. Bei der gegebenen Versorgung ist das Krankenverhalten schichtspezifisch. Untere Schichten organisieren ihre Konflikte anders (vgl. *Hollingshead* und *Redlich* 1958; *Miller* und *Swanson* 1960), nehmen sie anders wahr (*Gurin*, *Veroff*, *Feld* 1960) und bewerten sie anders als obere Schichten**. Untere Schichten organisieren ihre Probleme seltener psychisch, weil sie die von der Sozialisation abhängenden psychologischen Voraussetzungen dafür nicht haben (vgl. *Gurin*, *Veroff*, *Feld* 1960). Ist das dennoch der Fall, haben sie eine höhere Toleranz gegenüber psychischen Störungen. Es ist nicht zu beweisen, daß durch ein Krankenverhalten, das unserer Versorgung avers ist, untere Schichten in geringerem Maße versorgt werden. Abgesehen von den äußeren finanziellen Verhältnissen spielt hier die *soziale Distanz* zum Versorgungssystem, die sich ebenfalls aus der sozioökonomischen Situation ergibt, eine entscheidende Rolle (vgl. *Hunt* 1960; *Pflanz* 1962).

Von sozialen Einzelfaktoren sei nur noch der Einfluß von Alter und Geschlecht auf das Krankenverhalten erwähnt: ältere Menschen und Männer⁴ tendieren eher zu arztaverserem Verhalten (*Gurin*, *Veroff*, *Feld* 1960).

Die Konsequenzen des dargestellten Krankenverhaltens bei psychischen Störungen sind zunächst:

1. Bei psychischen Erkrankungen liegt ein generelles psychosoziales Symptom vor: das arztmeidende Verhalten. Die psychisch

* (*Gurin*, *Veroff*, *Feld* 1960; *Koos* 1954)

** (*Koos* 1954)

⁴ Hier hätten Forschungen zu klären, ob das arztaverse Verhalten der Männer etwa mit der Sozialrolle eines „starken“ Männlichkeitsideales oder/und mit der stärkeren (die Sozialrolle mitbedingenden) Einspannung in die Arbeitssituation zusammenhängt.

Kranken schließen sich damit von der Versorgung auch selbst aus oder kommen erst mit jahre- bzw. jahrzehntelanger Verzögerung zum Arzt. Es sind Kranke, die nie oder zu spät Patienten werden. Das bedeutet: die Patienten sind nur die Spitze des Krankenstandes, die in die institutionalisierte Versorgung ragt. Die Mehrzahl bleibt unversorgt.

2. In dieser reduzierten Klientel dürften arztaffine Konfliktkonstellationen und Patientengruppen überwiegen, arztaverse nur geringfügig vertreten sein. Die Versorgung ist selektiv, und zwar so sehr, daß *Langner* und *Michael* in einer Nachberechnung der Midtown Manhattan Study jede Repräsentativität der versorgten Kranken ablehnen (1963)*. Die Selektion ist weitgehend eine Schichtselektion.

3. Durch das Überwiegen arztaffiner Konfliktformen und Patientengruppen wird eine konflikt- und schichtspezifische Theoriebildung gefördert. Da eine einmal gebildete Theorie wiederum die arztaffine Auswahl der Patienten bestimmt, d. h. die Versorgung steuert, bestätigt sich die Theorie im Sinne einer self-full-filling prophecy. Inwieweit z. B. — um bei der Psychotherapie zu bleiben — die Selektion von 74 % Oberschicht — gegenüber 3 % Unterschichtspatienten die Theoriebildung *Freuds* — z. B. das Konzept der Triebverdrängung — oder die Selektion von 25 % Oberschichtspatienten gegenüber 35 % Unterschichtspatienten die Theoriebildung *Adlers* — z. B. das Konzept der Organminderwertigkeit — beeinflusste, wäre zu prüfen (*Ansbacher* 1959). Es ist wahrscheinlich, daß die Selektion nicht nur für die Psychotherapie gilt (vgl. *Strauß* 1969). Wären die Selektionsprinzipien bekannt, ließe sich der in sich geschlossene Zirkel aufheben.

3. Widersprüche zwischen Krankenverhalten und Krankenversorgung

Es lassen sich nun Widersprüche zwischen der Organisation psychotherapeutischer Versorgung und dem Verhalten der psychisch Kranken aufzeigen:

1. Die Psychotherapie bietet die Versorgung passiv an. Der Weg des Kranken zum Arzt ist damit vorgegeben. Dieses Angebot wird Kranken gemacht, die auf Grund ihrer Erkrankung selbst passiv, in ihrer Initiative gehemmt und verschlossen sind. Gerade bei jenen Kranken, in deren Übertragung Mißtrauen und Angst vorherrschen, dürfte ein vertrauensvolles therapeutisches Abwarten aber nicht ausreichen. Paradoxerweise werden im Verhältnis zwischen Versorgung und Kranken gerade bei *dem* Partner Orientierungskennntnis vorausgesetzt und aktives Entgegenkommen erwartet, der zu beidem weniger befähigt, wenn nicht unfähig ist. Der psychisch Kranke kann sich wegen geringerer Krankheitskennntnis (gerade bei psychischen Störungen) und wegen der psychologischen Abwehr seiner eigenen Krankheit besonders schlecht orientieren. Die komplexe

* (ebenso *Owen* 1941 für die Chicago Studie von *Faris*, *Dunham* 1939)

aktive Leistung, den Arzt aufzusuchen, ist an Entschlüsse und Kommunikationen gebunden, die er aufgrund seiner Krankheit nur schwer zustande bringt. Wer so in *Unkenntnis* über die Krankheit, in *Widerstand* gegen die Krankheit und in *psychosozialer Passivität* befangen ist, kann nicht den ersten Schritt machen. Dem Blinden wird hier die Orientierung überlassen. Es ist jetzt umgekehrt zu formulieren: die Versorgung ist krankenavers.

2. Auch in der Psychotherapie werden ärztliche Erkenntnisse dem Laien — von Ausnahmen für besonders Gebildete abgesehen — ungenügend vermittelt. Die medizinische Wissenschaft entwickelt sich hier exklusiv gegen ihren Auftrag, für den Kranken da zu sein (vgl. Schäfer 1963). Die Kommunikation zum Laien als potentiellen Kranken wird nicht nur nicht gefördert, sondern, soweit überhaupt existent, als Populärwissenschaft abgewertet. Mit dieser Negation der Öffentlichkeitsarbeit steht die Versorgung in vollem Widerspruch zu ihren Kranken, ganz besonders zu jenen, die auf Grund geringerer Schulbildung von vornherein über weniger Informationen verfügen. Bei psychisch Kranken erfordern gerade der Mangel an Krankheitskenntnis, die durch den Widerstand erschwerte Krankheitswahrnehmung und die beeinträchtigten psychosozialen Funktionen besonders dringend eingehende Informationen und Anleitungen.

3. Die heutige Organisation der Versorgung macht es unumgänglich, daß der Psychotherapeut oder die Psychotherapeutische Klinik nur in seltenen Fällen direkt spontan aufgesucht werden kann. Psychisch Kranke sehen zuerst den nicht-therapeutischen Arzt. Eine adäquate Versorgung müßte auf diese Tatsache eingestellt sein.

Die erste Begegnung des psychisch Kranken mit dem Arzt ist schon aus diagnostischen, mehr aber aus psychologischen Gründen besonders diffizil. Der psychisch Kranke verhält sich mehr als andere unsicher und ambivalenter. Er leidet wegen seiner Krankheit oft an unbewußten Schuldgefühlen. Er fühlt sich von anderen weniger akzeptiert, wie er sich auch selbst schwerer anerkennen kann. Er tendiert dazu, seine Erkrankung eher zu verhüllen als aufzudecken. Er ist durch seine größere, labilere Abhängigkeit leichter zu enttäuschen.

Der nicht-psychotherapeutische Arzt ist in dieser Aufgabe weder durch die Ausbildung, noch durch die Struktur seiner eigenen Tätigkeit, noch durch koordinierte Kooperation mit Fachpsychotherapeuten unterstützt. Im Gegenteil ist er häufig in seinem eigenen Widerstand (vgl. De Boor 1958) durch die Vorbehalte der naturwissenschaftlichen Medizin gegenüber der Psychotherapie noch gefördert. Beachtet man diese Verhältnisse in bezug auf das besondere Krankenverhalten, so ist es kaum überspitzt zu sagen, daß die Versorgung dort, wo sie erstmals einsetzt, nur für eines sorgt: für ihr Gegenteil. Nach amerikanischen Felduntersuchungen (Gurin, Veroff, Feld 1960) werden von Kranken, die wegen psychischer Probleme tatsächlich ärztliche Hilfe aufsuchen, 60 % vom nicht-psychotherapeutischen Arzt versorgt. Die Art der Versorgung ist unklar. An den Erwartungen der Patienten (vgl. Gurin, Veroff, Feld 1960) und der Ausbil-

dung des allgemeinen Arztes gemessen, dürfte sie am ehesten einer gemeinsamen Abwehrarbeit entsprechen. Gelingt diese inadäquate Behandlung nicht, resultiert die Überweisung zum Fachpsychotherapeuten. Dem Patienten bleiben die Prinzipien der Überweisung meist unklar (vgl. *De Boor 1958*)⁵. Sie kommen damit *fremdmotiviert* zum Psychotherapeuten. Nach *De Boor (1958)* ist bei überwiesenen Patienten darüber hinaus meist eine *negative Übertragung* zum Psychotherapeuten konstatiert. Die vorangegangenen und gescheiterten Therapieversuche des nicht-psychotherapeutischen Arztes, die zur Überweisung führen, haben den Patienten enttäuscht. Er bringt häufig eine negative Einstellung zum Therapeuten mit.

Aufgrund der Versorgung ist also für den denkbar ungünstigsten Ausgang der ersten therapeutischen Begegnung gesorgt. Mit der Überweisung setzt sich im übrigen die Selektion nach Klassen und Konflikten intrainstitutionell fort (vgl. *Andrews et al. 1959*) und findet über Diagnose (*Pasamanick, Dinitz, Lefton 1959*), Indikation zu bestimmten Behandlungsformen (*Schaffer, Myer 1954; Brill, Storrow 1960; Gallagher, Sharaf, Livinson 1965*) und den Therapieverlauf (*Imber, Nash, Stone 1955*) bis zum Resultat der Behandlung nach allen Untersuchungen auch kein Ende (*Hollingshead, Redlich 1958; Overall, Aronson 1963; Hoehn-Saric et al. 1964*).

4. Durch die auf Klinik, Poliklinik und Praxis zentralisierte Behandlung, wird der psychisch Kranke aus seiner sozialen Situation isoliert. Inwieweit diese Zentralisierung unumgänglich ist oder nicht, kann in diesem Rahmen nicht diskutiert werden. Hier sollen die Konsequenzen der daraus resultierenden Isolation hervorgehoben werden.

Psychisch Kranke sind — wie erwähnt — ebenso psychosozial wie intrapsychisch gestört. Sie fühlen sich besonders abhängig von der Umgebung. Durch die therapeutische Isolation geraten nun gerade die für die psychischen Störungen entscheidenden Zusammenhänge der konkreten Lebenssituation und die beeinträchtigten psychosozialen Funktionen aus dem Blickfeld der Ärzte. Entscheiden und Handeln des Kranken und der Stellenwert seiner Erkrankung in der sozialen Umgebung bleiben randständig. Das wird besonders schwerwiegend, wenn die Ärzte, selbst weitgehend den oberen Mittelschichten entstammend, zu dieser konkreten Lebenssituation eine große soziale Distanz haben.

In psychotherapeutischer Theorie und Therapie wird dadurch die soziale Dimension unterschätzt. *Kilian* spricht provokativ von „a-sozialer Medizin“ (1970). So konnte das Krankheitsverhalten übersehen werden und seine Selektionsfolgen bis hin zu den konflikt- und schichtspezifischen psychotherapeutischen Einrichtungen. The-

5 Das dürfte die Folge einer Rollenverteilung zwischen Arzt und Kranken sein, in der dem Arzt überlegene Allwissenheit, dem Kranken Unmündigkeit zugeschrieben wird. Diese ärztliche Ideologie schließt den Kranken aus, bietet ihm keine Einsicht, macht ärztliche Entscheidungen nicht transparent.

rapeutische Artefakte können leicht übersehen werden: daß der depressiv-phobisch-passive Patient mit seiner großen Abhängigkeit von der jeweiligen Umgebung in der isolierenden Therapie auch seine ökologische Nische gewinnen kann, also seine Flucht vor der sozialen Wirklichkeit realisiert — oder, daß er seine Erkrankung auf die soziale Umwelt abwälzt und scheinbar gesundet (*Beckmann, Richter, Scheer* 1969). Davon abgesehen steht eine isolierende Versorgung in Widerspruch gerade zu Kranken, deren psychosoziales Verhalten beeinträchtigt ist, zu Kranken, die nach eigenen Angaben von der sozialen Situation besonders beeinflusst werden, wenn sie nicht überhaupt aus einem pathogenen sozialen Kontext — etwa der Arbeitsplatzsituation (vgl. *Kornhauser* 1962; *Abholz* 1970) erkrankt sind.

5. Der letzte Widerspruch zwischen Versorgung und Kranken ist der bekannteste: die Diskrepanz zwischen der extrem geringen Anzahl von ausgebildeten Psychotherapeuten bzw. psychotherapeutischen Institutionen und der großen Anzahl der Kranken mit psychischen Störungen. Die psychotherapeutische Praxis ist täglich damit konfrontiert. *Kennedy* erklärte darauf bezogen im Februar 1963 für USA eine nationale Notsituation.

Die sichtbare Kluft zwischen Versorgungsangebot und Versorgungsbedarf „trügt“ jedoch. Durch arztmeidendes Krankenverhalten und Überweisungselektion stellt der manifeste Bedarf der Patienten den schmalen Rest eines latenten objektiven Bedarfes der Kranken dar. Der manifeste Bedarf, der manifeste Sollwert der Versorgung, ist weitgehend ein Produkt dieser krankenaversen Versorgung selbst und zwar nicht nur der qualitativ unzureichenden, sondern auch der quantitativ unzureichenden Versorgung. Die Medizinsoziologie hat nachgewiesen, daß die Zahl der Kranken von dem Umfang der eingerichteten Krankenversorgung abhängt (vgl. *Pflanz* 1962). In Gießen kommen z. B. 2 % der eingeschriebenen Studenten pro Jahr in die Psychotherapeutische Beratung. Bei einem allgemein geschätzten Minimum von 10 bis 15 % psychisch Kranker in einer Population (*Strotzka* 1965), stellt dieser manifeste sogenannte „Bedarf“ weniger als ein Fünftel des objektiv latenten Bedarfes dar.

In den genannten Widersprüchen wird eine Distanz zwischen Versorgung und ihren Kranken sichtbar. Sozialmediziner haben für die gesamte Medizin auf diese Kluft aufmerksam gemacht (*Schäfer* 1963; *Pflanz* 1962; *Strotzka* 1965). Die Versorgung hat sich vom Kranken ebenso entfernt, wie der Kranke von der Versorgung. Auf diese komplexeren Bedingungen dieser Dissoziation im Verhältnis von Kranken und Versorgung, die letztlich mit der Genese und der Verarbeitung insbesondere von psychischen Krankheiten in unserer Gesellschaft zu tun haben, kann ich in diesem Rahmen nicht eingehen. Eines läßt sich festhalten: ohne Beachtung des Krankenverhaltens wird die Psychotherapie und wahrscheinlich die Medizin überhaupt noch weiter vom Kranken fortschreiten.

* (*Koos* 1954)

4. Therapie des Krankenverhaltens und Krankenverhalten als Therapie

Wie kann diese Dissoziation im Arzt-Kranken-Verhältnis reduziert werden? Die Maßnahmen müssen gleichzeitig von der Versorgung, den Kranken und der übergreifenden Steuerung durch die Gesetzgeber ausgehen (vgl. *Strauß* 1969, Änderungen des medizinischen Versorgungssystems für Unterschichtspatienten).

1. Das Krankenverhalten bei psychischen Störungen erfordert eine spezifisch darauf eingehende Versorgung. Der Weg des Kranken zum Arzt muß auch in umgekehrter Richtung zu einem Weg des Arztes zum Kranken ausgebaut werden. Die passiv abwartende Versorgung wird damit zu einer aktiv entgegenkommenden Versorgung⁶. Der Konflikt zwischen vorhandener Zentralisierung und dadurch gegebener Isolation kann angegangen werden, wenn von zentraler Steuerung der Institution aus eine dezentralisierte Versorgung einsetzt. Zu denken ist an eine Art aus der Klinik heraus wirkende Hausärzte, an ambulante Ambulanzärzte (vgl. einen ähnlichen Vorschlag für den sozialpsychiatrischen Sektor von *Wulff* 1970). Familienpsychotherapeuten und Arbeitsgruppenpsychotherapeuten könnten am sozialen Ort wirksam werden bis hin zu kommunalen Versorgung, wie etwa eine an unserer Klinik von Experten- und Studentengruppen bereits durchgeführte psychoanalytische Obdachlosenbetreuung⁷. Diese extraklinische Versorgung in der konkreten Lebenssituation dürfte zur Entwicklung neuer therapeutischer Techniken führen und zirkulär die Theorie beeinflussen. So dürften etwa die bisherigen konflikt- und schichtspezifischen Versorgungsmethoden erweitert werden um neue Formen gruppen- bzw. schichtadäquater Therapien, die sich erst in diesem extraklinischen sozialen Raum entwickeln können. Wegen des Mangels an Psychotherapeuten werden sich diese Maßnahmen im wesentlichen als Supervision laientherapeutischer Prozesse, als eine Art organisierender Therapie entwickeln.

2. Die Kommunikation vom Psychotherapeuten zum Laien müßte in einem bisher nicht gekannten Ausmaß intensiviert werden. Die Öffentlichkeitsarbeit ist als Therapie des Krankenverhaltens zu verstehen. Die gering geschätzte sogenannte Populärwissenschaft ist potentiell eine therapeutische Maßnahme ersten Ranges. Der Haupt-

6 Hier wird ein Konflikt mit den Interessen niedergelassener Ärzte zu erwarten sein. Daß diese Widerstände von Standesverbänden bei Ausdehnung der ambulanten Versorgung erhebliche Ausmaße annehmen kann, berichtet *Wulff* (1971 b): „Die niedergelassenen Ärzte Mannheims rückten z. B. mit Patientenadressen nicht heraus, als die Gemeindepsychiatrie einen Club für psychisch Kranke aufmachen wollte. Und die konfessionellen Wohlfahrtsverbände machten nicht selten zur Bedingung ihrer Mitarbeit bei den Randgruppenprogrammen, daß diese ihren phobischen und moralisierenden Arbeitsstil übernehmen...“

7 Die Aufgabe dieser Therapeuten besteht selbstverständlich nicht in einem Verdecken sozialer Konflikte durch anpassende Maßnahmen, vielmehr soll sie den Individuen helfen, diese Konflikte wahrzunehmen, sich angesichts dieser Konflikte adäquat zu entscheiden und zu handeln.

zugang zu den Laien ist durch die Massenmedien gegeben. Sie sind damit auch ein Versorgungsinstrument höchster Bedeutung, das von Experten verantwortlich genutzt werden sollte⁸. Neben der wissenschaftlichen Leistung sollte für Psychotherapeuten die Öffentlichkeitsarbeit als eine ebenso bedeutende soziale Leistung gewertet werden. Verbunden damit ist der Ausbau einer allgemein verständlichen Sprache über Krankheitsvorgänge, die sich vor allem auch nach dem Sprachgebrauch der sozialen Schichten zu richten hätte. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung arbeitet vorrangig an diesem kommunikationswissenschaftlichen Programm. Sie fordert curricula für Gesundheitserziehung in Schulen und Hochschulen (Bundesregierung 1970).

3. Ähnlich bedeutend ist bei dem für die nächsten Jahrzehnte voraussehbaren Mangel an Psychotherapeuten die Kommunikation zu den Ärzten für Allgemeinmedizin, zu praktizierenden Fachärzten und zu medizinischen Kliniken, wo die Mehrzahl der Patienten mit behandlungsbedürftigen psychischen Störungen erscheinen dürften. Anleitungen für die erste Begegnung mit dem psychisch Kranken und für die Überweisung sind hier die zentralen Probleme. Die Kommunikation leidet bisher meist an chronischer Enttäuschung und Desinteresse. Die durch die Ausbildung anezogene Divergenz der Auffassung und die institutionelle Struktur unserer Fachdisziplinen dürfte hier entscheidend sein. Die in der Medizin gelungene Spezialisierung bei einer gleichzeitig mißlungenen Integration, die der erreichten höheren Differenzierung entspräche, dürfte dafür verantwortlich sein. Heute geht ja die Desintegration bereits soweit, daß eine Disziplin kaum noch die andere versteht. *Portmann (1969)* nannte es ein soziales Problem ersten Ranges, daß die Gesellschaft mit den Erkenntnissen der Wissenschaft nicht Schritt hält. Dieses Problem stellt sich aber schon innerhalb einer einzigen Wissenschaft. Gerade für die Psychotherapie — die eher eine Dimension als ein Spezialfach der Medizin darstellt — ist die *interdisziplinäre Integration* ein zentraler Aufgabenbereich, der gleichberechtigt neben die spezialisierende, eigendisziplinäre Forschung gestellt werden muß. Es dürften viel soziale Phantasie und zahlreiche Experimente nötig sein, um wenig aufwendige Kommunikationsmodelle entwickeln zu können: etwa Publikationsorgane, in denen interessierende Ergebnisse stichwortartig mitgeteilt werden; wissenschaftliche Mitarbeiter mit Beobachterfunktion für andere Disziplinen oder gemeinsame Konferenzen.

⁸ Nach den Analysen von *Jaekel und Wieser (1970)* wird das Bild psychisch Kranker in der Öffentlichkeit allerdings durch die Presse, z. B. über Sensationsmeldungen, stärker geprägt als durch bisherige wissenschaftlich orientierte Berichte. Ein jüngstes Beispiel ist die Ablehnung der Einwohner Tanderns (Bayern), in ihrem Dorf eine Behandlungsabteilung für drogenabhängige Jugendliche zuzulassen. Nach Bericht der leitenden Therapeutengruppe (ARD-Fernsehen, München report, 19. 7. 71) führten erst negativ aufgemachte Kommentare der Presse zum entscheidenden Meinungsumschwung in der Bevölkerung.

Die Hauptintegration wird jedoch im Entwicklungsstadium der Mediziner, d. h. durch den medizinischen Unterricht geleistet werden. Das ist durch die bereits beschlossene medizinische Ausbildungsreform angezielt. Der sogenannte Basalarzt soll künftig über Psychosomatik, Psychotherapie; Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie jene Informationen erhalten, die ihm heute fehlen. Das Krankenverhalten bei psychischen Störungen ist in den Lernzielkatalog der Psychosomatik/Psychotherapie aufgenommen worden (*Lernziel-Kommission* 1971). Im Unterricht sollte der angehende Mediziner die konkrete Lebenssituation des Kranken kennenlernen — etwa in Form einer psychosozial orientierten Betreuung von Familien (vgl. die Forderung *Strotzkas* zur Erforschung pathogener Familien 1970) oder Berufsgruppen am Arbeitsplatz (vgl. *Abholz* 1970) über längere Zeit während des Studium. Damit ist eine neue Verhaltensdisposition künftiger Ärzte vorzusehen, die sowohl die Distanz zur psychotherapeutischen Perspektive als auch die Distanz zu den Kranken reduziert.

4. Der Mangel an Psychotherapeuten bei einem sich ausdehnenden Aufgabenbereich erfordert neben der immer wieder betonten Intensivierung der Spezialausbildung eine breite Aktivierung bisher unzureichend genutzter therapeutischer Potentiale.

So können *nicht-psychotherapeutische* Ärzte psychotherapeutische Betreuungen bei angemessener Anleitung durchführen, wie sie etwa *Richter* und *Beckmann* (1969) für die Herzneurose beschrieben. In Lernzielen der Psychosomatik/Psychotherapie ist die psychologische Führung von Kranken vorgesehen (*Lernzielkommission* 1971). Darüber hinaus müssen andere Ausbildungs- bzw. Fortbildungsveranstaltungen intensiviert und vor allem in neuer Form entwickelt werden. Der Verbund von Psychotherapeuten mit Praktikern oder mit Mitarbeitern nicht-psychotherapeutischer Kliniken im Sinne der *Balint-Gruppen* wird praktiziert⁹ Denkbar wären psychotherapeutische Ausbildungsgänge in kurzfristig intensiver Form bei gleichzeitigem praktischem Umgang mit den Patienten — etwa in Analogie zu gruppenspezifischen Laboratorien. Eine Wandlung der üblichen theoretisch informierenden Kongresse zu Kongressen, in denen psychotherapeutisches Handeln in Gruppen geübt wird, wäre anzustreben.

Es sind aber vor allem neue Ausbildungsgänge für *nicht-ärztliche Laien* zu wünschen. Auf dem denkbaren Ausbildungskontinuum, das von Laien einerseits und vom psychotherapeutischen Spezialisten andererseits begrenzt ist, liegt ein unzureichend genutztes therapeutisches Potential. Eine Ausbildung für Laien mit fortlaufend gleitenden Abschlüssen, in der also jeder erreichte Ausbildungsschritt un-

9 Diese Art Fortbildung ist allerdings für praktizierende Ärzte meist mit einem finanziellen Verlust verbunden: durch Einbuße an Verdienst und Bezahlung der Fortbildung. Das ökonomische Problem ergibt sich aus der privaten Struktur der Praxis; erst wenn hier eine Lösung gefunden ist, wird die Fortbildung intensiver aufgenommen werden.

mittelbar eine entsprechende therapeutische Aktivität erlaubt, wäre zu wünschen. Die Ausbildung müßte vor allem auch Personen erfassen, die aus unterschiedlichen Schichten kommen, um nicht die übliche schichtspezifische Ausbildung in kleinerem Maßstab zu wiederholen. Nur durch therapeutisch-tätige Angehörige der Zielgruppe kann ein Hauptfaktor der Dissoziation, die soziale Distanz, in soziale Nähe verwandelt werden¹⁰. Im sozialen Feld bietet sich die Gruppentherapie sozialpsychologischer Schlüsselfiguren an, die selbst im therapeutischen Sinne weiterwirken können. Im Rahmen der Studentenberatung versuchen wir in diesem Sinne ein Konzept „Psychotherapeutische Tutoren“ zu realisieren. In den USA hat sich für die Gesamtmedizin innerhalb dieser Lücke im Ausbildungskontinuum in den letzten Jahren sehr schnell ein Berufsmodell entwickelt, die sogenannten „Paramedics“, die bei begrenzter Ausbildung einfache ärztliche Maßnahmen durchführen (ähnlich auch UdSSR) und die Spezialisten entlasten¹¹. In der Psychotherapie ist nur über einen sehr breiten Therapeuten-Paratherapeuten-Verband ein adäquates Krankenverhalten bzw. eine vorsorgende psychosoziale Betreuung der Bevölkerung erreichbar.

Der folgende Schritt geht noch darüber hinaus: es geht nicht nur um Schulung, sondern um Aktivierung der therapeutischen Funktion bei Laien und Kranken. Voraussetzung ist ein neues Verständnis des Krankenverhaltens. Die Umwertung erfolgt durch die Anerkennung der curativen, der heilenden Anteile gegenüber den gestörten Anteilen im Krankenverhalten. Das Verhalten gegenüber der Krankheit kann auch als der spontane Versuch therapeutischen Verhaltens aufgefaßt werden. Das wäre der Schritt von der Therapie des Krankenverhaltens — wie bisher besprochen — zum Krankenverhalten als Therapie. Damit erscheinen die bisher als gefährlich angesehenen *Selbstbehandlungen* auch als eine therapeutische Chance. Dieser Schritt stößt in dem deutschen Sprachraum auf Ablehnung und mobilisiert bei denen, die sich therapeutisch verantwortlich fühlen, noch Angst. In angelsächsischen Ländern dagegen ist dafür bereits der Terminus *promotion* (vgl. *Strotzka* 1965) üblich. Damit ist sowohl Aufgreifen sich entwickelnder, wie Mobilisieren noch nicht vorhandener therapeutischer Aktivitäten in der Bevölkerung gemeint. Der Therapeut setzt hier also nur therapeutische Prozesse in Gang. Ob zu dieser Promotion eine Supervision hinzukommt, ist eine andere Frage. Aus dieser Aktivität resultiert die Mental Health-Bewegung in den USA (*Strotzka* 1965). Die Aktivierung des curativen Ichs erfolgt bei uns in vorsichtigen Ansätzen: etwa in den Patientenclubs nach erfolgter psychiatrischer Behandlung. Ein Beispiel in der Studenten-

10 Ein Kernproblem wird hier natürlich der Bezahlungsmodus sein, was sich am besten im Rahmen eines neuen Berufsbildes (bzw. Nebenberufsbildes) lösen ließe (vgl. weiter unten „Paramedics“).

11 Im Behandlungsmodell der „Therapeutischen Gemeinschaft“ führen ja bereits Schwestern selbständig psychotherapeutische Gespräche mit Patienten durch.

psychotherapie sind die sogenannten living units, d. h. Wohneinheiten, in denen gesunde und psychisch gestörte Studenten zusammenleben. Die Ergebnisse solcher Laienbehandlungen sollen professionelle Therapie teilweise übertreffen. Auch wenn Kranke sich gegenseitig therapieren, können sich günstigere Resultate ergeben. Die Erfolge der anonymen Alkoholiker übertreffen die professionellen Therapieresultate (wenigstens, was den Alkoholismus betrifft). In den USA soll es heute bereits ähnliche Gruppenselbstbehandlungen bei psychischen Störungen unter dem Namen „anonyme Neurotiker“ geben. Wir versuchen eine gruppenspezifische Selbsthilfe in Form von Kontaktgruppen ratsuchender Studierender einzurichten, die wir selbst aus Mangel an Behandlungskapazität nicht versorgen können. Die Selbsthilfebewegung in der Bevölkerung wird die ängstlichen Versuche der Experten wahrscheinlich schnell überflügeln. Umfangreiche Laienorganisationen therapeutischen Charakters sind in der letzten Zeit entstanden. Um nur einige zu zitieren: Selbsthilfe Krebskranker in Wiesbaden; Altenselbsthilfe in Hamburg; Nachbarschaftshilfe in Darmstadt; Selbsthilfe Drogensüchtiger in Frankfurt (*Frankfurter Rundschau* Juni/Juli 1971)*. Diese Bewegung ist ein Teil einer größeren Entwicklung, der sogenannten Bürgerinitiativen, die sich in zahlreichen sozialpolitisch wichtigen Bereichen auf tun, wie im Wohnungswesen, der Rechtsreform, der Kindererziehung und der Schulpraxis (vgl. *Großmann* [HG] 1971; zum Selbsthilfesystem der Arbeiterschicht vgl. *Halbertsma* 1970).

6. Für alle genannten Aktivitäten — extraklinische Versorgung, Lientherapie und Selbsthilfe — muß begleitende Forschung gefordert werden. Nur durch empirisch belegbare Ergebnisse ist eine Rückkoppelung, eine Steuerung und die Möglichkeit zur kreativen Änderung der therapeutischen Ansätze garantiert. Für diese Forschung, Versorgung und für die Ausbildung müßten an psychotherapeutischen Institutionen Sozialpsychotherapeutische Abteilungen entstehen. Da psychisch Kranke sich von der Therapie durch versorgungsmeidendes Verhalten selbst ausschließen, wären solche extraklinisch orientierte Institutionen in der Psychotherapie ebenso nötig wie in der Psychiatrie. Darüber hinaus ist diese Aufgabe für jede medizinische Disziplin relevant. Im Gesundheitsbericht der Bundesregierung 1970 wird nach ersten systematischen Experimenten in Hessen mit extraklinischer und ambulanter Untersuchung festgestellt, daß die „Häufigkeit . . . von Krankheiten . . . höher liegt als bisher selbst von Pessimisten angenommen“. Das artzaverse Verhalten scheint also bei allen Kranken in seiner Bedeutung unterschätzt zu werden. Zusätzlich zu einem Institut für Sozialmedizin wären dezentralisierte mit den therapeutisch aktiven, klinischen Disziplinen eng verbundene sozialmedizinische Abteilungen erforderlich. Neben die Laborforschung muß gleichberechtigt die Feldforschung treten.

* Sozialistisches Patientenkollektiv in Heidelberg (Basisgruppe Medizin 1970).

In der Kommunikation mit der konkreten Lebenssituation des Kranken können die psychosoziale Genese der Krankheiten und exemplarische Therapiemodelle entwickelt werden. Die Dissoziation zwischen Arzt und Kranken wird reduziert. Im Prinzip handelt es sich um aktive Vorsorgeabteilungen, deren Entwicklung gesundheitspolitisch vorgezeichnet ist.

7. Die letzte und entscheidendste Aktivität wäre die Einflußnahme auf den Gesetzgeber. *Strotzka* (1965) schreibt: „So wie in der Einzeltherapie die Bearbeitung von Widerstand und Übertragung gegenüber der Bearbeitung des Inhaltes Priorität hat, haben in der Sozialpsychiatrie Ausbildung und Beeinflussung des Gesetzesrahmens Vorrang gegenüber anderen Therapiemethoden.“ Als wichtigste ärztliche Tätigkeit ist hier eine politische Tätigkeit dargestellt. Der Zeitpunkt ist heute außerordentlich günstig. Erste Vorsorgemaßnahmen sind seit einer Woche gesetzliche Kassenleistung. Das Krankenverhalten rückt dadurch ins Blickfeld. Zwar werden Erkrankungen wie im letzten Gesundheitsbericht der Bundesregierung immer noch über die Arbeitsunfähigkeit gemessen. Selbst aber, wenn man Krankheiten in dieser Weise auf eine volkswirtschaftliche Betrachtung reduziert als finanzökonomisches Problem aufgreift, zeigt sich ein irrationales Mißverhältnis in der Versorgung: 70 Milliarden DM Krankheits- und Krankheitsfolgekosten stehen nur 4,5 Milliarden DM zur früheren Erfassung und Vorbeugung gegenüber. Dieses Mißverhältnis spiegelt die Irrationalität einer abwartenden Versorgung, welche die eigene krankenaverse Struktur und das arztmeidende Krankenverhalten ihrer potentiellen Klientel übersieht. Die Regierung hat das im Ansatz erkannt. Im Mai 1970 wurde ein bundeseigenes Institut für Sozialmedizin und Epidemiologie eingerichtet (*Bundesregierung* 1970). Der Gesundheitsbericht 1970 betont die Bedeutung und bisherige Vernachlässigung der sozialen Situation für die Erkrankungen. Es kommt nun auf die therapeutisch Tätigen an, diese Bewußtseinslage in der Regierung und der initiativ werdenden Bevölkerung zu nutzen.

Literaturverzeichnis

- Abholz, H.-H. (1970): Die Rolle des industriellen Arbeitsplatzes für die Aetiologie psychischer Erkrankungen. Ein Literaturüberblick. Das Argument. Zeitschr. f. Philosophie u. Sozialwissenschaften, Nr. 60 (Sonderband): 142
- Andrews, L. P.; Diamond, E.; White, K. L.; Williams, F.; Greenberg, B. G.; Hamrick, A. A. und Hunter, E. A. (1959): A study of patterns of patient referral to a medical clinic in a rural state. Methodology. Am. J. Publ. Health 49: 634.

- Ansbacher, H. L. (1959): The significance of the socio-economic status of the patients of Freud and of Adler. *Am. J. Psychoth.* 13: 376.
- Baker, R. W. (1965): Incidence of psychological disturbances in college students. *J. Coll. Health* 13: 65.
- Balint, M. (1968) * 1: The basic fault. Tavistock Publications, London.
- Beckmann, D. (1971): Psychologische Determinanten in der Arzt-Patient-Beziehung. In Druck.
- Beckmann, D.; Richter, H. E. und Scheer, J. W. (1969): Kontrolle von Psychotherapieresultate. *Psyche* 23: 805.
- De Boor, C. (1958): Widerstände gegen die psychosomatische Behandlung. *Psyche* 12: 511.
- Brill, N. Q. and Storrow, H. A. (1960): Social Class and Psychiatric Treatment. *Archives of General Psychiatry*, Vol 3, 10: 340.
- Bundesregierung (BDR) (1970): Gesundheitsbericht. Drucksache VI/1667, Sachgebiet 212. Deutscher Bundestag Wahlperiode 6. Verlag Dr. Hans Heger, Bonn-Bad Godesberg: S. 196.
- Cameron, N. (1963): Personality Development and Psychopathology. A dynamic Approach. Houghton Mifflin Comp., Boston.
- Christian, P. (1966): Risikofaktoren und Risikopersonlichkeit beim Herzinfarkt. *Soziosomatik d. Kreislaufkrankheiten*: 97.
- Christian, P. (1968): Interdependenz von Umwelt und Person am Beispiel des Herzinfarktes. In: *Verhandlungen des VII. Internat. Kongresses f. Psychotherapie, Wiesbaden 1967*. Th. Spoerri und W. Th. Winkler (eds) Teil III. Herzinfarkt u. andere psychosomatische Störungen: *Psychotherapy and Psychosomatics* 16: 210.
- Cobb, B.; Clark, R. L.; McGuire, C. und Howe, C. D. (1954): Patient responsible delay of treatment in cancer. A social psychological study. *Cancer* 7: 920.
- Cowles, W.; Polgar, St.; Simmens, L. und Switzer, J. (1963): Health and communication in a Negro census tract. *Social Problems* 10: 228.
- Erikson, E. H. (1950): Wachstum und Krisen der gesunden Persönlichkeit. In: Erikson (1966), S. 55.
- Erikson, E. H. (1966) (engl. 1959 a): Identität und Lebenszyklus. Suhrkamp, Frankfurt.
- Faberow, N. (1963) * 2: Taboo Topics. New York.
- Freidson, E. (1960): Client Control and Medical Practice. *A. Journ. of Sociology* 65: 374.
- Freud, S. (1909): Über Psychoanalyse. *Gesammelte Werke VIII: 1*; Fischer-Verlag, Frankfurt (1964).
- Gallagher, E. B.; Sharaf, M. R. und Levinson, D. J. (1965): The Influence of Patient and Therapist in Determining the Use of Psychotherapy in a Hospital Setting. *Psychiatry*, 28: 297.
- Goldsen, R. K. (1963): Patient Delay in Seeking Cancer Diagnosis: Behavioral Aspects. *J. chron. Dis.*, 16: 427.
- Grossmann, H. (Hg) (1971): Bürgerinitiativen. Schritte zur Veränderung. Fischerbücher. Informationen zur Zeit, Bd. 1233, Frankfurt/M.
- Gurin; Veroff, J. und Feld, S. (1960): Americans View their Mental Health. Joint Commission on Mental Illness and Health. Monograph Series Nr. 4, Basic Books, New York.
- Halbertsma, H. A. (1970): Working class systems of mutual Assistance in case of childbirth, illness and death. *Soc. Sci and Med.* 3: 321.

- Henderson, J. G.; Wittkower, E. D. und Longheed, M. N. (1958): A psychiatric investigation of the delay factor in patient to doctor presentation in cancer. *J. Psychosom. Res.* 3: 27.
- Hoehn-Saric, R.; Frank, J. D.; Imber, St. D.; Nash, E. H.; Stone, A. R. und Battle, C. C. (1964): Systematic Preparation of Patients for Psychotherapy — I. Effects on therapy Behavior and Outcome. *Journ. of Psychiatr. Research* 2: 267.
- Hollingshead, A. B. und Redlich, F. C. (1958): Social class and mental illness. New York 1958.
- Hunt, R. G. (1960): Social class and mental illness: Some implications for clinical theory and practice. *Am. J. Psychiatr.* 116: Nr. 12.
- Imber, S. D.; Nash, E. H. und Stone, A. R. (1955): Social class and duration of psychotherapy. *J. clin. Psychol.*, II: 281.
- Inkeless, A. (1960): Industrial man the relation of status to experience, perception and value. *Am. J. Sociol.*, 66: 1.
- Kannel, W. B.; Widmer, L. K. und Dawber, T. R. (1965): Gefährdung durch koronare Herzkrankheit. *Schweiz. med. Wschr.* 95: 18.
- Kasl, St. V. und Cobb, S. (1964): Some psychological factors associated with illness behavior and selected illness. *J. chron. Dis.* 17: 325.
- Kasl, St. V. und French, J. R. P. (1962): The effects of occupational status on physical and mental health. *J. soc. Issues*, 18: 67.
- Kilian, H. (1970): Kritische Theorie der Medizin. Das Argument; *Zschr. f. Philosophie u. Sozialwissenschaften*, Nr. 60 (Sonderband): 87.
- Koos, E. L. (1954): The health of Regionville: What the people thought and did about it. Columbia University Press, New York.
- Kornhauser, A. (1962): Toward an Assessment of the Mental Health of Factory Workers: A Detroit Study. *Human Organization* Vol. 21, 1: 43.
- Langner, T. S. und Michael, S. T. (1963): Life Stress and Mental Health. The Midtown Manhattan Study. Vol. II; Free Press of Glencoe, New York.
- Lernzielkommission Psychosomatik/Psychotherapie (1971): Lernzielkatalog Psychosomatik/Psychotherapie, 4. Fassung. Vervielfältigtes Manuskript.
- Mechanic, D. (1962): The concept of illness behaviour. *J. chron. Dis.* 15: 189.
- Mechanic, D. und Volkart, E. H. (1960): Illness behavior and medical diagnosis. *J. Hlth. hum. Behavior*, 1: 86.
- Mechanic, D. und Volkart, E. H. (1961): Stress, Illness Behavior and the Sick Role. *Am. soc. Rev.* 26: 51.
- Miller, D. R. und Swanson, G. E. (1960): Inner Conflict and Defense. New York.
- Moeller, M. L. und Scheer, J. W. (1970 * 3: Student und psychische Störung. Fotodruck. Unveröffentlicht (Habilitationsschrift Moeller), Gießen.
- Overall, B. und Aronson, H. (1963): Expectations of Psychotherapy in Patients of Lower Socioeconomic. Class. *Am. J. of Orthopsychiatry*, Vol. 33, 3: 421.
- Owen, M. B. (1941): Alternative hypotheses for explanation of some of the Faris' and Dunham's results. *Am. J. Sociol.*, 47: 48.
- Pasamanick, B.; Dinitz, S. und Lefton, M. (1959): Psychiatric orientation and its relationship to diagnosis and treatment in a mental hospital. *Am. J. Psychiatry* 116: 127.
- Pflanz, M. (1958): Über ätiologische Vorstellungen. *Medizinische* 1: 52.
- Pflanz, M. (1962): Sozialer Wandel und Krankheit. Enke Verlag, Stuttgart.

- Pflanz, M. (1963): Soziale Umwelt und Kranksein. Berliner Ärzteblatt, 76: 326.
- Pflanz, M. (1964): Der Entschluß zum Arzt zu gehen. Hippokrates, 35: 894.
- Pflanz, M. (1965, 1967): Gesundheitsverhalten. Mensch und Medizin (1965) 6: 173. Auch in: Mitscherlich et al (1967), S. 281.
- Pflanz, M.; Pinding, M.; Armbrüster, A. K.-W. und Török, M. (1966): Medizinsoziologische Untersuchung über Gesundheitsverhalten. Med. Klinik 10: 391.
- Plaum, F. G. (1968): Krankheitstheorien und Behandlungserwartungen psychosomatischer Patienten. Med. Diss. Univ. Gießen.
- Portmann, A. (1969)
- Rangell, L. (1969): Zur Analyse des intrapsychischen Prozesses. Psyche 23, 6: 438.
- Richter, H. E. (1963): Eltern, Kind und Neurose. Klett Verlag, Stuttgart.
- Richter, H. E. (1966): Zur Theorie und Therapie von Familienneurosen aus psychoanalytischer Sicht. Nervenarzt 37: 1.
- Richter, H. E. (1970): Patient Familie. Rowohlt Verlag, Reinbek.
- Richter, H. E. und Beckmann, D. (1969): Herzneurose. Thieme, Stuttgart.
- Riessman, F.; Cohen, J. und Pearl, A. (eds) (1964): Mental Health of the Poor. New Treatment Approaches for Low Income People. The Free Press of Glencoe, London.
- Schaffer, L. und Myers, J. (1954): Psychotherapy and social stratification. Psychiatry, 17: 83.
- Schäfer, H. (1963) * 4, 5: Die Medizin in unserer Zeit. München.
- Seemann, W. F. (1964) (a): Verhaltensmerkmale von Kranken vor und nach einem Herzinfarkt. Westfälisches Ärzteblatt, 5.
- Seemann, W. F. (1964) (b): Psyche und Herzinfarkt. In: Institut f. Psychoth. Tiefenpsychol., Stuttgart (Hg). Krankheit als psychisches Phänomen. Almanach.
- Scott, W. A. (1958): Social Psychological Correlates of Mental Illness and Mental Health. Psychological Bulletin 55 (2), 65: 7.
- Strauss, A. L. (1969): Medical Organization, Medical Care, and Lower Income Groups. Soc. Sci. and Med. 3: 143.
- Strotzka, H. (1965): Einführung in die Sozialpsychiatrie. Rowohlt Verlag, Reinbek.
- Strotzka, H. und Leitner, J. (1969): Die sozialpsychiatrischen Folgen einer ökonomischen Krise. Wiener med. Wschr.
- Strotzka, H.; Simon, M. D. und Siwy, P. (1970): Umweltbedingungen psychosozialer Fehlentwicklungen. Eine sozialökologische Feldstudie in einer niederösterreichischen Kleinstadt. Forschungsbericht Nr. 40.
- U.S. Department of the Army Office of the Deputy Chief of staff for Personal (1960): Sick Leave Study. Army Progress Report TP-3, Part 3: 1.
- Jaeckel, M.; Wieser, S. (1970): Das Bild des Geisteskranken in der Öffentlichkeit. Thieme Verlag, Stuttgart.
- Wulff, E. (1970): Der Medizinstudent und die Psychiatrie. Das Argument, Zschr. f. Philosophie u. Sozialwissenschaften. Nr. 60 (Sonderband): 17.
- Wulff, E. (1971 a): Psychopathie? Sociopathie? Evolution psychiatrique, im Druck.

Wulff, E. (1971 b): Kritische Sozialpsychiatrie in der Bundesrepublik, in K. Dörner (Hg) (1971): Die Rückkehr des psychisch Kranken in die Gesellschaft. Luchterhand Verlag, Frankfurt, im Druck.

Basisgruppe Medizin; Medizinische Fachschaft Gießen (1970): Dokumentation zum sozialistischen Patientenkollektiv Heidelberg. Fotodruck.

Faris, R. E. L. und Dunham, H. W. (1939): Mental Disorders in Urban Areas University of Chicago Press.

Moeller, M. L. und Scheer, J. W. (1971): Arbeitsprobleme bei Studenten in der Beratung. student und politik — im Druck.

Schneider, K. (1923): Die psychopathischen Persönlichkeiten. Deuticke Verlag, Leipzig und Wien.

Schneider, K. (1959): Klinische Psychopathologie. Thieme Verlag, Stuttgart.

Diskussion

Hans Peter Dreitzel

No one can begin to think, feel or act now except from the starting point of his or her own alienation . . . We are all murderers and prostitutes — no matter to what culture, society, class, nation one belongs, no matter how normal, moral or mature one takes oneself to be¹.

Ronald Laing

Soziale Rolle und politische Emanzipation

Sechs Thesen gegen Peter Furths melancholische Kritik am Rollenbegriff

Daß die Soziologie es schwer gehabt hat, sich als Nachzügler im Kreis wissenschaftlicher Spezialdisziplinen gegenüber ihren Nachbarfächern zu etablieren, ist eine alte Beobachtung. Daß sie, entgegen dem Anschein, den der inflationistische Gebrauch des Attributs „soziologisch“ erweckt, auch heute noch mit aufs Grundsätzliche zielendem Widerstand zu rechnen hat, bezeugt Peter Furths „Nachträgliche Warnung vor dem Rollenbegriff“². Denn nicht allein die Rollentheorie steht hier in Frage, sondern die Legitimität einer spezifischen wissenschaftlichen Perspektive, die nach sozialen (und eben nicht nach historischen, ökonomischen oder psychologischen) Tatsachen fragt. Daß das Besondere der sozialen Beziehungen wie das Allgemeine des gesellschaftlichen Zusammenhangs insgesamt trotz aller Fundierung und Determination durch biologische, psychologische und ökonomische Bewegungsgesetze eine Realität sui generis sei, diese Ausgangsthese, auf der alles soziologische Fragen beruht, wird offenbar gerade auch von jener Disziplin noch bestritten, von der, wenn auch spät, sich schließlich auch die Soziologie einst emanzipierte, der Philosophie also. Darin mag sich freilich eher die derzeitige Krise im Selbstverständnis der Philosophie ausdrücken als ein wirklicher Zweifel an der Existenz des soziologischen Gegenstandsbereichs. Deutlich ist jedenfalls an Peter Furths Kritik am Rollenbegriff, daß der philosophisch-ideologiekritische Impuls trotz aller Absichtserklärungen in dieser Richtung sich auch zu einer historisch-materialistischen Gesellschaftsauffassung nicht wirklich durchringen

1 Ronald D. Laing, *The Politics of Experience*, London 1970, S. 11, deutsch: *Phänomenologie der Erfahrung*, Frankfurt 1970.

2 Peter Furth, *Nachträgliche Warnung vor dem Rollenbegriff*, in: *Das Argument*, Nr. 66, 13. Jg., Okt. 1971, S. 476—522.

kann — nicht weil es an der marxistischen Überzeugung fehlen würde, sondern weil — und hierin liegt das Paradox seiner Position — die Gesellschaft jenseits der Negation soziologischer Kategorien selbst nie anders als nur in der vollständigen ökonomischen Determiniertheit aller gesellschaftlichen Prozesse durch den — und deren Gleichgültigkeit gegenüber dem — Warencharakter der Arbeit als rein abstrakter Tätigkeit in den Blick gerät. In dieser aufs Ökonomische reduzierten Perspektive freilich gerät dann die Kritik an soziologischen Theoremen selbst unter den Schatten des von Furth kritisierten Funktionalismus und kann von daher nicht mehr die wirkliche Gestalt der von Menschen produzierten Produktionsverhältnisse erkennen. Soziologische Bemühungen um solche Erkenntnis mögen im höchsten Grade unbefriedigend sein; aber sie versuchen gegenüber diesem wie gegenüber dem Positivismus in den eigenen Reihen immerhin, den Menschen nicht nur als Opfer, sondern auch als Ursprung seiner Institutionen zu verstehen, als deren Subjekt und Objekt, Produzent und Produkt zugleich³.

Das gilt zumal für die Rollentheorie, die freilich, wie jede die Subjektivität mit einbeziehende soziologische Kategorisierung, auch etwas eigentümlich Verletzendes hat: ein Moment der Inanspruchnahme auch der Persönlichkeitssphäre noch, gegen das sich das auf einen „inneren Kreiselkompaß“⁴ hin sozialisierte bürgerliche Individuum fast instinktiv zur Wehr setzt. Das mag die allergische Abwehr erklären, mit der Furth auf die Idee der Rollenhaftigkeit des menschlichen Verhaltens reagiert. An dieser Abwehr zeigt sich, daß, was der Rollentheorie entgegengehalten wird, „das Schwanken zwischen dem entfremdeten Sehnsuchtsbild der Kleistschen Marionette und der unendlichen Reflexion der ironischen Distanz zwischen Person und Rolle“⁵, nur die Projektion der Existenz des bürgerlichen Intellek-

3 Hans Joas hat in einem ausführlichen Bericht „Zur gegenwärtigen Lage der Rollentheorie“ diese Kritik folgendermaßen präzisiert: „Die Position, die Habermas an Marx wahrscheinlich zu Unrecht angreift — nämlich die einer Reduktion von kommunikativem auf instrumentales Handeln — wird damit gewissermaßen erst nachträglich besetzt. Am krassesten finde ich dies bei P. Furth, der von der richtigen Einsicht ausgeht, daß in Primitivgesellschaften das Verhältnis der Menschen zur Natur projektiv als Interaktion gedeutet wurde (die Götter der Mythologie sind die Natur in Rollen‘), daraus nun aber schließt, daß die Anwendung des Interaktionsbegriffs auf die Verhältnisse der Menschen zueinander mit der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte ‚archaisch‘ werde: damit wird unkritisch der Entwicklung der Produktivkräfte zugerechnet, was als Zerstörung der Öffentlichkeit und Deformation der Kommunikationsbeziehungen zu zweckrationalen in die Kapitalismuskritik einzugehen hätte. So endet diese ‚linke‘ Kritik eben dort, wo die Positivisten immer schon waren.“ (Unveröffentlichtes Manuskript, Institut für Soziologie der FU, Oktober 1971, S. 42/43.)

4 Dieser Ausdruck stammt von David Riesman, *Die einsame Masse*, Hamburg 1958.

5 P. Furth, op. cit., S. 502/503.

tuellen ist, der sich im Medium einer subjektiven Vernunft zur Ohnmacht gegenüber den miserablen Verhältnissen verdammt sieht. Das macht ihn sympathisch, trifft aber die Rollentheorie nicht. Denn diese gründet sich weder in der Sehnsucht nach totaler Normierung, noch in der nach unendlicher Reflexion, sondern beruht auf der Einsicht, daß die Reflexivität des menschlichen Bewußtseins zugleich die Voraussetzung, die Ursache und die Grenze aller gesellschaftlichen Normierungen ist. Insofern dem einzelnen die Gesellschaft zunächst in Gestalt normativer Erwartungen, eben Rollenzumutungen, begegnet, die doch zugleich die Erwartung oder doch Möglichkeit ihrer eigenen Interpretation mit enthalten, sind Norm und Reflexion im Medium der Vergesellschaftung von vornherein aufeinander verwiesen.

Gewiß gilt das nicht für alle Rollentheorie; aber man muß sehen, daß Furth, indem er zuerst den objektivistischen und hernach den subjektivistischen Ansatz kritisiert, auf Positionen einschlägt, die heute als überholt gelten müssen: seinen vielen und richtigen Argumenten gegen die Ansätze von Dahrendorf und Tenbruck kann man nur zustimmen. Um hier nicht zum Anwalt zu werden, wo es nichts zu verteidigen gibt, möchte ich kurz meine eigene Position skizzieren⁶, bevor ich in *sechs Thesen* das kritische Potential der Rollentheorie zu begründen suche.

6 Zwangsläufig komme ich in diesem Versuch einer Antwort auf Peter Furths Angriff auf die Rollentheorie (der zugleich auch Antwort auf Frigga Haugs unveröffentlichte Arbeit über „Kritik der Rollentheorie und ihrer Rezeption in der bürgerlichen deutschen Soziologie“ [Diplomarbeit, Berlin 1970] und ihre in Anmerkung 25 erwähnte Rezension sein müßte) in die Verlegenheit, meine eigene, von Furth ausführlich kritisierte Arbeit „Die gesellschaftlichen Leiden und das Leiden an der Gesellschaft — Vorstudien zu einer Pathologie des Rollenverhaltens“ (Enke Verlag, Stuttgart 1968) mit verteidigen zu müssen. Das ist insofern mißlich, als mir diese Arbeit in manchen Punkten heute revisionsbedürftig erscheint. Diese noch vor der Studentenrevolte geschriebene Arbeit ist zweifellos in einer Diktion gehalten, die — heute gelesen — manchen kritischen Ansatz eher verbirgt als verdeutlicht. Hinzu kommen inhaltliche Schwächen: weniger, daß die gewählten Beispiele vorzugsweise dem eigenen bürgerlichen Horizont entnommen sind (worauf Frigga Haug zu Recht hinweist), als der von vornherein empfundene Mangel, eine Ideologiekritik der Institutionen nur als Ergänzung zu fordern, anstatt umgekehrt von ihr auszugehen, machte das Unternehmen zu einem prekären Schritt ins Unbekannte. Dennoch scheint mir die Untersuchung auch aus heutiger Perspektive als die notwendige Vorstudie zu aller weiteren Arbeit in der Rollenanalyse. Während empirische Untersuchungen, die manche meiner Theoreme widerlegen oder bestätigen könnten, noch ausstehen (vgl. die Rezension von Klaus Dörner, in: *Soziale Welt*, Jg. 21/22, 1971, Heft 1, S. 118 ff.), scheint mir in der Theorie heute die wichtigste Frage noch immer (und gerade auch aus der Perspektive des Historischen Materialismus), was das Wesen der sozialen Normen ist und wie sich in ihnen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse spiegeln und reproduzieren. Diese Frage, die z. B. zu einer Auseinandersetzung mit der Systemtheorie von Luhmann führen müßte, die die Habermassche Kritik besser fundieren würde, liegt aller-

Die soziologische Rollentheorie ist ein wissenschaftliches Paradigma: sie bietet keine Handlungsorientierung, an ihr wird auch nicht Halt gesucht, wie Peter Furth meint, sondern sie ist, um mit Luhmann zu sprechen, Reduktion einer komplexen Wirklichkeit mit dem begrenzten Ziel, einige Strukturen dieser Wirklichkeit verstehbar und erklärbar zu machen. Kein wissenschaftliches Paradigma freilich kann universalen Anspruch erheben; seine Reichweite ist allemal begrenzt. Das gilt erst recht für die relativ junge Theorie sozialer Rollen, deren Reichweite noch kaum ausgelotet ist. Ich werde mich deshalb im folgenden nicht so sehr auf das schon Erreichte stützen, um einmal mehr auf die Fruchtbarkeit der Rollentheorie für die Mikroanalyse von Interaktionsprozessen hinzuweisen, als vielmehr darlegen, in welcher Richtung die Rollentheorie *künftig* fruchtbar gemacht werden könnte. Als soziale Rolle wird hier ein Komplex von Verhaltenserwartungen verstanden, die sich auf einen Relevanzbereich des sozialen Handelns beziehen. Dabei geht als allgemeine Erwartung an das Individuum in die Rolle mit ein, daß der Rollenspieler unterschiedliche Verhaltenserwartungen im Hinblick auf einen Relevanzbereich zu einer sinnvollen Einheit seiner Handlungsvollzüge intentional zu koordinieren weiß. Der Ausdruck „sinnvolle Einheit“ bezieht sich dabei sowohl auf die Ausrichtung eines Handelns auf eine bestimmte Bedürfnisbefriedigung oder Wertrealisierung als auch auf die vom Rollenspieler geforderte Integration unterschiedlicher Bestandstücke typisierter Verhaltensschemata. Rollenverhalten ist also nicht schon der bloße Gehorsam gegenüber detaillierten Verhaltensvorschriften, sondern entsteht erst durch eine spezifische Ich-Leistung in der intentionalen Ausrichtung des sozialen Handelns, die im Verhältnis zu den normativen Erwartungen auf Distanz und Engagement zugleich beruht. Daneben erfordern soziale Rollen ein je unterschiedliches Maß an Identifikation, aus der starke oder schwache Rollenidentitäten sich entwickeln, die ihrerseits Bestandstücke der Ich-Identität selbst werden. Die widersprüchlichen Elemente, die in diesen Rollenbegriff eingehen, zeigen dessen dialektischen Charakter. Sie verweisen zugleich darauf, daß es so etwas wie ein „normales“ Rollenspiel nur als Grenzfall gibt und daß die „normalen“ empirischen Verhältnisse vielmehr Gegenstand einer Pathologie des Rollenverhaltens sind, die zugleich auf die Pathologie der Menschen wie auf die ihrer Institutionen verweist. Aus dem dialektischen Charakter

dings jenseits der Fragestellung von Peter Furth. Seinem Aufsatz gerecht zu werden fällt mir schwer, weil Furth mir die Legitimität der eigenen Fragestellung von vornherein bestreitet. So kann es leicht zu einem Anandervorbereiden kommen, eine Gefahr, die, wie ich meine, um so größer wäre, wollte ich seinen Essay Seite um Seite durchkämmen — wozu er freilich Anlaß genug bietet. Ich halte es für sinnvoller, in der Entgegnung auf eine resignative Verwerfung aller Rollentheorie, die nicht einmal in der Lage ist, auf die Frage nach dem subjektiven Faktor unter den Konstitutionsbedingungen sozialen und politischen Verhaltens eine alternative Antwort anzudeuten, ein wenig von dem sichtbar zu machen, was als nicht realisiertes Potential die Rollentheorie noch birgt.

des Rollenbegriffs ergeben sich gewisse Schwierigkeiten, die die Defizite der bisherigen Rollentheorie erklären: weiterer Untersuchung bedarf, trotz Dieter Claessens' Versuch⁷, das Verhältnis von Rolle und Macht; ungeklärt ist auch das Verhältnis von Rolle und Arbeit, von Rollentheorie und Klassenanalyse; und strittig ist schließlich die Bedeutung der Rollenkatégorie für die Geschichte. Auf einige dieser Schwierigkeiten werde ich im weiteren eingehen. Zunächst aber einige Thesen zum wissenschaftlichen Status der Rollentheorie.

Meine erste These lautet:

Der Rollenbegriff ist heuristisch fruchtbar für eine Analyse der realen Vermittlung von Sein und Bewußtsein, von Basis und Überbau. Der Rollenbegriff verbindet das Element der sozio-ökonomischen Bestimmtheit individueller und kollektiver Seinslagen mit dem Element des interpretierenden Bewußtseins und ermöglicht damit erst eine Einschätzung des Verhaltens als Anpassung oder Widerstand gegenüber dem herrschenden Elend.

Wenn soziale Rolle ein Komplex von Verhaltensnormen heißen soll, dann konkretisiert sich für das Individuum die sozio-ökonomische Bestimmtheit seiner gesellschaftlichen Existenz in diesen Normen, dann realisiert sich seine Klassenlage in der Zumutung bestimmter Rollen, die ihm in größerem oder geringerem Maß den Umfang seiner möglichen Selbstbestimmung begrenzen und die Richtung seiner Selbstbestimmung vorgeben. Allerdings tritt die Gesellschaft hier nicht dem Individuum entgegen, wird der einzelne nicht mit seiner Klassenlage konfrontiert, sondern er ist diese Klassenlage kraft Sozialisation, Rollenzwang und Situationsbedingung von vornherein, und das auch dort noch, wo er sich reflexiv über seine Klassenlage bewußt wird und sich mit den konkreten Zwängen seiner Situation auseinandersetzen muß. Insofern ist Bewußtsein allemal gesellschaftlich bestimmtes Bewußtsein. Das Bewußtsein bildet sich nicht jenseits des gesellschaftlichen Zusammenhangs aus, sondern wird geprägt vom Zwang zur Identifikation mit den Rollen, die der einzelne spielen kann oder muß, vom Zwang zur Auseinandersetzung mit den Verhaltenserwartungen, denen er sich gegenüber sieht, ob er will oder nicht. Und doch erschöpft sich dieses Bewußtsein nicht einfach in den angebotenen Rationalisierungen für den Zwang zum Gehorsam gegenüber Verhaltensvorschriften. Soziales Handeln ist nicht einfache Reaktion auf soziale Normen, sondern das Ergebnis einer aktiven Auseinandersetzung mit den sozialen und ökonomischen Zwängen.

Die marxistische Theorie hat auf das Problem von Basis und Überbau keine eindeutige Antwort gegeben. Einerseits soll das Bewußtsein, wie überhaupt der kulturelle Überbau, durch die Klassenlage determiniert sein, andererseits sind es doch die Menschen, die die Geschichte machen und „nicht die ‚Umstände‘ oder die ‚Ursachen‘

⁷ Dieter Claessens, *Rolle und Macht*, 2. überarbeitete Auflage, München 1970.

oder die „Basis“⁸. Einerseits, so heißt es bei Engels, sind die Beweggründe für die in der Geschichte tätigen Einzelwillen für das Gesamtergebnis unerheblich, „andererseits fragt es sich weiter, welche treibenden Kräfte wieder hinter diesen Beweggründen stehen“⁹. Bei sozialem Handeln ist Bewußtsein allemal mit im Spiel, ob nun als „richtiges“ oder „falsches“; weder für die Ursachen noch für die Folgen sozialen Handelns ist es unerheblich, was die Menschen sich dabei denken. Gerade die Geschichte der jüngsten Protestbewegungen hat wieder gezeigt, wie sehr politisches Handeln von der *Interpretation* der eigenen Klassenlage abhängt, und es wäre vordergründig, hier den Spielraum des Bewußtseins nur in der sogenannten „Strategiedebatte“ sehen zu wollen. Die materialistische Analyse mag den Rahmen *notwendiger* Bedingungen für Bewußtseinsbildung und politisches Handeln abstecken, *hinreichende* Bedingungen für Veränderung oder Stagnation kann sie nicht aufdecken. Offenbar muß die „Basis“, selbst doch wohl auch ein Produkt von Menschen, noch einmal „durch den Kopf“ hindurch, um „zu sich selbst zu kommen“. Die Köpfe aber sind auf verschiedenste Weise immer schon deformiert, vernagelt auch gegenüber der historischen Notwendigkeit des Klassenkampfes. Warum? Es hilft hier nicht, wie Lukács mystifizierend davon zu sprechen, daß das „Klassenbewußtsein nicht das psychologische Bewußtsein einzelner Proletarier oder das (massenpsychologische) Bewußtsein ihrer Gesamtheit“ sei, „sondern der bewußt gewordene Sinn der geschichtlichen Lage der Klasse“. Denn konkret heißt das für Lukács, daß die „Gestalt des proletarischen Klassenbewußtseins . . . die Partei“ ist, eine Organisation also, die von ihren Mitgliedern „das bedingungslose Aufgehen der Gesamtpersönlichkeit“ verlangt¹⁰, und sie damit Rollennormen unterwirft, die offenbar keinen Spielraum mehr lassen für eine Bewußtseinsbildung jenseits der vorgeschriebenen Linie.

Der Rollenbegriff bietet hier einen Ansatz, weil er zeigen kann, wie sich das gesellschaftliche Bewußtsein über die Identifikation mit der Rolle und die reflexive Distanz gegenüber der Rolle zugleich vermittelt. Auszugehen wäre von einer „doppelten Konstitution“ des Bewußtseins¹¹: die sozio-ökonomische Klassenlage bildet einerseits aufgrund der familiären wie außer-familiären Sozialisation, anderer-

8 Karl Markus Michel, Wer wann warum politisch wird — und wozu. Ein Beispiel für die Unwissenheit der Wissenschaft. In: Kursbuch 25, Okt. 1971, S. 7. Im Mittelpunkt dieses Aufsatzes, auf dem meine folgenden Bemerkungen basieren, steht die auch für die Beurteilung der Rollentheorie zentrale Frage nach der Bedeutung des „subjektiven Faktors“ im Rahmen einer materialistischen Gesellschaftstheorie.

9 Friedrich Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, MEW Bd. 21, S. 297.

10 Georg Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923, S. 53, 321; zitiert nach K. M. Michel, op. cit., S. 9.

11 Zum Begriff der „doppelten Konstitution“ vgl. Lothar Hack, Begründung des doppelten Konstitutionsprozesses, unveröffentlichtes Manuskript, Institut für Soziologie der FU, Herbst 1971.

seits aufgrund des Zwangs zum Verkauf der eigenen Arbeitskraft und der fremden Aneignung des Mehrwerts die Rahmenbedingungen für ein sich in soziales Handeln umsetzendes Bewußtsein. Darüber hinaus aber hat der normative Charakter der jeweiligen Rollen eine determinierende Funktion¹². Eine konkrete Rollenanalyse kann zeigen, welche Rollen eine besonders starke Identifikation abverlangen und welche ein größeres oder geringeres Maß an Distanz ermöglichen oder noch zulassen: je geringer die Identifikation und je größer der Spielraum der Distanz, desto eher bleibt die Rolle auch verfügbar, das heißt, wählbar und veränderbar, desto weniger wird das Bewußtsein des Rollenträgers von den herrschenden Normen geprägt sein. Dabei kommt der Rollentheorie zustatten, daß sie den Blick sowohl auf den individuellen Rollenhaushalt lenkt als auch den Charakter und den Umfang des einem Individuum in seiner je spezifischen Klassenlage zur Verfügung stehenden Rollenreservoirs untersucht kann. Denn beide zusammen, Rollenhaushalt und Rollenreservoir, sind neben der inneren Struktur der Rollen ein Index für den Freiheitsspielraum des Individuums, der seinerseits das Bewußtsein mit prägt. Insoweit ist die Rollentheorie in der Tat auch differenzierte Wissenssoziologie. Die These Furths, daß es sich um „eine unbegrenzte subjektive Differenzierung“ handele, die das „immer noch wirksame kritische Problem von Basis und Überbau ... einmal mehr neutralisiert“, ist allerdings nur verständlich auf dem Hintergrund seiner Behauptung, daß in der Rollentheorie die Rollenstruktur Basisfunktionen übernimmt¹³. Das ist ein Mißverständnis:

12 Es sind also drei Faktoren im Spiel: erstens die vorgängige, aber nie restlos gelingende Aneignung der Produktionsverhältnisse im Sozialisationsprozeß; zweitens der Charakter der Arbeit als Ware im kapitalistischen Tauschprozeß; und drittens der normative Charakter der Rollenerwartungen, der den Produktions- und Reproduktionsprozeß ebenso wie den Wiederaneignungsprozeß der produzierten Waren wie der reproduzierten gesellschaftlichen Verhältnisse steuert. Bei Lothar Hack heißt es dazu: „Produktion (kann) nicht ausschließlich, ja nicht einmal in erster Linie als Produktion von nützlichen Gütern begriffen werden, sondern ist zuallererst Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse. Die ‚Aneignung‘ dieser gesellschaftlichen Verhältnisse — und das heißt vor allem ihre kognitive und affektive Bewältigung — ist aber als Aneignung der Produkte auch nicht im Ansatz zu erfassen“ (op. cit., S. 13). Sie ist aber m. E. zu verstehen als vermittelt durch den normativen Charakter der sozialen Rollen, womit dann freilich Reproduktion und Aneignung des Reproduzierten zusammenfielen und nur analytisch in einer differenzierten Untersuchung des Rollenverhaltens noch getrennt werden könnte. Zur ökonomischen Formbestimmtheit der Arbeit, die sich konkret in materiellen Situationsbedingungen des Rollenverhaltens niederschlägt, kommen also als subjektiver Faktor der Bewußtseinskonstitution noch die Aneignung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch Sozialisation (Erlernen des Rollenhandelns) einerseits und andererseits die Identifikation mit, beziehungsweise Distanz zu, den Rollennormen, die selbst nur die verdinglichte Gestalt der Produktionsverhältnisse sind, hinzu.

13 P. Furth, op. cit., S. 516.

Rolle ist, ähnlich wie Sprache, nicht auf Basis oder Überbau festzulegen, sondern ein gesellschaftliches Medium ihrer Vermittlung.

Als differenzierte Wissenssoziologie erhält die Rollentheorie freilich eine ideologiekritische Funktion nicht schon aus der Rückführung von Bewußtseinsmomenten auf einen bereits durchschauten institutionellen Zusammenhang, sondern erst aus der Untersuchung der durch die jeweilige Rollenstruktur und das jeweilige Rollengefüge entstehenden Unterdrückung von Bedürfnissen und der Reaktion der Individuen auf diese Unterdrückung. Darin ist nun allerdings die kritische Intention der Rollentheorie nicht neutralisiert, sondern gegenüber jener vagen Denunziation auch noch der Basis selbst als ideologischem Schein, die in der Frankfurter Schule geläufig war, erst präzisiert und — durchaus materialistisch — orientiert am konkreten Leiden der Menschen. Das läßt sich freilich erst verstehen, wenn man den ambivalenten Charakter des Rollenbegriffs als dessen Prinzip erkennt.

Darum lautet meine zweite These:

Im Rollenbegriff ist das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft weder als Trennung noch als Identität, sondern als Einheit des Widersprüchlichen konzipiert. In der bloßen Identifikation der Person mit ihrer Rolle setzen sich die herrschenden Normen und damit die Normen der Herrschenden noch gegen die Bedürfnisse des Unterworfenen durch. In der bloßen Distanz der Person zu ihrer Rolle verharret das Individuum im gesellschaftlich irrealen Raum subjektiver Reflexion. Erst in der Thematisierung der dialektischen Spannung zwischen Person und Rolle, gerade indem die Rollentheorie den Widerspruch von Rollenidentifikation und Rollendistanz als reale Einheit versteht, wird die Rollentheorie zu einem Instrument soziologischer Erkenntnis, in die etwas von der wirklichen Bewegung der Gesellschaft mit eingeht.

Zu Recht weist Peter Furth auf die Doppelseitigkeit eines Rollenbegriffs hin, der „objektive“ Normen und „subjektive“ Interpretation miteinander vereint, der terminus ad quem und terminus a quo zugleich ist¹⁴. Aber schon wenige Zeilen später wird diese Einsicht wieder verwischt durch die unsinnige Bemerkung, die direkte Umsetzung von Norm in Handeln — Rollenhandeln „mit der Sicherheit der reinen Bewegung“ — werde durch die „Dazwischenkunft der individuellen Reflexion“ gestört¹⁵. Insofern das reflexive Element, die Rollendistanz (und durch sie erst ermöglicht das Engagement für oder gegen spezifische Rollennormen) selbst mit ein grundlegender Bestandteil der Erwartungen an das Handeln des anderen ist, kann von einer „Dazwischenkunft der Reflexion“ keine Rede sein. Rollenverhalten wird als ein Ganzes, sinnvoll koordiniertes und intentional Bezogenes erwartet und zugemutet; eine Rolle kann nur spielen, wer sich selbst mit einbringt — und sei es gegen die Rollennormen. Aber auch die Vorstellung, daß die Rollenspieler ihre Persönlichkeit nur

14 P. Furth, op. cit., S. 502.

15 P. Furth, ebda.

in einem engen, von Rollenvorschriften umstellten Raum entfalten können, ist falsch: einerseits leben und fungieren Rollennormen nur in der immer wieder neuen Realisierung durch den Rollenträger, andererseits braucht dieser die normative Strukturierung des Handelns, damit ein Minimum an Verhaltenssicherheit im Interaktionsprozeß gewährleistet ist, und den konkreten Sinnbezug seines Handelns auf einen gesellschaftlichen Relevanzbereich, um seine eigene Identität aufzubauen und abzusichern. Wiederum wäre es falsch, daraus zu folgern, daß also das Individuum allemal schon in den Griff der Gesellschaft genommen sei, weil seine Identität nur ein Derivat der herrschenden Normen ist. Die Sache verhält sich komplizierter: jedes Individuum verfügt über mehrere Rollen, und jede dieser Rollen verlangt ein größeres oder geringeres Maß an Identifikation. In der täglichen Auseinandersetzung mit den Rollen, die ein Mensch zu spielen hat, im ständigen Versuch, seinen Rollenhaushalt auszubalancieren und zu einem sinnvollen und befriedigenden Dasein zu integrieren, sowie in dem Erfahrungsüberhang aus vergangenen Rollenidentitäten und der Antizipation zukünftiger, bildet sich jener Komplex aus typisierten Verhaltensweisen, Einstellungen, inneren Zwängen und spontanen Entwürfen seiner selbst aus, den wir insgesamt als Ich-Identität bezeichnen. Insofern ist jede Rollenidentität eines Menschen immer nur ein Aspekt seiner Ich-Identität und kann zudem ein durchaus negativer, freilich auch negierbarer sein. In der Tat bezeichnet der Rollenbegriff eine Einheit von Individuum und Gesellschaft unter den Bedingungen ihrer Trennung, ja es ist gerade die besondere Stärke des Rollenbegriffs, daß er den Gegensatz zwischen Identifikation und Distanz thematisiert. Eine Theorie, die, wie auch die meisten älteren Rollentheorien, diese Dialektik nicht in sich aufnimmt, geht an der unaufhebbaren Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Existenz des Menschen vorbei. Allerdings muß, mit den Worten Lenins, „der menschliche Verstand diese Gegensätze nicht als tote, erstarrte, sondern als lebendige, bedingte, bewegliche, sich ineinander verwandelnde auffassen“¹⁶. Darin liegt die Schwierigkeit auch im richtigen Umgang mit dem Rollenbegriff: wie in der Identifikation mit dem Aggressor sich die Ich-Identität selbst aufheben kann, wie umgekehrt in der negativen Identifikation die Rolle unterhöhlt und schließlich obsolet werden kann, wie Rollendistanz in Identifikation umschlagen und Rollenidentität zur Distanzierung führen kann — das sind reale Prozesse, die es konkret und empirisch zu untersuchen gilt, und zwar gerade, wenn es um Probleme des politischen Verhaltens und der Politisierung des Bewußtseins geht. Das Paradigma der Rollentheorie ist gewiß von begrenztem Erkenntniswert; aber gerade für die genannten Prozesse im Vermittlungszusammenhang zwischen Individuum und Gesellschaft und zwischen Sein und Bewußtsein kann es Anleitung zur Untersuchung der gesellschaftlichen Praxis geben. Wobei nicht ihr geringster Vorzug wäre,

¹⁶ Lenin, Konspekt zu Hegels Wissenschaft der Logik, zitiert nach Mao Tse-tung, Über Praxis und Widerspruch, Berlin 1968, S. 59.

daß sie die Verschränkung von psychischen und ökonomischen Prozessen als eine gesellschaftliche Bewegung versteht, die auf der Ebene soziologischer Analyse behandelt werden muß. Die Wendung zu einem dialektischen Verständnis und zur konkreten Analyse fällt freilich schwer. Vielleicht ist es erlaubt, hier zu zitieren, was Mao in seinem Aufsatz „Über den Widerspruch“ über die Dogmatiker gesagt hat, was erst recht für jene gilt, die selbst nicht dogmatisch sein mögen, aber doch ihre Hoffnung auf die Dogmatiker setzen:

„Einerseits verstehen sie nicht, daß man die Allgemeinheit des Widerspruchs und das gemeinsame Wesen der Dinge nur dann in vollem Maß verstehen kann, wenn man zuvor die Besonderheit des Widerspruchs erforscht und das besondere Wesen der einzelnen Dinge erkannt hat; andererseits verstehen sie nicht, daß wir, sobald das gemeinsame Wesen der Dinge erkannt ist, unbedingt weitergehen und jene konkreten Dinge studieren müssen, die noch nicht gründlich erforscht sind oder zum ersten Mal in Erscheinung treten. Unsere Dogmatiker sind faule Kerle, die jede mühselige Forschungsarbeit an konkreten Dingen ablehnen; sie betrachten die allgemeinen Wahrheiten als etwas vom Himmel Gefallenes (und) verwandeln sie in unfaßbare, rein abstrakte Formeln... In allen Bewegungsformen ist jeder wirkliche und nicht eingebilddete Entwicklungsprozeß qualitativ unterschiedlich. In unserer Forschungsarbeit müssen wir diesem Punkt größte Aufmerksamkeit zuwenden, ja wir müssen von ihm ausgehen¹⁷.“

Freilich ist diese Aufforderung für die Rollenanalyse obsolet, wo behauptet wird, daß die Rollentheorie keine realen Prozesse untersucht, wo es ebenso poetisch-vage wie pauschal heißt: „In der Rollenhaftigkeit nistet der Schein“¹⁸. Daß der Rollenbegriff, jedenfalls seiner Intention nach, die Gesellschaft, die in der Tat „prekäre Einheit von Widersprüchen“ ist¹⁹, quasi am Ort dieser Widersprüche aufsucht, wird dabei verschwiegen. Das liegt offenbar zunächst an einer Divergenz der anthropologischen Orientierung. Denn was einer vom Menschen glaubt, entscheidet mit über seine theoretische und praktische Perspektive²⁰. Ich komme daher zu meiner dritten These:

In der Behauptung von der Rollenhaftigkeit des menschlichen Verhaltens macht die Rollentheorie mit der aus der Theaterwelt entlehnten Metapher Ernst: der Mensch ist nur der Schauspieler seiner selbst, und er muß dies gerade dann noch sein, wenn die Rolle ihm nichts weiter als die Zwangsjacke bloßer Fremdbestimmung ist. Wohl kann er vorübergehend aus der Rolle fallen — aber auf Dauer gründet seine Existenz im Hinblick auf seine Bedürfnisse wie auf sein Selbstverständnis stets auf einer Auseinandersetzung mit den Ansprüchen und der Sanktionsgewalt seiner Mitmenschen. Selbst im Widerstand gegen seine Unterdrückung kann er sein

17 Mao Tse-tung, Über Praxis und Widerspruch, op. cit., S. 38/39.

18 P. Furth, op. cit., S. 519.

19 P. Furth, op. cit., S. 521.

20 Siehe dazu: Wolf Lepenies/Helmut Nolte, Kritische Anthropologie, München 1971, S. 9 u. a.

Selbst nur behaupten in einer Solidarität, die sich konstituiert im Vertrauen nur wiederum auf das wechselseitige Verhältnis von eigener Erwartung und fremdem Anspruch. Nur auf dem Umweg über andere *hat* sich der Mensch.

Hier liegt wohl der eigentliche Stein des Anstoßes: daß der Mensch nur er selbst sein kann, indem er sich zu einer Rolle versteht, ist eine Einsicht, die um so schmerzhafter empfunden werden muß, je eher einem das gesellschaftliche Rollenangebot als unzureichend und beengend erscheint. Darin eben besteht ja die allgemeine Entfremdung, daß man sich zu den angebotenen und womöglich schon angeeigneten Rollenidentitäten nicht mehr verstehen kann, wenn diese die eigenen Bedürfnisse nur unterdrücken oder, wenn sie partiell befriedigt werden, nur allzu deutlich auf Kosten der Verelendung anderer zum Zuge kommen lassen. Daß Selbstentfremdung die Entfremdung von den Rollenidentitäten und nicht umgekehrt die Entfremdung von einer Identifikation mit sich selbst ist²¹, verweist klar auf den gesellschaftlichen Ursprung von Entfremdung: nämlich der „Entäußerung der Arbeit“. Wo der Mensch, wie es unübertroffen bei Marx heißt, „erst außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich“ ist, wo er „zu Hause ist, wenn (er) nicht arbeitet, und wenn er arbeitet, nicht zu Hause“, da ist er nicht nur von seiner Arbeitsrolle, sondern virtuell von allen Rollen entfremdet, da ist dann in der Tat die Rolle „nicht Befriedigung eines Bedürfnisses, sondern ... nur ein Mittel um Bedürfnisse außer ihr zu befriedigen“²². Dieser Entfremdungsbegriff wird freilich verharmlost, wenn man nicht sieht, daß es im glücklichen Falle wohl einen Rückzug aus einzelnen Rollen gibt, nie aber einen Rückzug aus dem Rollenverhalten überhaupt; gerade daß von einer Subjektivität jenseits des Sozialen keine Rede sein kann, daß das private Selbst des Menschen nur als Gegensatz seiner öffentlichen Rollen existiert, gibt der Tatsache der Entfremdung ihre Schärfe und der These von der Rollenhaftigkeit des Verhaltens ihren kritischen Akzent. Erst in dieser These wird der dialektische Zusammenhang von Rollendistanz und Rollenidentifikation vollends deutlich: um seiner selbst habhaft zu werden, bedarf der Mensch der Möglichkeit zur Identifikation mit anderen, denen gegenüber er sein Selbst dann doch nur in reflexiver Distanz behaupten kann. Die anderen aber begegnen uns in Gestalt von mehr oder weniger präzisen Erwartungen, die, ob sie es merken oder nicht, ihrerseits zumeist schon Bestandteil ihrer Rollen sind. Es gibt Rollen, die man nur um den Preis einer Regression fallen lassen kann, weil sie schon allzu sehr Teil der eigenen Identität geworden sind: Emanzipation ist hier, wie die Psychoanalyse bezeugt, ein mühevoller und risikoreicher Weg über die Rückbildung zur Neubildung des Ichs. Es gibt andere Rollen, deren repressiver Charakter nur ertragen wird, weil der eigene Rollen-

21 Näheres zur soziologischen Bestimmung des Entfremdungsbegriffs siehe H. P. Dreitzel, a.a.O., S. 340 ff. und 395 f.; vgl. auch: H. P. Dreitzel, *Einsamkeit als soziologisches Problem*, Edition Arche Nova, Zürich 1970.

22 Karl Marx, *Die Deutsche Ideologie*, MEGA, I, 3, S. 85 ff.

haushalt kompensatorische Möglichkeiten anbietet. Und es gibt schließlich Rollen, von denen man sich zurückziehen kann — entweder um den Preis einer Reduktion des Rollenhaushalts, der doch stets einen relativ festen Kern noch behalten muß, oder im Entschluß, sich einer subkulturellen Gegenrolle zu bedienen, deren Normen oft nicht weniger repressiv sind, nur eben andere Bedürfnisse unterstützen. Die These von der Rollenhaftigkeit ist nicht einfach abstrakte Kategorisierung, sondern hat, wie alle anthropologischen Aussagen, konkrete Folgen für die soziologische Analyse. Sie besagt nichts weiter, als daß der Mensch seine Individualität nur auf dem Umweg über andere bilden kann und daß dieser Weg einer institutionellen Ordnung bedarf, die sich im Hinblick auf die Verschränkung von Selbstdarstellung und Fremdbestimmung am besten als Rollensystem beschreiben läßt. Diese Feststellung liegt noch vor der Vermutung, daß historisch gesehen Rollendistanz und Rollenhaushalt nicht immer schon in gleicher Weise wie heute zur Verfügung standen und damit auch Individualität sich nicht in gleicher Weise ausgebildet hatte — eine Vermutung, die nur von einer historischen Anthropologie zu belegen wäre. Sie liegt auch jenseits der Beobachtung, daß Menschen ihre Identität auch außerhalb von etablierten Rollensystemen verankern können, sei es in religiösen oder säkularen Glaubensakten, sei es in der Solidarität eines Gegenmilieus oder Untergrunds. In der melancholischen Klage über das Auseinanderfallen von „persönlicher“ und „zufälliger“ Identität drückt sich nur die alte Sehnsucht aus, daß der Mensch schließlich mit sich selbst identisch werden möge, sich nicht mehr ausgeben brauche als etwas, was er „eigentlich“ gar nicht ist. Gerade in der Rollentheorie wird die soziologische Naivität dieser romantischen Utopie deutlich: jenseits der Gesellschaft und also auch irgendeiner Ordnung von Gesellschaft gibt es auch kein Subjekt mehr, und somit hat der Begriff der Rollenhaftigkeit, insofern er zwar nicht die Möglichkeit, wohl aber die Notwendigkeit eines Moments der Selbstdarstellung verbürgt, denn wirklich auch ein „Tröstliches“²³. Beim Trost aber bleibt diese Anthropologie nicht stehen; sie hat vielmehr Folgen für die soziologische Analyse der Entfremdung zwischen dem Individuum und seinen Rollen. Deshalb lautet meine vierte These:

Erst durch den Begriff der Rollendistanz gewinnt die Rollentheorie ein kritisches Potential. Die Tatsache, daß Rollendistanz in nennenswertem Umfang in unserer Gesellschaft den privilegierten Rollen vorbehalten ist, indiziert nicht einfach die „Bürgerlichkeit“ der Rollentheorie, sondern macht umgekehrt deutlich, worin die Entfremdung jener besteht, die ihre Identität nicht in der Erfüllung, sondern nur im Unterlaufen und Umgehen der ihnen aufgezwungenen Normen konstituieren und bewahren können. Rollendistanz bezeichnet nicht einfach den Spielraum einer folgenlosen subjektiven Reflexion, sondern die Bedingung der Möglichkeit von Veränderung und Widerstand selbst.

23 So Helmut Plessner in: *Rolle und menschliche Natur*, in: *Diesseits der Utopie*, Düsseldorf/Köln 1966. Vgl. dazu P. Furths Polemik, op. cit., S. 508 f.

Der Begriff der Rollenhaftigkeit bezeichnet, was Helmut Plessner das „Doppelgängertum des Menschen“ genannt hat, seine „Exzentrizität“²⁴: eine prinzipielle Distanz des Menschen zu sich selbst, die auf der anthropologischen Ebene ermöglicht, was auf der soziologischen Ebene Rollendistanz heißt. Beide Formen der Distanz hängen also eng miteinander zusammen: die Distanz zwischen Person und Rolle drückt sich zunächst in der Verdoppelung der Person in Ich-Identität und Rollenidentität aus; der Abstand zwischen beiden entspricht aber zugleich dem Abstand zwischen der Person und den Rollenerwartungen. Daraus folgt, daß der Mensch, wo die Rollenerwartungen ihn zu erschlagen drohen, zugleich jenen Abstand zu sich selbst verliert, der Vorbedingung jeder sinnvollen Verhaltensorientierung ist, also auch eines Widerstandsverhaltens. Wenn die Rollenvorschriften so engmaschig und sinnentleert werden, daß ein intentionaler Bezug auf einen Relevanzbereich und entsprechende Ich-Leistungen verhindert werden, wird dem Menschen eine von der Distanz noch verbürgte Identifikation unmöglich und er entfremdet sich seiner nunmehr bloß noch aufgezwungenen Rollenidentität. Deshalb ist Entfremdung eine Distanzierungsstörung im Rollenverhältnis, im Extremfall ein Distanzverlust überhaupt²⁵. — Es gibt verschiedene Formen der Reaktion auf repressive, entfremdende Rollennormen: zunächst besteht die Möglichkeit des Ausweichens auf andere Rollen, wenn das gesellschaftlich, nämlich klassenspezifisch angebotene Rollenreservoir dazu ausreicht und die in Frage stehende Rolle überhaupt „verfügbar“, das heißt nicht unwiderruflich aufgezwungen, ist. Es gibt zweitens die Möglichkeit, sein Engagement auf andere Rollen des eigenen Rollenhaushalts zu verlagern, was in der Regel zu einem ritualistischen Rollenverhalten führt. Drittens können aber die repressiven Rollennormen auch quasi umarmt und verinnerlicht werden, im Extremfall die gelungene Identifikation mit dem Aggressor. Neben diesen re-

24 Vgl. Helmut Plessner, *Conditio Humana*, Pfullingen 1964.

25 Mein Haupteinwand gegen Frigga Haugs „Kritische Bemerkungen zu H. P. Dreitzels ‚Vorstudien zu einer Pathologie des Rollenverhaltens‘“ (*Das Argument*, Nr. 60, Dez. 1970, S. 217 ff.) ist, daß sie diesen Zusammenhang nicht gesehen hat, ja, meine Behandlung des Entfremdungsproblems zugunsten des Anomieproblems überhaupt unterschlagen hat. Aber auch Peter Furth kann sich mit einem Entfremdungsbegriff nicht befrieden, der sich nicht in unverbindlicher Allgemeinheit mit dem bloßen Hinweis auf den Warencharakter der Arbeit begnügt, sondern ihn einholt in das Rollenverhältnis selbst: in der Entfremdung von der eigenen Rollenidentität wird dem einzelnen die Entfremdung von den zugleich durch ihn (eben in seiner Rollenidentität) mit reproduzierten gesellschaftlichen Verhältnissen konkret. Entfremdung schrumpft hier also nicht, wie Furth, ohne sich näher darauf einzulassen, bündig meint, „auf einen Vorgang im Individuum zusammen“ (op. cit., S. 509), sondern dieser Entfremdungsbegriff sucht im Individuum (als Leiden an der Gesellschaft) auf, was als ausbeuterische Aneignung der tendenzielle Warencharakter aller gesellschaftlichen Beziehungen durch die, freilich von ihm mit reproduzierten, ökonomischen Bestimmtheiten (die gesellschaftlichen Leiden) allemal schon ist.

gressiven Formen der Reaktion gibt es aber auch Möglichkeiten des Widerstands: zunächst natürlich der individuelle Versuch einer Veränderung und Neuinterpretation der Rollennormen, der aber ein Minimum an Spielraum für eigene Ich-Leistungen schon voraussetzt und sich auch dann gegen mächtige Sanktionsgewalt kaum chancenreich behaupten kann. Repressive Rollennormen können aber auch umgangen und unterlaufen werden, was vom gleichgültigen Schlendrian über die Orientierung an den subinstitutionellen Normen der eigenen Bezugsgruppe bis zum aktiven Widerstand im „Arbeiten nach Vorschrift“ und schließlich Streik geht²⁶. Endlich kann man auch in Solidarität mit den Schicksalsgefährten ein System von Gegenrollen aufbauen, also ein kulturrevolutionäres Gegenmilieu oder eine politische Kampforganisation. In der Analyse der Konstellationen, die zu dieser oder jener Reaktionsform auf die repressiven Rollenstrukturen führen, kann die Rollentheorie einen wesentlichen Beitrag zur Bestimmung der Bedingungen leisten, unter denen Anpassung oder Widerstand entstehen. Alle genannten Reaktionsformen setzen freilich voraus, daß es noch immer, wenn auch vielleicht nur geringe, Möglichkeiten der Distanz zwischen der Person und ihren Rollen gibt, daß der Rollenhaushalt ein Minimum an Flexibilität noch aufweist. Das ist anders in totalen Institutionen, in geschlossenen Anstalten und Lagern, wo Menschen von ihren Rollen abgeschnitten und im schlimmsten Fall auf eine einzige Rolle, die des Unterdrückten, reduziert sind²⁷. Sie sind schließlich auf ihre innere Distanz allein verwiesen, und diese läßt sich ohne den normativen Halt und die kommunikative Praxis in sozialen Rollen, so scheint es, nur durchhalten in der letzten exzentrischen Verankerung des Ichs, im Glauben. Es zeigt sich eben an dem grauenvollen Beispiel der „Muselmänner“ in den deutschen Lagern, in denen ja die religiös oder politisch Überzeugten am ehesten noch überlebten, daß Rollendistanz gerade nicht eine „soziologische Fassung der ‚machtgeschützten Innerlichkeit‘“²⁸, sondern von vornherein ein *soziales* Verhältnis meint, ohne das es auch keine Innerlichkeit mehr geben kann. Noch

26 Vgl. dazu meine Überlegungen zur „Überprägnanz der Normen“, op. cit., S. 277—283, und die bedenkenswerte Kritik von Hans Joas, op. cit., S. 21/22.

27 Vgl. dazu P. Furth, op. cit., Anmerkung 44, S. 511 ff. Peter Furths vielleicht verständliche, aber doch wohl eher emotionale Reaktion auf mein Beispiel der „Muselmänner“ in den Nazi-KZs geht in ihrer Argumentation völlig am Sachverhalt vorbei: in die Weigerung, für wahr zu nehmen, daß das Individuum selbst noch in Situationen extremer physischer, psychischer und sozialer Verelendung in allen diesen Dimensionen *gesellschaftlich* bestimmt ist, schleicht sich eine gefährliche Heroisierung der Widerstandskraft des Kollektivs ein, das zu seiner Sinngebung vielleicht „nicht mehr des Rollenkonzepts mit seinen hypokritischen Tröstungen bedarf“ (was immer das heißen mag), dafür aber auf den einzelnen nur noch als ein potientiellles Denkmal der Sache, die es zu bezeugen gilt, Rücksicht nimmt.

28 P. Furth, op. cit., S. 513, Anm.

in der Erinnerung, im Vertrauen und in der Hoffnung auf die Solidarität der Kampfgenossen, Glaubensbrüder und Leidensgefährten, die dem total Isolierten als bloße *reservatio mentalis* bleibt, kann sich die Kraft der sozialen Beziehung erhalten. In der Identifikation mit dem anderen, und sei dieser selbst ein Gott, kann Distanz auch zur letzten Rolle noch behauptet werden: nur in Gesellschaft kann man gegen die Gesellschaft sein.

Was die Rollendistanz im Binnenverhältnis von Person und Rolle als Bedingung des Überlebens ist, begründet sie im Außenverhältnis von Person und Gesellschaft als Bedingung der Veränderung. Denn erst die Distanz zu den eigenen Rollenidentitäten schafft den Abstand und den Reflexionsspielraum, der die Ablehnung von Rollen denkbar und die Konzipierung von Gegenrollen durchführbar macht. Es sind kaum je die Ärmsten und Elendesten, die den Aufstand anführen; Sklaven sind an ihre Rollen wie an Ketten gefesselt und begehren erst auf, wenn Alternativen sich zeigen. Da fragt sich nun freilich, ob der Rollenbegriff an der Verelendung die Grenze seiner Möglichkeiten erreicht hat.

Das führt zu meiner fünften These:

Am schwersten tut sich die Rollentheorie mit dem Klassenbegriff. Das liegt freilich nicht zuletzt an dem Stand einer Klassentheorie, die bei den ökonomischen Kriterien von Verfügung oder Nicht-Verfügung über die Produktionsmittel, Freiheit von oder Zwang zum Verkauf der eigenen Arbeitskraft und Aneignung oder Enteignung des produzierten Mehrwerts stehengeblieben ist und die soziologische Ebene noch kaum erreicht hat. Im Hinblick auf die Klassenanalyse wirft die Rollentheorie zwei Fragen auf: 1. Kann der Vermittlungszusammenhang zwischen objektiver (ökonomischer) Klassenlage und subjektivem (gesellschaftlichem) Klassenbewußtsein sowie die Frage, welche Konstellation objektiver Zwänge und subjektiver Einstellungen zu einem bestimmten sozialen, beziehungsweise politischen, Handeln führt, nicht besser angegangen werden, wenn man untersucht, ob die „Freiräume“ innerhalb der Arbeitsrollen, die Ausgleichsmöglichkeiten im Rahmen individueller Rollenhaushalte und das je vorhandene Potential an Gegenrollen eine eher kompensatorische oder eher emanzipatorische Funktion erfüllen? Und 2.: Ist nicht die Chance, unterdrückte Bedürfnisse politisch wirksam zu artikulieren und ihre Befriedigung gesellschaftlich durchzusetzen, in Wahrheit gebunden an die Legitimation solcher Bedürfnisse durch Identifikation mit Rolleninteressen? Unter der Voraussetzung, daß die Produktionsverhältnisse nicht einfach von Sachzwängen, sondern von Menschen bestimmt werden, Menschen, die sich in der Arbeit entäußern, dienen solche — möglicherweise unbequemen — Fragen nicht einer Verschleierung des Widerspruchs von Kapital und Arbeit, sondern dessen soziologischer Analyse.

Die beiden Fragen sind nicht rhetorisch gemeint. Ich kann sie hier nur kurz kommentieren. Zur ersten Frage: ich vermute, daß die Entwicklung des Kapitalismus generell zu einer Vergrößerung und stärkeren Verfügbarkeit des typischen individuellen Rollenhaushalts und zu einer Intensivierung der Rollendistanz geführt hat — ein Prozeß,

der noch nicht abgeschlossen ist. Die kapitalistische Tauschgesellschaft verlangt rationales Handeln im Sinne einer Optimalisierung von Zwecken und Mitteln, ein Verhalten, das verstärkte Selbstkontrolle und damit Rollendistanz voraussetzt²⁹ — die allmähliche Entwicklung jener „Selbstzwangsapparatur“, die Norbert Elias als eine Folge der ökonomischen Funktionsverflechtung und der Monopolisierung der Gewalt beschrieben hat³⁰. Die Geschichte des Kapitalismus ist also auch die Geschichte einer zunehmenden Verinnerlichung äußerer Zwänge.

Da der Prozeß der Rationalisierung des Verhaltens und der wachsenden Affektkontrolle aber von den ökonomisch herrschenden Schichten seinen Ausgang nahm und sich erst langsam, schubweise und mit Brüchen in den unteren Schichten durchsetzt, lassen sich in verschiedenen gesellschaftlichen Klassen zu jeder Zeit historisch ungleichzeitige Verhaltensweisen beobachten: die unteren Schichten hinken im Bewußtsein gleichsam nach, haben historisch ältere Verhaltensweisen. Daher die späte und immer wieder prekäre Radikalisierung der Lohnabhängigen. Denn der Widerstand, der eine langfristige Strategie entwirft und sich psychisch auf ein „deferred gratification pattern“ stützen muß, setzt jene Distanz zu den eigenen Rollen voraus, die zu entwickeln die Arbeiterschaft viel später als das Bürgertum erst eine Chance hatte. Das zeigt sich bis heute z. B. in der relativen Unfähigkeit der Arbeiterfamilien, Sozialisationspraktiken zu entwickeln, die die Entwicklung eines proletarischen Klassenbewußtseins unter Ausnutzung der Toleranzräume einer zumindest in den Ausbildungsinstitutionen zu relativer Liberalität gezwungenen Gesellschaft garantieren würden. Allerdings zeigt diese Unfähigkeit zugleich auch *notwendig* falsches Bewußtsein, weil es als Abwehrmechanismus der Lohnabhängigen gegenüber der erneuten Ausbeutung über den Konsumbereich fungiert. Denn das ist das sichtbarste Ergebnis jener Verbürgerlichungs- und Privatisierungstendenzen, die — entsprechend den Veränderungen in der Produktionssphäre — wie zuvor schon die Mittelschichten nun auch Teile der

29 Hier vor allem hätte eine kritische Weiterentwicklung der Rollentheorie anzusetzen. Dafür reicht es freilich nicht, den Begriff der Charaktermaske quasi zum Rollenbegriff von Marx hochzustilisieren (siehe Jutta Matzner, Der Begriff der Charaktermaske bei Karl Marx, in: Soziale Welt, Jg. 15, 1964, S. 130 ff.); vielmehr müssen die Kategorien des Tausches und der Kooperation, die einen zentralen Stellenwert bei Marx haben, im Hinblick auf die zunehmende Rationalisierung und Rollenhaftigkeit des Verhaltens in der bürgerlichen Gesellschaft untersucht werden. Vgl. dazu die Bemerkungen von Hans Joas, op. cit. Hier wäre auch zu untersuchen, ob Furth in seiner Kritik an der Vertragstheorie (S. 520 f.) nicht zu kurz schließt. Dazu Joas: „Charakteristisch ist, wie Furth in seiner Kritik an der Vertragstheorie diese nicht als spezifische Form des Erscheinens der Idee einer gewaltfreien Intersubjektivität und selbstbestimmter Verhältnisse begreift, sondern sich bei ihrer Ableitung aus dem Äquivalententausch beruhigt“ (S. 49).

30 Norbert Elias, Über den Prozeß der Zivilisation, 2. Auflage Bern und München 1969.

Arbeiterschaft erfaßt haben³¹. Zugleich zeigt sich allerdings, daß mit der wachsenden Integration der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz in den kapitalistischen Verwertungsprozeß, überhaupt mit der Industrialisierung (also der Intensivierung der Arbeitsproduktivität) aller white-collar-Berufe, die Arbeitsrollen der Mittelschichten tendenziell ebenso repressiv, nämlich Ich-Leistungen unterdrückend, werden wie die der Arbeiter. Es kommt also tendenziell zu einer Angleichung der Arbeitssituationen; dabei wird wegen der vergrößerten Kompensationschancen im Rollenhaushalt, zum Teil auch wegen einer Veränderung der Arbeitsqualität selbst, Arbeit kaum mehr als bloße Lohnknechtschaft erlebt; andererseits aber stellt rationales Handeln sich nun auch nicht mehr dem — wie immer falschen — Bewußtsein als persönliche Leistung, sondern als Systemzwang dar.

Dieser Zustand kennzeichnet eine neue Qualität der Entfremdung: relative Distanz ohne gleichzeitiges Engagement. Entscheidender Ausdruck dieser Entfremdung ist die Affektverdrängung beim Rollenverhalten, die tendenziell von den Arbeitsrollen auf andere Rollen übergreift, und die im Typ des Schreibtischmörders längst ihre historische Gestalt gewonnen hat. Die Verwertungsinteressen des Kapitals verlangen ein affektfreies, aller Emotionen entkleidetes Rollenverhalten. Ursprünglich ging es um Affektkontrolle, heute geht es zunehmend um Affektverdrängung. Unter diesen Umständen bleiben etwa die von Habermas formulierten Sozialisationsziele „Frustrationstoleranz“, „kontrollierte Selbstdarstellung“ und „flexible Über-Ich-Formation“ ein bürgerliches, nämlich von den Produktionsverhältnissen zunehmend überholtes, Ideal auch für die Mittelschichten³².

Zur zweiten Frage:

Im Rahmen des Rollenparadigmas können legitime Interessen als Rolleninteressen verstanden werden, das heißt, als erwartete Verhaltensorientierungen. Daraus folgt, daß unterdrückte Bedürfnisse sich politisch wirksam auf die Dauer nur artikulieren können, wenn sie entweder — was einer reformistischen Strategie entspräche — sich mit den schon legitimierten, also erwarteten, Interessen etablierter Rollen identifizieren können, oder wenn sie — was einer revolutionären Strategie entspräche — sich mit dem Legitimitätsanspruch der von politischen oder subkulturellen Gegenrollen behaupteten Interessen verbinden können, wobei in diesem Fall eine entsprechende Verhaltensorientierung wenigstens von seiten der Genossen erwartet wird. Vorausgesetzt ist hier, daß Interessen deshalb zur erwarteten Verhaltensorientierung im Rahmen einer Rolle gehören, weil die Individuen Bedürfnisse haben, die nur im Rollenverhalten wenigstens partiell befriedigt werden können. Denn die Normierung des Verhaltens hat ja vor allem die Funktion, ein System der Bedürf-

31 Dazu vor allem David Lockwood/John H. Goldthorpe, *The Affluent Worker*, Cambridge 1968.

32 Jürgen Habermas, *Thesen zur Theorie der Sozialisation*, Vorlesungsskript, Raubdruck 1968, S. 11.

nisbefriedigung bei prinzipiell knappen Ressourcen mit Hilfe gesellschaftlicher Sanktionsgewalt zu etablieren. Daher sind individuelle oder kollektive Bedürfnisse und Rolleninteressen aufeinander verwiesen: in Gestalt gesellschaftlicher Interessen können sich Bedürfnisse legitimieren wie umgekehrt die Bedürfnisse in Gestalt gesellschaftlicher Interessen in die Motivation der Rollenspieler eingehen³³.

Behält man diesen Zusammenhang im Auge, so zeigt sich, daß die Rollanalyse sich nicht etwa auf eine irrealen Sphäre herrschaftsfreier Interaktionen bezieht, sondern vielmehr von ihrem Ansatz her besonders dazu geeignet erscheint, das Netzwerk gesellschaftlicher Machtverhältnisse detailliert zu analysieren. Während hierarchische Herrschaftsstrukturen sich verhältnismäßig leicht an den Vorschriften der formalisierten Rollenbeziehungen in industriellen und bürokratischen Organisationen untersuchen lassen, ist allerdings die amorphe Machtstruktur industrieller Gesellschaften schwerer zu fassen. Die Rollentheorie vermag hier die Frage, worauf Macht als „die Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen“ (Max Weber), beruht, zu präzisieren, indem sie nach den Quellen der mit den Rollenerwartungen verbundenen Sanktionsgewalt fragt und die Ursache ihrer Wirksamkeit untersucht. Sie wird dabei wiederum auf den Besitz knapper Ressourcen stoßen, gleichviel ob diese in Eigentum, Wissen oder traditionalem Prestige bestehen. Damit gerät aber die Frage nach der Ursache des offenen oder geheimen Einverständnisses der Unterworfenen mit den sie unterwerfenden Normen, das sich nach innen als Identifikation mit dem Aggressor darstellt und nach außen die Gestalt legitimierender Ideologien annimmt, aufs neue in den Blick. Erst auf diesem Hintergrund können die Möglichkeiten einer Veränderung bestehender Machtverhältnisse soziologisch sinnvoll analysiert werden.

Damit komme ich zu meiner letzten These:

Die Rollentheorie kann einen spezifischen Beitrag zur Untersuchung von Emanzipationsprozessen leisten, und zwar auf dreierlei Weise: erstens ermöglicht sie es, bei Rollenkonflikten zu unterscheiden zwischen einem Rollenverhalten, das bloßer Abwehrmechanismus ist, und einem Rollenverhalten, in dem der Widerstand zum Agens der Veränderung wird. Zweitens ermöglicht es die Rollentheorie zu erkennen, ob und unter welchen Umständen die Interessen der Unterdrückten sich nur in der Konstitution von subkulturellen oder politischen Gegenrollen behaupten und eventuell durchsetzen können und trägt damit bei zur konkreten Analyse möglicher Strategien des Klassenkampfes³⁴. Und drittens schließlich enthält der

33 Vgl. dazu meine Überlegungen zu Positionsinteressen und Bedürfnislagen in: op. cit., S. 245 und 249 ff.

34 Erste Vorüberlegungen zu solcher Analyse habe ich entwickelt, a.a.O., S. 274 (allgemein zur Emanzipation) und S. 364 f. (individuelle Emanzipationschance durch Konfliktprovokation), sowie in der Differenzierung zwischen nomischen und anomischen Konflikten, S. 97 f., 363 f.

Rollenbegriff selbst schon einen Vorgriff auf das Ziel der Emanzipation.

Die Tendenz zur Überforderung der Ich-Identität durch die Ausweitung des Rollenhaushalts, die Tendenz zur Entfremdung durch repressive Normen und die Tendenz zur Affektverdrängung beim Rollenspiel stoßen heute nicht so sehr auf den Widerstand der organisierten Linken, die vielmehr diese Tendenzen zunehmend reproduziert³⁵, als vielmehr auf die sich aus dem Gegenmilieu immer weiter verbreitende antiautoritäre Weigerung, überhaupt eine funktionale Ich-Identität zu entwickeln, beziehungsweise Rationalität noch ins Rollenverhalten miteinzubringen³⁶. Es ist noch nicht ausgemacht, ob diese Weigerung den Anfang vom Ende einer langen Geschichte zunehmender Affektkontrolle und wachsender Ich-Identitätsbildung signalisiert oder ob der Prozeß der Kapitalverwertung sich die freigesetzte Affektivität durch erneute Scheinintegration auf die Dauer wird nutzbar machen können. Jedenfalls scheint mir dieser Konflikt für die Zukunft der entwickelten Industriegesellschaften möglicherweise von größerer Bedeutung als die Auseinandersetzung zwischen den organisierten Interessen von Kapital und Arbeit³⁷.

und 372 f. Ich gehe deshalb im folgenden auf diesen Teil der These nicht mehr ein; eine ausführlichere rollentheoretische Analyse möglicher und realer Strategien des Klassenkampfes würde eine eigene Untersuchung erfordern.

35 Gemeint ist hier die fatale Dialektik in der Entwicklung der Studentenbewegung, die sich darin zeigt, daß mit der sogenannten „Überwindung der anti-autoritären Phase“ und dem Aufkommen entschiedener Positionen in der „Organisationsfrage“ der ursprünglich abgelehnte Leistungsdruck nun unter verändertem Vorzeichen als selbst abverlangte Askese wiederkehrt. Die Häufigkeit von Hinweisen wie: „das muß noch geleistet werden“, „das muß erst aufgearbeitet werden“, scheint mir symptomatisch für diesen Wandel. Zur Kritik dieser Entwicklung siehe die Aufsätze von Karl Markus Michel und Michael Schneider im Kursbuch 25, Oktober 1971.

36 Das Auftauchen neuer religiöser Erweckungsbewegungen ist dafür ebenso symptomatisch wie die weiter fortschreitende Verbreitung von psychodelischen und suchterregenden Drogen. Die Vielfalt un- und halbpolitischer subkultureller Erscheinungen ist damit freilich noch nicht erschöpft. Man könnte mit Rolf Schwendter regressive und progressive Subkulturen unterscheiden (Theorie der Subkultur, Köln/Berlin 1971); beiden gemeinsam scheint aber heute das Unbehagen am bürgerlichen Ich-Ideal zu sein.

37 Diese Vermutung ist nicht nur auf dem Hintergrund des Revisionismus der etablierten Linksparteien und Gewerkschaften in den kapitalistischen Ländern zu sehen, sondern auch im Hinblick auf die Realität und hierarchische Struktur der Rollenbeziehungen in den Transformationsgesellschaften gemeint. Das wird aufs neue bezeugt durch die Rezeption der Rollentheorie in der DDR: ein unkritisch-funktionalistischer Rollenbegriff wird zwanglos übernommen und in der Analyse von Leistungsfunktionen an den vom ZK bestimmten Sachinteressen der Produktivitätssteigerung orientiert. Dieses Vorgehen führt schließlich zu der grotesken Behauptung, daß soziales Ansehen (sic!) genieße, wer eine Auf-

Die Rollentheorie läßt davon schon in ihrem Ansatz etwas mit anklagen: indem im Begriff der Rolle ein Moment des Spielerischen der freien Verfügbarkeit über sich selbst, mit eingegangen und aufgehoben ist, enthält er ein utopisches Element, das, kritisch gewendet, auf das Ziel der Emanzipation verweist: die Überwindung eines Rollensystems, das die Mehrheit der Menschen in die Zwangsjacke bloßer Vollzugsnormen steckt und die Etablierung eines Rollensystems, dessen Gestaltungsnormen³⁸ die Selbstentfaltung der Individuen nicht nur ermöglicht, sondern zum Erwarteten macht, einer Gesellschaft, in der der metaphorische Charakter des Rollenbegriffs erst seinen realen gesellschaftlichen Inhalt bekommen hätte.

gabe erfüllt, die von der Partei für wichtig gehalten wird. Vgl. dazu: Manfred Vorweg, Grundgedanken zu einer Theorie der Sozialrolle im „Kapital“ von Karl Marx, in: Georg Mende/Erhard Lange, „Die aktuelle philosophische Bedeutung des ‚Kapital‘ von Karl Marx“, Berlin 1968, S. 160 bis 164, und Gisela Vorweg, Führungsfunktion in sozialpsychologischer Sicht — Theoretisches Modell und empirische Analysen zur Rolle des sozialistischen Leiters und des Führungskollektivs. Berlin 1971. — Wäre Peter Furth mit einem solchen Rollenbegriff geholten? „Als Rollenhaftigkeit entspricht der Rollenbegriff der Kapitalisierung der Gesellschaft, in deren Verlauf das Kapital seine ‚bornierten Formen‘ abgestreift hat und als solches der Arbeit nicht mehr als einer bestimmten gegenübersteht, sondern der Arbeit in ‚der Totalität und Abstraktion“ (P. Furth, op. cit., S. 522). Demnach dürfte es schon in der Transformationsgesellschaft keine Normen und Verhaltensweisen mehr geben, die sich noch sinnvoll mit dem Rollenbegriff beschreiben ließen, jedenfalls nicht mit einem Rollenbegriff, der mit der Rollenhaftigkeit des Verhaltens generell rechnet. Tatsache ist, daß die Individuen auch dort nicht gefragt werden, welche Rollen sie zu spielen haben, daß ihnen die Mündigkeit zur Mitsprache über ihre Bedürfnisse vorenthalten, beziehungsweise abgesprochen wird, es sei denn, sie identifizierten sich fraglos. Die tendenzielle Abstraktheit und Gleichgültigkeit der Arbeit und mit ihr aller anderen Rollen, die in der Tat mit dem Kapitalismus entsteht und ein Ergebnis der Kapitalisierung auch noch der Transformationsgesellschaften ist, wird noch nicht mit der Herrschaft des Marktes überwunden, sondern offenbar erst mit der Herrschaft der Fremdbestimmung überhaupt, erst in einer Gesellschaft, die sich in rationaler Diskussion ihre Ziele setzt und ihre Aufgaben teilt, einer Gesellschaft, gegenüber deren Rollen man sich mit Engagement und Distanz zugleich verhalten könnte.

38 Über Vollzugsnormen und Gestaltungsnormen siehe meine Ausführungen, a.a.O., S. 137 ff.

Frigga Haug

Eine Rollentheorie im revolutionären Kostüm

Erwiderung auf H. P. Dreitzel

Seit die Soziologie — insbesondere seit ihrer Hinwendung zu den Interaktionstheorien — ihren gesellschaftskritischen, aufklärerischen Impetus verloren hat, muß sie nicht nur fortgesetzt bemüht sein, sich überhaupt als Wissenschaft zu erweisen, sondern zugleich und dadurch bedingt, das kritische Potential der heranwachsenden Wissenschaftler bei der Stange zu halten. Gelingt ihr dies, so hat sie einen doppelten Sieg errungen: denn indem sie die Kritik von der Gesellschaft abzieht auf ihre Erscheinungen — den Gegenstand der Soziologie nämlich — wird sie nicht nur unschädlich gemacht, ist sie Kritik nur noch dem Schein nach; zugleich verschafft sie der Soziologie den Schein der Kritik. Eine Methode wäre es, die Soziologie mit Begriffen aus der wirklichen Analyse der Gesellschaft, der Kritik der politischen Ökonomie, auszuschnücken. So findet man bei Dreitzel eine Menge Entlehnungen aus dem Marxismus: da ist von Verelendung die Rede und natürlich von Entfremdung; von Dialektik und Widersprüchen sehr häufig; von Klassen, Klassenkampf und Klassenbewußtsein; von Basis und Überbau; von Sein und Bewußtsein; von den Verwertungsinteressen des Kapitals; von der „fremden Aneignung des Mehrwerts“ und anderes mehr. Zeugen sind u. a. Marx, Engels, Lenin und Mao, und ganz zeitgemäß wird auch vom „Revisio-nismus der etablierten Linksparteien und Gewerkschaften“ und von „Transformationsgesellschaften“ gesprochen.

Die Begriffssprache erweist sich sogleich als Zutat, denn schon im Anspruch, die Rollentheorie als Erkenntnistheorie auszuweisen, wird, wie auch im Text selbst klar ausgesprochen, die Kritik der politischen Ökonomie als Erkenntnistheorie für die Analyse der Gesellschaft abgelehnt. Das „Soziale“ sei zwar ökonomisch, historisch und psychologisch determiniert, sei aber eine „Realität sui generis“ und müsse als solche auch eigens und mit eigener Wissenschaft und Wissenschaftssprache erfaßt werden.

Der assoziative Zwang, der von den Begriffen ausgeht — selbst das frei sich entfaltende, schöpferisch gestaltende Individuum der klassenlosen Gesellschaft wird bemüht — soll nun die Soziologie nicht bloß zum ebenbürtigen Partner der Kritik der politischen Ökonomie machen, sondern dient als Sprungbrett, von dem sich diese Wissenschaft emporschwingt in das Reich der potenteren Komparative. Denn ihr wird bescheinigt, sie sei effektiver, konkreter, menschlicher, weniger dogmatisch als der Marxismus, sie zeige die Vermittlung von der Basis zum Überbau, sie könne nachweisen, wie politi-

sches Bewußtsein entsteht, sie könne dazu verhelfen, gezielt die Momente, die Widerstand provozieren, zu ermitteln. — Im Konkurrenzkampf mit anderen Theorien verspricht die Rollentheorie so einen hohen Gebrauchswert, der allerdings — wie auf den Garantiescheinen bei anderen Waren — sogleich wieder zurückgenommen wird: Man liest, daß sie allerdings das Verhältnis von Rolle und *Macht* noch nicht fassen kann, daß das Verhältnis von Rolle und *Arbeit* noch „ungeklärt“ ist, ebenso das von Rollentheorie und *Klassenanalyse*, daß ganz „strittig“ die Bedeutung der Rollenkatgorie für die *Geschichte* sei, und daß an der *Verelendung* schließlich der Rollenbegriff „die Grenze seiner Möglichkeiten“ finde.

Damit fällt so ziemlich die Basis weg, von der her zum Überbau vermittelt werden sollte, was aber für die Rollentheorie deshalb kein Problem sein kann, weil sie ihrer Anlage nach eine einfache Umkehrung von Basis und Überbau vollzieht, aus den Widerspiegelungen des bestimmten Seins im Bewußtsein rückschließt auf das allgemeine Sein der Menschen. Ziel der Rollentheorie ist es also, nicht etwa die Mittel aufzudecken, die die Wirklichkeit verändern, sondern jene, welche die Interpretation dieser Wirklichkeit im Bewußtsein, die Erfahrung umgestalten.

Bei Dreitzel geschieht dies mit Hilfe einer Methode, die er Dialektik nennt. Dialektische Widersprüche sind für ihn nicht solcherart, daß ihnen als Zusammenhang widerstreitender Elemente die historisch vorwärtstreibende Kraft schon innewohnt und zur Lösung auf Kosten eines der beiden Elemente drängt, sondern genau umgekehrt versucht er die Gegensätze im Begriff der Rolle zu versöhnen und setzt so in dieser Versöhnung der Geschichte ein Ende. In der geschickten Balance zwischen Identität und Distanz (die für Dreitzel dialektisch ist) gelingt es dem Individuum in der Reflexion, der ästhetischen Betrachtung, die Widersprüche, die ohnehin in ihm selbst und nicht außer ihm waren, zur „Einheit“ zu bringen.

Ein kurzer prüfender Blick in die Gesellschaft zeigt sogleich: je niedriger in der Gesellschaftsskala man sich befindet, desto mehr Rollenidentität hat man, je höher, desto größer ist die Chance der Distanz. Aber die Zurücknahme des einzelnen aus der Gesellschaft in die reflektierende Distanz — die am ehesten wohl ein Produkt der von der materiellen Produktion getrennten (distanzierten) Geistesarbeiter wie etwa Professoren — ist notwendig, um gegen allzu aufdringliche, identitätsheischende Rollen zurückweisenden Widerstand zu leisten. Die Revolte, die so folgerichtig festgemacht ist in der interpretierenden Überzeugung (z. B. politischer oder religiöser Art), die ihre Kraft bezieht aus dem „Glauben“, löst sich auf in die abstrakte Negation, in den Entwurf von „Gegenrollen“.

So ist die Folgerung wenig überraschend, daß Widerstand völlig unterschiedslos entweder im Aufbau eines kulturrevolutionären oder subkulturellen Gegenmilieus oder einer politischen Kampforganisation besteht. Der Schein des Revolutionären, der den Subkulturen anhaftet und sie für Dreitzel so vergleichbar werden ließ den politischen Kampforganisationen, schlägt in der Gleichsetzung auch den politi-

schen Kampf mit dem Charakter des Scheins. Wo überhaupt ein kollektiver Sinn noch möglich ist, d. h. wo also der die kapitalistischen Produktionsverhältnisse reproduzierende Schein der Rollenhaftigkeit abgeschüttelt wird, etwa in aktivem oder passivem Widerstand, im Streik, im politischen Kampf, werden die Menschen bei Dreitzel in der Theorie noch einmal entwirklicht, indem er ihr Handeln als Rollenspiel vereinnahmt. Nicht die Wirklichkeit ist es, die die Kämpfenden sich zu eigen machen, das inhaltliche Engagement entfernt sie nicht von ihren Rollen, sondern sie entwerfen „Gegenrollen“.

Gerade aber dieses Moment der Rückführung des politischen Kampfes auf ein Spiel von Rollen verweist besonders deutlich auf den Status dieser Theorie. Eine Theorie, die wie die Rollentheorie auf die Analyse der Bedingungen verzichtet, unter denen die Menschen ihr Leben produzieren, die ausgeht von den einzelnen Phänomenen, muß notwendig einen Erklärungszusammenhang liefern, der sich als eine Konstruktion der Summe der Einzelphänomene einer bestimmten Gesellschaft mit dem Geltungsbereich für Gesellschaft schlechthin erweist. Die Wirklichkeit gibt den Rollentheoretikern in den Einzelphänomenen recht, und gerade darum muß Dreitzel die Vorstellung als Zumutung abwehren, auch die Wirklichkeit, die Basis, könne „auf dem Kopf stehen“, so für sich genommen als Schein sich erweisen. Ihr Vorgehen verurteilt diese Theorie von vornherein dazu, innerhalb der gesteckten Grenzen jener Gesellschaft zu bleiben, aus deren Phänomenen sie ihre Legitimation bezog. Rollenhaftigkeit wird synonym mit Gesellschaftlichkeit. (Man lese z. B. solche unsinnigen Legitimationssätze wie diesen: „Nur in Gesellschaft kann man gegen die Gesellschaft sein.“ — als ob es darum ginge, gegen Gesellschaft schlechthin zu sein, oder aber das gesellschaftliche Wesen des Menschen zu verleugnen.)

Die Rollentheorie verliert nicht nur die Produktionsverhältnisse zugunsten der Intersubjektivität der Menschen aus den Augen. Durch die Zurücknahme der wirklichen Verhältnisse in die distanzierende Betrachtung des einzelnen werden gerade die zwischenmenschlichen Beziehungen, die immerhin den Anschein noch erwecken konnten, es gehe um die Vermittlung des Sozialen, aus der Untersuchung verbannt. Zurück bleibt schließlich nur der für sich seiende Mensch, dem die Wirklichkeit als Theaterstück sich darstellt und der sich selbst als Voyeur zur Wirklichkeit und zu sich selber verhält.

Diese Theorie zielt, so sehr sie sich verbal dagegen sträubt, immer auf isolierte Individuum. Das Kollektiv figuriert nur scheinbar als Summe isolierter einzelner (wie etwa Hippies). So ist sinnvoll nicht das Tun der Menschen, sondern die Einheit von Identität und Distanz im einzelnen. Entfremdung bezieht sich nicht auf bestimmte Produktionsverhältnisse, sondern auf das Verhältnis des Individuums zu seiner Rolle, ist also allgemeingesellschaftlich und kann durch den Erwerb der nötigen Distanz in jeder Gesellschaft aufgehoben werden. Niemals kommt die dritte Sache vor, wie sie etwa bei Brecht das Verhältnis oder auch die Rollen von Mutter und Sohn bestimmen konnte: „Lob der Dritten Sache: Immerfort hört man, wie schnell /

Die Mütter die Söhne verlieren, aber ich / Behielt meinen Sohn. Wie behielt ich ihn? Durch / Die Dritte Sache. / Er und ich waren zwei, aber die dritte / Gemeinsame Sache, gemeinsam betrieben war es, die / Uns einte. / Oftmals selber hörte ich Söhne / Mit ihren Eltern sprechen. / Wieviel besser war doch unser Gespräch / Über die dritte Sache, die uns gemeinsam war / Vieler Menschen große, gemeinsame Sache! / Wie nahe waren wir uns, dieser Sache / Nahe! Wie gut waren wir uns, dieser / Guten Sache nahe!“ (Bertolt Brecht: *Die Mutter*. Stücke, Bd. V, Aufbau-Verlag 1957, S. 89.)

Der Nutzen der Rollentheorie liegt auf der Hand. Wo die Errungenschaften der bürgerlichen Revolution, etwa Freiheit und Gleichheit, sich als Illusion erwiesen, bietet die Rollentheorie ein Mittel, die Probleme, die sich als Rollenhaftigkeit der Menschen darbieten, indem man sie aufzeigt, gleichzeitig zu verstellen. Der Bezug zur Wirklichkeit, den die Rollentheorie in der Tat hat, und das, was im Rollenbegriff selber noch kritisch gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse herauslesbar wäre, werden auf zweierlei Weise unkenntlich gemacht. Zum einen wird das, was das Kapitalverhältnis den Menschen antut, was zugleich den Wirklichkeitsaspekt bietet, auf den die Rollenmetapher sich anwenden ließe, zur Seinskonstante des vergesellschafteten Menschen erhoben. Indem so eine verschwindende Gestalt Ewigkeitsstatus erhält, wird damit zugleich der status quo theoretisch verewigt, wird der Kapitalismus als höchste und letzte Gesellschaftsformation angegeben. Zum anderen benutzt die Rollentheorie ihren in der Wirklichkeit verankerten Bezug zur Legitimation, die Rollenmetapher beliebig und unendlich auf alle Funktionen, Seinslagen, Beziehungen und Handlungen der Menschen schlechthin auszudehnen — (Dreitzel spricht etwa von der Rolle des Unterdrückten, der Rolle des Streikenden und von Rolleninteressen) —, so daß am Ende nicht mehr auffindbar ist, ob nun die etikettierte Rollenhaftigkeit ihren Grund in der Wirklichkeit oder im Ansatz der Theorie hatte.

Aus der Tatsache, daß der Rollenbegriff als Metapher in der Alltagssprache verbreitet ist, bezieht die Soziologie ihre Legitimation, die Rollentheorie als Erkenntnistheorie für die Wissenschaft von der Gesellschaft auszubauen. Die Alltäglichkeit des Begriffs verweist zugleich auf seinen Realitätsbezug, der der Rollentheorie ihre Verbreitung sichert und überhaupt erst die Möglichkeit gibt, zur Zementierung der Verhältnisse und zur Verhinderung von Aufklärung beizutragen. Wenn man den Begriff der Entfremdung nicht wie Dreitzel umbiegt zu einem Wort, das für einen Vorgang im Individuum benutzt wird — „Entfremdung von den Rollenidentitäten“ —, sondern an seiner Bedeutung in der Kritik der politischen Ökonomie festhält, wird es möglich, sowohl die Phänomene ausfindig zu machen, die als Rollen sich beschreiben lassen, als auch ihre Erklärung und mit ihr die Möglichkeit ihrer Veränderung zu liefern.

Entfremdung meint ganz allgemein, daß etwas dem Menschen Eigenes ihm als Fremdes gegenübertritt. Im Kapitalverhältnis erstreckt sich diese Verkehrung auf alle geistigen, schöpferischen und

gesellschaftlichen Tätigkeiten der arbeitenden Menschen. Die Organisation der Arbeit, ihr Arrangement, die potenzierte Kraft, die aus der Zusammenarbeit entspringt, erscheinen als fremde Macht, als Macht des Kapitals. Der Geist, der das gemeinsame technische Handeln der Individuen bestimmt, vollzieht sich durch ihre Handlungen und ist ihnen gleichwohl fremd, ist Geist des Kapitals. Die geronnene Form der Arbeit, die Maschinen, werden Kapitalmacht, erscheinen den arbeitenden Menschen als Kapital, das sich die lebendige Form der Arbeit unterordnet. Indem sie ihr Arbeitsvermögen entäußern, ist der Vollzug der Arbeit selbst immer schon nichts weiter als Bereicherung und Stärkung des Kapitals. Ihr Tun, ihre Arbeit nützt nicht ihnen, sondern vergrößert die sie beherrschende Macht. Da so das Gesellschaftliche in Wirklichkeit organisiert ist durch das Kapital und nicht durch die vergesellschafteten Menschen selbst, werden ihre sozialen Beziehungen dies Verhältnis auf eine Weise widerspiegeln, die als Rollenspiel zu bezeichnen nicht ganz abwegig zu sein scheint.

In diesem Zusammenhang mag auch einleuchten, daß die von Dreitzel in Anlehnung an Max Weber konstatierte Zunahme an rationalem Handeln, ökonomischem Einsatz von Mitteln zu einem bestimmten Zweck, mit den Lohnarbeitern überhaupt nichts zu tun haben kann, sondern nur die Kapitaleigner meint. Gerade daß Rationalität als bestimmende Komponente für die Lohnarbeit nicht in Frage kommt, verweist ein weiteres Mal auf die entfremdete Form der Arbeit im Kapitalismus, die die Metapher der Rolle herausfordert.

Wenn man davon ausgeht, daß die Menschen sich verwirklichen in der Arbeit, also in ihrem Tun, und andererseits der Eindruck heute sich aufdrängt, als ob die Menschen wenig mit dem zu tun hätten, was sie tun, ließe sich dieser Zustand des inneren Unbeteiligtseins als Rollenspiel bezeichnen (Arbeit als Rolle). Der Fortschritt der Gleichgültigkeit der verschiedenen Arbeiten, den die kapitalistische Industrialisierung schuf als Bedingung für die Aufhebung der Fesseln, mit denen die einzelnen an besondere Arbeitsarten lebenslang geschmiedet waren, bringt — ebenso wie die Vergesellschaftung der Arbeit unter der Bedingung privater Aneignung — zugleich Nachteile für die Produzenten. Die Gleichgültigkeit der Arbeiten meint einerseits die Aufhebung von Unterschieden, die sich aus dem Charakter der Arbeiten ergeben — jede Arbeit *gilt gleich* und ist so Voraussetzung für die Gleichheit als auch Vorbedingung für die Entfaltung der Menschen. Unter der Beibehaltung von Herrschaft und Knechtschaft unter dem Mantel der Gleichheit muß die Gleichgültigkeit der Arbeit pervertiert werden zu dem, was Gleichgültigkeit gegenüber der Arbeit heute meint. Die Vereinseitigung des Begriffs spiegelt das Schicksal der arbeitenden Menschen. Eine Bedingung für die Freiheit gerät zu einer anderen Form der Unfreiheit. Unter dem äußeren Verhältnis des Kollektiven, Gesellschaftlichen, Gesellschaftlichen, das allein durch die Arbeit hergestellt wird, bleiben die Arbeitenden selbst dennoch privat, vereinzelt, isoliert. Dieser Widerspruch äußert sich als Nicht-Beteiligung der Menschen an

ihrem wirklichen Tun. Sie verhalten sich wie Rollenspieler, die mal in diese, mal in jene Rolle, allerdings gezwungenermaßen, schlüpfen, um irgendwann zu ihrem „wirklichen Menschsein“ zurückzukehren.

So ist gerade das von Dreitzel zum Beleg für die dem Menschen konstitutive Rollenhaftigkeit angeführte Marxzitat*, daß der Mensch „außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich“ sei, Beweis für die Notwendigkeit der Aufhebung der Rollenhaftigkeit. Marx zeigt an dieser Stelle, daß der Mensch (und mit Mensch meint er hier allein den Arbeiter), seiner Verwirklichung durch das Kapitalverhältnis in der Arbeit beraubt, sein Menschsein, das er doch nur in der Arbeit finden kann, außer ihr in einem „Freiraum“, allerdings vergeblich und darum um so rastloser, sucht. An der angeführten Stelle heißt es bei Marx für die Rollentheorie völlig unverdaulich weiter: „Es kömmt daher zu dem Resultat, daß der Mensch (der Arbeiter) nur mehr in seinen tierischen Funktionen, Essen, Trinken und Zeugen, höchstens noch Wohnung, Schmuck etc., sich als freitätig fühlt und in seinen menschlichen Funktionen nur mehr als Tier. Das Tierische wird das Menschliche und das Menschliche das Tierische.“

Die Suche nach Verwirklichung in der Freizeit macht sich nun das Kapital durch zunehmende Subsumtion dieser Sphäre unter die Verwertungsinteressen zunutze. Dem Rollentheoretiker, dem alle sozialen Verhaltensweisen immer gleich sind, eins kann für das andere stehen, erscheint dieser Vorgang als eine Zunahme von Rollen im Rollenhaushalt. Nicht als Lohnarbeiter versucht etwa der Mensch wirklich zu werden in außerhalb der Arbeit liegenden Bereichen, sondern neben der Rolle des Lohnarbeiters hat er z. B. noch die des Familienvaters, des Radiobastlers, des Briefmarkensammlers, des Fernsehers und beliebig so weiter. — Da der Kapitalismus in seiner Epoche zugleich Träger des gesellschaftlichen Fortschritts ist, muß jenen Theoretikern, die die gedankliche Anstrengung nicht zu leisten vermögen, Negatives und Positives gleichzeitig festhalten zu müssen, die Zunahme von Rollen entweder als der Fluch der Vergesellschaftung schlechthin erscheinen (wie z. B. Dahrendorf) oder aber wie Dreitzel als die Gestalt des Fortschritts selber.

Da die Entwirklichung der Menschen so von Dreitzel, wo sie von der Reflexion begleitet ist, als Seinskonstante für den glücklichen Menschen hochstilisiert wird, müssen die Taten der solcherart Einverstandenen dementsprechend folgenlos für eine wirkliche Veränderung der Gesellschaft sein. Antiautoritäre Modelle unter den Bedingungen der Herrschaft, Subkulturen und kulturrevolutionäre Bewegungen werden die Gesellschaft im Prinzip so lassen wie sie ist. Die Rollenhaftigkeit der Menschen bleibt als Untersuchungsfeld für Soziologen. Der Widerstand ist kanalisiert, die Soziologie könnte ein übriges tun und die Bedingungen für solche Kanalisation zur gezielten Anwendung ausfindig machen.

* Das Zitat ist nicht, wie Dreitzel fälschlich angibt, aus der *Deutschen Ideologie*, sondern aus den *Ökonomisch-philosophischen Manuskripten* (1844): Die entfremdete Arbeit, MEW, Ergänzungsband, 1. Teil, S. 514 f.

Daß die Rollentheorie ihren Aufschwung nahm mit dem Beginn der technisch-wissenschaftlichen Revolution, bedürfte der zusätzlichen Erklärung. Die geforderte größere Flexibilität der Produzenten, begleitet von einer ungleich höheren Qualifizierung, könnte die arbeitende Klasse vielleicht in größerem Ausmaß befähigen, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu durchschauen und damit ihre Veränderung zu erzwingen. Neue Herrschaftstechniken wären erforderlich, um den status quo zu erhalten. Gelänge es, das mit den neuen Fähigkeiten erworbene Mehr an Einsicht in die Verhältnisse umzubiegen in die folgenlose Reflexion der Rollendistanz, wäre dieser Gefahr begegnet.

Das Glück, das die Menschen erführen, wäre frei vom Stachel der Erkenntnis; die Unzufriedenheit schwände und mit ihr die Hoffnung; Blindheit würde sie davor bewahren, das Falsche sehen zu müssen.

Besprechungen

Philosophie:

Tomberg, Friedrich: *Mimesis der Praxis und abstrakte Kunst*. Ein Versuch über die Mimesistheorie. Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin 1968 (110 S., kart., 9,80 DM).

Zum Verdienst Friedrich Tombergs gehört es, bereits zu einer Zeit mit den Methoden eines konsequenten Marxismus gearbeitet zu haben, als dieser an westdeutschen Universitäten — und nicht zuletzt in der Studentenschaft — nicht mehr als die Position eines isolierten Außenseitertums innehatte. Im Gegensatz zum Revisionismus der Kritischen Theorie — bis in die zweite Hälfte der sechziger Jahre hinein die einzige offizielle und offiziell zugelassene Gestalt ‚marxistischer‘ Philosophie in der BRD und Westberlin — hat Tomberg bereits in seinen ersten Veröffentlichungen eine Position vertreten, die der Überlieferung der marxistischen Klassiker die Treue hielt. Seine Kritik der Kunsttheorie Adornos, schon 1963 im *Argument* (Heft 26) veröffentlicht, ist meines Wissens die erste auf dem Niveau des historischen Materialismus stehende Kritik der pseudomaterialistischen Ästhetik der Frankfurter Schule. Es ist bedauerlich, daß dieser Aufsatz — der auch beim gegenwärtigen Stand der Diskussion materialistischer Ästhetik in der Bundesrepublik kaum obsolet sein dürfte — weder in dem systematischen Zusammenhang von *Mimesis der Praxis* hat einen Platz finden können noch in der späteren Sammlung sozialphilosophischer Studien des Verfassers, die unter dem Titel *Basis und Überbau* 1969 erschien, aufgenommen wurde.

Was Tomberg mit *Mimesis der Praxis* vorlegt, ist der Aufriß einer materialistischen Kunsttheorie, die auf der Aristotelischen Vorstellung von Kunst als „*Mimesis* einer Wirklichkeit“ aufbaut und von dieser Wirklichkeit her — als der Grundlage jedes mimetischen Akts — ihre Kriterien bestimmt. Tombergs Problemstellung: eine Mimesistheorie zu finden, „die weniger das Sein als vielmehr den Wandel der Kunst erklären kann, und zwar insbesondere den Wandel, den wir in der Kunstentwicklung Europas vom vorigen auf dieses Jahrhundert konstatieren müssen“ (9). Eine Kunsttheorie aber, die sich an der Vorstellung von Kunst als *Mimesis der Praxis* orientiert, d. h. Kunst „als Darstellung einer jedenfalls auch außer ihr erfahrbaren und von ihr unabhängig bestehenden Wirklichkeit“ (9) begreift, ist der Logik ihres Ansatzes gemäß zu der Frage gezwungen, ob und in welcher Form „der Wandel der Kunst von Wandlungen dieser Wirklichkeit her zu begreifen sei“ (9). So diene vorliegende

Abhandlung dem Zweck zu diskutieren, „ob sich Kunst nicht immer noch als Mimesis begreifen läßt“ (10).

Als „Grundkategorien der Mimesistheorie“ unterscheidet Tomberg zwischen *Widerspiegelung*, *Antizipation* und *Parteilichkeit*. Bezeichnend für Tombergs Methode der Verbindung systematischer und historischer Analytik ist es, daß diese Kategorien nicht abstrakt deduziert, sondern aus Texten der kunstphilosophischen Tradition erschlossen werden: die Kategorie der Widerspiegelung aus der Aristotelischen Poetik, die Kategorie der Antizipation aus Schillers Dichtungstheorie, die der Parteilichkeit aus der Kunsttheorie von Lukács. Ausgehend von einer präzisen Interpretation der *Poetik* weist Tomberg nach, daß die Aristotelische Bestimmung der Kunst als Mimesis der Praxis, obwohl vornehmlich am Gegenstand der Tragödie orientiert, für alle Formen der Poesie Gültigkeit besitzt. Aristoteles „setzt bereits als bekannt und selbstverständlich voraus, daß die Kunst (. . .) handelnde Menschen nachahmt“ (11). Der grundlegende Begriff der *Praxis* hat dabei den Sinn „gesellschaftlich notwendiger Tätigkeit“, d. i. solche Tätigkeit, „die letztlich zur vollendeten Eudaimonie als der gelungenen Übereinstimmung von Mensch und Natur führen soll“ (17). Das Kunstwerk als Mimesis der Praxis ist somit Nachahmung der dialektischen Einheit von Mensch und Natur; Nachahmung der Natur ist es insofern auch, als es „imitatio von Dingen ist, die der durch Arbeit vermenschlichten Natur angehören“ (18).

Tombergs Interpretation der Kunstauffassung des Aristoteles gehört zu den überzeugendsten Teilen seiner Schrift. Die sozialphilosophische Begründung kunsttheoretischer Analytik, die Tombergs gesamte Auseinandersetzung mit Phänomenen der Kunst beherrscht, findet er in der Philosophie des Aristoteles vorgezeichnet: in der Zuordnung des Begriffs der Kunst zur sozialen und ideologischen Situation der athenischen Polis. So hat die Kunst bei Aristoteles primär die Funktion eines in der ästhetischen Imagination zu vollziehenden „freudigen Erkennens“ seitens des Polisbürgers (Katharsis als ästhetische Lust), eines Erkennens des gesellschaftlichen Sinnes seiner Existenz: der allein in der Polis wirklichen Eudaimonie als der harmonischen Wesenseinheit von Mensch und Natur. In diesem Sinne verstanden wird Mimesis bei Aristoteles „wesentlich zur *Widerspiegelung* einer *gegenwärtig vollendeten Eudaimonie*“ (25).

Bezieht sich der Begriff der Widerspiegelung auf die Darstellung einer als Eudaimonie begriffenen *gegebenen* Wirklichkeit, so meint der der Antizipation Mimesis „einer zukünftig wirklichen Eudaimonie“ (28): Vorgriff auf ein Noch-nicht-Wirkliches. Es ist dies für Tomberg die Essenz der Schillerschen Dichtungstheorie. Schillers Begriff des Ideals wird souverän von der Falsifikation durch die deutsche bürgerliche Ideologie befreit und in seiner Gültigkeit für eine historisch-materialistische Kunsttheorie aufgearbeitet. Dies kann allerdings nicht von Schillers idealistischen Prämissen her geschehen. Vielmehr ist Antizipation nur dann „als eine legitime Kategorie der ästhetischen Mimesis“ anzuerkennen, wenn gezeigt wird, „daß auch dann die Mimesis einer vollendeten gesellschaftlichen Eudaimonie möglich

ist, wenn diese erst in der Zukunft wirklich sein kann“ (29). Die vermittelnde Funktion zwischen historischer Faktizität und konkreter utopischer Antizipation kommt der Kategorie der Parteilichkeit zu. Sie ist aus Lukács' Arbeit *Tendenz und Parteilichkeit* gewonnen und orientiert sich an Marx' Dictum, die Arbeiterklasse habe „keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben“. Mit Hilfe des Begriffs der Parteilichkeit wird die der Herkunft nach idealistische Kategorie der Antizipation materialistisch auf die Füße gestellt: Antizipation heißt jetzt Konkretion eines Real-Möglichen. Die real-mögliche Perspektive der bestehenden Gesellschaft aber ist die kommunistische. Was bei Aristoteles Eudaimonie hieß, wird jetzt mit Marx als „Vollendung der Humanisierung der Natur und damit der Naturalisierung des Menschen“ gefaßt, als Kommunismus. Kunst, die sich dieser gesellschaftlichen Perspektive konsequent bewußt bleibt, ist parteiliche Kunst. Parteilichkeit ist so keine subjektive Beurteilung (jeder linksexistentzialistische Dezisionismus ist Tomberg ebenso fremd wie Lukács), sondern ist „Bestandteil der objektiven Wirklichkeit“ (31): „Widerspiegelung der gegenwärtig wirklichen Zukunft“ (31).

Mit der Diskussion der drei Grundkategorien der Mimesistheorie gibt Tomberg den theoretisch-kategorialen Grundriß für ein Verständnis der Entwicklung der europäischen Kunst zur Moderne. Kennzeichnend für den konsequenten Gebrauch der historisch-materialistischen Methode ist dabei, daß die im ersten Teil der Schrift explizierten Grundbegriffe der Mimesistheorie nicht als zeitlose kategoriale Formen aufgefaßt sind, sondern als kategoriale Manifestationen „bestimmter Entwicklungsphasen der Wirklichkeit“. Aufgrund ihrer Allgemeinheit sind sie noch nicht hinreichend, „den ganzen Prozeß der europäischen Kunst“ theoretisch zu erfassen. Der notwendigen Spezifizierung dient der zweite Teil des Buchs: *Wandlungen der Mimesis im Wandel der gesellschaftlichen Praxis*. Die Kategorien *mimetischer Abstraktion*, mit deren Hilfe moderne Kunst auf ihren Begriff gebracht werden soll, sind: *Illusion, Humanität und Negation*. *Illusion* bezeichnet das in der Klassengesellschaft produzierte Moment ästhetischer Ideologiebildung: die gesellschaftlich notwendige Abstraktion der Wahrnehmung des Subjekts der herrschenden Klasse vom Klassencharakter seiner Herrschaft: seine illusionäre Ignoranz der Existenz der unterdrückten produzierenden Klasse. Kunst wird damit zur *Ideologie* — nicht im Sinne eines undialektischen Ideologiebegriffs als bloß falsches Bewußtsein, sondern im Sinne „eingengter Erkenntnis“, d. h. der gesellschaftlich notwendigen *dialektischen* Verschränkung von wahren und falschem Bewußtsein. Die Reduktion der Wahrnehmung zur Illusion fundiert auf einer „besonderen Ideologie, die von vornherein die Erkenntnis der Wirklichkeit kanalisiert und ihre störenden Momente verschleiern. Die Illusion verhindert aber nicht die Erkenntnis, sondern engt sie nur ein. Sie läßt aus ihrem Bild von der Wirklichkeit ein wesentliches Konstituens, näm-

lich gerade das tragende Element, heraus und ist insofern eine abstrakte Widerspiegelung“ (41). Nur in diesem präzisen Sinn läßt sich z. B. von der Griechenland-Illusion der deutschen idealistischen Kultur sprechen: der Harmonisierung der griechischen Sklavenhalterkultur zur goldenen Kindheit der europäischen Geschichte. — Wird Illusion als „abstrakte Widerspiegelung in der Klassengesellschaft“ gefaßt, so ist *Humanität* — die zweite Form mimetischer Abstraktion — „abstrakte Antizipation in der kapitalistischen Klassengesellschaft“. Eudaimonie wird hier zur Kategorie der bürgerlichen Privatheit „in Abstraktion vom gesellschaftlichen Arbeitsprozeß“. Die geschichtliche Bewegung, die Tomberg unter dem Begriff der Humanität faßt, ist der der französischen Revolution folgende und von ihr ausgelöste ideologische Prozeß der Entwicklung der bürgerlichen Intelligenz in Deutschland von der sog. „Klassik“ zur „Romantik“. War in der deutschen Klassik Humanität noch als gesellschaftlich und historisch realisierbar konzipiert, so wird in der romantischen Bewegung, als Reflex der sich entfaltenden kapitalistischen Warenproduktion, Humanität zum Ideal „jenseits jeder gesellschaftlichen Wirklichkeit“ degradiert, Kunst zur Antizipation eines „von aller sinnlichen Wirklichkeit abgelösten (. . .) absoluten Ideals“ (53). Damit aber hat Kunst ein Absolutum an Abstraktion erreicht, das zur Selbstaufhebung der Kunst führen muß. „Die romantische Weltanschauung bedeutet in ihrer Konsequenz die Liquidation der Kunst“ (53). Der Begriff der *Negation* beschreibt den Zustand der Kunst in der Moderne: Negation als Abstraktion der Parteilichkeit in der „proletarisierten kapitalistischen Klassengesellschaft“. Für den bürgerlichen Künstler kann in dieser Gesellschaft „die Eudaimonie keine reale Perspektive mehr sein“. Insofern ihm die Existenz des Proletariats „nur als ein integrierendes Moment der Bourgeoisgesellschaft selbst erscheint“, ist kommunistische Parteilichkeit ihm nicht mehr als konkrete Alternative erfahrbar. Die moderne bürgerliche Kunst geht so „aus der Erfahrung eines endgültigen Scheiterns der freisetzenden Aktion hervor“ (67). Das ästhetische Subjekt erfährt sich lediglich als absolut auf sich selbst zurückgeworfen. Die Attitüde der Negation wird zur letzten Möglichkeit seiner Selbstbestätigung. Die zusammengebrochene Bourgeoisgesellschaft bleibt ihm „ein Trümmerhaufen, aus dem sich eine neue Wirklichkeit der Eudaimonie nie mehr bilden kann“ (67). — In der *sozialgeschichtlichen* Erfahrung des ästhetischen Subjekts sind die materiellen Gründe für Formalismus, Abstraktion und Subjektivismus der spätbürgerlichen Kunst aufzusehen. Die materielle Erfahrung des bürgerlichen Bewußtseins ist es, die Kunst in letzter Konsequenz zur „Negation der gesamten Wirklichkeit“ treibt: gesellschaftliche Praxis kann nur noch „als bar jeden Sinnes“ aufgenommen werden (68). Dieser Prozeß führt konsequent zur Negation der Gegenständlichkeit des Wirklichen. Kunst hebt sich in ihrem Grundcharakter als Widerspiegelung auf. Aus ihren Deformationen sind so die Deformationen des gesellschaftlichen Lebens abzulesen: moderne bürgerliche Kunst repräsentiert „die Zerstörung des Menschen als des *zoon logon echon*“ (79).

Die Begriffe *Illusion*, *Humanität* und *Negation* bezeichnen sozial-historische Etappen des ästhetischen Bewußtseins; sie indizieren zugleich den Prozeß der zunehmenden Abstraktion der europäischen Kunst. An ihnen wird die Sozialgeschichte dieser Kunst dechiffrierbar. *Illusion* bezieht sich primär auf vorkapitalistische Herrschaftsverhältnisse (antike Sklavenhaltergesellschaft und feudales Leibeigentum), *Humanität* auf die klassische bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft, *Negation* bezeichnet die dominierende Kunstform beim gegenwärtigen Stand der Produktionsverhältnisse, die Kunst „der stagnierenden proletarisierten Gesellschaft“ (93).

Der dritte Teil von Tombergs Schrift: *Versuch einer Mimesistheorie der abstrakten Kunst*, bringt die theoretische Zusammenfassung der vorab an der Analyse der grundlegenden sozialphilosophisch-ästhetischen Kategorien orientierten ersten Teile, zugleich die systematische Anwendung dieser Kategorien für eine materialistische Theorie der im gegenwärtigen Kapitalismus dominierenden Kunstformen. Materialistisch ist Tombergs Analyse, weil sie den materiellen Bedingungen der Entstehungsgeschichte des ästhetischen Bewußtseins und der sich in diesen Prozessen durchsetzenden künstlerischen Formen nachfragt. Tomberg macht deutlich, daß die ästhetischen Kategorien (als objektivierte Formen des ästhetischen Bewußtseins verstanden) die dialektische Einheit eines ideologischen Prozesses artikulieren, dessen Bestimmungsgründe in Prozessen der Basis aufzusuchen sind — eine Entwicklung des ästhetischen Überbaus, dessen logisch-kategoriale Systematik (Systematik der ästhetischen Begriffe) in der *materiellen Systematik* sozialgeschichtlicher Bewegungen seine Begründung hat. Der *logische* Begriff der Kunst — Kunst als „parteiliche Widerspiegelung“, der es „um die vollendete Wirklichkeit der Eudaimonie“ geht (90) — muß unter bestimmten analysierbaren gesellschaftlichen Bedingungen, in denen die Erfahrung der Eudaimonie im Sinne einer gegenwärtigen Wirklichkeit auch in der Form der Illusion nicht mehr möglich ist, *notwendig* zur Antizipation werden. Eudaimonie ist dann konzipierbar weder als vergangene noch als gegenwärtige Gegenwart, sondern als vergegenwärtigte Zukunft: Resultat des historischen Prozesses selbst, die „vollständige menschliche Wirklichkeit“ als „Verwirklichungsprozeß der Eudaimonie“. In diesem Sinne ist Kunst in der Lage, „Modelle zukünftiger Eudaimonie“ zu entwerfen, die Relevanz für gesellschaftliche Praxis besitzen. „Nur von einem solchen Modell bestimmt, ist Praxis möglich, der Fortschritt der Praxis muß aber gerade dieses Modell wieder korrigieren, so daß für die Kunst unaufhörlich die Notwendigkeit erwächst, neue Modelle zu konzipieren“ (90). Die „vollendete Eudaimonie“, die die Modelle progressiver, *parteilicher* Kunst als real mögliche zu umreißen versuchen, bezeichnet Tomberg mit dem Schillerschen Begriff des Ideals: „Hellsichtig in ihrer Parteilichkeit vermag die Kunst das Ideal zu antizipieren, d. h. ein Bild der Totalität des Eudaimonieprozesses zu entwerfen, das den freigelegten Elementen der kommenden Wirklichkeit angemessen und daher zukünftig möglich ist, obgleich nur der Prozeß

selbst erweisen kann, welche Variation möglicher (...) Strukturen sich schließlich aus diesen Elementen ergeben wird. Bringt die Antizipation auch kein Abbild der kommenden Wirklichkeit hervor, so wird sie doch allein durch das Bild des Möglichen, das sie entwirft, ermächtigt, die Elemente dieser kommenden Wirklichkeit hinter der Fassade der Gegenwart schon wahrzunehmen. Nur also als Antizipation des Ideals vermag sie parteilich zu sein, und erst in parteilicher Wahrnehmung vermag sie die gegenwärtige Wirklichkeit überhaupt als Prozeß-Wirklichkeit widerzuspiegeln“ (91). So hat auch die Kunst der revolutionären Bourgeoisie, die Kunst der bürgerlichen Gesellschaft in der klassischen Phase ihrer emanzipatorischen Konstituierung *Humanität* als Ideal artikuliert, und zwar in der Form „einer Wirklichkeit, die kommen soll“. Erst unter den Bedingungen der gegenwärtigen Produktionsverhältnisse, in der „stagnierenden proletarisierten Gesellschaft“ demonstriert bürgerliche Kunst, „indem sie zur Negation wird, die Abwesenheit aller gegenwärtigen und das Fehlen jeder Perspektive für eine zukünftige Eudaimonie“ (93). Und doch sind selbst in den abstrakten Formen dieser Kunst noch Elemente der Eudaimonie-Wirklichkeit aufbewahrt. Auch die subjektivistische Abweisung gesellschaftlicher Praxis vollzieht sich noch „aus der Intention auf Eudaimonie“ (94). Auch im Zustand der vollendeten Subjektivierung, in dem das ästhetische Subjekt allein sich selbst widerzuspiegeln die Kraft hat, hält es bewußtlos dem aller Kunst immanenten Eudaimonie-Versprechen die Treue angesichts einer Wirklichkeit, die seinem Bewußtsein ein Festhalten an der Eudaimonie-Vorstellung als einem Moment der Wirklichkeit selbst verbietet. Dieser Kunst ist Eudaimonie jetzt nurmehr als abstrakte Utopie konzipierbar: im Paradoxon der „unmöglichen Möglichkeit“ (96). Ihr bleibt „nur noch ein parteiliches Bestehen auf der unmöglichen Möglichkeit zur Eudaimonie, ein ohnmächtiger Trotz, der sich von der Praxis fernhält, sie nicht zur Kenntnis nimmt und gerade dadurch der praktischen Zerstörung aller Eudaimonie die Bahn freihält“ (96). Hierin liegt die Dialektik ihrer Selbstzerstörung. Bürgerliche Kunst zerstört sich, indem sie sich, objektiven gesellschaftlichen Zwängen folgend, zum Medium der Wirklichkeitszerstörung macht. Sie wird zum ästhetischen Konstrukt der Absurdität. Sie fördert „genau das, wogegen sie Partei nimmt, und löst so den Sinn ihrer Parteilichkeit in eine pure Absurdität auf“ (97). So enthält sich die in der Erscheinung heterogene Formenwelt der spätbürgerlichen Kunst dem Wesen nach als ästhetische Konstruktion der Vergeblichkeit. Den Titel der Abstraktheit trägt diese Kunst zu Recht, weil sie „von dem Verwirklichungsprozeß der Eudaimonie, wo immer er vor sich gehen mag, in ihrer Widerspiegelung abstrahiert“ (100). Was die moderne bürgerliche Kunst zuletzt allein noch an „Wirklichkeit“ signalisieren kann, ist die der Katastrophe — die Katastrophe der Gesellschaft, deren Ausdruck sie ist. Hoffnung vermittelt sie lediglich durch das Faktum ihrer bloßen Existenz: daß sie, statt zu verstummen, sich weiterhin in unzähligen Produkten manifestiert. „Denn solange sie sich gegen ihre eigene Konsequenz, gegen das endgültige

Verstummen, wehrt, indem sie immer wieder neue Formationen von Realität aus der eigenen Subjektivität heraus zu produzieren sucht, zeugt sie von der Macht des Willens zur Eudaimonie (. . .)" (101). Als abstrakte Artikulation dieses Willens und als Zeugin des Zusammenbruchs der Bourgeoisgesellschaft kann dieser Kunst dann auch vor dem Richterstuhl des historischen Progresses eine relative Berechtigung nicht abgesprochen werden.

Tombergs Schrift drängt in der Kürze von 102 Seiten den Aufriß einer sozialphilosophischen Theorie der europäischen Kunstgeschichte zusammen. Sie versteht sich ausdrücklich als „Entwurf, der selbst noch sehr der Kritik bedarf und wegen seines skizzenhaften Charakters sicherlich mannigfache Interpretationen zuläßt“ (10). In diesem Sinne provoziert das Buch bewußt seine Diskussion. Es will als kunsttheoretische Skizze einer historisch-materialistischen Mimesistheorie gelesen werden, deren vollständige Systematik erst in der disziplinierten Diskussion zu erstellen wäre. Bei der skizzenhaften, ja weitgehend hypothetischen Anlage des Buchs ist es verständlich, daß die materialistische Präzision in manchen Teilen fehlen muß. Tomberg daraus einen Vorwurf machen zu wollen, würde an dem bewußt provisorischen und provokatorischen Charakter seiner Schrift vorbeigehen. Wichtiger ist die Frage, und hier könnte eine fruchtbare Diskussion einsetzen, ob das von Tomberg vorgeschlagene Kategoriensystem für ein theoretisches Verständnis der Entwicklung der europäischen Kunstgeschichte bereits ausreicht. Weiter ist zu fragen, ob es begriffologisch konsequent ist, Widerspiegelung, Antizipation und Parteilichkeit als kategoriale Grundformen einer umfassenden *Mimesistheorie* der Kunst aufzufassen und diesen Illusion, Humanität und Negation als Abstraktionen der logischen Grundformen an die Seite zu stellen, wobei die Kategorien ihre logische Einheit in dem Begriff der Mimesis selber haben. Die Gefahr einer allzu schematischen Verwendung liegt hier nahe; auch, daß mit ihnen allzu leicht etikettiert werden könnte, wo analysiert werden muß. Ohne einem kunsttheoretischen Nominalismus das Wort reden zu wollen, wäre noch einmal nachzufragen, inwieweit eine weitere Präzision der Kategorien hier möglich wäre. Daß Kunst als bloße Mimesis (im Sinne von Widerspiegelung verstanden) auch immer die Tendenz *ideologischer Affirmation* gesellschaftlicher Wirklichkeit besitzen kann, geht aus Tombergs Analysen unmißverständlich hervor, müßte hier aber doch präzisiert werden, nicht nur in bezug auf das Problem von Kunst und Ideologie, sondern generell in Hinsicht auf das Problem der *Dialektik mimetischer Affirmation*. Problematischer noch als die Frage nach dem ideologischen Grundcharakter künstlerischer Widerspiegelung ist die der Gültigkeit des Begriffs der *Negation* im Sinne einer kunsttheoretischen Grundkategorie. Tomberg setzt sich hier dem Einwand aus, die für jede materialistische Ästhetik zentrale Kategorie der Negation durch ihre restringierte Verwendung für die spätbürgerliche Kunst (als Abstraktion der Parteilichkeit) auf eine Weise festgelegt zu haben, die sie für eine Bezeichnung kritisch-revolutionärer Kunst untauglich macht. Kunst als *bestimmte Nega-*

tion, d. h. als Medium einer materialistisch fundierten und damit gesellschaftlich konkreten *Kritik* schlechter Wirklichkeit (etwa in der für die progressiven Tendenzen der europäischen Kunst so typischen Form der Satire) erhält in dem theoretischen Schema Tombergs nicht den Platz, der ihr in einer materialistischen Ästhetik zukommen sollte. Es wäre zu sehen, daß Negation und Parteilichkeit als ästhetische Kategorien logisch und historisch in qualitativ anderen Korrelationen möglich sind als in den bei Tomberg verzeichneten. Schiller etwa, auf dem Tomberg neben Aristoteles am häufigsten rekurriert, unterscheidet bereits zwischen drei material und kategorial differenzierten Dichtungs- bzw. Kunstformen: Idylle (Antizipation der Wirklichkeit der Eudaimonie), *Elegie* (Verlust der Eudaimonie in der Wirklichkeit) und *Satire* (Kritik der Wirklichkeit als Mangel von Eudaimonie). Von diesem Ansatz her ließe sich der systematische Ansatz Tombergs um einige nicht unwesentliche Aspekte ergänzen.

Solche Einwände verstehen sich als konstruktive Kritik: als Hinweise, in welche Richtung die Systematik der Tombergschen Kunstphilosophie möglicherweise zu präzisieren und auszuweiten wäre. Ihre Verdienste können und sollen sie nicht schmälern. Tomberg hat nicht nur einen der konstruktivsten Entwürfe einer historisch-materialistischen Ästhetik heute vorgelegt. Zugleich stellt seine Schrift, aufgrund der Methode, die ästhetischen Kategorien aus Beispielen der großen Tradition europäischer Kunstphilosophie zu entwickeln, auf überzeugendste Weise dar, daß es eine materialistische Ästhetik ohne Bewußtsein und präzise Kenntnis der theoretischen Texte der europäischen Überlieferung nicht geben kann — sowenig es sie geben kann ohne die sozialphilosophische Reflexion auf die materiellen Voraussetzungen, auf denen die Kunst und ihre Theorie beruhen.

Thomas Metscher (Bremen)

Heller, Agnes: Alltag und Geschichte. Luchterhand, Neuwied 1970 (119 S., kart., 12,80 DM).

Das zentrale Thema der sieben Essays (Wert und Geschichte, Struktur des Alltagslebens, Über Vorurteile, Individuum und Gemeinschaft — Gegensatz oder scheinbarer Gegensatz, Über die Rolle, Die Stellung der Ethik im Marxismus) ist ein ethisches. Die Geschichte, der Alltag und darin vor allem die Vorurteile und die Rollen werden in bezug auf ethische Normen untersucht, und die zwar unausgesprochene, aber doch ständig vorhandene Frage ist: Wie soll man unter den jetzigen Bedingungen in den sozialistischen Ländern ein gerechtes Leben führen? Es geht letztlich darum, die Verhältnisse, die unter dem Stalinismus geschaffen wurden, nicht nur von einem historischen Standpunkt zu betrachten und zu beurteilen, sondern von einem ethischen. Auch das wird nicht ausdrücklich gesagt, aber die Argumentation zielt offensichtlich darauf hin. So möchte Heller in ihrer Analyse der Geschichte zeigen, daß diese nicht eindeutig determiniert ist — es sind immer verschiedene Möglichkeiten realisierbar, und der Mensch

trägt die Verantwortung für das, was dann tatsächlich verwirklicht wird. „Die geschichtlichen Alternativen sind immer real: man kann in ihnen anders entscheiden, als entschieden wird. Die geschichtliche Entwicklung mußte sich nicht so gestalten, wie sie sich gestaltet hat“ (19). Und das heißt doch nichts anderes, als daß der Stalinismus zu vermeiden gewesen wäre. Verantwortlich sind die Menschen, die Stalin durch ihre Mitarbeit erst möglich machten, denn jede Epoche stellt dem Individuum Alternativen zu Wahl, und sei es auch bloß die einer „inneren Emigration“ (85). Für Heller ist es klar: „Jeder ist für seine Vorurteile selbst verantwortlich. Die Entscheidung zugunsten des Vorteils ist zugleich die Wahl des leichteren Weges anstelle des beschwerlicheren, das ‚Ausleben‘ der Partikularität, die Umgehung der wahren moralischen Konflikte und Standhaftigkeit.“ Was den Menschen daran hindert, sich vor eine solche Wahl zu stellen, sind die Strukturen des Alltags. Dieser muß überwunden werden. Dort, wo es wirklich darauf ankommt, muß sich das Individuum über den Alltag erheben. Und: „Daß der Mensch fähig sei, sich über den Alltag erhebend, sich zu entscheiden, bedarf der Erkenntnis seines Ichs“ (27). So erbaulich liest sich zuweilen im Büchlein, man glaubt Jaspers zu hören. Auch andere Stellen, etwa wenn Heller schreibt, kein Mensch sei so „unwesentlich“, um völlig im Alltag zu versinken, erinnern an spätbürgerliche Moralisten.

Aber man sollte sich von solchen Stellen nicht abschrecken lassen und den Versuch Hellers, den Stalinismus zu überwinden, würdigen. Im Gegensatz zu Jaspers sind ihre Forderungen nicht systemimmanent, sondern kritisch. So sind z. B. ihre Forderungen nach Autonomie des Individuums und nach Verhältnissen, die diese gestatten würden, oder auch ihre Kritik am Begriff der Rolle und des Vorurteils aufzunehmen und fortzuführen. Dasselbe gilt von ihrer Suche nach den Maximen einer marxistischen Ethik. Angesichts des großen Schweigens über Stalin ist jede von marxistischen Prämissen ausgehende Bemühung, über ihn zu reden, willkommen. Heller kann man nur vorwerfen, immer wieder in idealistische Argumentationen abzufallen, so etwa durch die Einführung des Begriffes der Substanz („die Geschichte ist die Substanz der Gesellschaft“) oder durch ihre Auffassung des Individuums, der stets etwas Heroisches anhaftet.

Zum Schluß noch eine Bemerkung. Der Titel des Buches ist zu allgemein und deshalb irreführend. Aber er erweckt den Wunsch, über das Thema „Alltag und Geschichte“ mehr zu erfahren. Dieses Verhältnis ist ja ein grundlegendes Problem jeder Geschichtsschreibung, sie ist gut oder schlecht, je nachdem, ob es ihr gelingt, den Alltag einer bestimmten Epoche begrifflich zu erfassen oder nicht. Um so verwunderlicher ist es, daß es — von wenigen Ausnahmen abgesehen, wie z. B. von H. Lefébres „La vie quotidienne dans le monde moderne“ (1968) und „Introduction à la critique de la vie quotidienne“ (1964) oder auch von Untersuchungen von P. Schütz — kaum Versuche dazu gibt, den Begriff des Alltags theoretisch zu reflektieren. Das wäre aber sicherlich eine wichtige Aufgabe einer materialistischen Geschichtsschreibung.

Mario Erdheim (Zürich)

Kurnitzky, Horst: Versuch über Gebrauchswert. Zur Kultur des Imperialismus. Rotbuch 19. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1970 (72 S., kart., 3,50 DM).

„Dies ist der erste noch unvollständige Versuch einer Analyse des Imperialismus dieser Kultur, um die wesentlichen Inhalte revolutionärer Bewegungen, die materielle Basis dieser Bewegungen, bestimmen zu können“ (8). Zur Analyse dieser Kultur unternimmt K. zwei parallel laufende, unvermittelte Anstrengungen, wobei er sich im ersten Durchlauf auf Marx, im zweiten vor allem auf Freud beruft; die wahren Väter sind jedoch die Gründer der „Frankfurter Schule“, Adorno, Horkheimer, Marcuse u. a. In der Version von Kurnitzky stellt Marx die historische Bewegung von Gebrauchswert und Tauschwert als „Prozeß der Abstraktion“ (16) dar, der durch die Stufen Tauschwert — Geld — Kapital markiert werde. Ergebnis dieses „entqualifizierenden Prozesses“ (20) sei die „Zerstörung der Produktivkräfte des Menschen . . . weil die Entfaltung menschlicher Bedürfnisse und Fähigkeiten unterdrückt, zugunsten abstrakten Reichtums vernichtet wird“ (13). Schließlich verschwinde der Gebrauchswert der Produkte: „Gebrauchswert aber hat das Produkt nur als Hirngespinnst, da es im kapitalistischen Produktionsprozeß ‚Gebrauchswert‘ nur für das Kapital hat“ (27). Dies nennt K. den Fetischcharakter der Waren: die „Zerstörung von konkreten Gebrauchswerten zugunsten des abstrakten Reichtums in Gestalt des Kapitals“ (12). Dementsprechend lösten die Bedürfnisse sich immer mehr vom Stofflichen und reduzierten sich immer mehr aufs Messen und Wägen: „Immerhin wollen auch die Weltmächte die Golddeckung ihrer Währungen aufheben, um sich jeder Bindung ans Stoffliche zu entledigen“ (51). Verständlicher wird diese Sichtweise, der die stoffliche Seite der Produktion und der Produkte völlig aus dem Blickfeld gerät, durch den Teil des Essays, in dem auf Freud und Bachofen verwiesen wird. Die psychologischen Zivilisationstheorien, die die kapitalistische Kultur als wesentlich anal bezeichnen, seien nur halb richtig, die Geschichte befinde sich nämlich in ihrer phallischen Phase. Davor habe die Phase gelegen, die durch die mutterrechtlich organisierten Gemeinschaften gekennzeichnet sei, und in der es noch keinen Gegensatz von Leben und Tod, ergo auch keinen Aggressionstrieb gegeben habe. Ödipus nun habe den Kampf vaterrechtlicher Organisationen gegen das Mutterrecht geführt, und er führte „sicher nicht nur einen neuen Kalender ein, sondern auch Technik, Kunst und Wissenschaft“ (41). „Phylogenetisch leben wir in dieser (ödipalen) Phase — durch Konkurrenzgesellschaft und Leistungszwang verkörpert — und haben uns noch nicht auf die Stufe des ‚nicht verstümmelten Genitalprimates‘ erhoben“ (43). Unter der Kastrationsdrohung werde alle Befriedigung zu Befriedigungsersatz, da das Produkt nicht mehr wahrhaft befriedigend sei, habe es keinen Gebrauchswert mehr. Ziel der Revolution sei es, die unter dem Eindruck der Kastrationsdrohung verdrängten Triebwünsche zu objektivieren, „die Versöhnung von Natur und Gesellschaft, d. h. die Versöhnung mit dem unterdrückten Trieb“ (50) zu erreichen.

Das verlange auch eine andere Art der Arbeit, die ermöglicht werden soll durch eine „Kulturrevolution, in der sich nicht nur die Menschen, sondern auch die Produktionsmittel selbst zu verändern hätten“ (69 f.). Mao Tse Tung habe diese Art der Kulturrevolution theoretisch und praktisch begründet. Wie die Produktionsmittel und der Arbeitsprozeß dann auszusehen hätten, kann K. nicht genauer sagen, es schwebt ihm eine „neue konkrete Technologie“ (62) vor. Der Gebrauchswert verwirkliche sich eben nicht, wie Marx behauptet, in der Konsumtion, sondern „gleichermaßen auch durch den Produktionsprozeß“ (17). Dies impliziere einen „qualitativen Begriff von Arbeit“: „Wie die auf handwerklicher Stufe stattfindende Produktion im Mittelalter teilweise zugleich künstlerische Betätigung war, an der sich der einzelne mit dem Einsatz seiner Persönlichkeit und seines lebendigen Interesses beteiligte“ (17 f.).

Der Skandal der kapitalistischen Produktionsweise besteht für K. nicht in der irrationellen Organisation der Produktion, in der die Herstellung der Produkte, die die Gesellschaft zum Leben braucht, nicht von der Gesellschaft selbst in die Hand genommen wird, sondern durch das Profitinteresse bestimmt wird, das die immer geringere Anzahl von Produktionsmittelbesitzern beherrscht. Das elementare Glück, das in der beständigen Versorgung mit dem Lebensnotwendigen und der Verhinderung des Lebenszerstörenden, des Krieges, besteht, ist K. keine revolutionäre Anstrengung wert. Sein Problem ist „die abstrakte Forderung nach Disziplin und Sauberkeit“ (11), aber vor allem „das konkrete Leid, das sowohl die Konkurrenzsituation als auch der Leistungszwang erzeugen“ (10). Ihm ist alles Übel Triebunterdrückung und jede Triebunterdrückung von Übel. Von dieser Position aus deutet er die von Marx und Freud entwickelten Begriffe in eigentümlicher Weise. Das Proletariat ist ihm die Verkörperung des unterdrückten Triebes (50), „der unterdrückte Reichtum“ (71), Proletarisierung sei „vaterrechtliche Abstraktion des Menschen“, „Enteignung des Menschen von seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen“ (49). Gebrauchswert ist nicht mehr die eine der beiden Bestimmungen, die ein Produkt erfüllen muß, um Ware zu sein, nämlich sich durch seine Eigenschaften auf menschliche Bedürfnisse, gleich welcher Art, zu beziehen. Es bleibt nur die Lauthülle des von Marx entwickelten Begriffs. Der Laut „Gebrauchswert“ wird, mit Rückendeckung der Marxschen Theorie, in eine Theorie über wahre und falsche (d. h. Ersatz-)Befriedigungen eingesetzt und den wahren Befriedigungen zugeordnet. Am typischsten für diese Art der Theoriebildung ist das Verfahren, Begriffe zu nehmen, die sowohl in der von Marx als auch in der von Freud entwickelten Theorie für wichtige Zusammenhänge stehen, die Identität dieser Begriffe zu behaupten und ihnen eine dritte Bedeutung unterzuschieben. Typisch ist hierfür etwa die Verwendung des Begriffs „Fetisch“. Mit Fetischcharakter bezeichnet Marx den Vorgang, daß die Produkte des Menschen auf Grund ihrer gesellschaftlichen Funktion, nämlich über den Austausch den gesellschaftlichen Zusammenhang herzustellen, sich ihren Herstellern gegenüber verselbständigen und diese beherrschen: die Waren haben

Fetischcharakter. Bei Freud meint Fetisch etwas ganz anderes, nämlich Dinge, die unter dem Eindruck der Kastrationsdrohung der vermeintlich kastrierten Frau als Penis untergeschoben werden. Bei Kurnitzky, der sich auf Marx und Freud beruft, bedeutet Fetisch Befriedigungersatz überhaupt, was mit der Marxschen Bestimmung nichts und mit der Freudschen sehr wenig zu tun hat. Ähnlich springt K. mit dem Begriff Konkurrenz um. Bei Marx meint der Begriff das Aufeinanderwirken der Verkäufer aufeinander auf dem Markte unter dem Druck, daß sich ihre Ware bewähren muß als dem zahlungsfähigen Bedürfnis entsprechend. Bei Freud meint der Begriff dagegen einen Aspekt des Verhaltens derjenigen zueinander, die ein gemeinsames Liebesobjekt haben, also z. B. die Konkurrenz zwischen Vater und Sohn im Werben um die Liebe der Frau bzw. Mutter. K. meint mit „Konkurrenzdruck“ keine von beiden Erklärungen. Sein Prinzip ist es, reine Behauptungen als Analyse zu tarnen, indem er sie mit Worten verkleidet, die vielen Lesern durch die theoretischen Zusammenhänge, in denen sie Heimatrecht haben, als Begriffe hinreichend legitimiert zu sein scheinen. Die Analphabetisierung, die K. dem Proletariat zuschreibt, da es seine Bedürfnisse nicht mehr artikulieren könne (58), ist kennzeichnend für seinen Essay. Fixiert an Konkurrenzdruck und Leistungszwang, vermag er deren Funktionsweise nicht zu entziffern, kann er die komplizierten Zusammenhänge zwischen der Organisationsweise der Produktion und dem Innenleben der Produzenten nicht erfassen.

Die praktischen Vorschläge K.s zur Durchführung der Revolution sind dementsprechend hilflos-blind. Die „Solidarität unterdrückter Triebwünsche“ würde „zum Aufstand treiben“ (72). „Erst der Klassenkampf, die wirkliche kommunistische Aktion, die in der Objektivierung der unterdrückten Triebwünsche besteht, ermöglicht die Bestimmung der Klassen und nicht umgekehrt die Existenz der Klassen den Klassenkampf“ (72). Revolutionäre Wissenschaft solle „die spontanen Aktionen der Massen aufnehmen und vermitteln und ein Organisationsmodell entwickeln, das den Anforderungen der aktuellen Probleme und Aktionen adäquat ist“ (11).

Immerhin, eine gewisse Konsequenz muß man K. zugestehen. Um die Abschaffung von Disziplin, Leistungszwang und Arbeit bemüht, sieht er sich gezwungen, Freud, Marx und Lenin zu revidieren. Triebverzicht sei nicht Voraussetzung für jede Kultur, die ewige Notwendigkeit der Arbeit sei durch eine „konkrete Technologie“ abschaffbar (65), und wer sich auf die Notwendigkeit der Disziplin für eine revolutionäre Bewegung berufe, dem gerate, wie der Sowjetunion, „die sozialistische Weltrevolution, die Versöhnung des Menschen mit sich und der Natur . . . aus dem Blickfeld“ (68). Rolf Nemitz (Berlin)

Friedrich Engels — Denker und Revolutionär. Materialien der internationalen theoretischen Konferenz zum 150. Geburtstag von Friedrich Engels, veranstaltet von der Deutschen Kommunistischen Partei am 28. und 29. November 1970 in Wuppertal. Marxi-

stische Taschenbücher, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1971 (231 S., Pb., 5,— DM).

Die Referate und Diskussionsbeiträge der Engels-Konferenz der DKP befassen sich nur insoweit mit Problemen des historischen Engels-Bildes, wie dieses in aktuellen politischen Auseinandersetzungen Gegenstand von wissenschaftlichen oder scheinwissenschaftlichen Reklamierungen in antikommunistischer Absicht ist; so setzt sich Willi Gerns in seinem Eingangsreferat (7—38) mit Versuchen der westdeutschen Marxologie, besonders Iring Fetschers, auseinander, eine Differenz zwischen Marx und Engels zu konstruieren und Engels' Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfen in Frankreich“ als Anleitung zu ausschließlich parlamentarischer Politik zu verstehen. Im übrigen dienen die vorgelegten Materialien der Anwendung und Weiterentwicklung der Theorie von Marx und Engels unter vierfachem Aspekt: 1. Friedrich Engels und der Kampf der DKP (115—148), 2. Friedrich Engels' Anteil an der Ausarbeitung des Marxismus (148—175), 3. Der reale Sozialismus im Lichte von Engels (175—195), 4. Engels' Kampf gegen Opportunismus und Sektierertum (195—225). Zentral steht dabei die Anwendbarkeit der Engelsschen Revolutionstheorie auf eine Konzeption antimonopolistischer Demokratie und die Auseinandersetzung mit rechtssozialdemokratischem und ultralinkem Antikommunismus. In der diskutanten Argumentationsweise der „Materialien“ gelingt immer wieder überzeugend die Verbindung von historischem Bezug und aktueller Problemstellung. Zu den Beiträgen mit besonders deutlichem eigenem theoretischem Gewicht oder politischem Informationswert können Josef Schleifsteins Revisionismus- und Opportunismusdefinition (64—73; 219—225), die Darstellung „Zur Frage der Betriebe mit staatlicher Beteiligung“ von Günter Heyden (179—185) sowie das Referat „Zur Einschätzung der linksradikalen Studentenbewegung“ (Gerd Hautsch, 208—214) gerechnet werden.

Georg Fülberth (Marburg)

Schlosser, Herta: *Marxismus und Religion.* Die politische Interpretation des Religiösen in der DDR, unter besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzung mit der Schönstattbewegung. Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1970 (272 S., brosch., 31,80 DM).

Diese Abhandlung wurde als Dissertation für die Mainzer Universität geschrieben und von ihr angenommen. Die Autorin untersucht darin die Problematik des Verhältnisses von Politik und Religion in der DDR. Die maßgebende Ideologie der DDR wird von Anfang an, ohne gründliche Definition, als „Marxismus-Leninismus“ bezeichnet. Zur Darstellung der Religionskritik in der DDR verwendet H. Schlosser Zitate von Marx bis Ulbricht, die in den Anmerkungen auszugsweise zitiert und im Hauptteil paraphrasiert und angegriffen werden.

Die Autorin bestreitet so die Logik marxistischer Religionskritik, was bei ihrer Identifizierung dieser mit dem „wissenschaftlichen Atheismus“, auf den sie es hauptsächlich abgesehen hat, auch nicht schwerfällt. Leider ist ihre Darstellung der „marxistisch-leninistischen“ Kritik an der Religion noch schematischer und dürrtiger als in populären DDR-Lehrbüchern. So werden auch als grundlegend für den dialektischen Materialismus vier Prinzipien genannt: 1. Entwicklung der Materie ohne Anfang und Ende, 2. Entstehung des Lebens, 3. Entstehung des Bewußtseins und damit zusammenhängend die Selbstschöpfung des Menschen, 4. Nicht-Vorhandensein einer unsterblichen Seele (47). Diese atheistischen Prinzipien seien allerdings von den Einzelwissenschaften nicht zu beweisen. So enthält auch die Darstellung der DDR-Kritik an der katholischen „Schönstattbewegung“ nichts als apologetische Zurückweisungen, daß die Kirche von den anti-imperialistischen Anschuldigungen nicht getroffen werde. (Bei dieser Bewegung handelt es sich ursprünglich um einen katholischen Missionsverein, der vor dem ersten Weltkrieg von Jesuiten gegründet wurde und sich zum Ziele setzte: die „marianische Welterneuerung in Christus“.) H. Schlosser reduziert in ihrem Buch das Anliegen marxistischer Religionskritik auf Propaganda des Atheismus, wobei sie deren Praxis in der DDR nicht kritisiert, sondern nur dagegen polemisiert. „Methodisch gesehen, handelt es sich von seiten der Vertreter des Marxismus-Leninismus daher nicht um Erklärung des faktisch Gegebenen, sondern um Deutung unter dem Aspekt eines weltanschaulichen Apriori, nämlich der Nichtexistenz eines personalen Gottes“ (170).

Ekkehard Kurth (Bonn)

Rendtorff, Trutz, und Karl Gerhard Steck: Protestantismus und Revolution. Theologische Existenz heute. Nr. 161. Chr. Kaiser Verlag, München 1969 (62 S., geheftet, 5,80 DM).

Zwei Essays sind in diesem Heft abgedruckt. Der erste, vom Koautor des Bandes: Theologie der Revolution (edition suhrkamp), Trutz Rendtorff, trägt den gleichen Titel wie das Heft.

Fundamentales Problem für Rendtorff ist die Frage nach Korrespondenz zwischen Reformation und revolutionärer oder „politischer“ Theologie heute. Die Reformation leitet danach eine neue Epoche des Christentums ein, in welcher ein kritisches Verhältnis zur christlichen Geschichte legitim geworden sei. Der Tatsache, daß „die Suche nach normativen Konstanten der Theologie, die dem Streit entzogen sind und, wenn schon nicht jedem Wandel, so doch dem gegenwärtigen Wandel vorgeordnet sind“ (9), steht gegenüber, daß „aber andererseits sich niemand der Tatsache entziehen kann, daß das Problematische der Theologie, das, was ihre Denkprozesse provoziert, ganz vorzüglich aus dem Leben, aus der Welt, durch die Wirklichkeitserfahrung bestimmt ist“ (10). Da aber lange die individuelle Bekehrung im Christentum eine Rolle spielte, müsse die „ganze Dimension der Sozialität des Menschen“ als „Appendix der Theologie erschei-

nen“ (11). Von „politischer Theologie“ könne nur dann gesprochen werden, wenn Wahrnehmung der christlichen Überlieferung und der eigenen Zeit und Gesellschaft zusammentreffen. „Die Arbeit an einer politischen Theologie kann sich darum nicht in der Hektik von Aktionsprogrammen und ihrer religiösen Stilisierung vollziehen. Sie ist deswegen auf tiefgreifende theologische Reflexion angewiesen, weil die Verantwortung für solches Geschäft der Theologie nicht auf unangreifbare Instanzen dogmatischer oder biblischer Natur abgewälzt werden kann (14).

Rendtorff sieht „politische Theologie“ nur möglich im Bezug auf die lutherische Reformation. Die „Libertas Christiana“ sei ein Konzept, das nicht mit irgendeiner Art von Orthodoxie zusammengesehen werden könne. Die christliche Freiheit eröffne den Weg, mit befreiten Augen die Wirklichkeit zu sehen. Sie sei keine utopische Lösung aller Probleme (p. 25). Nach dieser Darstellung ist der Anspruch der politischen Theologie reduziert. Sie will keine Revolutionstheorie sein. Mit dieser Stellungnahme unterscheidet sich Rendtorff von andern „politischen Theologen“. Sein Konzept ermöglicht es nur, etwas von dem, was in der Gesellschaft vorgeht, einordnend und darüber reflektierend aufzufangen, aber eben nicht zu lösen.

Stecks Essay „Revolution und Gegenrevolution in der theologischen Ethik des neunzehnten Jahrhunderts“ beschäftigt sich mit der politischen Lokalisierung der bedeutendsten Ethiken. Wie die heutige politische Ethik werde auch die des vorigen Jahrhunderts nicht unmittelbar von der Bibel her begründet. Die drei wirksamsten Entwürfe seien: Schleiermacher, Harleß und Rothe. Ob die Entwürfe wirklich den Wirkungskreis in der Ethik der Kirche hatten, sei dahingestellt; bestimmt aber repräsentieren sie die Entwicklung der theologischen Ethik im wissenschaftlich-universitären Bereich.

Der Einfluß der Französischen Revolution auf die protestantische Ethik im positiven wie negativen Sinn wird herausgearbeitet. Der bremsende Einfluß des Luthertums: „Eine fehlerhafte Administration ist noch immer wünschenswerter als eine gänzliche Anarchie“ vermindere schließlich die Verwendung der Erfahrungen der Französischen Revolution.

Steck bietet in seinem Essay eine gute Einführung in die politische Theologie Schleiermachers und seiner Nachfahren mit vielen Zitaten, Daten, aber auch Bemerkungen von Zeitgenossen, die sowohl abwertend als auch aufwertend gemeint sind. Ekkehard Kurth (Bonn)

van Leeuwen, Arend Th.: *Revolution als Hoffnung. Strategie des sozialen Wandels.* Kreuz Verlag, Stuttgart/Berlin 1970 (246 S., Leinen, 29,80 DM).

Wenn der Titel eines Buches auf seinen Inhalt hinweist, so erweist sich die deutsche Übersetzung des englischen „Development through Revolution“ als falsch und nur ergeben den Lieblingswörtern deutscher Avantgarde-Theologen. Leeuwen sieht Revolution gerade nicht

nur als Hoffnung, sondern ist sich ihrer historischen Begrenztheit wohl bewußt. Revolutionäre Hoffnungstheologie ist sein Buch nur in dem Sinne, daß er auf eine revolutionäre Neubesinnung von Christentum und Kirche hofft.

Der Verfasser, holländischer Reformtheologe und Teilnehmer an der „Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft“ 1966 in Genf, sieht die Geschichte der Menschheit, gestern wie heute, hauptsächlich begründet im Dreiecksverhältnis: Entwicklung, Revolution und Krieg. Ökonomische Entwicklung sei die Konstante der Weltgeschichte, die dann unterbrochen werde, wenn technische und soziale Entwicklung (heute im internationalen Maßstab) im Widerspruch ständen. Revolution biete sich dann als einzige Alternative an für die an Änderung Interessierten. Auch aus einem kapitalistischen Kriege entstehe für die Unterdrückten die Möglichkeit zu revolutionärer Umgestaltung. Leeuwen hat keine Schwierigkeiten, sich bei seinen Definitionen die marxistische Terminologie anzueignen, und er wäre seinerseits dazu bereit, grundsätzlich jede sozialistische Revolution als unvermeidlich zu bezeichnen und zu unterstützen.

Wie nun diese Unterstützung für das Christentum und die Kirche aussehen könne, wird im Schlußteil entfaltet: „Revolution in einer nachchristlichen Welt — Christentum in einer nachrevolutionären Welt“. Dieses Kapitel gibt sich dem Titel nach dialektisch, operiert aber mit Ungleichem, die sich nicht auflösen lassen, d. h. für die Revolution nichts Konkretes austragen als das Versprechen, daß der Segen der Kirche nicht konterrevolutionär zu sein brauche.

Daß die Revolution in einer nachchristlichen Welt stattfinde, wird durch das Versagen des Christentums wie durch einen Hinweis auf die sich mit dem Christentum auseinandersetzen Geschichte Philosophie des 19. Jahrhunderts: Hegel, Marx, Nietzsche und Kierkegaard, begründet. Hegel, der Versöhner des Christentums mit der politischen Ordnung der Bourgeoisie, habe durch seine Anpassung ans Bestehende bewiesen, daß das herkömmliche Christentum sich nicht mit sozialistischer Revolution vertrage. In demselben Dilemma kehre der existenzialistische Kierkegaard zum Urchristentum zurück, das mit seiner Botschaft den Menschen individuell erlösen könne. Nietzsches Kulturpessimismus wird als Antipode zu Marx' Glauben an den Fortschritt genannt.

Gegen die Mehrheit der Christen, die sich eher mit Nietzsche als mit Marx verbunden wüßten, entscheidet er sich für letzteren. „Während früher ein Renegat der christlichen Kirche wie Friedrich Engels seinen kommunistischen Glauben unterbaute, indem er an den ursprünglichen Geist Jesu und seiner Jünger appellierte, und während selbst in der Phase der Russischen Revolution messianisch-christliche Erwartungen zum Ausbruch kamen, können wir uns nun in einem saturierten kommunistischen Establishment wohl vorstellen, daß die prophetische Kritik der Christen zum ursprünglichen Geist von Karl Marx zurückkehrt“ (213). Obwohl im Zweifel am absoluten Fortschritt im vorhergehenden gesagt wird, daß es kein Zurück zu früheren Formen des Christentums gebe, wird an seiner apokalyptischen

und prophetischen Botschaft nun doch festgehalten. Die Theologie habe nämlich heute die Aufgabe, noch immer zur Umkehr zu rufen, dann, wenn Revolutionen die einzigen Alternativen seien, aber auch wenn eine Revolution sich zu etablieren beginne.

Das Buch offenbart im letzten Kapitel das anfangs nur Vermutete: Wie können Christentum und Kirche, nachdem sie eigentlich historisch erledigt sind, wiedererwachen? Ekkehard Kurth (Bonn)

Soziologie:

Habermas, Jürgen, u. Niklas Luhmann: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie — Was leistet die Systemforschung? Theorie-Diskussion. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1971 (405 S., br., 15,— DM).

Vor einigen Jahren war Niklas Luhmann noch so unbekannt, daß er Material für Habermassche Ideologiekritik liefern und Diskussionsangebote an die Frankfurter Schule abgeben konnte, ohne daß deren prominentester Wissenschaftstheoretiker — damals beschäftigt mit dem sogenannten Positivismusstreit — dies zur Kenntnis nehmen mußte (266). Inzwischen haben sich die Verhältnisse geändert. Habermas hat mit der Lektüre aufgeholt, eine neue Diskussion ist entstanden, und schon ist darüber auch ein Buch erschienen. Darin streiten der Vertreter einer demokratisch inspirierten Theorie bürgerlicher Gesellschaft und der Theoretiker eines autoritativ sich befestigenden bürgerlichen Systems über die philosophische Grundlegung sozialwissenschaftlicher Theorie.

Die Autoren legen ihren Entwurf von Sozialtheorie, bevor sie sich als Diskutanten miteinander befassen, zunächst in verschiedenen Positionspapieren dar. Luhmann stellt seinen Vortrag auf dem Frankfurter Soziologentag über „Moderne Systemtheorie als Form gesamtgesellschaftlicher Analyse“ und eine umfangreiche Arbeit über „Sinn als Grundbegriff der Soziologie“ voran, Habermas beginnt mit „Vorbereitenden Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz“. Gemeinsam ist beiden Autoren die Absicht, Grundlagen einer Theorie der Gesellschaft zu bezeichnen, welche die Ansätze und Gegenstände positivistischer Soziologie hinter sich läßt.

Luhmanns Konzeption gesellschaftlicher Systeme hat eine funktionalistische System-Umwelt-Theorie zu ihrem Ausgangspunkt. Im Unterschied zu kausalwissenschaftlich ansetzenden und elementaristisch begründeten Theorien sozialer Aktionssysteme begreift Luhmanns vielfältig ausgearbeitete Systemtheorie Systembildung im allgemeinen als Funktion der Umweltbewältigung und Vergesellschaftung im besonderen als Funktion der Bewältigung „unermeßlicher Weltkomplexität“ (11). Die unermeßliche Vielfalt möglicher Ereignisse oder Zustände der Welt nötigen zu einer Begrenzung der Geschehensmöglichkeiten durch Ausklammerung von Geschehens-

möglichkeiten, zur gleichzeitigen Erfassung und Verminderung von Komplexität. Gesellschaft institutionalisiert „letzte, grundlegende“ Leistungen dieser Art (16) durch die Konstitution von „Sinn“, der „als Identität eines Zusammenhanges von Möglichkeiten“ erscheint (48). Sinn hält „Mögliches und Nichtmögliches“ (48) mit Hilfe von freilich faktisch durchkreuzbaren Negationen zusammen und ermöglicht hierdurch jene „verständliche Kombination des gemeinten Sinnes von Handlungen“, welche die Identität des sozialen Systems bezeugt (83). Gesellschaft begründet sich als sinnhafte Reduktion übermäßiger Komplexität von Welt. Entscheidend, so scheint mir, ist hier der Gedanke, daß gesellschaftliche Systembildung funktional in die Totalität der Welt einbezogen ist, eine Vorstellung, die der Sozialtheorie den Gegenstandsbereich zurückgewinnen hilft, auf den sie gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts verzichten zu können glaubte.

Habermas' kritische Theorie der Gesellschaft will von einer noch zu entwickelnden Theorie „kommunikativer Kompetenz“ ihren Ausgang nehmen, welche das Problem der praktischen Herbeiführung der empirischen Bedingungen hinterfragt, unter denen sich ideale Diskurs- und Interaktionssituationen verwirklichen lassen (141). Im Unterschied zur empirisch-analytisch verfahrenen und die Positivität ihres Gegenstands unterstellende Interaktionswissenschaft wollen Habermas' Vorarbeiten zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz die Konstitution sozialer Kommunikationsbeziehungen in einer Theorie der Bedingungen möglicher Rede überhaupt erhellen. Die Bedingungen möglicher Kommunikation miteinander sprechender und Aussagen treffender Subjekte werden mit Hilfe sprachlich gegebener „dialogkonstituierender Universalien“ durch die Sprecher „erzeugt“, die „damit die Sprechsituation erst hervorbringen“ (110). Die so erstellte, sei's diskursive, sei's interaktive Kommunikation schließt tragfähigen Konsens ein, der sich nur als wahrer Konsens als ein solcher bewährt. Die Wahrhaftigkeit von Verständigung aber erweist sich „nur durch Bezugnahme auf eine ideale Sprechsituation“ (136), in der zwanglose Kommunikation unverzerrte Übereinstimmung erzeugt, und auf „ein Modell reinen kommunikativen Handelns“ (140), so daß in aller möglichen Kommunikation idealer Diskurs und ideale Interaktion unterstellt und wirksam sind. Gesellschaft begründet sich durch einen Vorgriff auf sinnhafte Interaktion kommunikativ kompetenter Menschen, der als „konstitutiver Schein“ Grundbedingung aller möglichen Kommunikation ist (140). Wesentlich an diesem Ansatz scheint mir der Gedanke zu sein, daß menschliche Vergesellschaftung sich in überindividueller Praxis konstituiert, die antizipativ auf diskursiv gerechtfertigte gesellschaftliche Verhältnisse Bezug nimmt, eine Vorstellung, welche eine Zentralidee frühbürgerlicher Gesellschaftslehre in die Soziologie zurückholt.

Hauptteil des Buches sind zwei im Anschluß an die Positionspapiere abgedruckte Abhandlungen, in denen Habermas und Luhmann diese Soziologiekonzeptionen diskutieren. Habermas erblickt in der Luhmannschen Systemtheorie vor allem eine um die Dimension

einer kritischen Praxis verkürzte Konzeption sozialtechnisch geregelter Sozialsysteme, die eine bestimmte Dimension gesellschaftlicher Entwicklung angemessen erfaßt, aber durch Einsichten der „kritischen Theorie“ zu ergänzen wäre. Luhmann sieht in der Habermaschen Rekonstruktion gesellschaftlicher Totalität vor allem eine vom Weltbezug gesellschaftlicher Systeme abstrahierende und auf idealisierende Hilfskonstruktionen ausweichende Gesellschaftstheorie. Dabei neigt Habermas dazu, der Luhmannschen Theorie — zu unrecht — das Modell des organischen, gegenüber einer feindlichen Umwelt sich behauptenden Systems zu unterstellen, mithin die spezifische Leistung Luhmanns zu verkennen, Konstitution, Funktion und Evolution komplexitätsreduzierender Systeme auf eine in sich problematische Totalität von Welt zu beziehen. Obwohl Habermas der Luhmannschen Systemtheorie philosophische Qualität bescheinigt (227), verfehlt er meines Erachtens deren Eigentümlichkeit, theoretische Grundlegung der Erkenntnis wirklicher Systeme, also Theorie einer solchen Theorie sein zu wollen. Und Luhmann neigt dazu, Habermas — ebenfalls zu unrecht — eine entwicklungsgesetzlich ausgefüllte Konzeption der Gesellschaftsreproduktion zu unterstellen, also den Anspruch Habermas' zu verfehlen, Bedingungen der Möglichkeit der praktischen Erzeugung diskursiv gerechtfertigter Gesellschaftsverhältnisse zu bedenken. Obwohl Luhmann Habermas als einen politischen Autor deutet, anerkennt er, soweit ich sehe, doch nicht das Selbstverständnis seiner Philosophie, theoretische Grundlegung einer Erzeugung vernünftiger Vergesellschaftung, also Theorie einer solchen Praxis zu sein. Ungeachtet solcher gegenseitiger Fehleinschätzungen, Verzerrungen und Mißverständnisse erweist sich die wechselseitige Diskussion der Standpunkte als äußerst lehrreich.

Habermas kritisiert an Luhmann zunächst die Konstruktion der systemischen Reduktion problematischer Weltkomplexität, indem er auf Differenzierung der von Systemen beherrschten und der von ihnen erfaßten Komplexität drängt (156 ff.) und (auf der Grundlage eines mir nicht einsichtigen Gebrauchs der Begriffe Eigenkomplexität und Umwelt sinnhafter Systeme) darauf hinweist, daß unter diesen Voraussetzungen derselbe Reduktionsvorgang sowohl als Abnahme wie als Erweiterung von Weltkomplexität gedeutet werden kann (162 f.). Er sieht darin ein „Ambivalentwerden kybernetischer Grundbegriffe, insbesondere des Zentralbegriffs der ‚Reduktion von Komplexität‘“ (162) und vermutet daher eine Anfälligkeit der systemtheoretischen Gesellschaftsanalyse für sozialtechnische Verwendungen, sowohl auf seiten „instrumentalistischer Revolutionäre“ wie auf seiten „politischer Technokraten“ (169). Daran anschließend kritisiert er Luhmanns Konstruktion von systemkonstituiertem vor-sprachlichen Sinn (180 ff.), da diese das Problem der intersubjektiven Geltung von Sinn und seiner diskursiven Explikation unterlaufe, womit Sinn seine spezifische Aufgabe, Möglichkeitsfelder zu erschließen, überhaupt nicht erfüllen könne (202). Habermas gibt Luhmann gegenüber drittens zu bedenken, daß dessen Differenzierung von

— funktional äquivalenten — erlebnis- und handlungsmäßigen Reduktionsweisen die dreifache Aufgabe „sinnvermittelter“ Sozialsysteme verfehlen müsse, die Konstitution von Erfahrungswelt, Sozialkommunikation und Selbstbegründung zu leisten (215), wodurch Luhmann in die Lage versetzt sei, „bereits die Forderung nach einer diskursiven Begründung von Geltungsansprüchen als sinnlos abweisen [zu müssen]“ (221). Hieraus ergibt sich viertens die Kritik an Luhmanns funktionalistischem Begriff der Wahrheit als eines Mediums der Übertragung von Selektionsleistungen, der ein „praktizistisches“ Selbstverständnis der Systemtheorie (226 ff.) impliziere und damit deren Ausgang von der Idee funktional zu bewältigender Weltproblematik desavouiere. Habermas entwickelt darauf fünftens die Auffassung, daß eine durch den funktionalistischen Wahrheitsbegriff beschränkte Systemtheorie sowohl sich die Entzifferung herrschaftslegitimierender Ideologie versagen muß als auch die Beschränkung praxisrelevanter Kommunikation zu rechtfertigen geneigt ist (267). Daher, so argumentiert Habermas abschließend, kann sich Luhmanns funktionalistische Systemtheorie nur in einer Dimension „verteidigen“ lassen, in der ihr „kategorialer Apparat einen zwar wesentlichen, aber doch nur einen Aspekt der gesellschaftlichen Evolution erfaßt, nämlich die Zunahme an Kontrollfähigkeiten oder Selbststeuerungskapazitäten“, die Luhmann mit seiner Formulierung evolutionärer Universalien begreift (272 ff.). Dieser evolutionstheoretischen Dimension seien die Dimensionen des „wissenschaftlich-technischen Fortschritts“ und der „emanzipativen Veränderung von Institutionensystemen“ hinzuzufügen. Das will Habermas in der Reflexion auf die universellen Ausgangsbedingungen gesellschaftlicher Evolution: „Produktion“, „Verkehrsform“, „Sprache“ und „Ideologie“ verdeutlichen, die er in der Tat in „einer losen Anknüpfung an Marxsche Grundbegriffe“ entwickelt (277) und durch einen Versuch ergänzt hat, „einige der wichtigsten Annahmen des Historischen Materialismus neu zu formulieren“ (286 ff.).

Luhmann konzentriert sich in seiner Entgegnung darauf, solche Bedenken von Habermas systemtheoretisch aufzufangen. Er verfeinert zunächst die Konzeption der Komplexitätsreduktion durch die Einführung der Differenz von unbestimmbarer und bestimmbarer Komplexität — die er auf Systemumwelten wie auf Systeme selbst bezieht — und durch das Zugeständnis eines Doppelcharakters sinnhafter Reduktion, zugleich Verengung und Erweiterung der bestimmbarer Felder möglicher Zustände oder Ereignisse zu sein (309 ff.). Luhmann rechtfertigt zweitens die Konstruktion von nicht sprachlich, sondern systemisch konstituiertem Sinn, indem er einerseits die Habermassche Idee des wahrhaften Konsens stiftenden Diskurses an einem Modell des sozialen Diskussionssystems mißt und diesen Begriff des Diskurses seiner idealistischen Überhöhung entkleidet und andererseits auf nicht-diskursive Dimensionen der Inter-subjektivität von Sinnkonstitution sowie auf die Möglichkeit eines bloß operativ gestifteten Konsens verweist (320 ff.). Luhmann prä-sentiert drittens eine kommunikationstheoretisch begründete Systeme-

matik von Kommunikationsmedien, die auf Trennung verschiedener Medien, darunter auch der Medien „Wahrheit“ und „Macht“, beruht und von der er sich Vorbeugung der Gefahr einer „begrifflichen Fusion von Wahrheit und Macht“ erhofft (353). Sinnkonstituierende Systeme sind Evolutionsprodukt, so daß Luhmann — viertens — den kritischen Bedenken Habermas gegenüber der Systemtheorie als apologetischer Ideologie die Idee der systemischen Hervorbringung evolutionärer Mechanismen der Variation, Selektion und Stabilisierung von Möglichkeiten entgegenhält, welche durch Evolution geleistet wird; durch diese Hervorkehrung von Evolutionstheorie wird dem beliebten Argument der Bestandsverpflichtung von Systemtheorie überhaupt die Angriffsfläche genommen (361 ff.). Luhmann rechtfertigt fünftens den Entwurf seiner Systemtheorie gegenüber dem Vorwurf der praktizistischen Verkürzung ihrer Geltung durch deren Ausgangspunkt, Systeme auf Komplexität von Welt in ihrer Totalität zu beziehen, und er weist schließlich die Kritik an der Systemtheorie, herrschaftskonformistisch konstruiert zu sein, mit dem Gegenvorwurf zurück, Habermas verende mit dem Begriff der Herrschaft „eine zu unbestimmte, für analytische ebenso wie für kritische Zwecke ungeeignete Kategorie“ (399). Luhmann konzediert Habermas in gewisser Weise die Erweiterung des Gegenstands der Gesellschaftstheorie um die Dimensionen der Entfaltung von Produktivkräften und der Veränderung von Institutionen, denn für ihn „liegen diese Problembereiche, wenngleich nicht mit all den Konnotationen, die Habermas ihnen beilegt, innerhalb meiner Evolutionstheorie“ (376), und er registriert anerkennend, daß Habermas „bereits deutlich“ über gewisse Marxsche Theoreme „hinaus[führt]“ (374). Aber er rügt, daß Habermas an Kategorien wie derjenigen einer Disproportionalität von Produktivkräften und Verkehrsformen oder derjenigen der gesellschaftlichen Herrschaft festhält: „Ich vermute, daß hier ganz unnötige Hypothesen mitgeschleppt werden, die die Suche nach einer universellen regulativen Struktur der intersubjektiven Kommunikation eher behindern als fördern“ (401). Und er gibt Habermas' Vorwurf an Luhmann, kategoriale und methodische Unzulänglichkeiten seiner Theorie zu überspielen, „Habermas zurück; nur daß er die wissenschaftliche Not nicht in die Tugend eines pragmatischen Vorgehens, sondern in die Tugend politischer Diskussion übersetzt“ (404).

Man sieht, hier geht ein theoretischer Repräsentant der modernen kapitalistischen Verhältnisse zum Angriff gegen einen Theoretiker bürgerlicher Demokratie über. Luhmann hält es, im Unterschied zu Habermas, der die Theorie seines Konkurrenten zu verarbeiten sucht, nicht für nötig, Idealisierungen bürgerlicher Demokratiemodelle in Gestalt einer Theorie der kommunikativen Kompetenz zu rezipieren. Er befestigt seine Position, indem er aufgedeckte Schwächen systematisch überspielt, und schlägt im übrigen die moderne „kritische Theorie“, wo immer er sie treffen kann; etwa so: „Ich sehe nicht, wie sich an den Lebensverhältnissen der Menschen Wesentliches dadurch ändern ließe oder wie sich Menschen dadurch bilden könnten, daß

man die Wahrheit der Geltungsbegründungen von Herrschenden oder von sonst jemandem diskutiert und auf vernünftigen Konsens zu bringen sucht“ (293). Dagegen hat Habermas bestenfalls den Vorwurf zu setzen, daß die Luhmannsche Systemtheorie dem Kapitalismus nützlich ist: „diese Theorie stellt sozusagen die Hochform eines technokratischen Bewußtseins dar, das heute praktische Fragen als technische von vornherein zu definieren und damit öffentlicher und ungezwungener Diskussion zu entziehen gestattet“ (145). In Zeiten der staatsmonopolistischen Regulierung des Kapitalismus ist der Ideologe der bürgerlichen Demokratie leider — das muß man gerade als Marxist bedauern — gegenüber der Theorie selbstregelnder Systeme durchaus im Rückzuge begriffen.

Ich neige zu der Auffassung, daß die Aufgabe der von Habermas intendierten Gesellschaftstheorie, die Bedingungen der Herstellung einer Gesellschaft mündiger Menschen zu benennen, nur erfüllt werden kann, wenn sich diese Gesellschaftstheorie zur Gänze — und nicht nur hinsichtlich des Problemfeldes gesellschaftlicher Regelung und Steuerung — als dynamische Systemtheorie konstituiert; und ich möchte ferner die Auffassung vertreten, daß der Anspruch der von Luhmann entwickelten Systemtheorie, die sozialen Tatbestände hinsichtlich ihres Bezuges auf die konkrete Totalität von Welt interpretieren zu können, nur zu verwirklichen ist, wenn sich diese Systemtheorie ihrer Aporien — der Denkschwierigkeiten gerade im Bereich der theoriebegründenden Annahmen — durch dialektisch-materialistische Selbstbegründung entledigt. Diese Auffassungen, die ich hier freilich nicht hieb- und stichfest ausformulieren kann, sondern nur, um mit Luhmann zu reden, als „Denkversprechen“ vortrage, will ich an drei Zentralproblemen jeder sozialwissenschaftlichen Systemtheorie verdeutlichen, nämlich an den Problemen der Konstitution, der Funktion und der Evolution gesellschaftlicher Systeme.

Charakteristisch für Luhmann wie für Habermas ist zunächst die — milde gesprochen — Unschärfe des Entwurfs der Verfassungen gesellschaftlicher Systeme. Die Elemente und Relationen, die für die Konstitution des Systems wesentlich sind, werden bei beiden Autoren nicht oder nicht hinreichend benannt. Die Konstitution gesellschaftlicher Systeme ergibt sich bei Habermas — wenn ich ihn recht verstanden habe — durch „instrumentales Handeln unter Bedingungen zweckmäßiger Kooperation“ (277), „Regeln kommunikativen Handelns oder symbolisch vermittelter Interaktion“ (278) und „umgangssprachliche Kommunikation ... [in] Form des Diskurses ... , ein Mechanismus für Lernprozesse“, die Ideologien erzeugen wie überwinden (279). Es wäre konsequent — und im übrigen im Sinne einer historisch-materialistischen Systemtheorie — diese Dimensionen gesellschaftlicher Praxis, die man analytisch trennen mag, doch als Momente eines gesellschaftlichen Praxissystems zu begreifen, in dem die Einheit von Naturnotwendigkeit, Vergesellschaftung und Geschichtsabhängigkeit menschlicher Praxis sich darstellt, und das sich in

dieser Bedingtheit als System konstituiert, wodurch ein emanzipativer Fortschritt von Vergesellschaftung aus Naturbewältigung und Traditionskritik erst ableitbar wird. Die Konstitution gesellschaftlicher Systeme ergibt sich für Luhmann hingegen aus einer spezifischen Reduktion einer „unermesslichen“ und „unbestimmbaren“ Komplexität von Welt, da sie sich als eine sinngemäße Begrenzung und Erweiterung des Feldes möglicher Zustände beziehungsweise Ereignisse vollzieht, welche die Differenz von System und Umwelt setzt. Solche systembegründende reduktive Veränderung der „Konstellationen von Möglichkeitsbedingungen“ (311) sind aber unter der funktionalistischen Voraussetzung des Weltbezugs von Sinnsystemen nur denkbar als Variationen einer begrenzten und bestimmten Möglichkeitsvielfalt der Welt, womit die Systemtheorie, will sie ihren funktionalistisch-weltkorrelativen Ansatz beibehalten, zur Annahme eines vorgegebenen, wenn auch in der Entwicklung sich verändernden Möglichkeitsfeldes gezwungen ist, innerhalb dessen Systemkonstitution statthat. Auch die Funktionen gesellschaftlicher Systeme, die Bezüge zu ihren Umwelten, sind weder bei Habermas noch bei Luhmann hinreichend bestimmt. Wenn ich Habermas richtig verstehe, bewähren sich gesellschaftliche Systeme in ihrer Reproduktion vor allem gegenüber zwei Umwelten: gegenüber der menschlichen und außermenschlichen Natur, mit der zweckrationales Handeln sich auseinandersetzt, und gegenüber soziokulturellen Mustern, an denen Diskurse ihren Gegenstand finden. Man vermißt hier die Zusammenfassung solcher Umweltbezüge in der Konzeption der systemischen Funktionsweise selbst, etwa derart, daß diese als eine gesellschaftliche Aneignung materieller und ideeller Umweltelemente beschrieben würde, was etwa dem Gedanken der distributiv gesetzten Einheit von Produktion und Konsumtion im System der materiellen Produktion entspräche. Luhmann hingegen hat die spezifische Systemfunktion der Komplexitätsreduktion, die inzwischen als gleichzeitige Beschränkung und Erweiterung von Möglichkeitsbereichen begriffen wird, zwar von vorneherein als konstitutive Funktion begriffen, aber doch versäumt, aus dem sachlichen Fortschritt der genannten Differenzierung die begrifflichen Konsequenzen zu ziehen; denn die Einheit von Beschränkung und Erweiterung von Komplexität impliziert die Einheit von reduktiven Systemfunktionen und produktiven, aus Betätigung von interpretativen und operativen Potenzen hervorgehenden Systemfunktionen, was zu einer entsprechenden Differenzierung von Umweltbezügen, etwa Relationen zu äußeren wie zu inneren Systemumwelten führen dürfte und die anthropologische Regression Luhmannschen Denkens überflüssig machen könnte. Gesellschaftliche Evolution schließlich geht bei Habermas aus Konflikten hervor, die im Rahmen der genannten soziokulturellen Ausgangsbedingungen von Systementwicklungen spielen und die einen Widerspruch zwischen der produktiven Kraft zweckrationalen Handelns und der ideologischen Rechtfertigung institutionalisierter Herrschaftsbeziehungen aktualisieren. Hier wäre systemtheoretisch die Benennung des identischen

Moments der evolutionserzeugenden Konfliktbeziehung zu fordern, das eine Verschränkung von produktiven und repressiven Momenten der Systemaktivität — etwa: von Mehrwerterzeugung und Mehrwertaneignung im System der kapitalistischen Produktion — impliziert und das nicht ohne die Annahme in sich widersprüchlicher Außenbeziehungen des Systems gedacht werden kann, wie sie sich etwa in der Dialektik von Naturabhängigkeit gesellschaftlicher Systeme und ihrer Bewältigung von Naturzwang darstellt. Luhmann, der Evolution aus beliebigen Variationen in einer System und Umwelt umfassenden Welt überhaupt hervorgehen läßt, wird man hingegen entgegenhalten müssen, daß diese Bewegung, welche die systemische Verkürzung und Ausweitung von Feldern möglicher Zustände oder Ereignisse impliziert, angesichts der vorauszusetzenden Endlichkeit der gegebenen Möglichkeitsfelder als die Bewegung eines Widerspruchs innerhalb ihrer Totalität begriffen werden muß, die — da Sinn nur ein Mittel dieser Entwicklung ist — als Selbstbewegung eines sinnunabhängigen Gesamts Felder anzusetzen ist.

Die Ausarbeitung einer dialektisch-materialistischen Theorie geschichtlich-gesellschaftlicher Systeme, die freilich erheblichen Arbeitsaufwand erfordert, kann aus dem Diskurs zwischen Luhmann und Habermas erheblichen Nutzen ziehen. Diese Ausarbeitung scheint mir unumgänglich zu sein, wenn sich die marxistische Gesellschaftstheorie „allseitig“, also auch im Streit mit der bürgerlichen Ideologie, bewähren will.

K. H. Tjaden (Marburg)

Jacobi, Peter: Die soziale Kontrolle in der Familie und ihre Bedeutung für das abweichende Verhalten Jugendlicher. — **Hasler, Harald:** Die statusabhängige soziale Kontrolle in der Familie und Jugenddelinquenz. Familie und Jugendkriminalität. Band IV. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1970 (192 S., kart., 29,— DM).

Jacobi stellt die vor allem in der amerikanischen Kriminologie (Merton, Jaffé, Redl und Wineman, Reiss, Nye, Reckless, Gold) entwickelten Konzepte sozialer Kontrolle als Erklärungsmodelle delinquenten Verhaltens dar. Er grenzt sie von den Prozessen der Sozialisation ab und versteht als soziale Kontrolle einen „Prozeß der Normaktualisierung im Interaktionsgeschehen“ (77). Von dieser ausgedünnten Formel kommt er dann schlicht zu dem Schluß: „die Forscher, die die soziale Kontrolle zur Erklärung der Delinquenz herangezogen haben, weisen den richtigen (sic!) Weg für eine fruchtbare Weiterentwicklung der Wissenschaft vom Verbrechen“ (78). Jacobi streicht zwar bei einzelnen Untersuchungen punktuell ab, schlägt kleine Verbesserungen vor usw. Dann werden die bekannten — nicht nur kriminologischen — Einsichten nachgesprochen, „daß der Mensch entscheidend in der Familie geprägt wird“, oder: „mehr als bisher müs-

sen neben den von den Eltern verwendeten Disziplin-Techniken die elterlichen Haltungen gegenüber ihren Kindern in die kriminologischen Untersuchungen einbezogen werden“ (80).

Es hätte hier, im Bereich des familialen Umgangs zwischen Eltern und Kindern nahe gelegen, etwa auch Theorie und Erfahrungswissen der Psychoanalyse oder — exemplarisch — der Schizophrenieforschung einzubeziehen. Aber dem hatte schon Würtenberger in seinem Vorwort einen Riegel vorgeschoben: ihm ist „möglicherweise der Streit um das ‚Es‘ nur eine Wiederholung — in anderer Form — des in der Kriminologie überwundenen Streits über das Verhältnis von Anlage und Umwelt“ (VI). Er sieht die Kriminologie „als Wissenschaft vom Menschen“ und „vor die Aufgabe gestellt, die drei großen Gebiete sozialwissenschaftlicher Forschung: Person, Kultur, Gesellschaft systematisch miteinander in Beziehung zu setzen“ (V). Die Leerformeln „Person, Kultur, Gesellschaft“ verdecken die Tatsache, daß immer nur bestimmte Menschen dieser „Kultur“ der Stigmatisierung durch diese „Gesellschaft“ verfallen, ganz zu schweigen von der ideologischen Natur eines solchen methodischen und „wissenschaftstheoretischen“ Ansatzes.

Hasler versuchte 1967 in Mannheim eine Untersuchung von Martin Gold, die im Rahmen der „Flint Youth Study“ entstand (Status Forces in Delinquent Boys, Ann Arbor, 1963), aus der auch seine neuere Untersuchung in Flint, Michigan, „Delinquent Behavior in an American City“, Belmont, California, 1970, hervorgegangen ist, für deutsche Verhältnisse empirisch zu replizieren.

Hinsichtlich der interkulturellen Übertragung meint Hasler, „a priori“ verbiete sich eine Transformierung entsprechender Erklärungsansätze aus amerikanischen Theorien nicht. Dies genügt ihm als Legitimierung einer Transformation der Gold'schen Prämissen, ohne daß eine weitergehende Absicherung dieses wichtigen methodischen Schrittes stattfindet. Gold war von einem Modell der „provocations and controls“ ausgegangen: „eine oder mehrere Kräfte, die „provocations“, drängen das Individuum zur Verletzung eines oder mehrerer „standards“ richtigen Verhaltens, eine oder mehrere Kräfte, die „controls“, halten es davon zurück“ (93). Gezielt untersuchte Gold die Beziehung zwischen dem Vater „als potentiell attraktiver und damit kontrollierender Person und dem Sohn“ (98). Hasler konnte im Gegensatz zu Gold die Hypothese, daß sich niederer sozialer Status schwächend auf die Attraktion des Vaters und damit auf dessen soziale Kontrolle auswirke, nicht stützen. Darüber hinaus ließ sich nicht nachweisen, daß mangelnde Attraktion des Vaters auf den Sohn delinquente Jugendliche aus Familien mit höherem sozialem Status gleichermaßen kennzeichneten (170). Die Operationalisierung der Hypothesen von Gold auf der Basis der Identität von Attraktion und sozialer Kontrolle erwies sich zudem als zu eng. Hasler meint, sie sei durch Einbeziehung spezifischer intervenierender Variablen zu erweitern. Sein Material bietet dazu vor allem das „familiendesorientierte Freizeitverhalten“ (174) an, da sich die von

ihm untersuchten delinquenten Jugendlichen von der nicht-delinquenten Kontrollgruppe darin unterschieden. Der Schluß, daß familienfernes „Freizeitverhalten“ auf mangelnder familialer Attraktion beruhe, greift zu kurz, da Ablösungsprozesse von den Eltern eine notwendige und emanzipatorische Funktion haben.

Heiner Christ (Gießen)

Göppinger, Hans: *Kriminologie. Eine Einführung.* C. H. Beck-Verlag, München 1971 (463 S., Ln., 34,— DM).

Entgegen dem understatement des Untertitels enthält dieses Buch eine ehrgeizige, umfassende Ausbreitung dessen, was in der bundesdeutschen Forschung überwiegend als kriminologisch relevant angesehen wird. Göppinger stützt sich zudem auf Ergebnisse einer Untersuchung „seines“ Tübinger Kriminologischen Instituts, die er als „integrierende interdisziplinäre Grundlagenforschung“ bezeichnet (113 f.): Es werden 500 20 bis 30 Jahre alte Probanden der Landesstrafanstalt Rottenburg (H-Gruppe, mindestens 6 Monate Freiheitsstrafe) untersucht und mit einer Kontrollgruppe (V-Gruppe) verglichen. Göppinger will „ein Grundwissen über die Persönlichkeiten in ihren sozialen Bezügen bei der H- und V-Gruppe darstellen“ (117). Er koordiniert „eingehende Persönlichkeitsuntersuchungen, Fremdexplorationen, Orts- und Aktenuntersuchungen“ und bezieht sich zunächst auf eine Zwischenrandauswertung von je 130 H- und V-Erhebungen. Trotz dieser anspruchreichen Ausgangslage und der Selbstdarstellung einer „Grundlagenforschung“ handelt es sich nicht um einen neuen Forschungsansatz. Das Schlagwort vom „Täter in seinen sozialen Bezügen“ — per „Gesamtschau“ zu ermitteln — entpuppt sich als Leerformel. Die Prämissen wie auch die bisher gefundenen Ergebnisse sind nicht neu und erweitern das Erfahrungswissen der Kriminologie nicht. Es zeigen sich vielmehr merkwürdige Trends, unter Ausklammerung bisheriger Kenntnisse voluntaristisch Befunde zu antizipieren. Die Tübinger Untersuchung, so hört man, habe beispielsweise nicht ergeben, daß strukturelle Unvollständigkeit der Familie als kriminogener Faktor wirksam werde (180). Bei der Darstellung der Verweisung wird dann aber nachgeschoben, daß bei der untersuchten H-Gruppe die Mütter „häufig“ wieder heirateten oder „Onkelehen“ führten; Zahlen erfährt man nicht. Damit ist zwar die Unvollständigkeit der Familie durch Auftreten neuer Bezugspersonen einerseits erst einmal wieder kompensiert, andererseits ist es aber gerade die „Wiederauffüllung“ der Familie durch Stiefväter, die bei delinquenten Jugendlichen erhöht ist und kriminogen wirkt.

Trotz des Untersuchungsziels, „den Täter in seinen sozialen Bezügen“ zu „erkennen“, vollzieht sich eine bewußte Ausgrenzung ganzer Forschungsrichtungen. Der Stigmatisierungs- und Selektionsansatz wird ausgespart, „weil zur Zeit zu wenig gesichertes Wissen darüber vorliegt“ (VIII). Um so dringlicher wäre eine Erueierung in

dieser Richtung gewesen, zumindest hätte man eine Darstellung des amerikanischen Forschungsstandes erwartet. Auch der globale Hinweis, daß Psychologie und Soziologie keine „erfahrungswissenschaftlich auch nur einigermaßen abgesicherte, verbindliche Grundlage für die Kriminologie oder gar für eine Aussage über die Verbrechensgenese liefern konnte(n)“ (VII), dient Göppinger nur als exkulpiertender Vorwand, sich einer eingehenden Auseinandersetzung zu entziehen. Über psychoanalytische Kriminalitätstheorien erfährt man auf etwa zwei Seiten etwas, expliziert an den „tiefenpsychologischen Schulen nach Horney“ (94) und liest dann, daß Freud, Adler und Jung nebeneinander als „klassische“ Schulen gelten, im Gegensatz zu „modernen Modellen“ (95). Rekuriert wird hingegen eingehend auf herkömmliche Psychiatrie und den Psychopathen (Kallwass' Buch „Der Psychopath“ wird nicht erwähnt), wobei sich Göppinger „streng an den Psychopathiebegriff Kurt Schneiders hält“ (137).

Es sei noch vermerkt, daß Göppinger seine Darstellung das Gegenteil eines geschlossenen theoretischen Konzeptes nennt. Jedoch ist diese angeblich offene, methodenlos diffuse Darstellung der Kriminologie hermetisch, und zwar hermetisch in dem Sinne, als sie bei der Untersuchung der „Täter in ihren sozialen Bezügen“ den Forschungsgegenstand beliebig einengt, um ihn innerhalb dieser Selektion unkritisch und inflationär auszuweiten, was mit Offenheit und Geschlossenheit überhaupt nichts mehr zu tun hat — vorausgesetzt, man läßt sich überhaupt auf diese affirmativen Kategorien ein.

Heiner Christ (Gießen)

Bitter, Wilhelm (Hrsg.): Verbrechen — Schuld oder Schicksal? Klett Verlag, Stuttgart 1969 (265 S., Ln., 18,50 DM).

Durch das „Zweite Gesetz zur Reform des Strafrechts“ vom 4. Juli 1969 (BGBl. I/69, Nr. 56), das am 1. Oktober 1973 in Kraft tritt, sollen in der BRD sozialtherapeutische Anstalten eingerichtet werden, die *neben* die Strafanstalten treten und die Aufgabe haben, einerseits die Gesellschaft vor gemeingefährlichen Tätern zu schützen, andererseits den Täter wieder in die Gesellschaft zurückzuführen.

Die Referate der Tagung der Stuttgarter Gesellschaft „Arzt und Seelsorger“ im Herbst 1968, die sich mit dieser Neuerung in der BRD befaßte, sind im vorliegenden Band zusammengefaßt. Die Teilnehmer aus dem Ausland konnten aus der langjährigen Erfahrung ihrer Arbeit in solchen Anstalten berichten. Denn dieses Gebiet ist in der BRD lange Zeit vernachlässigt worden, wie Bitter in seinem Vorwort feststellt (10). In seiner Einführung werden auch die Motive deutlich, mit denen sich diese Pioniere aus dem Ausland für ihre Sache einsetzen. „Die Zunahme der Kriminalität und das überwiegend auf Rache- und Vergeltungsmotiven beruhende Strafwesen sind ein erschreckendes Symptom unserer entseelten Zeit“ (13). „Nun muß aber nach heutiger Einsicht ein großer, wenn nicht der größte Teil

der Delinquenten als Opfer der Gesellschaft angesehen werden. Es handelt sich meistens um *Milieu-Geschädigte*, oft aus zerrütteten oder asozialen Ehen, die ihre Kindheit in Waisenhäusern und Heimen verbracht haben. Hinzu kommt, daß die Gesellschaft wie das Individuum die eigenen mehr oder weniger unbewußten kriminellen Tendenzen auf die Straffälligen projizieren; sie bilden willkommene Objekte feindseliger Affekte im Sinne der *Sündenbock-Psychologie* (siehe Beitrag Naegeli)“ (14). Man hofft, daß in dem Buch solche Ansätze vertieft werden. Aber am Beitrag Naegelis, der als der Fortschrittlichste in diesem Kreis gilt, wird klar, daß die Grenzen der Diskussion die Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft selber sind. So kommt denn auch von Bitter der Vorschlag zur Vorbeugung. „Zur Vorbeugung sollte daher — abgesehen von der Ehe- und Erziehungsberatung — das Augenmerk auf die Reform der Waisenhaus- und Heimerziehung gerichtet werden“ (14/15). — Ist aber eine Vorbeugung nicht mehr möglich, sind die Menschen schon straffällig geworden, sollten auch für die Strafgefangenen die Grundsätze der Menschenwürde und der christlichen Ethik gelten (16). Die letztgenannten Grundsätze waren auch die einheitlich anerkannten Grundlagen der Diskussion auf dieser Tagung.

Auch was die Maßnahmen anbetrifft, waren sich die Tagungsteilnehmer einig. In allen Beiträgen kommt zum Ausdruck, daß es das Ziel der Maßnahme in der sozialtherapeutischen Anstalt sei, den Täter wieder in die Gesellschaft, als vollwertiges Gesellschaftsmitglied, einzugliedern. Problematisiert wurde an keiner Stelle, daß diejenigen, die durch die Gesellschaftsverhältnisse straffällig geworden sind, wieder in diese Gesellschaft, die sich nicht verändert hat, zurückkehren müssen. Es wird also nicht auf Ursachen eingegangen, durch die Straffälligkeiten hervorgerufen werden. Zu ändern, d. h. an die Gesellschaftsverhältnisse anzupassen, ist also nur der straffällig Gewordene. So gilt denn auch die Arbeit der Patienten in der Klinik der Tagungsteilnehmerin Roosenburg aus Utrecht nicht so sehr als Therapie, sondern als Training für Arbeitsdisziplin. Die Patienten werden dementsprechend auch nach Leistung bezahlt. Sie werden bewußt den Spannungen ausgesetzt, denen sie auch am Arbeitsplatz in der Industrie ausgesetzt sind (98).

Da wir auf dem Gebiet des Strafrechts und des Strafvollzugs Neuerungen in der BRD erleben, und weil wir einen Literaturnotstand auf diesem Gebiet haben, eignet sich das Buch dazu, sich einen Überblick darüber zu verschaffen, woran sich unsere Gesetzgebung orientiert. Das vorliegende Buch gibt den neuesten Stand auf dem Gebiet des Maßnahmenvollzugs in sozialtherapeutischen Anstalten wieder. — Beim kritischen Studium dieser Beiträge wird aber auch deutlich, daß man sich durch „fortschrittliche“ Gesetzesänderungen keine Änderung des Bestehenden erhoffen kann, solange die Kriterien, nach denen die Straffälligen beurteilt werden, Kriterien sind, die vom Gesellschaftssystem und den aus ihm resultierenden Wertungen abhängig sind.

Detlef Horster (Holzheim)

Psychologie:

Caruso, Igor A.: Die Trennung der Liebenden. Eine Phänomenologie des Todes. Verlag Hans Huber, Bern und Stuttgart 1968 (316 S., Pb., 36,— DM).

I. A. Caruso ist in Deutschland wenig bekannt. Seine Publizität, vor allem in Frankreich, beruht darauf, daß er eine in romanischen Ländern geläufige Verbindung von Psychoanalyse, Marxismus und Existentialismus lehrt. Das Vorurteil, eine Verbindung zweier kritischer Theorien mit dem Existentialismus sei eine philosophische Mesalliance, sieht sich durch das Buch bestätigt. Wo es bei C. „räumlich“, „zeitlich“ oder „nichtet“, wird nichts auf den Begriff gebracht, sondern ein Begriff auf nichts.

Die Behandlung des Lebens unter dem Aspekt des Todes erinnert zwar an Existenzphilosophie, die „Grenzsituation“ des physischen Todes aber ist für C. nicht Anlaß, das Leben philosophisch für tot zu erklären; vielmehr hält er protestierend an der Utopie der Abschaffung des Todes fest. Dieser Protest ist jedoch nicht einfach abstrakte Negation; es gelte vielmehr, so schreibt er, den Tod im Leben in seinen psychischen Repräsentationen als „Todesprinzip“ zu bekämpfen. Er spürt dem Zerstörungswerk des Todestriebs in den konkreten Lebenserscheinungen nach, um so zunächst den „psychischen Tod“, den er als mimetische Abwehr, als partielle Vorwegnahme des gefürchteten physischen Endes ansieht, aufzuheben.

Paradigmatisch für einen Einbruch des psychischen Todes ins Leben ist für C. die Trennung Liebender. Er gibt in der Einleitung zu verstehen, nicht die konkrete Vielfalt der Liebestrennungen interessiere ihn, sondern die Unterdrückung und „Entfremdung“ der Liebe, die sich in ihnen ausdrücke. Die Auswahl der Fallbeispiele ist dementsprechend nicht repräsentativ, sondern beschränkt sich auf die „durch ‚Willensanstrengung‘, aufgrund ‚objektiver Umstände‘ erzwungenen und ‚plötzlich‘ durchgeführten Trennungen von Liebenden auf der . . . Höhe ihrer Liebesbeziehungen“ (16). Zumeist handelt es sich bei den untersuchten Beziehungen um Seitensprünge. Sie seien, sagt C., Ausbrüche der von einer „patriarchalischen, leistungsorientierten genitalen Sexualität“ unterdrückten Patrialtriebe. Die sogenannte Reife dieser genitalen Sexualität bestehe einzig in ihrer Willfährigkeit gegenüber „einer . . . kapitalistischen Struktur (der Gesellschaft), die auf der erzwungenen und verdrängenden Sublimierung der Sexualität“ beruhe. „Die Energien aus dieser Verdrängung werden für die Erzeugung des auf Leistung aufgebauten Mehrwerts der Arbeit beschlagnahmt“ (287). Bei solchen Aussagen erscheint es methodisch verfehlt, die „unterdrückte Sexualität“ gerade an Mitgliedern der Klasse zu untersuchen, die nur sehr vermittelt oder gar nicht an der Mehrwertproduktion beteiligt ist.

C.s Analyse bezieht sich weitgehend auf H. Marcuse. Er ist der nach Freud meistzitierte Autor. Um so bedauernswerter, daß C. es versäumt, seine Theorie der unterdrückten Patrialtriebe anhand

seiner Kasuistik zu konkretisieren. Denn ob die untersuchten Beziehungen nun tatsächlich von Partialtrieben oder aus deren Unterdrückung resultierenden Perversionen dominiert werden, erfährt man nicht. C. deutet nur einmal das Vorwiegen von oralen Zügen an.

Ebensowenig konkret ist die Darstellung der Vorgeschichte der Probanden. Es wird weder gesagt, ob ihre Ehen besonders frustrierend oder einfach durchschnittlich befriedigend waren, noch wird ihre Kindheit auf Anzeichen für die spätere Gestaltung der Liebesbeziehungen untersucht. Damit bleiben die Gründe, die C. für die Trennungen angibt, abstrakt: 1. Die Beziehungen werden dem gesellschaftlich vermittelten Über-ich geopfert. 2. Trennungen sind in ihnen schon angelegt, denn sie können verstanden werden als zum Scheitern verurteilte Versuche, die nicht bewältigte erste Trennung von der Mutter in immer neuen Abläufen des Wiederholungszwangs zu bewältigen. 3. Die Abwehrmechanismen im Ich gegen die Ichentleerung in der „asozialen“ Liebe streben die Trennung an (besonders z. B. die Angst vor Verschlungenwerden in einer oral betonten Beziehung).

Im ersten Teil des Buches stellt C. anhand von Fallbeispielen die Trennung als eine „Phänomenologie des Todes“ dar. Psychischer Tod ist für ihn vor allem „Sterben im Bewußtsein“. Vergessen, Verdrängen, Gleichgültigwerden seien nicht harmlose, weil normale psychische Mechanismen, sondern „Mord im Namen des Lebens, und auch Selbstmord des Bewußtseins“ (21).

C. weigert sich, die lebensabwehrenden Kampf- und Vernichtungsfunktionen der Abwehrmechanismen rein funktional zu sehen; ebenso seine Probanden, die das langsame Sterben des anderen im eigenen Bewußtsein nicht einfach als notwendig für ihre Selbsterhaltung hinnehmen, sondern schmerzlich als Kapitulation vor dem Tod im Leben erfahren.

Die Mechanismen, welche die Ich-Katastrophe einer zusammenbrechenden starken Identifikation, den Objektverlust, abwehren sollen, enden in der Ideologisierung entweder des Partners oder der „notwendigen“ Trennung. Die Ambivalenz zwischen Haß und Liebe, zwischen Ja und Nein zur Trennung, in die der Getrennte zurückgeworfen wird, erstarrt zur Eindeutigkeit des falschen Bewußtseins. Macht die Trennung ideologieanfällig, so ist bejahte Liebe dagegen auch immer richtiges Bewußtwerden. Daß dieses Ja unter den gegebenen Umständen allerdings nicht möglich ist, gesteht C. ein. Befreiung der Liebe, Selbstsublimierung der unterdrückten Partialtriebe sei erst in einer befreiten sozialistischen Gesellschaft möglich. Die geschilderten Versuche der Selbstheilung (nach dem Modell der Übertragungsheilung), der Protest der Partialtriebe in der Leidenschaft mißlingen, das Leistungsprinzip habe gesiegt. Und es werde immer siegen, solange die Rebellion in einer auf Privateigentum an Produktionsmitteln beruhenden, leistungsorientierten Gesellschaft statfinde.

Von vornherein vergeblich mag jener Protest auch einer Psychoanalyse erscheinen, die das Ziel des Wiederholungszwangs, unter

dem die untersuchten Beziehungen zweifellos stehen, ganz in dem Konservatismus der Triebe aufgehen läßt. C. sieht im Wiederholungszwang den „Schlüssel zur Hypothese des Todestriebes“ (150). Dessen regressives Wirken könne jeder Analytiker immer wieder beobachten, und jeder Versuch, den Todestrieb zu einer bloß reaktiven Aggression zu verkürzen, verkürze auch die psychoanalytische Theorie um die für sie konstitutive Einsicht in die Ambivalenz aller psychischen Prozesse. In der Theorie vom Psychischen den Tod zu verdrängen, heiße, sich ihm durch tote Theorien ausliefern. Trotz dieser Einsicht in die Realität eines „Todesprinzips“ (ausdrücklich nicht: „Todestriebs“) hält C. die spekulative Folgerung, Ziel alles Lebens sei der Tod, für unzulässig und falsch. In verschiedenen Ansätzen, oft selber recht spekulativ, versucht er, den umstrittensten Teil der Lehre Freuds zu widerlegen:

Das biogenetische Grundgesetz Ernst Haeckels und die Genaltheorie Ferenczis stellen Entwicklung als Wiederholung dar. Der Fortschritt in der Entwicklung liege hiernach darin, daß die wiederholten Stadien in der Wiederholung nur angedeutet werden. Jede Wiederholung sei eine neue Integrationsstufe, sie habe gegenüber dem wiederholten Anfang eine neue Qualität, sei nicht einfach er selbst. Deutlich werde dies auch in der psychoanalytischen Kur. Ohne Wiederholungszwang sei keine Übertragung möglich. Als Ergebnis der Kur werde der neurotisierende Anfang auf qualitativ höherer Stufe in der Verbalisierung aufgehoben. Der Wiederholungszwang erweise sich also als ein Aspekt der aktiven Anpassungsfähigkeit; ihm komme eine verarbeitende Funktion zu. „Die *regressive* Tendenz des Triebes wird faktisch zu einer progressiven Entfaltung der Strukturen benutzt, und es ist nicht einzusehen, wieso die *tatsächlich* progressive Organisation nur ein Durchgang für die radikale Wiederherstellung der Ausgangssituation sein muß“ (164).

Gegen diese Hypothese von der Wiederherstellung der Ausgangssituation als Ziel allen Lebens versucht C., über eine Relativierung des Entropiegesetzes zu argumentieren. Dabei knüpft er an die Freudsche Vermutung einer „psychischen Entropie“ an (vgl. G. W., XII, 151). Nach dem Entropiegesetz ist die Entstehung des Lebens eine zufällige Ausnahme aus dem allgemeinen Entwicklungsgesetz der Materie, die „Wiederkehr statistisch wahrscheinlicher und weniger organisierter Formen“ anzustreben (165). Diese statistisch unwahrscheinlichen Entwicklungssprünge der Materie seien nun aber keine, wie die Positivisten behaupten, „epiphänomenalen und nebensächlichen Erscheinungen im Universum“ (203), vielmehr würden sie selber wiederum zu Naturgesetzen, zu Ursachen neuerer Änderungen. Neben die Achse der kosmischen Bewegung der Entstrukturierung und Abnahme von Ordnung, d. h. die der Entropie, trete die der Negentropie, der zunehmenden Unwahrscheinlichkeit und Komplexität. Denn, wie T. de Chardin gezeigt habe, folge aus den anfänglichen, statistisch unwahrscheinlichen Kombinationen der Materie mit Notwendigkeit die Entstehung fortschreitender Organisationsformen.

„Leben ist nicht nur Lebenserhaltung, sondern auch (um der Erhaltung willen) Lebensüberschuß“ (217). Das Leben sei Luxus.

Damit erhält die von Freud behauptete, eigentlich recht uneinsichtige Tendenz der Libido, sich zu immer größeren Einheiten zusammenzuschließen, eine neue Fundierung. Denn diese Tendenz ist in der Tat „luxurierend“. Beweisen tut C. diese Theorie nicht. Wer sie nachprüfen will, muß schon T. de Chardin und sein Physikbuch der Oberstufe zur Hand nehmen.

Nach der recht ermüdenden Lektüre des Buches fühlt man sich jedoch dazu nicht gerade angeregt. Ermüdend ist das Buch durch ständige Abschweifungen, die mit dem Exkurscharakter eines Essays nicht mehr zu rechtfertigen sind; ebensowenig wie die verwirrenden, oft wörtlichen Wiederholungen durch den Hinweis darauf zu rechtfertigen sind, man behandle gerade den Wiederholungszwang (vgl. 148).

Gisela Schneider (Berlin)

Zbinden, Hans: Der bedrohte Mensch. Zur seelischen und sozialen Situation unserer Zeit. Francke Verlag, Bern und München 2 1969 (312 S., brosch., 15,— DM).

Zbinden gehört zum Schülerkreis um Rudolf Maria Holzapfel, der mit seinem „Panidealismus“ eine „Neugestaltung des sozialen, sittlichen und künstlerischen Lebens“ (dtv-Lexikon im 20. Bd.) anstrebte. — Aktueller ist Zbindens Mitarbeit am Wissenschaftszentrum Berlin gewesen. Der inzwischen verstorbene Zbinden war einer der „Gründerväter“ des Internationalen Instituts für Management und Verwaltung (IIMV). Auf welch tief sinnigen Theoretiker das Institut dabei zurückgreifen konnte, wird sich zeigen.

Da die neun Aufsätze Zbindens — entstanden 1953—1958 — verschiedenartigste Themen behandeln (Lebensängste des modernen Alltags; Gefährdete Freiheit; Technik als Bedrohung und Hilfe; Grenzen und Gefahren des Sicherheitsstrebens; Die Gewissenskrise der Gegenwart; Heimatliebe als Brücke zur Welt; Das Bild in der Welt des Kindes; Aufgaben der Frau im Ringen unserer Zeit; Der alte Mensch in der heutigen Gesellschaft), soll hier nur ein Aufsatz: „Grenzen und Gefahren des Sicherheitsstrebens“, exemplarisch behandelt werden.

Ausgehend von der Tatsache, daß „das Streben nach Sicherheit allem Lebendigen eingeboren (ist)“ (105), entwickelt Zbinden eine „Geschichtstheorie“, die vom „besorgten Menschen“ ausgeht, über den „vorsorgenden“ zum „versorgten Menschen“ führt — jeweils Repräsentanten geschichtlicher Epochen. Dabei gehört seine Sympathie eindeutig dem „vorsorgenden Menschen“. Bei ihm „wölbt sich immer lichter eine veredelte Form des Ewigkeitserlebens, das Ahnen einer gütig-hilfreichen Gottheit“ (120). Der „versorgte Mensch“ des technischen Zeitalters wird demgegenüber von metaphysischer Heimatlosigkeit geplagt, einer geistigen Einstellung, die sich in einer alles nivellierenden Gleichmacherei zeige: „Zur Gleichheit vor dem Gesetz

und der politischen Gleichberechtigung gesellt sich die Forderung auf gleiche wirtschaftliche und gesellschaftliche Möglichkeiten bis zur Mißachtung der naturgegebenen (!) Ungleichheiten menschlicher Anlage und Schaffenskraft“ (115). Verständlich, daß die Abgabe von Steuern greifbarste Freiheitsverminderungen umschreibt, „insofern Besitz und Einkommen Freiheit bedeuten“ (115) und verständlich, daß Zbindens Abwehrkampf dem „totalen Versorgerstaat“ gilt, denn „wo der Staat (vertreten durch die allein herrschende Partei) zum alleinigen Arbeitgeber und Produzenten wird, ist es mit der Freiheit zu Ende“ (116). Auch wenn Zbinden hier Namen verschweigt, lassen sich seine verquollenen Mythologeme als primitive Perhorreszierung des Gespenstes Kommunismus erkennen. (An anderer Stelle läßt er denn auch diese Zurückhaltung fallen.) Aus diesem Blickwinkel geißelt er den „Versorgungsfanatismus“ (117) die „Versicherungspsychose des Versicherungsmarders“ (119) — alles Synonyma für „den“ modernen Menschen. Daß hinter diesem Denken der blanke Irrationalismus lauert, wird sofort ersichtlich: die Idee der Vollbeschäftigung „ist eine mit den Gesetzen des Lebens nicht zu vereinbarende Forderung, da es ein voll vor auszuplanendes Leben nicht gibt“ (120). Zbinden klagt, „daß kühne ins Ungewisse und damit auch Umdrohte vorstoßende Wirtschaftsziele nicht mehr erstrebt“ werden (121) und findet: „Ein Dasein ohne die Erregung des Kampfes wird langweilig, fad, leer, einförmig“ (129). Als Alternativen bietet er an: „Vorbilder kühner Menschen“ (139), „Mutiges Wollen“ (139), damit der „Ruf nach Sekurität seine hypnotische Gewalt verliert“ (139).

Diese Blütenlese mag Zbindens völlig borniertes Verständnis gesellschaftlicher Probleme enthüllen. Es lohnt sich nicht, die übrigen Albernheiten des Buches aufzufädeln und die Konvergenzen seiner „Weltanschauung“ zu analysieren. Was wirklich erstaunt, ist die Tatsache, daß dies Buch eine zweite Auflage erlebte. Es gibt offensichtlich immer noch mehr als genug Konsumenten solchen Gedankenqualms.

Ekkehard Ruebsam (Berlin)

Meyer, Hans-Hermann (Hrsg.): Seelische Störungen. Abnormes und krankhaftes Verhalten des Menschen in der modernen Gesellschaft. Umschau Verlag, Frankfurt/Main 1969 (221 S., kart., 21,80 DM).

Dieses Buch der Zeitschrift „UMSCHAU in Wissenschaft und Technik“ wendet sich an einen breiten Leserkreis; es soll in 19 Beiträgen von z. T. international bekannten Wissenschaftlern auf allgemein verständlichem Niveau „über den heutigen Stand der Forschung“ berichten. Thematische und inhaltliche Schwerpunktsetzung müssen beim Leser den Eindruck entstehen lassen, daß der heutige Stand der Forschung noch immer der der konservativen deutschen Psychiatrie ist, wie er besonders in der Heidelberger Schule — aus der der Herausgeber entstammt — zutage tritt: Grundlage soll das somatisch orientierte statische Diagnosesystem von Kurt Schneider sein, in das man

nach Meyer „alle psychischen Abnormitäten unschwer einordnen“ kann (8). Selten äußert sich der konservative Standpunkt extrem somatischer Betrachtungsweise so hilflos wie in den Formulierungen Meyers (8, 109, 112, 124): einerseits wird zugegeben, daß über die körperlichen Ursachen der Psychosen fast nichts Gesichertes bekannt ist, daß gerade in der Schizophrenieforschung „noch alle Fragen offen“ sind (112), andererseits wird die felsenfeste Überzeugung betont, daß „das Hauptgewicht der Ätiologie auf dem Somatischen“ liege und daß wir die körperlichen Ursachen nur *noch* nicht kennen.

Wie leicht solche oder eine verwandte Haltung in reaktionäre Ideologie abrutscht, zeigt sich an einigen Stellen des Buches. So resumiert der Verhaltensforscher Schutz seine Überlegungen: „Nichts spricht dagegen, instinktive Antriebe als Letztursache seiner (des Menschen — R. S.) Aktivitäten des Handelns, Fühlens und Denkens anzunehmen . . .“ (67); wenn auch beim Menschen Abstraktionsvermögen und Sprache zu beobachten seien, so hebe dies jedoch „in keiner Weise die instinktive Grundstruktur“ auf (67). Der Humangenetiker Koch konzediert zwar, daß bei der Beurteilung der Kriminalität „neben genetischen vor allem auch umweltbedingte, erlebnismäßige, soziale, wirtschaftliche . . . Faktoren“ „berücksichtigt“ werden müssen, aber immerhin ist „die Schwerkriminalität, die zugleich auch Früh- und Rückfallkriminalität ist, überwiegend erblich“ (150). Der Psychiater v. Baeyer ist zwar der Meinung, daß die Zwangssterilisation psychisch Kranker „nicht mehr in Betracht“ komme, unterlegt aber dem (auf der rassistischen Ideologie beruhenden) Nazi — „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ ein durchaus humanitäres Anliegen, nämlich „die Absicht einer radikalen Krankheitsprävention“ (50).

In diesem Zusammenhang wird auch die Intention der an sich fortschrittlichen naturwissenschaftlichen Betrachtungsweisen z. B. in den psycho- und neurophysiologischen Beiträgen von A. Luria oder N. E. Miller verzerrt. Naturwissenschaftliche Forschung, die eigentlich die Funktion hat, Erkenntnis der objektiven Wirklichkeit zum Zwecke der Verbesserung des menschlichen Lebens und des gesellschaftlichen Fortschritts zu geben, wird hier zur Verteidigung einer reformfeindlichen, rückwärts gewandten Psychiatrie herangezogen.

In diesem Sinn ist es ihm als ein Mißverhältnis zu verstehen, daß der Leser (das Buch ist primär für Laien) einerseits eine Reihe chemischer Formeln von Psychopharmaka und anderen Substanzen vorgesetzt bekommt (120, 133, 135, 136), daß er andererseits aber nichts von z. B. den Mißständen der psychiatrischen Krankenversorgung in der BRD erfährt. Es gehört zu den neuen Varianten der konservativen Psychiatrie, neben den angeblich bestehenden organischen oder gar erblichen Grundkrankheiten auch einige „Randprobleme wie Arbeitstherapie, Sucht, Selbstmord, Massenmedien und soziale und politische Aspekte des Abnormalen“ (Klappentext Rückseite; Sperrung v. Rez.) sozusagen als Garnierung mit anzusprechen. Auf diese Weise wird dann z. B. der einzige in gewissem Sinn kritische Beitrag von H. Mosse über die schädlichen Auswirkungen der Darstel-

lungen von Gewalt in den Massenmedien kaum zu einer wirklichkeitsgerechten Information in breiteren Leserkreisen beitragen.

Rainer Seidel (Berlin)

Erikson, E. Homburger: *Jugend und Krise*. Die Psychodynamik im sozialen Wandel. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1970 (344 S., Ln., 29,50 DM).

Eriksons Buch ist im wesentlichen eine Kompilation früherer Arbeiten, die wenig mehr hergibt als die Originalaufsätze. Wer sich die Mühe macht, des Autors Entwicklung zu verfolgen: von den frühen Aufsätzen in „Identity and Life Cycle“ über „Childhood and Society“ und „Insight and Responsibility“ zu diesem Buch, der kann exakt den Weg von der wissenschaftlich noch vertretbaren Spekulation zur Mystifikation und Mythologie nachvollziehen. War die erste Formulierung des Identitätsbegriffs noch während seiner Tätigkeit als Psychotherapeut im Dienste der Armee als plumpe affirmative Anpassungsideologie zu erkennen (mit dem Ziel „kampfmüde“ Soldaten wieder aufzubauen), so wird dieser Zusammenhang im Laufe der Zeit immer undurchschaubarer und kann sich schließlich zur Psychologie der „gesunden“ Persönlichkeit und zur behaupteten Verankerung der (kapitalistischen) „Ethik“ in der psychischen Struktur (Eriksons „basic virtues“) vernebeln.

Schon Eriksons fundamentaler Ansatzpunkt, es gebe in der menschlichen Persönlichkeit ein „epigenetisches Grundmuster“, das sowohl die psychosexuelle als auch die psychosoziale Entwicklung steuere, ist mehr als zweifelhaft. Auf die *fötale Reifung* läßt sich dieses Prinzip sicherlich anwenden, für die historische und soziale Entwicklung der Persönlichkeit überzeugt es nicht. Ganz zu schweigen von der Projektion auf die „Grund-Tugenden“ des Menschen. So ergibt sich eine mechanistische Darstellung der „gesunden“ Persönlichkeit in Diagrammform, die jeweils nach einer „normativen Krise“ zu einer höheren Organisation ihrer psychischen Struktur (im positiven Fall) gelangt. Mit Mühe läßt sich dieses Schema noch auf die Freudsche Entwicklungstheorie der Libido anwenden, auf den Sozialisationsprozeß übertragen hat das notwendig Vereinfachungen und Personifizierungen gesellschaftlicher Tatbestände zur Folge.

Eriksons Buch bringt also insgesamt keine wesentlich neuen Erkenntnisse; allenfalls das siebte Kapitel („Die Weiblichkeit und der innere Raum“) enthält im Ansatz einen interessanten Gedanken. Dabei ist aber mehr die Kritik der gängigen psychoanalytischen Betrachtungsweise der Weiblichkeit von Bedeutung, als seine eigenen Alternativvorstellungen. Positiv ist jedenfalls der Versuch zu bewerten, die Frau in Beziehung zu ihrer Körperlichkeit (eben dem inneren Raum) zu verstehen, denn als kastrierten Mann.

Selbst wenn man Eriksons spezielles Thema, das der „Identität“ und damit der Adoleszenz, betrachtet, so ergibt das neue Buch keine weiteren Aufschlüsse über Funktion und Bedeutung dieses unklaren

Begriffes. Teilweise verwendet Erikson seit zwanzig Jahren dieselben Formulierungen, ohne daß die Grenzen zwischen individual-psychologischer, sozialpsychologischer, soziologischer und philosophischer Bedeutungsinterferenz inzwischen klarer geworden wären. Ganz zu schweigen vom Stellenwert innerhalb der psychoanalytischen Pathologie. Ekkehard Ruebsam (Berlin)

Jones, Ernest: Zur Psychoanalyse der christlichen Religion. Nachwort von Helmut Dahmer. Literatur der Psychoanalyse, hrsg. von Alexander Mitscherlich. Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1970 (158 S., brosch., 14,— DM).

Dieser Band vereinigt vier Essays des berühmten Psychoanalytikers aus den Jahren zwischen 1913 und 1926. Als Religionspsychologe beschäftigt sich Jones mit der Analyse der christlichen Religion, die gefüllt sei mit ursprünglich sexuellen Vorstellungen, wie wir sie auch in antiken Mythologien, bei „Primitiven“ und in der Vorstellungswelt von Kindern finden. Als Vertreter der Psychoanalyse ist er an der Auswirkung christlicher Motive in der Phantasie des Kranken, hier aber mehr an unserer von diesen Motiven bestimmten Kultur interessiert. Im Nachwort bezeichnet Dahmer diese Aufsätze als zu den bedeutendsten der psychoanalytischen Religionskritik gehörig.

Die Aufgabe dieser Kritik setzt nach Jones ein bei: 1. Beziehungen zu einem übernatürlichen geistigen Prinzip, 2. Gefühlsproblemen, die mit dem Tod zusammenhängen, 3. Funktionen des „Über-Ich“, 4. Verbindungen zwischen Religion und Moral, 5. Gefühlen der Unzulänglichkeit gegenüber dem Leben.

Der profundeste Beitrag in dem Band ist: „Die Empfängnis der Jungfrau Maria durch das Ohr“, der über die Beziehung zwischen Kunst und Religion handelt. Danach bedient sich die religiöse Kunst, abhängig von kirchlichen Dogmen, ähnlicher Vorstellungen, wie sie in den kindlichen Sexualphantasien zu finden sind. Jones deutet die Identität des Ohres als Vagina und des Engels Hauch als Samen. Eine Menge ähnlichen Materials aus nichtchristlicher Umgebung wird außerdem angeführt. „Die Religion hat sich stets in irgendeiner Form der Kunst bedient, und sie muß es tun, denn die Inzestwünsche bilden ihre Phantasien ausnahmslos aus dem Material, das die Erinnerung an die koprophilen Interessen der Kindheit liefert; das ist der wahre Sinn des Satzes: „Die Kunst ist die Dienerin der Religion“ (128). Dahmer versucht im Nachwort die Religionskritik der Psychoanalyse grundsätzlich als historisch-materialistisch zu sehen. „Der Mensch macht die Religion — die Götter sind Projektionen, Wunschbilder von Menschen, an denen unter den sozialen Lebensverhältnissen, in denen sie eingespannt sind, so wenig Göttliches ist, daß sie die eigenen, unterdrückten Potenzen, die den Himmlischen Glanz und Leben verleihen, in ihren übermenschlichen Idealen nicht wiedererkennen“ (146).

Die Kirche mag eine einheitliche dogmatische Lehre haben, die auch die Kultur, d. i. die der Herrschenden, prägt, was bei Jones aber fehlt, ist eine Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Grundlagen und Funktionen des Christentums. Ekkehard Kurth (Bonn)

Medizin

Strotzka, Hans: Einführung in die Sozialpsychiatrie. Rowohlt's deutsche Enzyklopädie Bd. 214. Reinbek bei Hamburg *1970 (152 S., kart., 2,70 DM).

Beim Lesen des Büchleins drängt sich die Frage auf, für *wen* es eigentlich bestimmt ist. Für ein gebildetes Laienpublikum ist es zu langweilig geschrieben; für eine Aufklärungsschrift fehlt ihm die Einfachheit und Eindringlichkeit; für ein Pamphlet ist es zu konventionell, zu vorsichtig und rückversicherungsbedürftig; und für einen wissenschaftlichen Anspruch schließlich zu oberflächlich und zu lückenhaft dokumentiert. Am ehesten ähnelt es einem nicht besonders guten Kompendium. Hier liegt angesichts der Tatsache, daß Sozialpsychiatrie in die Lernziele der neuen medizinischen Approbationsordnung aufgenommen werden soll, auch seine Gefahr.

Will man auf 132 Seiten (der Rest sind Register und Literatur) einen Gesamtüberblick über die Sozialpsychiatrie geben, so bieten sich dafür zwei Möglichkeiten an: den Gegenstand entweder mehr oder weniger willkürlich und praxisbezogen einzuteilen und in jedem Kapitel die wichtigsten Erkenntnisse protokollartig zusammenzufassen; oder aber, eine theoretische Konzeption zu entwerfen, die den mitgeteilten Fakten ihren Stellenwert zuweist und die sozialpsychiatrische Praxis aus der gesellschaftlichen Entwicklung begreiflich macht. *Strotzka* hat keines von beidem getan. Neben epidemiologischen Daten und Beschreibungen der Institutionen stehen ungeprüfte Meinungsäußerungen und private Meditationen des Autors z. B. über „die kaum je beeinflussbaren sozialpsychologischen Grundtatsachen menschlichen Zusammenlebens, daß mit zunehmender Distanz Interesse und Verantwortungsgefühl für die Mitmenschen abnehmen“ (35) oder über „unausweichliche Folgen der Technisierung, daß immer größere Schichten in eine rein rezeptive Passivität gedrängt werden“ (129).

Daß es sich hier nicht um belanglose Schnörkel handelt, über die man hinweglesen könnte, davon zeugen die 4 Seiten „Sozialpsychiatrie der Arbeit“. Nach *Strotzka* können „einige objektive Faktoren der gegenwärtigen Arbeitssituation, wie Wechselschichten . . . , Monotonie, etwa von Fließbandarbeit, starke Lärmbelastung usw.“ (76) zwar „eine erhebliche vegetative Irritation schaffen, die die Basis auch für die Auslösung schwerer psychischer Störungen darstellen könnte“ — aber: „Die prägenden Früherlebnisse in ihrer disponierenden Einwirkung (haben) . . . ohne Zweifel . . . eine größere Rele-

vanz und bestimmen sowohl bis zu einem gewissen Grade die Selektion negativer Umwelten als auch die Empfindlichkeit gegenüber solchen . . .“. Die Arbeiter- bzw. ihre frühkindlich erworbenen Dispositionen — sind also schuld daran, daß sie sich das Fließband, die Wechselschicht, die Lärmbelastung ausgesucht haben oder ihnen gegenüber „besonders empfindlich“ geworden sind. In ihrer Struktur ähnelt diese Apologie der von *Ziegler* (1918), der die Ungleichheit der Einkommen und die Berufswahl auf unterschiedlich wertvolle Erbmasse zurückgeführt hatte, nur daß bei *Strotzka* die Psychoanalyse und nicht die Genetik zur Stützung seiner Behauptungen herangezogen wird. — Für *Strotzka* handelt es sich zudem nur um ein zweitrangiges Problem. Denn . . . „Der Fortschritt arbeitsphysiologischer und psychologischer Forschung wird ebenso wie ein anscheinend wachsender Geist von Kooperationsbereitschaft zwischen Arbeitgeber- und -nehmerorganisationen gestatten, daß diese Gefahren zunehmend rechtzeitig wahrgenommen und entsprechend kurativ oder präventiv behandelt werden“ (77). Spätestens hier weiß der Leser, woher der Wind weht: die „partnerschaftliche“ Gesellschaft, das Modell der „Partizipation“ sind am Zuge. „The community is an extension of the family“, zitiert *Strotzka* ganz folgerichtig *J. H. Kahn*.

Diese Konzeption bestimmt auch die Auswahl der Einzelthemen. *Strotzka* hat sich ganz vorwiegend von der angelsächsischen, insbesondere der US-Sozialpsychiatrie bestimmen lassen: *Rapaports* „Community as a doctor“, aber auch *Maxwell Jones* „therapeutic community“ werden zitiert. Ein genaues Bild davon, worum es dabei geht — nämlich um Gemeinschaft als Ideologie — bekommt der Leser nicht. Die radikaleren sozialpsychiatrischen Impulse, die von Frankreich (*Tosquelles* und *Oury*), Italien (*Basaglia*) und Großbritannien (*Laing*, *Cooper*) ausgegangen sind, werden überdies vollends verschwiegen; die Namen der genannten Autoren fehlen im Buch ebenso wie die Bezeichnungen, die sie ihrer Arbeit gegeben haben, und die Unterschiede, die zwischen ihren Konzeptionen und ihrer institutionellen Praxis bestehen. Nicht einmal *John Wings* Untersuchungen am Londoner Maudsley-Hospital oder die Erfahrungen von *Paumelle* am 13. Pariser Bezirk scheinen ihm einer Erwähnung wert. Alle Versuche innerhalb der Sozialpsychiatrie, die auf eine Selbstorganisation der psychisch Kranken hinzielen, die die Stellung und Funktion der Behandlungspersonen (Arzt, Schwester, Beschäftigungstherapeut, Sozialarbeiter) in Frage stellen, oder die gar sozioökonomische Strukturen und politische Praxis in die Therapie einbeziehen, sind für *Strotzka* schlechtweg inexistent.

Sollte *Strotzka* von diesen Strömungen nie etwas gehört haben? Er übergeht auch allgemeinpolitisch weniger brisante, psychiatrie- (lehrstuhl-)politisch jedoch immer noch delikate sozialpsychiatrische Arbeiten wie die der kommunikationstheoretischen Schule von *Bateson*, *Wynne*, *Bowen*, *Weakland* etc. Die „doublebind-situation“, mittlerweile schon im Munde vieler psychiatrieinteressierter Medizinstudenten, kommt nicht vor. Nur die familienpsychologischen Untersuchungen von *Lidz* werden am Rande erwähnt. — Hingegen spricht er, bei

der Schizophrenie-Ätiologie, von der „gesicherten Rolle der Vererbung“ — ohne sich mit Don Jacksons Kritik an dieser angeblich gesicherten Rolle auseinanderzusetzen. Überhaupt macht er der deutschsprachigen Lehrstuhlpsychiatrie noch an manchen anderen Stellen den Kotau: Angeblich seien von Kraepelins — „des Schöpfers des heute auch noch weithin gültigen Systemes von Krankheiten“ —, 1904 erschienener Arbeit über seine Reise nach Java „mehr oder weniger alle heutigen Erkenntnisse auf diesem Gebiet“ (der „vergleichenden Psychiatrie“) „herzuleiten“, z. B. die Entdeckung bis dahin unbekannter Krankheitsbilder wie Amok und Latah. Hier irrt Stratzka. Die genannte Arbeit ist ein Reisebericht, die genannten Krankheitsbilder wurden von holländischen Psychiatern auf Java (u. a. von Brero) lange vor Kraepelin beschrieben; und es ist offensichtlich, daß Kraepelin seine voluntaristischen psychiatrischen Krankheitseinheiten, die wir unglückseligerweise von ihm geerbt haben, auf dieser Reise überall wiederfinden wollte, weil er ihre universelle Gültigkeit damit zu beweisen versuchte. Aber ein Autor, der in der deutschsprachigen Psychiatrie etwas werden will, muß sich vor Kraepelin verbeugen —, besonders, wenn er selber Psychoanalytiker ist, muß er seine Solidarität — d. h. seine Zustimmung zu den ideologischen Prinzipien der an der Macht befindlichen Psychiatrie — beweisen.

So ist das Traktätchen zu einem Plädoyer für einen psychiatrischen Pluralismus und für gemäßigte Reformen geworden. Es ist ein getreues Abbild der bundesdeutschen Irrenhäuser, deren Ärzte von Sozialpsychiatrie reden, hier und da auch etwas verschönern, um aber im wesentlichen — in der Asylierungspsychiatrie, der Zersplitterung der ambulanten Versorgung der psychisch Kranken (s. *Diebold*) — so weitermachen zu können wie bisher.

Erich Wulff (Gießen)

Redlich, Fredrick C., und Daniel X. Freedman: Theorie und Praxis der Psychiatrie. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1970 (1201 S., Ln., 78,— DM).

Als Lehrbuch der Psychiatrie bietet das Buch von Redlich und Freedman weit mehr als herkömmliche deutsche Lehrbücher in diesem medizinischen Bereich. Es nimmt in aller Ausführlichkeit in die Psychiatrie die Forschungsergebnisse anderer Sozialwissenschaften auf, so daß man einen guten Überblick über die „moderne“ Psychiatrie und ihre Grenzgebiete bekommt. Da außerdem didaktisch sehr gut vorgegangen wird, ist das Buch besonders als Einführung (trotz seines Umfangs) zu empfehlen. Erwähnenswert ist hier, daß der allgemeine Teil, der sowohl medizinische als auch sozialwissenschaftliche Voraussetzungen und Grundlagen der Psychiatrie darstellt, fast die Hälfte des Buches ausmacht. Gerade aber dies dürften die wichtigsten Kapitel für den „Allgemeinmediziner“ sein. So werden z. B. in sehr verständlicher Weise psychologische und soziologische Be-

griffe erläutert, wird der psychische „Apparat“ dargestellt. Die Grundlagen der Therapie und der diagnostischen Verfahren werden dargelegt. Dabei wird — wie im gesamten Buch — vermieden, den Eindruck zu erwecken, als ob es sehr viel abgesichertes Wissen in diesem Bereich gäbe. Vielmehr werden die verschiedensten Ergebnisse, die teils noch unvereinbar erscheinen, nebeneinander geschildert. Ebenso wird im speziellen Teil, in dem auch jeweils ein ausführliches Kapitel über Psychosomatik und Sucht enthalten ist, darauf Wert gelegt, möglichst keine starren Einteilungen zu suggerieren. Kann das Buch — besonders im Vergleich zu anderen deutschen Lehrbüchern — als Lehrbuch empfohlen werden, so heißt das dennoch nicht, daß man ein sehr kritisches oder theoretisch sehr aufschlußreiches Buch zu erwarten hat. Es stellt nur den Stand der „modernen“ Psychiatrie didaktisch gut dar, kann aber damit nicht besser sein als diese Psychiatrie selbst durchschnittlich ist.

Heinz-Harald Abholz (Berlin)

Fairweather, Georg W., D. H. Sanders, D. L. Cressler, und H. Maynard:
Community Life for the Mentally Ill — An Alternative to Institutional Care. Aldine Publishing Co., Chicago 1969
 (357 S., Ln., \$ 10).

Angesichts der katastrophalen Zustände in der psychiatrischen Krankenversorgung, deren therapeutische Erfolge minimal sind, wird nun — wie schon lange in einigen sozialistischen Ländern — auch in kapitalistischen Staaten (bes. England, USA) an neuen therapeutischen Modellen gearbeitet, die sowohl die Hospitalisierungseffekte der herkömmlichen Kliniken verhindern sollen als auch für den Patienten den Übergang aus der Klinik in die Gesellschaft zurück erleichtern sollen.

Das vorliegende Buch schildert ein solches Modell, das die Erfahrungen mit der „Therapeutischen Gemeinschaft“ aufnimmt und sie für ein erweitertes Rehabilitationsmodell verwendet. 75 psychiatrische Patienten (etwa 85 % Psychotiker) nahmen als Freiwillige an dem Projekt teil. Sie bauten zusammen mit einigen Ärzten und Sozialarbeitern eine Gemeinschaft außerhalb der Klinik auf und organisierten ein Unternehmen, das für sie Arbeitsmöglichkeiten bot (es wurden Gartenarbeiten, Reinigungs- und Wartungsarbeiten gegen Bezahlung für die umliegende Gemeinde übernommen). Anfangs geschah dies noch unter der Leitung der Ärzte und Sozialarbeiter, dann wurden — dem Projektplan entsprechend — die Leitungsfunktionen langsam ganz in die Hände der Patienten gegeben. Als nach 2½ Jahren schließlich das geplante Projekt „ausgelaufen“ war und keine Unterstützung mehr von der beteiligten Universität und Klinik erhielt, übernahm ein Teil der Patienten die geschaffene Einrichtung.

Das Buch schildert die Schwierigkeiten und die Lösung von Problemen, die in dieser Gemeinschaft auftauchten. Im Vergleich zu einer Kontrollgruppe konnte gezeigt werden, daß die Patienten in

ihrer selbstgeleiteten Gemeinschaft signifikant länger ohne Rückfall außerhalb der Klinik blieben, sie signifikant häufiger und länger arbeitsfähig waren und es zu einer „Identitätsstabilisierung“ kam. Besonders für die sog. Chronisch Kranken, deren Chance, eine herkömmliche Klinik überhaupt noch einmal verlassen zu können, minimal ist, brachte die geschilderte Gemeinschaft die größten Erfolge. Im Vergleich zu einer weiteren Kontrollgruppe konnte auch abgesichert werden, daß diese Befunde nicht das Resultat einer Patienten-Selektion waren.

Es ist besonders für die psychiatrische Therapie immer wieder die Frage zu stellen, inwieweit sie nicht nur unreflektierte Anpassung an krankmachende Verhältnisse darstellt und somit auch nur auf kurzfristige Erfolge rechnen kann. Eine solche Fragestellung wird allerdings — wie auch im vorliegenden Fall — von fast allen Autoren psychiatrischer Literatur umgangen. Dies ist hier aber besonders erwähnenswert, weil die empirischen Befunde eigentlich eine solche Fragestellung provozieren. Es zeigte sich nämlich, daß der therapeutische Erfolg dieses Projektes nur so lange anhielt, solange die Mitglieder der Gemeinschaft in dieser blieben; verließen sie die Gemeinschaft, so waren ihre prognostischen Chancen wieder genauso schlecht, wie die des auf üblichem Wege Entlassenen. Erfolg war also nur in einer Exklave, der „Subsociety“ — wie es die Autoren nennen — möglich.

Ein solcher Befund gibt den Autoren nicht zu denken, vielmehr bieten sie die Ergebnisse ihres Projektes in dem Schlußkapitel „Changing the Social Status of Marginal Man“ als Lösungsansatz für die Integrierung von „Randgruppen“ an. Die Neger, die Depravierten, die Arbeitslosen etc. müssen „ein Bewußtsein von ihrem Wert bekommen, um sich mit ihrer Gesellschaft zu identifizieren“ (338). „Es ist offensichtlich geworden, daß es nur durch das Gefühl der Mitbeteiligung an der Gesellschaft und durch das Gefühl der Zusammenarbeit mit denen in der Gesellschaft, zu denen man auch Kontakt hat, möglich ist, daß sich Personen echt mit ihrer Gesellschaft identifizieren und zu Trägern und nicht zu bewußten oder unbewußten Zerstörern dieser Gesellschaft werden“ (338). Daß es hier um das Gefühl der Mitbeteiligung und der Zusammenarbeit geht, verrät — ungezwollt — sowohl die Möglichkeiten in einer kapitalistischen Gesellschaft als auch die politische Stellung der Autoren. Diese wissenschaftliche und politische Stellung ist so abgesichert, daß noch nicht einmal die eigenen Überlegungen, nach denen das Heer der „Randgruppen“ — wie es die Autoren nennen — sicherlich mit der industriellen Entwicklung weiter zunehmen wird, Anlaß für einen Versuch der Analyse des Systems geben, in dem die „industrielle Entwicklung“ stattfindet.

So deutet das vorliegende Buch exemplarisch an, was man von „amerikanischer“ Medizinsoziologie zu erwarten hat: selbst dort, wo vom Phänomen her Richtiges gesehen wird, wird mit systematischer Beharrlichkeit die Analyse des Systems, dessen Auswirkungen man

erkennt, vermieden und weiter für Anpassung plädiert — auch noch dann, wenn der größte Teil der Bevölkerung zur „Randgruppe“ geworden ist.

Heinz-Harald Abholz (Berlin)

Myers, Jerome K., u. Lee L. Bean: A Decade Later — A Follow-up of Social Class and Mental Illness. John Wiley and Sons, Inc., New York, London, Sydney 1968 (250 S., geb., £ 3.95).

Die vorliegende Arbeit untersucht die Patientengruppe, die 10 Jahre vorher Hollingshead und Redlich (vgl. die Besprechung im ARGUMENT 54, XI, 504) bezüglich des Zusammenhanges von sozialer Schicht und der Verteilung psychischer Erkrankungen studiert hatten. Dabei werden die folgenden drei Arbeitshypothesen überprüft: 1. Die soziale Schicht hat einen Einfluß auf den Behandlungsstatus und den Gesundheitsstatus 10 Jahre nach der ersten Untersuchung, 2. Die soziale Schicht hat einen Einfluß auf die Behandlungsweise und Häufigkeit der Wiederaufnahmen in ein Krankenhaus und 3. Die soziale Schicht hat einen Einfluß auf die Anpassung früherer Patienten innerhalb der Gesellschaft. Hierzu wurden über 90 % der noch lebenden früheren Patienten anhand der Krankengeschichten und Interviews untersucht. Alle drei Hypothesen konnten empirisch bestätigt werden. So konnte gezeigt werden, daß eine umgekehrte Beziehung zwischen der Höhe der sozialen Schicht und der dauernden oder längeren Hospitalisierung der Patienten besteht. Dabei besteht eine direkte Beziehung zwischen der Höhe der sozialen Schicht und der Anwendung erfolgversprechender therapeutischer Methoden (da im Untersuchungszeitraum moderne Psychopharmaka noch keine größere Anwendung finden konnten, bestanden die erfolgreichen therapeutischen Maßnahmen in Psycho- und Soziotherapie und in bestimmten Formen der Somatotherapie). Schließlich konnte nachgewiesen werden, daß die Patienten der Unterschichten, wenn sie aus dem Krankenhaus entlassen waren, sich schwerer innerhalb der Gesellschaft anpassen (adjust) konnten: sie hatten weniger gesellschaftliche Beziehungen und fanden weniger oft Arbeitsstellen oder mußten Arbeiten annehmen, die einen sozialen Abstieg bedeuteten. Bei Bewertung dieses Befundes muß berücksichtigt werden, daß gerade die Patienten der Unterschicht erst später, in geheilerem Zustand entlassen wurden. Diese Ergebnisse machen deutlich, welche — wie die Autoren es ausdrücken — katastrophale Bedeutung psychische Erkrankung insbesondere für die Unterschichten, deren soziale Verhältnisse ja mit zur Erkrankung beitragen, haben und in der untersuchten Gesellschaft haben müssen. Die Autoren versuchen ihr Ergebnis bezüglich der selteneren Anwendung erfolgversprechender therapeutischer Maßnahmen bei den Patienten der Unterschicht teilweise damit zu erklären, daß diese Patienten *vielleicht* allgemein in kränkerem Zustand zum Arzt kommen und dieser dann nur die erfolgversprechenderen Patienten, d. h. die gesünderen, den genannten

Therapieformen zuführt. Weiterhin wird argumentiert, daß z. B. psycho- und soziotherapeutische Maßnahmen höhere intellektuelle Anforderungen an den Patienten stellen. Auch dieser Erklärungsversuch, der auf einer bloßen Annahme fußt, kann jedoch nicht die Auswirkungen einer Klassengesellschaft auf die sozioökonomische und psychische Situation der Patienten und auf die Medizin im Sinne der Klassenmedizin verdecken, sondern er weist eher auf sie hin.

Heinz-Harald Abholz (Berlin)

Schwarz, Bernhard, Klaus Weise, Achim Thom (Hrsg.): Sozialpsychiatrie in der sozialistischen Gesellschaft.
VEB Georg Thieme, Leipzig 1971 (320 S., Ln., 35,20 Mark).

„Der Prozeß der Integration der Individualmedizin in die Sozialmedizin und damit die volle Nutzung der Bedingungen der sozialistischen Gesellschaftsordnung für die Ziele des psychiatrischen Gesundheitsdienstes weist ... im Fachgebiet noch einen erheblichen Rückstand auf. Anliegen dieses Sammelbandes ist es, einen Beitrag zur Überwindung dieser Lücke in Theorie und Praxis der Psychiatrie zu leisten“ (7). In 16 Einzelarbeiten aus den verschiedensten Bereichen der Sozialpsychiatrie wird dies versucht. Gesagt werden muß jedoch, daß es sich dabei zumeist um das Referieren der Ergebnisse bürgerlicher Autoren in teilweise undifferenziertem Durcheinander verschiedenster Ansätze handelt. Die dargestellten eigenen empirischen Arbeiten sind in ihrem Charakter der Detailuntersuchung von größeren Zusammenhängen isoliert, wie wir es aus der bürgerlichen Literatur zu entsprechenden Themen kennen. So stellt z. B. die Arbeit von Schwarz und Weise über „Die Bedeutung der Individualisierung für den Verlauf schizophrener Psychosen“ einen Wust von Einzeldaten dar, die nicht mehr sinnvoll zusammengebracht werden können. Zahlreiche bürgerliche Autoren werden völlig unkritisch zitiert; dabei werden Modelle, wie z. B. das der Therapeutischen Gemeinschaft, so wie sie im bürgerlichen Lager entwickelt wurden, unkritisch übernommen. Daneben steht — meist am Anfang der Arbeiten — eine zumeist plakative Ablehnung bürgerlicher Methoden und Theorien.

Unter diese Kritik fallen jedoch nicht die drei ersten Arbeiten dieses Bandes mit jeweils einem etwas allgemeineren, den Standort bestimmenden Thema. So zeigt z. B. die Arbeit von Thom „Sozialpsychiatrie in der sozialistischen Gesellschaft — philosophische und wissenschaftstheoretische Überlegungen zur Entwicklungsgeschichte und Prognose“ in hervorragender Weise einen Grundriß für eine materialistische Analyse der Entwicklung der Sozialpsychiatrie. Dabei werden sowohl die Interessen des Kapitals an der Entwicklung der verschiedenen „progressiven“ Denkansätze und Therapieformen als auch die Möglichkeiten für eine sozialistische Politik in diesem Bereich deutlich. Besonders wichtig ist auch, daß die Auseinander-

setzung mit herrschenden bürgerlichen Gedanken am Beispiel der relativ progressiv erscheinenden Autoren — so Dreitzel und Gabel — vorgenommen werden. Heinz-Harald Abholz (Berlin)

Politik und soziale Bewegung

Rose, Günther: Konvergenz der Systeme. Legende und Wirklichkeit. Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1970 (214 S., kart., 9,80 DM).

In dem vorliegenden Buch setzt sich der Autor mit der Konvergenztheorie auseinander, einer in den letzten Jahren verstärkt auftretenden ideologischen Variante bürgerlicher Gesellschaftstheorie und -apologetik. Verf. versucht, diese Theorie gemäß ihrer Herkunft, ihrer Struktur und Funktion in der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus zu bestimmen. Ohne der weiteren Betrachtung vorzugreifen, kann seine von den Ansätzen marxistischer Gesellschaftswissenschaft ausgehende Studie als gelungen bezeichnet werden.

In den ersten Abschnitten seines Buches weist Rose nach, daß die Konvergenztheorie, als notwendige ideologische Ersatzperspektive unzähliger Imperialismus-Apologeten, aus der Einsicht in die Existenz des realen Sozialismus resultiert. Der Antikommunismus, seit dem Auftreten von Marx und Engels die bestimmende Variante bürgerlicher Ideologie, prophezeite der marxistischen Theorie die Unmöglichkeit ihrer praktischen Anwendung, der revolutionären Umwälzung des Kapitalismus in eine sozialistische Gesellschaft. Zu ersten Konzessionen war die bürgerliche Ideologie gezwungen, als sie sich mit der ersten proletarischen Revolution und dem erstarkenden ersten sozialistischen Staat, der UdSSR konfrontiert sah. Man sprach zwar der Sowjetunion jede Überlebenschance ab, spekulierte (besonders nach dem II. Weltkrieg) mit den ökonomischen Schwierigkeiten der UdSSR und der entstehenden Volksrepubliken (21), doch begann das bürgerliche Denken einzusehen, „daß die Sowjetunion weder durch militärische Gewalt noch durch ökonomischen und politischen Druck aus der Welt zu schaffen ist...“ (22). Rose verweist in diesem Zusammenhang auf die ersten Bemühungen imperialistischer Politiker, die Auseinandersetzungen mit dem sozialistischen System partiell auf eine andere Ebene zu heben. Der Autor weist im folgenden anhand von zitierten Schriften und Aussagen besonders US-amerikanischer Politiker und Gesellschaftstheoretiker nach, daß sich die bürgerliche Ideologie zu einer neuen Sozialismusbestimmung und -prognose gezwungen sah.

Der wesentliche Inhalt der Konvergenztheorie, so wird er von Rose treffend bestimmt, ist — trotz der verbalen Prophezeiung der Konvergenz, der Angleichung der Systeme — die Prophezeiung des Untergangs des Sozialismus bzw. die Negierung des historisch-gesetz-

mäßigen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Einer konvergenztheoretischen Konzeption zu Folge (vgl. die Schriften von Galbraith) werden die kapitalistische und die sozialistische Gesellschaft als Varianten der „modernen Industriegesellschaft“ angesehen, die sich beide mit den gleichen „Sachproblemen“ konfrontiert sähen, den gleichen, aus der Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution resultierenden, „Sachzwängen“ unterworfen seien. Folglich biete sich, „weit ab von jeder Ideologie“, eine Verständigung über diese Probleme an, wobei natürlich, und dies arbeitet Rose in bemerkenswerter Weise heraus, die Negierung des Grundwiderspruchs der kapitalistischen Gesellschaft und dessen Aufhebung in der sozialistischen dieser konvergenztheoretischen Variante zugrunde liegen.

Rose begnügt sich aber nicht mit dieser, wohl am stärksten verbreiteten, Variante der Konvergenztheorie, er untersucht gleichermaßen unter dem Aspekt des Stellenwertes konvergenztheoretischer Theorien in der bürgerlichen Ideologie die „linke“ Variante, die sich auch, besonders im Gefolge von Marcuse, an der Negierung der historischen Perspektive beider Gesellschaftssysteme versucht. Da Marcuse in seiner „negativen Konvergenztheorie“ den grundlegenden Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus auf das unterschiedliche Leistungsprinzip reduziert, kann er nur noch zu dem Ergebnis kommen, daß sich die Autonomie und Selbstorganisation des Menschen, die nach Marcuse weder im Kapitalismus noch im Sozialismus gegeben sind, nur noch in der Form des Partisanentums verwirklichen kann (113). Rose weist an dieser Stelle sehr detailliert nach, daß sich weder Marcuse noch seine „ultralinken“ studentischen Apologeten auf Marx berufen können, sondern sich einen kleinbürgerlichen, romantischen und utopischen Sozialismusbegriff zu eigen machen.

Eine andere „linke“ Variante der Konvergenztheorie befließt sich, die antagonistischen Klassenverhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft auf einen angeblichen „Nord-Süd-Antagonismus“ zu projizieren, um, so Rose, die derzeitige Politik der VR China zu rechtfertigen, die sie „zum Vorkämpfer der ‚armen‘ Völker erklären“ (128). Daß auch diese Variante der Untergrabung der kommunistischen Weltbewegung dienen soll, braucht wohl nicht näher erläutert werden.

Die hauptsächlichen ideologischen und politischen Funktionen aller Varianten der Konvergenztheorie wird wie folgt zusammengefaßt:

1. Sie ermöglichen dem Spätkapitalismus die Perspektive zum wandlungsfähigen, sich selbst reformierenden Kapitalismus.
2. Sie dienen der Immunisierung der antiimperialistischen Kräfte in den kapitalistischen Ländern gegen sozialistische Ideen und Perspektiven.
3. Sie liefert das Leitbild für den Neokolonialismus.
4. Sie dient der ideologischen Diversion gegen die sozialistischen Länder (141).

Die besondere Qualität des Buches von Rose liegt in der Analyse verschiedener konvergenztheoretischer Varianten, ihrer unterschiedlichen Ansätze und Strukturen, und in der, Detailfragen nie außer acht lassenden, Reduzierung dieser Varianten auf die ihnen allen eigene Grundtendenzen, nämlich der Negierung des Charakters unserer Epoche, des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, sowie der daraus resultierenden falschen Bestimmung des Wesens und der Rolle des sozialistischen Weltsystems.

Rose weist in hervorragender Weise nach, daß die Konvergenztheorie von verschiedenen (hier nur grob skizzierten) ideologischen Standpunkten ausgeht, sei es von einem reaktionären, einem rechtssozialdemokratischen, einem linksliberalen oder einem „ultralinken“ aus, daß sie eine dem weltpolitischen Kräfteverhältnis angepaßte Konzeption des Antikommunismus ist, sich vom traditionellen militanten Antikommunismus dadurch unterscheidet, daß ihre aggressiven imperialistischen Konsequenzen nicht zwingend angelegt sind, ohne jedoch völlig zu verschwinden. Gerade hierin liegt nach der Meinung von Günther Rose ihre Gefährlichkeit.

Albert Engelhardt (Marburg/L.)

Huberman, Leo, und Paul M. Sweezy: Kuba — Anatomie einer Revolution. Reihe „res novae dritte welt“. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1968 (232 S., kart., 9,— DM).

Entstanden im zweiten Jahr der kubanischen Revolution ist das Buch nicht nur Ausdruck des Enthusiasmus nordamerikanischer Marxisten über die erste erfolgreiche Revolution in der amerikanischen Hemisphäre, zugleich ist es wesentlich geprägt von der damaligen Phase der kubanischen Revolution selbst. In der Einschätzung des Programms der führenden kubanischen Revolutionäre und der Möglichkeit seiner Verwirklichung weist es eher ungebrochene Identifizierung denn analytische Distanz auf.

Ungeschmälert bleibt jedoch das historische Verdienst der beiden Autoren, den sozialistischen Charakter der kubanischen Revolution zu einer Zeit richtig eingeschätzt zu haben, als darüber weder in Kuba selbst noch in der nichtkubanischen Öffentlichkeit Klarheit bestand. Die analytisch relevanten ökonomischen und politischen Fragen, die dem heutigen Stand der kubanischen Situation adäquat wären, trifft das Buch allerdings kaum noch. Soweit sie diskutiert werden, sind die Thesen über die künftige Entwicklung des sozialistischen Aufbaus zu einem erheblichen Teil später von den Autoren zurückgenommen oder modifiziert worden (vgl. Huberman/Sweezy, *Socialism in Cuba*, New York/London 1969). Somit liegt der Wert des Buches heute, neun Jahre nach Erscheinen der amerikanischen Ausgabe, überwiegend in der ebenso informativen wie spannenden Darstellung des Verlaufs der Revolution und deren sozialökonomischen Bedingungen, zudem vermittelt es einen guten Einblick in Praxis und Zielsetzungen dieser frühesten Phase der revolutionären Transformation der kubanischen Gesellschaft.

Barbara Schilling (Marburg)

Sweezy, Paul M., u. Leo Huberman: Sozialismus in Kuba.
Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1970 (197 S., br., 4,— DM).

Es handelt sich bei dieser Monographie um einen der ersten bedeutsamen Versuche, der nicht wie bisher auf die Darstellung und Interpretation sachlich isolierter oder zeitlich eingegrenzter Problemkomplexe, sondern auf eine empirische Übersicht zur gesamten Revolutionsperiode und zur gesamten sozio-ökonomischen Transformation ausgeht. Die Autoren beschreiben dieses Vorhaben einleitend: es geht ihnen um die Darstellung der theoretisch intendierten und praktisch bereits annähernd vollzogenen Prozesse, in denen „Bewußtsein und Wille an die Stelle der naturwüchsigen sozio-ökonomischen Kräfte des kapitalistisch-imperialistischen Systems“ treten und der Markt aufhört, Motor der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu sein (9).

Unabhängig von ihren immanenten sachlichen Strukturbedürfnissen setzt die wissenschaftliche Einlösung eines solchen Anspruchs auch ein bestimmtes methodisches Kalkül voraus, wenn nicht die Gesamtanalyse einer denunziatorischen Kritik zum Opfer fallen soll. Dieses Problem haben die Autoren erkannt und praktisch in Rechnung gestellt. Sie ziehen umfangreiches — und im übrigen auch „unverdächtiges“, da zu einem guten Teil aus offiziellen westlichen Quellen destilliertes — Material zur Illustration ihrer grundlegenden Thesen heran, setzen die dargestellten Revolutionsergebnisse in ein anschauliches Verhältnis zu den Strukturmerkmalen der vorrevolutionären kubanischen Gesellschaft und zum derzeitigen Entwicklungsstand anderer lateinamerikanischer Länder, um schließlich letzte Verständnislücken mit glaubwürdigen und einleuchtenden Selbstdarstellungen der Revolution aufzufüllen. Ein solches Verfahren hat nicht nur den Vorzug, daß es die antisozialistische Kritik erheblichen argumentativen Zwängen aussetzt; es ermöglicht zudem im konkreten Problemhorizont den Durchbruch zu einer kombinierten Theorie des Imperialismus und der Unterentwicklung.

Über diesen Globalzusammenhang, über die fundamentalen Ursachen des Massenelends im Einflußbereich des amerikanischen Imperialismus, klären die Verfasser am Beispiel der „Allianz für den Fortschritt“ und ihres folgerichtigen Scheiterns auf (12—15), um die historische Logik der sozialen Revolution einsichtig zu machen. Obwohl dieser Teil der Monographie — vermutlich im Interesse einer Rationalität der eigentlichen Themenbewältigung — zu kurz geraten ist, als daß die vielfältigen, komplexen Wirkungslinien zwischen brutaler wirtschaftlicher und politischer Unterdrückung auf der einen und technisch-industriellem Rückstand auf der anderen Seite vollständig ins Blickfeld kommen könnten, vermittelt er doch immerhin die Grundkategorien, die für das Verständnis der kubanischen Transformationsprobleme unabdinglich sind.

Es ist kein Zufall, daß die Verfasser den Bildungs- und Erziehungssektor an die erste Stelle der Problemskala rücken, auf die sich ihre Analyse systematisch bezieht; denn solange die Mobilisierung

menschlicher für das Kriterium der Mobilisierung wirtschaftlicher Ressourcen gehalten wird (39), scheint eine planvolle Expansion in diesem Bereich mit einer technologischen Fortschrittsgarantie identisch zu sein. Unter diesem für Übergangsgesellschaften zentralen Aspekt entwerfen die Autoren ein umfassendes und gleichermaßen detailliertes Bild von den enormen Anstrengungen, die in Kuba nach der Revolution unternommen wurden, um den Anschluß an gesellschaftlich und ökonomisch erforderliche Bildungsstandards zu gewinnen. Am Beispiel der spektakulären und überaus erfolgreichen Alphabetisierungskampagne von 1961 (17—21), der weiterführenden Bildungsprogramme für Arbeiter und Bauern (21—26), der Lehrerbildung (27—31), der Vorschulerziehung (32 f.), der Lehrmittelökonomie und der wissenschaftlichen Ausbildung skizzieren sie das besondere Verhältnis zwischen den Ausgangsbedingungen und den vorläufigen Ergebnissen einer genuin politischen Strategie, die zur Emanzipation von Analphabetismus und Unwissenheit führen soll. Ohne daß sich dabei die Euphemismen, die aus plausiblen Gründen mitunter das Selbstverständnis der revolutionären Führung zu dieser Frage charakterisieren, in die Darstellung einschleichen, machen die Verfasser eine positive Bilanz der bisherigen bildungspolitischen Initiativen im sozialistischen Kuba auf. Auch wenn sie konstatieren müssen, daß die Qualität der kubanischen Bildung bislang noch weit hinter ihrer Quantität zurückgeblieben ist (41), und daß der Prioritätenkatalog der wissenschaftlichen Forschungs- und Ausbildungsprogramme noch heute auf elementare wirtschaftliche Struktur- und Wachstumsprobleme zugeschnitten ist, so geht doch aus der Gesamtanalyse — vor allem aus dem lateinamerikanischen und vorrevolutionär-kubanischen Vergleich, der sich auf illustrative tabellarische Übersichten stützt — unzweideutig hervor, daß sie bereits in der gegenwärtigen Entwicklungsphase wichtige Elemente der Humanisierung gesellschaftlicher Verhältnisse enthält.

Zu ganz ähnlichen Ergebnissen führt auch die Analyse der Strukturveränderungen im kubanischen Gesundheitswesen: einer entschieden verbesserten und auf alle Bevölkerungsschichten ausgeweiteten medizinischen Versorgung ist es demnach zuzuschreiben, daß die „Krankheits- und Sterblichkeitsraten in der kurzen Spanne von acht Jahren“ in einem für sonstige lateinamerikanische Verhältnisse undenkbaaren Maße gesunken sind. Es entspricht völlig dem theoretischen Ansatz der Verfasser, daß sie ihr Hauptinteresse jedoch nicht auf diese Aspekte des kubanischen Sozialismus richten, sondern auf Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie unter seinen gesellschaftspolitischen Präferenzen geplant wurde und faktisch vonstatten ging. Indem sie diesem Teil der Darstellung ein angemessenes historisches Vorverständnis zugrunde legen, das die besonderen Relikte des Kolonialismus und Imperialismus als Bezugsdaten der sozialen Revolution umgreift, durchbrechen sie die Methodik der bürgerlichen Wissenschaft, die ihren Gegenstand im Falle anti-imperialistischer und sozialistischer Emanzipationsbewegungen bereitwillig aus seinem historischen Kontext herauslöst. Wenn sie die vor-

malige neokoloniale Abhängigkeit Kubas von den USA als Ursache für die deformierte Wirtschaftsstruktur, insbesondere für das Ausbeutungssyndrom der Monokultur kennlich und die Unterausnutzung der materiellen und menschlichen Ressourcen für die groteske Unterentwicklung des Landes verantwortlich machen (55 ff.), dann jedoch nicht deshalb, weil ihnen daran gelegen wäre, die anfänglichen Mißerfolge der sozialistischen Entwicklungsstrategie zu bagatellisieren und den Optimismus ihrer Urheber nachträglich zu teilen.

Bei aller Anerkennung für die positiven Teilergebnisse auf wirtschaftlichem Gebiet, welche die revolutionäre Führung nach Ablauf der ersten dreijährigen Transformationsperiode vorweisen konnte, beschränken sich die Verfasser tatsächlich keineswegs auf eine affirmative Bestandsaufnahme: sie messen die während dieses Zeitraums gültigen wirtschaftspolitischen Leitprinzipien der landwirtschaftlichen Diversifikation, der Industrialisierung und der Gewinnung neuer Handelspartner vielmehr kritisch an den beschränkten Entwicklungsmöglichkeiten.

Gestützt auf eine ähnlich breite empirische Basis folgt die Analyse der zweiten ökonomischen Entwicklungsphase (64 ff.), die bis zum Ende des Jahres 1965 durch die Strategie der zwischenzeitlichen Rückkehr zu landwirtschaftlicher Spezialisierung (Zuckerproduktion) gekennzeichnet war, den gleichen Linien. Im Resümee unterscheidet sie sich nur unwesentlich von anderen marxistischen Kuba-Analysen; auch sie dokumentiert, daß die kubanische Revolution seither zwischen diesen beiden wirtschaftspolitischen Maximen „in bezug auf Entwicklungsstrategie und Organisationsstruktur ihren Weg gefunden“ hat (73).

Daß diese Vermutung auch in der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung Kubas zahlreiche Anhaltspunkte hat, belegen die Verfasser mit einer Fülle anschaulichen Materials, das über die beachtlichen Wachstumsraten in einzelnen Produktionszweigen für den Zeitraum von 1959 bis 1968 Aufschluß gibt (74—95). Besondere Beachtung verdienen die folgenden Kapitel, die auf dieser Informationsbasis die zahlreichen Wechselbeziehungen zwischen Ökonomie und soziopolitischer Entwicklung thematisieren. Am Beispiel der ersten Agrarreform vom Mai 1959, die auf der Grundlage direkter konfiskatorischer Maßnahmen und flankierender Enteignungs- und Nationalisierungsakte in außerlandwirtschaftlichen Sektoren nach den Plänen der revolutionären Führung eine kooperative Praxis in die Wege leiten sollte, der zweiten Agrarreform vom Oktober 1963, die auf die endgültige Entmachtung der Landbourgeoisie ausging, und der Struktur des Privatsektors im agrarischen Bereich, der beide Reformen überdauerte, demonstrieren die Verfasser sinnfällig, daß die markt- und privatwirtschaftlichen Residuen innerhalb des kubanischen Sozialismus — so bedeutsam sie auch für temporäre Klassenbündnisse sein mögen — auf die Dauer zahlreiche gesellschaftliche Konfliktstoffe enthalten. Die revolutionäre Führung hat nach Auffassung der Autoren sehr wohl erkannt, daß sie sich für eine Übergangsperiode die Loyalität des Kleinbürgertums erhalten muß (101,

104), und daß dieses erst in einer fortgeschrittenen Entwicklungsphase voll in das sozialistische System integriert werden kann.

Unter den Stichworten „Eindämmung“, „Aufreiben“ und „Überfluß“ sind zu diesem Zweck bereits für die landwirtschaftliche Produktionssphäre politische Strategien entworfen worden, und auch im Dienstleistungsbereich hat die Regierung etliche Anstrengungen unternommen, um neue privatwirtschaftliche Ansätze zu ersticken, weil sie mit Recht befürchten muß, daß solche Entwicklungen regressiv auf die politische Struktur durchschlagen. Den Erfolg dieser Initiativen schätzen die Verfasser allerdings recht skeptisch ein. Sie vermuten, daß das Profitmotiv in einigen gesellschaftlichen Bereichen auch weiterhin dominieren und zur Etablierung eines illegalen Privatsektors führen wird (123).

Zu diesem Problemkomplex gehört auch die Frage der Anreize, die in Kuba Gegenstand einer langdauernden Debatte mit fraktionistischen Tendenzen war. Daß die Verfasser auf diese zentrale und für das Selbstverständnis der revolutionären Führung in vieler Hinsicht konstitutive Diskussion selbst nicht näher eingehen, gehört zu den wenigen Mängeln der Darstellung. Immerhin sind jedoch die Möglichkeiten außer-materieller Anreize, die das Wirtschaftswachstum in einem unterentwickelten Land zu stimulieren vermögen — Disziplinierung durch Förderung des gesellschaftlich-politischen Bewußtseins — genannt und auf ihre faktische Instrumentalisierung im kubanischen Sozialismus hin analysiert; dieser Teil der Monographie hat in seiner empirischen Anlage um so mehr politisches Gewicht, als er eine Destruktion des Totalitarismus-Verdachts möglich macht, der in der bürgerlichen Literatur durchgängig gegen die kubanische Revolution erhoben wird.

Ähnlich breiten Raum wie die Frage der Anreize nimmt in der Analyse ein zentrales Problem der politischen Ökonomie ein, nämlich die Frage, wie sich der Markt als gesamtwirtschaftlicher Koordinierungsmechanismus zugunsten eines größeren Maßes von Rationalität in den gesellschaftlichen Folgen individueller wirtschaftlicher Betätigung ersetzen läßt (135 ff.). In diesem Zusammenhang geben die Verfasser einen informativen historischen und strukturellen Überblick über das kubanische Planungssystem, über seine Praxis zwischen den Polen anarchischer Dezentralisierung und autoritärer Zentralisierung (157). Es gelingt ihnen auf dieser Ebene einsichtig zu machen, daß die zahlreichen „Schwierigkeiten und Mängel im kubanischen System der Ressourcennutzung“ weniger auf Insuffizienzen des Planungssystems zurückverweisen, sondern zunächst vielmehr auf einen elementaren Tatbestand: wie die meisten unterentwickelten Länder operiert Kuba auf einer relativ niedrigen Stufe der Technologie (160). Dieses Faktum eines immensen technologischen Defizits bringt es mit sich, daß die kubanischen Entwicklungsstrategien in lebenswichtigen Bereichen — so etwa im Falle der mechanisierten Zuckerernte und der Bewässerung — auf kompakte Hindernisse treffen.

Die Krisenerscheinungen der kubanischen Wirtschaft, die erst nach Erscheinen des Buches bekannt geworden sind, bestätigen den kritischen Ausblick auf die Zukunft des kubanischen Sozialismus, mit dem sich die Verfasser deutlich von den allzu optimistischen, vielfach euphorischen Prognosen in früheren marxistischen Kuba-Analysen absetzen: sie messen die wirtschaftlichen Entwicklungschancen an den Detail- und Gesamtergebnissen ihrer eigenen Studie und machen sie theoretisch vom Verlauf der Wechselbeziehung „zwischen wirtschaftlichen und politischen Phänomenen“ abhängig, die sie an konkreten Beispielen illustrieren (177 ff.). Aber nachdem sie selbst einen Begriff von den Ausgangsproblemen der Unterentwicklung gegeben und die seitherigen Fortschritte der kubanischen Revolution qualifiziert haben, kann es sich dabei nur um eine graduelle, wissenschaftlich begründete Skepsis handeln, die andere Entwicklungsfristen, nicht aber andere gesellschaftliche Strukturen für erforderlich hält. Mit antisozialistischen Spekulationen hat sie genauso wenig zu tun wie andere kritische Ansätze der Darstellung.

Frank Niess (Heidelberg)

Link, Max: K u b a 1969. Politische und wirtschaftliche Aspekte.

Orell Füssli Verlag, Zürich 1970, Schriftenreihe Lateinamerikanische Studien, Nr. 3 (30 S., br., 5,50 DM).

Die kurze Monographie von Link ist ein augenfälliges Beispiel dafür, wie wenig sich die bürgerliche Wissenschaft einer grundsätzlichen Kenntnisnahme bestimmter historischer Entwicklungsmuster sozialistischer Gesellschaften verschließen kann; nicht, weil der pluralistische Anspruch dieser Wissenschaft tatsächlich zur Objektivierung drängt, sondern weil die untergründig anerkannte Attraktivität eines sozio-politischen Systems, wie es Kuba während der letzten zehn Jahre darstellte¹, auch nach außer-politischen Defensivmaßnahmen verlangt.

Während die wissenschaftliche Klassifizierung etablierterer sozialistischer Gesellschaften mittlerweile unter kompakten anti-sozialistischen Klischees vonstatten geht, weil man für sicher hält, daß sie in der historischen Konfrontation mit den westlich-demokratischen Gesellschaften seit langem ihren positiven Modellcharakter eingebüßt haben, fordert die kubanische Entwicklung demgegenüber ein wissenschaftliches Interesse heraus, das sich vor allen Dingen nach dem Kriterium ihrer Originalität bemißt und strukturiert. Link verdeutlicht diesen Ansatz in der Gesamtdarstellung genauso wie im Detail.

Unter dieser Prämisse ihres konkreten politischen Stellenwerts werden die Widersprüche in seiner Beschreibung der kubanischen

¹ Diese Feststellung gilt unter dem Vorbehalt der gegenwärtigen kubanischen Entwicklung, die sicherlich kritisch beobachtet werden muß; vgl. Berichte dazu in: FRANKFURTER RUNDSCHAU, Nr. 118, 24. Mai 1971, S. 1; DER SPIEGEL, 25. Jg., Nr. 20, Mai 1971, S. 100 ff.; ferner die Stellungnahme von Charles Bettelheim in: LE MONDE, 12. Mai 1971.

Entwicklung ohne weiteres verständlich, und zwar vor allen Dingen das eklatante Mißverhältnis zwischen empirischer Basis und ideologischem Kondensat. Die zahlreichen, für sich genommen wichtigen und informativen Daten zur kubanischen Revolution, die er auf der Grundlage ausgewiesener Materialien und eigener Anschauung (er hielt sich im Herbst 1969 zu einem Informationsbesuch in Kuba auf) zusammenträgt, bleiben in vielen Punkten unvermittelt neben seinen politischen Schlußfolgerungen stehen. Darin dokumentiert sich in einem allgemeineren Sinne die Unfähigkeit der bürgerlichen Wissenschaft, die Originalität eines gesellschaftlichen Transformationsprozesses nicht nur zum Ansatz ihres Interesses, sondern auch zum Maßstab ihrer Praxis zu machen.

Tatsächlich umreißt Link im Rahmen eines historischen Rückblicks („Kuba am Vorabend der Revolution“ und „Kubas Weg zum Sozialismus“ [S. 6—12]) die wichtigsten Deformationserscheinungen innerhalb der vorrevolutionären kubanischen Gesellschaft wie stagnierendes Wirtschaftswachstum, regionaler Dualismus, verzerrte Einkommensverteilung, strukturelle Arbeitslosigkeit, monokulturelle Wirtschaftsformation etc. Indem er sie jedoch gegen einzelne Momente sozio-ökonomischen Fortschritts im Verhältnis zwischen Kuba und dem übrigen Lateinamerika vordergründig relativiert, entzieht er sie einer fälligen Imperialismus-Kritik.

Entgegen dieser Voreingenommenheit des Autors ist es jedoch gerade die Akribie in der Ausbreitung empirischer Daten, die alle diese Phänomene bei genauerem Hinsehen dennoch als Syndrome des Imperialismus kenntlich macht. Dazu bedarf es nicht einmal einer subtileren Einsicht in die Dialektik zwischen der Entwicklung der Metropolen und der Ausbeutung der Satelliten², die Link völlig vermissen läßt. Weil ihm dieser Ansatz fehlt, kann er auch der kubanischen Revolution, die er im übrigen auf die Rolle Castros hin personalisiert, nur eine scheinbare Legitimität zusprechen, muß er ihre politische Entwicklung fortgeschrittenen Stadiums unter gewissen Modifikationen mit dem Etikett der totalitären Diktatur versehen (10). Die Darstellung der faktischen ökonomischen Entwicklung Kubas seit 1959 leidet unter diesem Mangel an theoretischen Kategorien zu Transformationsproblemen fehlentwickelter Gesellschaften genauso wie die Systematisierung der wirtschaftspolitischen Kernfragen aus der Sicht des Verfassers. Beide Teile sind aus ihrem engen historischen Kontext herausgelöst und verflachen in einem selbstgenügsamen Schematismus, der die elementaren Emanzipationsbedürfnisse einer gezielt fehlentwickelten und politisch unterdrückten Gesellschaft zugunsten versteckter Apologien der vorrevolutionären Verhältnisse bis zur Unkenntlichkeit entstellt.

Drastische Beispiele dafür liefert Link, wenn er den eindeutig feststellbar größeren Einsatz der installierten Produktionskapazitä-

2 Vgl. hierzu u. a. vor allem André Gunder Frank, Die Entwicklung der Unterentwicklung, in: Frank, Guevara, Marini et al., Kritik des bürgerlichen Anti-Imperialismus, Berlin 1969, S. 30—45.

ten völlig uninterpretiert läßt (13), wenn er das Absinken der Arbeitsproduktivität (16) neben die vorrevolutionären Repressionsbedingungen stellt, ohne diese wenigstens andeutungsweise zu kritisieren und wenn er die auch ansonsten fast nirgends in Abrede gestellte allgemeine Knappheit an Konsumgütern³, ohne lateinamerikanische Vergleichsmaßstäbe zu liefern, implizit zum Kriterium des gesellschaftspolitischen Bankrotts schlechthin erklärt (16 f.).

Der ganze Zynismus, der dem Interpretationsansatz des Verfassers objektiv zugrunde liegt, offenbart sich dann vor allen Dingen darin, in welche Relationen er die „zum Teil beachtenswerten Ergebnisse“ der kubanischen Revolution (26) — wie Einkommens- und Eigentumsverteilung, Alphabetisierung, optimierte medizinische Betreuung etc. — einrückt: er spielt die im Zuge der kubanischen Revolution eröffneten Möglichkeiten für „ein menschenwürdiges Dasein“ gegen die Restriktion des „Rechts auf freie wirtschaftliche Betätigung“ aus und klärt somit unfreiwillig aber doch paradigmatisch über die inhumanen Wertmaßstäbe einer geradlinigen Kapitalismus-Apologie auf. Einzelne Differenzierungen, die er im Problemkreis der Planwirtschaft und der außenwirtschaftlichen Beziehungen Kubas vornimmt (18—20; 23—26), helfen über diese Grundstruktur kaum hinweg. So bringt die Rezeption dieser Darstellung ein unausgeglichenes Fazit: sie vermittelt einerseits brauchbare Detailkenntnisse und instruiert andererseits über die methodischen Wege eines wissenschaftlich verbrämten Antisozialismus.

Frank Niess (Heidelberg)

Jura

Dietel, Alfred, und Kurt Gintzel: Demonstrations- und Versammlungsfreiheit. Kommentar zum Gesetz über Versammlungen und Aufzüge vom 24. Juli 1953. Carl Heymanns Verlag Köln, Berlin 1968. (168 S., kart., 16,— DM).

Diese Kommentierung gibt den wesentlichen Rechtsstand gefestigt durch Urteile der obersten Gerichte und durch die Literatur wieder. Die Art der Ausführung bleibt dem herrschenden wertenden Denken verhaftet. Das, was die Verfassung hergeben soll, wird mit der Annahme einer Wertordnung des Grundgesetzes in sie hineininterpretiert. Die Erarbeitung der Kriterien bleibt dem jeweiligen Interpreten vorbehalten. Wissenschaftlich haltbare Maßstäbe gibt es für sie nicht.

Bernhard Blankenhorn (Berlin)

Dietel, Alfred, Rupert Eilsberger u. Kurt Gintzel: Demonstrationen — Aufruhr oder Element der Demokratie? Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Verlag Neue Gesellschaft GmbH, Bonn, 2. Auflage 1970 (100 S., br., 3,30 DM).

³ Vgl. Paul M. Sweezy, Leo Huberman, Sozialismus in Kuba, Frankfurt am Main 1970, S. 93 f.

Jahnknecht/Neuberger: Zum Demonstrationsrecht. R. v. Decker's Verlag, G. Schenk, Hamburg, Berlin 1969 (28 S., br., 6,— DM).

Mosler, Hermann (Hrsg.): Demonstration und Straßenverkehr. Landesberichte und Rechtsvergleichung. Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht des Max-Planck-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht. Carl Heymanns Verlag KG, Köln, Berlin 1970 (210 S., 30,— DM).

Gerade bei der Diskussion des Demonstrationsrechts von juristischer Seite wurde deutlich, wie sich Recht im kapitalistischen Staat verdinglicht hat. Wie in allen Wissenschaftsgebieten, so hat sich auch auf die Rechtswissenschaft der rein aufs Kalkül gestellte und inhaltsfremde Charakter der kapitalistischen Produktionsweise übertragen. Recht und Rechtswissenschaft schalten aus ihrer Betrachtung alles das aus, was zur Entstehung der Rechtsnormen führte. Rechtsinhalt ist rational unableitbar. Logisch folgt, daß auch beim Arbeiten mit abstrakten Normen der Lebensbereich, auf den sie angewandt werden, nicht mit in Betracht gezogen werden darf. Interessant ist nur der für die Rechtsfindung wichtige Sachverhalt. Diesen Sachverhalt zu hinterfragen fällt nicht mehr in den Aufgabenbereich des Juristen und würde auch einmal errichtete Arbeitsteilung zerstören.

Auf dem Gebiet des Demonstrationsrechts führt das zur Eliminierung des „Wofür“ der Demonstration. Es wird nur die Demonstration als Menschenauflauf, bestenfalls als grundrechtlich geschützte Meinungskundgabe gesehen. Dieses Verständnis liegt allen Beiträgen in den vorliegenden Bänden zugrunde.

Im erstgenannten Band legt Kurt Gintzel ein Referat vor mit dem Thema „Demonstrationsfreiheit und polizeilicher Ordnungsauftrag“. Gintzel geht das Thema an von der Betrachtung der Wahlveranstaltungen, die bei der Herausgabe des Bandes im Blickpunkt standen. Dort hat die Polizei das Recht einzugreifen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, wobei sie aber die verfassungsmäßigen Freiheiten zu berücksichtigen habe. Hier die Abgrenzung zu finden, ist das Anliegen aller Autoren in den beiden ersten Bänden. Gintzel nennt drei Hauptprobleme, die bei der Erfüllung des polizeilichen Ordnungsauftrages zu lösen sind:

„1. den Schutz der drei Teilrechte bei Versammlungen (Veranstaltung, Leitung und Teilnahme, D. H.),
2. die Probleme, die sich bei der Ausübung des Ermessens ergeben, und
3. die sich dabei ergebenden Abwägungsprobleme“ (12). — Die meisten Schwierigkeiten ergeben sich bei den Ermessensentscheidungen. Wenn bei Gintzel postuliert wird, daß das Ermessen keine subjektive Einzelentscheidung eines Beamten ist, kann die Entscheidung, ob eine Spontanversammlung verboten werden muß oder nicht, nicht mehr schwerfallen, denn regelmäßig ist eine Spontanversammlung nach dem „Grundsatz in dubio pro libertate“ (17) erlaubt. Von diesem Grundsatz ausgehend, stellt Gintzel fest, daß der Verwaltung kein Raum bleibt für eine Wahl zwischen mehreren Rechtsfolgen. „Die

Verwaltung wird lediglich autorisiert, durch differenzierte Abwägung der miteinander kollidierenden Interessen zu einer Entscheidung zu kommen, die unter Berücksichtigung der vielfältigen Gegebenheiten des konkreten Einzelfalles die formelle und materiell gerechteste ist. Daraus folgt: Ermessensfragen werden zu Rechtsfragen“ (22/23). Meines Erachtens ist dieser Standpunkt lebensfremd, denn die Entscheidung, ob das eine oder das andere gilt, kann in der Regel nur auf einem sehr schmalen Grat getroffen werden und ist somit kein taugliches Abgrenzungskriterium; daher besteht die große Gefahr, daß Subjektives den Ausschlag gibt.

Alfred Dietel liefert den zweiten Aufsatz dieses Bandes mit dem Thema: „Demonstrationsfreiheit im Konflikt zwischen Radikalität und Legitimität“. Dietel unternimmt den interessanten Versuch, den Begriff „Radikalität“ im parlamentarischen Rechtsstaat zu klären. Radikalität bestimme sich vom Zentrum her und gehe bis zum Äußersten, wobei konstatiert wird, daß die Mitte keine konstante Größe sei, sondern die Mitte verschiebe sich je nachdem, ob ein Liberaler der deutschen Revolution, ein Demokrat oder ein Sozialdemokrat sie ausfindig mache (31/32). (Diese Ausführungen geben uns denn schon Anlaß zu der Hoffnung, daß sich in Zukunft die Mitte noch öfter und mehr verschieben wird!) Es muß nun festgestellt werden, ob die Zielsetzung radikaler Gruppen legitim ist oder nicht. Bei Demonstrationen entscheidet darüber die Polizei. „Sie hat dabei nicht das politische Fernziel, den ideologischen Hintergrund, sondern das aktuelle Nahziel, den konkreten Veranstaltungszweck, anzusehen. Sie hat außerdem die Mittel zu betrachten, die zur Erreichung des aktuellen Nahziels eingesetzt werden bzw. eingesetzt werden sollen“ (34). An dieser Stelle kommt der interessanteste Sprung in den Überlegungen von Dietel: Da nun einmal die Gründe und Ziele für eine Demonstration nicht hinterfragt werden, wird hier in einem lapidaren Satz folgendes präjudiziert: „Radikale Gruppen werden geneigt sein, radikale Mittel einzusetzen“ (34). Nach den Mitteln, die bei einer Demonstration eingesetzt werden, wird dann mit Hilfe der „Sozialadäquanz“ entschieden, ob eine Demonstration verboten werden müsse oder nicht. Dabei muß sich die Entscheidung eines Verbotes danach richten, ob mit den Mitteln der Demonstration Rechtsgüter gefährdet werden, die wertmäßig höher einzustufen sind als das Demonstrations- und Versammlungsrecht. Wie will Dietel das aber machen, wenn er erstens darauf verzichtet, die Gründe für eine Demonstration zu hinterfragen, die es doch erst ermöglichen, die Rechtsgüter zu erkennen, für die sich die Demonstranten einsetzen, und wenn er zweitens nicht die Wertskala nennt, mit der höher oder niedriger eingestuft wird? All das bleibt völlig unklar. Obwohl man sich heute in der Rechtswissenschaft um deutliche Abgrenzungskriterien auf allen Rechtsgebieten bemüht, enthebt sich Dietel elegant dieser Pflicht. Das führt dann natürlich dazu, daß er die Zwitterstellung mancher Polizisten im Wahlkampf 1969 als gegeben hinnimmt: Sie verurteilen innerlich die Ziele, die die NPD verfolgt, aber nach den Grundsätzen des Rechtsstaates mußten sie auch solche Ver-

anstaltungen vor Gegendemonstranten schützen. Hier sei nicht die NPD-Versammlung geschützt worden, sondern der Rechtsfrieden.

Im dritten und letzten Beitrag dieses Buches befaßt sich Rupert Eilsberger mit dem Laepple-Urteil. Dieser Beitrag ist eine Urteilsrezension. Eilsberger kritisiert vor allem das Klima, unter der die Entscheidung fiel und die offensichtlichen Vorurteile der Richter. Dies dokumentiert er an der ungewöhnlichen Vorrede des Senatspräsidenten, mit dem der Urteilsspruch eingeleitet wurde: „Der Senat denkt nicht daran — wie offenbar von ihm erwartet worden war — Ausschreitungen bei Demonstrationen mit dem Etikett der Rechtsstaatlichkeit zu versehen. Er ist auch nicht bereit, ein Sonderrecht für die Studenten zu schaffen“ (44). In seiner Rezension kritisiert Eilsberger weiter die bekannten Ergebnisse der BGH-Entscheidung: Der BGH verlangt für die „Gewalt“ keine körperliche Kraftentfaltung des Täters, sondern bejaht das Vorliegen der „Gewalt“ dann, wenn eine körperliche Zwangseinwirkung auf den Genötigten zu erkennen ist. Für das Vorliegen der „Gewalttätigkeit“ muß ein aggressives Verhalten des Täters hinzutreten. Letzteres kann beim Sitzen auf Straßenbahnschienen nicht bejaht werden. Bei solchen friedfertigen Demonstrationen sei dann also auch nicht der Tatbestand des Landfriedensbruchs zu bejahen. Der BGH ist aber in solchem Fall der Auffassung, daß eine psychische Zwangseinwirkung auf den Genötigten (Straßenbahnfahrer) vorliege und somit wegen Nötigung bestraft werden müsse. Eilsberger bedauert, daß damit der rechtliche und der politische Gewaltbegriff auseinanderfalle und somit der Sitzprotest als eine typische Form der gewaltfreien Demonstration, die auf Gandhi zurückgehe, strafbar sei (49).

Der Band der Friedrich-Ebert-Stiftung liefert im Anhang eine Auswahl von Gesetzestexten, die die Entwicklung des Demonstrationsrechts seit dem Preußischen Versammlungsgesetz von 1850 zeigt. Außerdem wird eine Literaturübersicht zum Versammlungs- und Demonstrationsrecht beigegeben.

Neuberger beginnt im zweiten Buch seinen Aufsatz „Das Recht und die Grenzen der studentischen Demonstration“ mit der Vereinheitlichung aller Demonstrationen in Ost und West, von „links“ und „rechts“ unter dem Oberbegriff „Demonstration“. Er stellt fest, daß selbst die Burschenschaften ihren „Ruf nach zeitgemäßen Reformen ertönen“ lassen (1). Nach Neuberger ist die Demonstration ein Mittel, um der öffentlichen Meinung Ausdruck zu geben, neben Presse, Fernsehen und Rundfunk. Nur war bisher der größte Teil der Bevölkerung nicht bereit, seiner Meinung in Demonstrationen Ausdruck zu verleihen, weil er die bürgerliche Ruhe vorzog. Deshalb stand dieser Teil den Demonstrationen anfangs auch hilflos gegenüber. Neuberger meint, daß die Demonstration, weil sie politischen Inhalt habe — ohne ihn allerdings zu benennen —, nicht so sehr ein juristisches Problem sei, sondern ein Problem für Politiker. Darum ist die Demonstration die Ermöglichung der geistigen Kommunikation und der öffentlichen Meinungsbildung; sie ist die kollektive Erscheinungs-

form der Meinungsfreiheit. Das Demonstrationsrecht wird durch Gesetze eingeschränkt, aber in der Weise, daß der Bedeutung des Grundrechts Rechnung getragen wird. Der Grund für solche einschränkende Normen ist der, daß die Ausübung der Freiheitsrechte nicht die Gefahr in sich bergen darf, daß andere Gemeinschaftsgüter verletzt werden, denn die Ausübung der Freiheitsrechte setzt ein intaktes Gemeinwesen voraus. Auch Neuberger grenzt hier mit Hilfe der Sozialadäquanz ab. Man merkt, wenn der Begriff von verschiedenen ausgedeutet wird, wie verschwommen er im Grunde ist. — Neuberger nennt auch die Spontandemonstration. Er weiß ebenfalls kein Kriterium für das Erlaubt- oder Verbotensein zu nennen. Er zieht sich auf die Position zurück, daß alles nach der Lage des Einzelfalles zu entscheiden sei (11). Der Aufsatz schließt mit einem Apell an alle Richtungen, mehr Verständnis aufzubringen. Mit erhobenem Zeigefinger will er die Harmonisierung aller Lebensbereiche erzwingen.

Staatsanwalt Jahnknecht sieht in dem von ihm als Thema behandelten „Sitzstreik“ den Gegensatz zu den bisherigen Demonstrationen. Er versucht die Verwerflichkeit einer Demonstration ebenfalls mit dem Merkmal der Sozialadäquanz zu bestimmen, wobei er von allen genannten Autoren am weitesten geht. Wenn mit der Demonstration wesentliche Ziele verfolgt werden, die für große Teile der Bevölkerung relevant sind, müssen auch Störungen des normalen Lebensablaufs von der Bevölkerung in Kauf genommen werden. Bei dieser Abgrenzung hätten viel „Springer-Demonstranten“ nicht bestraft werden dürfen: „Gleichermaßen ist es wohl noch sozialadäquat, wenn sich etwa Studenten gegen eine jahrelange gezielte Hetz- und Verleumdungskampagne (§ 130 StGB) eines Pressekonzerns mangels anderer Möglichkeiten dadurch zur Wehr setzen, daß einige von ihnen an einem Tag die Auslieferung von Zeitungen dieses Unternehmens verhindern, indem sie die Tore der Druckerei versperren oder Auslieferungsfahrzeuge anzünden“ (37). Das scheint mir das bemerkenswerteste Ergebnis dieses Aufsatzes.

Die Bearbeiter der rechtsvergleichenden Untersuchung sind sich durchaus dessen bewußt, daß hier nur ein kleiner Ausschnitt der Rechtsproblematik gegeben wird. Auch wird in den einzelnen Landesberichten (diese befassen sich mit Belgien, BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Schweden, Schweiz, USA) wenn überhaupt, dann nur kurz auf den Anlaß der Demonstrationen eingegangen. Hier wird das von mir einleitend Gesagte besonders deutlich. Die einzelnen Landesberichte werden in einer rechtsvergleichenden Darstellung von Konrad Buschbeck verarbeitet, der in der Rechtsvergleichung der genannten Länder zur Beantwortung folgender Fragen kommt:

1. Welche Abwägungskriterien ergeben sich für das Verhältnis Demonstration und Straßenverkehr?
2. Welche Rechtsgarantien gibt es für Demonstrationen unter freiem Himmel?

3. Welche Beschränkungen bestehen für Demonstrationen mit Blick auf den Straßenverkehr?
4. Welche Sanktionen können gegen Teilnehmer an unzulässigen Demonstrationen ergriffen werden?

Detlef Horster (Holzheim b. Düsseldorf)

Ökonomie

Börner, Bodo: Staatsmacht und Wirtschaftsfreiheit.
Verlag Gehlen, Bad Homburg 1970 (44 S., kart., 5,80 DM).

Hier geht es um das Problem des Zusammenwirkens von Staat und Wirtschaft. Börner gibt zunächst auf 6 Seiten eine äußerst unvollständige und unzureichende Darstellung der Ideen verschiedener Philosophen und Politiker. Darin fehlen die Sozialisten vollkommen und auch sonst hält sich Börner sehr genau an die „Geschichte der Volkswirtschaftslehre“ von Schmölders.

Am Schluß dieses Kapitels kommt Börner zu der Auffassung, daß von einer sich selbst bewegenden Harmonie— wie von den Klassikern angenommen — im Wirtschaftsleben nicht mehr die Rede sein kann. „Die prästabilisierte Harmonie bestritten schon die Sozialisten, aber sie konnten sich nicht durchsetzen. Erst vor dreieinhalb Jahrzehnten brach sich die Erkenntnis Bahn, daß die Harmoniethese zu schwersten Dissonanzen führen kann“ (12). Die Weltwirtschaftskrise habe gezeigt, daß staatliche Eingriffe notwendig seien, um das wirtschaftliche Gleichgewicht aufrechtzuerhalten.

Eine Wirtschaftsordnung, deren Widersprüche teilweise erkannt werden, soll mit den in ihr möglichen Mitteln repariert werden. Das Aufeinanderstoßen von Wirtschaftsfreiheit und Regelungsmechanismen wird mit Hilfe von Gemeinplätzen beschrieben, z. B.: „Wenn die Unterschiede zwischen den Menschen eine bestimmte Größe überschreiten, schlagen die wohltätigen Wirkungen der Freiheit um in zerstörerische. Die Medizin, falsch dosiert, wird zum Gift. Dann bedarf es des staatlichen Eingriffs, um die Freiheitsdosis herabzusetzen“ (17).

Börner erkennt immerhin, daß es für den Staat schwierig ist, die Eingriffe richtig zu dosieren; sie könnten wie beim Tennispiel im Netz oder im Aus landen. Bei so viel Analogie fehlt natürlich auch der Griff in den Werkzeugkasten nicht: „Der Werkzeugkasten, in den der Staat greift, um die Wirtschaft zu beeinflussen, enthält eine verwirrende Vielzahl von Instrumenten. Nur eine systematische Ordnung vermag es, den Überblick zu verschaffen, der auch für die praktische Handhabung notwendig ist“ (37).

Detlef Horster (Holzheim)

Perlo, Victor: Militarism and Industry, Arms Profiteering in the Missile Age. Vorwort von J. D. Bernal, Lawrence & Wishart, New York 1963 (208 S., Ln., US \$ 3,75).

Melman, Seymour: *Pentagon Capitalism, The Political Economy of War*, McGraw Hill, New York 1970 (290 S., paperback, US \$ 2,95).

Für jede Interpretation des Verhältnisses von Staatsapparat und ökonomischen Interessen ist die Analyse der Rüstungsökonomie, vorab der US-amerikanischen, ein entscheidender Testfall. Die beiden hier besprochenen Bücher haben diesen Testfall zum Gegenstand. Victor Perlo, einer der prominentesten Theoretiker der Alten Linken in den USA, stützt sich auf die Phase des kalten Krieges und verarbeitet Material bis 1960/61. Seymour Melman, einer der akademischen Wortführer der liberalen Anti-Kriegs-Bewegung, hat sein Buch 1970 abgeschlossen; sein Gegenstand ist die Rüstungsökonomie des Vietnam-Krieges. Die Ausgangsfrage beider Autoren ist identisch, nämlich die nach den strukturellen Triebkräften von Rüstungsökonomie und Militarismus in den USA. Ihre Erklärungsansätze sind konträr: auf der einen Seite versucht Perlo, nach ökonomisch-statistischen Kriterien die Branchen und Kapitalblöcke zu benennen, die ihrer spezifischen Marktposition zufolge die Rolle der Kriegstreiber übernehmen und als Stütze des Militarismus fungieren. Auf der anderen Seite exponiert sich Melman mit der These, die amerikanische Rüstungspolitik korrespondiere keinerlei profitorientierten Motiven, sondern gehe auf das autonom agierende Machtgelüst des „Staatsmanagements“ zurück. Soweit ich sehe, markieren diese beiden Bücher polare Flügelpositionen in einem Feld von Studien, in denen die Bücher von Weidenbaum, Cook, Lens, Barnett, Galbraith und andere Misch- und Mittelpositionen einnehmen.

Für die Funktionalität der Rüstungsökonomie für das Kapital gibt es drei analytische Hauptargumente. Sie beziehen sich

1. auf die überdurchschnittlich hohe Profitrate der Rüstungsindustrie;
2. auf den Aspekt der imperialistischen Sicherung von Rohstoff- und Absatzmärkten, und vor allem der Sicherung der Investitionsmöglichkeit im Ausland; und schließlich
3. auf die konjunktur- und wachstumspolitischen Funktionen der Rüstungswirtschaft, in der ein antizyklisches Steuerungsinstrument, die organisierte Kapitalvernichtung und ein Motor der Innovation zugleich gegeben sind.

Perlo berücksichtigt nur die beiden ersten Gesichtspunkte und leitet aus ihnen die Hypothese ab, daß

1. die Industrien mit einem besonders hohen aus Rüstungsproduktion resultierenden Anteil an ihrem Gesamtprofit plus
2. die Industrien mit einem hohen aus ausländischen Investitionen resultierenden Anteil am Gesamtprofit die militaristischen Kräfte seien, die tatsächlich den Kurs der amerikanischen Rüstungspolitik induzieren — und zwar über ein System von Einfluß- und Kooperationsstrategien, das als selbstverständlich vorausgesetzt und nicht weiter problematisiert wird (13 ff.).

Perlo zeigt, daß Rüstungs- und Auslandsprofite über den inländisch-zivilen liegen (33 ff.), daß sie, zusammengenommen, einen erheblichen Anteil (über ein Drittel) der gesamten Profitmasse ausge-

macht haben (59 ff.) und daß sie bis 1961 gestiegen sind (64). Die kalkulatorische Rekonstruktion der Interessenbasis der amerikanischen Rüstungspolitik, in deren Verlauf Perlo sowohl offizielle Daten wie problematische Schätzwerte verwendet, grenzt dann schrittweise (nach den Kriterien Größe, Branche, Region und spezifische Steuerbilanz) die „militaristischen“ Kapitalblöcke weiter ein. Als Resultat erscheint die Hypothese, daß die rüstungs- und kapitalexportintensiven, hochkonzentrierten, in den Küstenstaaten zentrierten Konzerne mit mehr als 37 % Rüstungsanteil am Profit besonders militaristisch sind. Der abschließende Versuch, diese Hypothese durch offizielle Äußerungen des Managements dieser Kapitalgruppen zu bestätigen (Kriterien sind geäußerte Abrüstungsfeindlichkeit und Stellungnahme zum Komplex Entwicklungshilfe/Zahlungsbilanz), müßte auch dann naiv anmuten, wenn er im Sinne der Voraussage besonders überzeugend gelänge, was nicht der Fall ist. Nicht nur fehlt nämlich jede differenzierte Erwägung darüber, wie denn die „militaristischen“ Konzerne ihre Optionen in die Politik der jeweiligen Administration tatsächlich einfüttern; sondern es bleibt auch die Frage ungeklärt, ob die großen Kapitalblöcke überhaupt in der Lage sind, mit profitorientierter Eindeutigkeit zu militaristischen, rüstungsexpansiven oder eher zivilen und abrüstungsfreundlichen Policy-Optionen zu gelangen. Das nämlich zieht Perlos Studie, wider ihre eigene Intention, deutlich in Zweifel. Einige Bemerkungen (130, 141) weisen darauf hin, daß die großen industriellen wie finanzkapitalistischen Blöcke hinreichend miteinander verflochten und „diversifiziert“ sind, um als Einzelkapitale von militaristischen wie nicht-militaristischen Investitionsstrategien gleichermaßen profitieren zu können. Einer Mehrzahl von ihnen, so könnte man daraus schließen, ist die Frage des Militarismus relativ gleichgültig, zumal sich die wichtigen ausländischen Investitionsgelegenheiten, vorab also die westeuropäischen, auch mittels der Organisationsform multinationaler Gesellschaften sichern lassen. Nur für die Extremfälle z. B. der Raketenfabrik einerseits und des gestandenen Pazifisten Mr. Watson (IBM) andererseits ergäben sich dann klare Prioritäten; und der interessentheoretische Reduktionismus, den Perlo mit Scheinpräzision und ohne schlagenden empirischen Beweis vorführt, wäre ein von vornherein untauglicher Ansatz zur Erklärung der Rüstungsökonomie.

Aus solchen Erklärungsschwierigkeiten einer ökonomischen Interessentheorie des Militarismus zieht Melman die extreme Konsequenz, das Staatsmanagement der Bundesregierung, insbesondere des Pentagon, als ein irreduzibles Machtzentrum zu betrachten. In ihm wird nicht direkt oder indirekt Kapital akkumuliert, sondern „Entscheidungsgewalt“ vergrößert (10, 22, 176/177). Die Vorstellung eines „military-industrial complex“, derzufolge ein Kartell individueller Firmen auf die ständige Ausweitung des Rüstungssektors hinarbeite, sei heute zu revidieren zugunsten seiner Theorie des Pentagon als „supermanagement“ (37), weil der gesamte Rüstungssektor nicht mehr durch Marktprozesse, sondern durch lückenlose administrative

Kontrolle bestimmt sei. Ausführlich werden Beschaffungsvorschriften und Rahmenverträge des Pentagon zitiert, denen zufolge nicht nur die Höhe des Profits, sondern jede einzelne Unternehmerfunktion (Bestimmung von Produktbeschaffenheit, Menge, Kapitalbeschaffung, Arbeitsbedingungen, Zeitplan der Produktion, Forschung und Entwicklung, Standort, Transport usw.) von der Pentagon-Bürokratie übernommen, die einzelne Firma mithin zur Filiale eines zentralen managements degradiert sei. In diesem Prozeß seien kapitalistische („Kostenreduktion“), imperialistische (Sicherung von Investitionsräumen) und militärpolitische (Verteidigung, Sicherheit) Motive der Rüstungspolitik gleichermaßen irrelevant geworden. Die Rüstungspolitik ist von ökonomischen Interessen wie von politisch-parlamentarischen Kontrollen gleichermaßen entkoppelt; nur noch dem uneingeschränkten Expansionsdrang der Pentagon-Bürokratie gehorcht ihr Verlauf. Sie hat sich, vor allem im Verlauf des Indochina-Krieges, die Kontrolle über ganze Bundesstaaten, über „mindestens 45 000—60 000 Einzelunternehmen“ (81), über 10 % der gesamten Arbeitskraft und über 63 % der Forschungskapazität einverleibt und betreibt mit diesen gewaltigen Ressourcen einen militärisch wie ökonomisch gleichermaßen unsinnigen Krieg. Dieser von Melman diagnostizierte Staatsstreich des Militärapparates tarnt sich mit der Parole „guns and butter“, d. h., er empfiehlt sich nicht nur mit militärpolitischer Notwendigkeit, sondern auch mit wachstumsfördernden Nebeneffekten. Melman stellt die Gegenrechnung auf mit der abstrakten Erwägung, was allein mit den militärisch absorbierten Ressourcen sich hätte bewerkstelligen lassen, wären sie im zivilen Sektor eingesetzt.

Vom Strom der ziemlich unsortierten Zahlen, Fakten und Daten, den diese Studie präsentiert, ist der Leser nahezu ebenso irritiert wie von den Rätseln, die sie offenläßt und nicht einmal als solche registriert. Rätselhaft bleibt, weshalb sich das auch von Melman nicht für machtlos gehaltene Großkapital der USA eine solche Machtergreifung der Pentagon-Bürokratie einspruchslos bieten läßt — wenn nicht aus Einsicht in 1. die partielle Funktionalität (Innovation, Kapitalvernichtung) und 2. die Tatsache, daß sich nur um den Preis katastrophaler Konsequenzen die militarisierte Ökonomie „rezivilisieren“ ließe. Rätselhaft bleibt, weshalb es gerade und ausschließlich der *militärische* Sektor ist, auf dem das Staatsmanagement seinen Macht Hunger auslebt — solange man sich nicht vergegenwärtigt, daß *nur* die Rüstungswirtschaft (neben kaum relevanten anderen Formen organisierter Kapitalvernichtung) das Gesamtkapital stimulieren kann, *ohne* Einzelkapitalen das Wasser abzugraben (das ist bei *zivilen* öffentlichen Investitionen nämlich regelmäßig der Fall, wenn sie eine bestimmte Grenze überschreiten), — d. h., daß Rüstungsinvestitionen die ideale „Kompromißzone“ der amerikanischen Wachstumspolitik sind. Rätselhaft bleibt schließlich, weshalb Melman ein Nullsummen-Verhältnis von militärischer und ziviler Produktion unterstellt (und auf diese Annahme sein wohlfahrtstaatliches Alternativprogramm gründet), — wo doch relatives Wirtschaftswachstum und

relative „Wohlfahrt“ nirgends eindeutiger eine Funktion der Militärinvestitionen sind als in den rüstungsintensiven Bundesstaaten der USA. Die *binnenwirtschaftliche Funktionalität* der Rüstungsökonomie für das *Gesamtkapital* (eines von massiven Kapitalvernichtungen durch den Zweiten Weltkrieg „verschonten“ Landes wie den USA!), die Melman nicht wahrhaben will, bietet einen wesentlich tragfähigeren Boden für die Erklärung des ökonomischen Militarismus als seine Bedingtheit durch *außenwirtschaftliche* Interessen und Initiativen einzelner Kapitalblöcke, die Perlo mit einem (wie er inzwischen selbst gesehen zu haben scheint) zu engen Argumentationsmodell aufgrund der damaligen Daten nachzuweisen suchte. Wenn man Melmans voluntaristische Psychologie, die den „Macht-hunger“ der Pentagon-Bürokratie zur erklärenden Variablen stilisiert, abstreicht und stattdessen das verselbständigte Wuchern des „Staatsmanagements“ als Bedingung für die interne Stabilisierung der US-Ökonomie anspricht, ergäbe sich sowohl eine Erklärung für den von keinerlei direktem „Interesse“ mehr geleiteten Verlauf des Indochina-Krieges wie die Einsicht darein, daß die Militarisierung der US-Ökonomie sich über Rüstungsökonomie nur vermittelt, aber weit über ihre Grenzen hinausreicht: auch die „zivilsten“ Sektoren dieser Ökonomie florieren nur in einem Investitionsklima, das von der Außen- und Ausgabenpolitik der permanenten Kriegsvorbereitung erzeugt wird. Damit freilich tritt auch die Absurdität des Melmanschen Appells klar zutage, mit dem er fordert, die „garrisonlike society dominated by the Pentagon and its management“ wieder auf die Füße eines „zivilen“ Kapitalismus zu stellen.

Claus Offe, München

Rothschild, Kurt W.: *Wirtschaftsprognose. Methoden und Probleme.* Springer-Verlag, Berlin-Heidelberg-New York 1969 (205 S., br., 12,80 DM).

„Das vorliegende Buch (...) soll dem Studenten und Interessenten (...) einen ersten Einblick in die Möglichkeiten und Grenzen und in die grundlegenden Probleme der Wirtschaftsprognose gewähren und ihm den Zutritt zur detaillierteren Spezialliteratur erleichtern. Weiter soll der Band dem wachsenden Kreis von Prognosekonsumenten dienen. Ein besseres Verständnis der Methoden und Probleme soll eine kritischere Würdigung der zahlreichen offiziellen und privaten Prognosen ermöglichen“ (V/VI). Diese Intentionen sind für den Aufbau des Buches bestimmend: nach einem einleitenden Kapitel über „Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftsprognose“ beginnt Rothschild mit der Darstellung „naiver“ Prognosen (Projektionen und Extrapolationen), um dann sukzessive kompliziertere Prognoseformen zu behandeln: auf die Diskussion über die prognostische Verwertbarkeit von Wirtschaftsbarometern, Konjunkturindikatoren und -tests folgt ein Kapitel über gekoppelte Prognosen und schließlich eins über die auf Modellen basierenden ökonometrischen Prognosen. Die beiden letzten Kapitel sind der Frage nach der Erfolgs-

beurteilung von Prognosen sowie der Problematik ihrer Veröffentlichung und des hieraus resultierenden Einflusses auf den zu prognostizierenden Prozeß gewidmet. „Sobald die Veröffentlichung der Prognose die Ereignisse beeinflusst, hört sie auf, bloß passives Orientierungsinstrument für die Wirtschaftswissenschaft und die Wirtschaftspolitik zu sein. Sie enthält nun unmittelbar manipulative Elemente.“ Damit stellt sich die Frage, „wieweit der Wissenschaftler unbekümmert seiner Forschung nachgehen kann oder wieweit er für die Folgen seiner Tätigkeit sozial verantwortlich ist“ (163). Rothschild akzeptiert diese Verantwortung, sieht aber auch das Dilemma, in dem der einzelne Wissenschaftler steht: „Denn je größer das verhaltensbeeinflussende Element einer autoritativen Prognose, desto stärker werden einzelne Interessengruppen den Wissenschaftler zur Veröffentlichung oder Geheimhaltung bestimmter Prognosen drängen“ (163).

Rothschilds Arbeit erfüllt in vorzüglicher Weise ihre Aufgabe, den Leser mit der grundlegenden Problematik und Methodik der Wirtschaftsprognose bekanntzumachen. Die Darstellungen sind präzise, trotzdem gut lesbar; das Verständnis der diversen Prognosemethoden wird durch ausführlich durchgerechnete Beispiele erleichtert (als Ergänzung des Kapitels über Modellprognosen ist im Anhang ein aus 32 Gleichungen bestehendes ökonometrisches Modell für die USA von D. B. Suits abgedruckt), und die jeweilige Diskussion der Vor- und Nachteile einzelner Verfahren schult die Urteils- und Kritikfähigkeit des Lesers. Als Einführungslektüre kann man das Buch jedem empfehlen.

Karl-Ernst Lohmann (Bonn)

Haustein, Heinz-Dieter: *Wirtschaftsprognose. Grundlagen — Elemente — Modelle.* Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1969 (215 S., Ln., 17,— M).

Im ersten von insgesamt vier Hauptabschnitten behandelt Haustein die „Grundlagen der sozialistischen Wirtschaftsprognostik“ (21—40). Es geht dabei vor allem um das Verhältnis zwischen Wirtschaftsplanung und Wirtschaftsprognose. „Unter der sozialistischen Wirtschaftsprognose verstehen wir wissenschaftlich begründete Voraussagen über künftige ökonomische Prozesse und Erscheinungen. Die komplexe Wirtschaftsprognose ist die von den gesellschaftlichen Grundbedürfnissen, wissenschaftlich-technischen Entwicklungstendenzen und ökonomischen Gesetzmäßigkeiten ausgehende Modellierung der künftigen Prozesse des Wirtschaftslebens mit dem Ziel der Begründung des Perspektivplans“ (32). Das zweite — wichtigste — Kapitel, „Elemente der Wirtschaftsprognose“ (41—139), referiert und erläutert konkrete Probleme der Prognosetechnik. Neben der Darstellung der „acht grundlegenden Verfahren“ (139) der Wirtschaftsprognose (Zeitreihen-, Struktur-, Invarianzenforschung, Verflechtungsanalyse, Grenzwert-, Schwellenwert-, Substitutionsforschung, strategische Analyse) werden auch die bei den einzelnen Verfahren gebräuchlichen Funktionstypen, z. B. logistische und öko-

logische Funktionen, knapp diskutiert. Im dritten Abschnitt wird unter dem Titel „Prognosemodelle als ein Element der Entscheidungsfindung“ (141—165) die Problematik von Teilsystemprognosen untersucht, vor allem die der Vorhersagen der autonomen Entwicklung des Teilsystems sowie seiner Beziehungen zum Gesamtsystem. Der letzte Abschnitt schließlich ist der „Organisation der prognostischen Arbeit“ (167—194) gewidmet. Das Verhältnis von Wirtschaftsplanung und -prognose — im ersten Abschnitt unter systematischem Gesichtspunkt diskutiert — wird jetzt unter ablauftechnischem Aspekt erörtert. „Ausgangspunkt (...) ist der Grundgedanke des demokratischen Zentralismus und damit das methodologische Prinzip der iterativen Mehr-Ebenen-Planung“ (175). Wegen der engen wechselseitigen Beziehungen zwischen Planung und Prognose liegt es nahe, die Prognosearbeit in direkter Analogie zur Volkswirtschaftsplanung zu organisieren: das Ergebnis ist eine „Prognosepyramide“ (167), an deren Spitze die von der Staatlichen Plankommission erstellte Volkswirtschaftliche Entwicklungsprognose, an deren Boden die diversen Prognosen einzelner Betriebe bzw. VVB stehen.

Mit seiner Arbeit setzt sich der Autor „das Ziel, Grundlagen, Modelle, Methoden und Organisation der sozialistischen Wirtschaftsprognose für unsere Wirtschaftskader darzustellen“ (10). Es ist fraglich, inwieweit ihm dies gelungen ist. Die Vorstellungen Hausteins, welche Kenntnisse er bei den Lesern voraussetzen dürfe, scheinen nicht ganz einheitlich zu sein. Einerseits stellt er z. B. einige recht elementare Methoden der Zeitreihenanalyse in extenso dar, was — ebenso wie die Fülle der erläuternden Graphiken — darauf schließen läßt, daß er seinen Lesern nicht eben große Kenntnisse des Stoffes unterstellt. Andererseits sind die von ihm zitierten Beispiele in einer Knappheit (oft in nur einem einzigen Satz) skizziert, die ihren Illustrationswert gegen Null tendieren läßt — es sei denn, der Leser kennt sie bereits aus anderen Quellen. Besonders nachteilig macht sich letzteres in dem schwächsten Abschnitt der Arbeit — über Prognosemodelle — bemerkbar: an einem einzigen explizierten Modellbeispiel ließe sich mehr und wesentlicheres herausarbeiten als dies bei Haustein geschieht, der in dem erwähnten Abschnitt nur selten über ganz allgemeine Probleme der Prognosemodelle hinauskommt.

Ein weiterer, unter theoretischem Aspekt schwerwiegenderer Mangel der Arbeit besteht in der Verwendung des Begriffs „Sozialistische Wirtschaftsprognose“. Sofern er lediglich zur Kennzeichnung des Sachverhaltes dient, daß die sozialistische Prognose einen bestimmten „Gegenstand“ (eben eine sozialistische, keine kapitalistische Volkswirtschaft) zum Untersuchungsobjekt hat, ist seine Verwendung unproblematisch. Haustein geht aber sehr viel weiter, wenn er für die sozialistische Prognose eine andere Methodologie reklamiert: „Die Methoden der marxistischen Dialektik und des historischen Materialismus sind die Grundlage der sozialistischen Wirtschaftsprognostik“ (79). Selbst wenn man davon absieht, daß sich in dem Buch nicht eine einzige Prognosemethode findet, die der „kapitalistischen Prognosevorstellung“ (37) widerspricht, und daß neben der „noch auszuarbei-

tende(n) Methodologie der Prognostik als Wissenschaft“ auch eine „allgemeine Methodologie der Wissenschaften auf marxistischer Grundlage (. . .) noch nicht vorhanden (ist)“ (79) — selbst dann bleibt Hausteins Methodologievorstellung widersprüchlich. Erstens zitiert er zustimmend aus der kapitalistischen Prognoseliteratur, und es entbehrt nicht einer gewissen Komik, wenn er etwa eine Arbeit der Deutschen Shell A.G. positiv zitiert, in der ausgerechnet die „*Methodik* zur Prognose des Kraftfahrzeugbestandes bis 1975“ thematisiert wird (103, Anm. 79); als ob die Shell A.G. dialektische Materialisten in ihre Marketingabteilung eingestellt hätte! Zweitens fordert Haustein ausdrücklich die Rezeption der nichtmarxistischen Methodologie, wenn er schreibt: „Gegenwärtig wächst die Prognoseliteratur in den kapitalistischen Ländern sprunghaft an. Dabei werden oft neue brauchbare Methoden der Wirtschaftsprognose entwickelt, die, wenn man die unterschiedliche gesellschaftliche Zielsetzung beachtet, für unsere Wirtschaft ausgenutzt werden können. Es gilt, auf diesem methodologischen Gebiet alles sorgfältig zu verfolgen, um ständig auf dem international neuesten Stand zu sein“ (28/29). Das ist richtig, schlägt aber der obigen Forderung nach einer Fundierung der Prognosen durch eine materialistisch-dialektische Methodologie ins Gesicht. Was sozialistische von kapitalistischen Prognosen unterscheiden kann, sind tatsächlich die in sie eingehenden konträren gesellschaftlichen Zielsetzungen — aber dies bezeichnet keinen Unterschied in der Methodologie, sondern einen der gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen und für die Prognosen erstellt werden.

Karl-Ernst Lohmann (Bonn)

Baumgart, Egon R., und Rolf Kregel: Die industrielle Vermögensrechnung des DIW. Ergebnisse einer Neuberechnung. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Beiträge zur Strukturforchung Heft 10. Duncker & Humblot, Berlin 1970 (108 S., brosch., 68,— DM).

Das Westberliner Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat anlässlich der Umstellung der Zeitreihen des Statistischen Bundesamts auf das Basisjahr 1962 eine völlige Neuberechnung des industriellen Anlagevermögens für das Gebiet der BRD (inkl. Saarland) und Westberlins von 1950 bis 1968 vorgenommen. Dabei werden für die Gruppen bzw. Hauptgruppen der Industrie (Betriebe mit 10 u. m. Beschäftigten) die Aufwendungen für dem Produktions- und Reproduktionsprozeß dienende Sachanlagen, unterschieden nach Bau- und Ausrüstungsvermögen in Preisen von 1962, erfaßt. Die Neuberechnung, deren empirische Basis und Methode von Egon R. Baumgart dargelegt wird, beruht auf dem Prinzip der Kumulierung aller jeweils früheren Anlageinvestitionen über den Zeitraum ihrer — in der vorliegenden Berechnung neu konzipierten — ökonomischen Nutzungsdauer. Daher waren auch die Werte für die Bruttoanlageinvestitionen der Industrie im oben genannten Gebiet vor 1950, und zwar für den Zeitraum seit 1924, neu zu bestimmen; angesichts der Lücken

im verfügbaren Datenmaterial ging das nicht ohne eine Reihe von Unterstellungen ab, von denen einige — so die Prämisse der langfristigen Konstanz der branchenspezifischen Bauanteile an den Gesamtanlageinvestitionen oder die der gleichmäßigen Verteilung der Kriegsschäden auf die verschiedenen Branchen — relativ problematisch sind. Der Band enthält ferner Berechnungen des Abgangs veralteter Anlagen aus dem Bruttoanlagevermögen der Industrie sowie des industriellen Nettoanlagevermögens der BRD und Westberlins von 1950 bis 1968 sowie eine Berechnung des industriellen Produktionspotentials und seiner Auslastung von 1959 bis 1968, deren im DIW entwickelte und von R. Kregel dargestellte Methode eine systematische Überschätzung des Auslastungsgrades nicht ausschließt. Die tabellarische Darstellung der Daten, die mehr als die Hälfte des Umfangs der Veröffentlichung umfaßt, erlaubt unmittelbare Vergleiche mit den Angaben der amtlichen Statistik über die Produktions- und Beschäftigungsentwicklung in der Industrie, so daß sich die Möglichkeit ergibt, den Prozeß der Akkumulation der Kapitalelemente und der Produktion im Bereich der Industrie verhältnismäßig differenziert nachzuzeichnen. Die zentrale Bedeutung dieses Datenmaterials für die politische Ökonomie der BRD, insbesondere für die Erforschung der *Bewegungsform* der Investitionen unter den Bedingungen der staatsmonopolistischen Regulierung sowie der *Bewegungsrichtung* der Investitionen unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolutionierung der industriellen Produktion liegt auf der Hand.

K. H. Tjaden (Marburg)

Lattès, Robert: Tausend Milliarden Dollar. 60 Mammutkonzerne beherrschen 1985 die Wirtschaft der Welt. Unter Mitarbeit von Max Dordives. Verlag Kurt Desch, München 1970 (216 S., Ln., 20,— DM).

Abgesehen von der bereits im Untertitel des Buches ausgesprochenen Prognose enthält das Werk eine Sammlung von Assoziationen und Histörchen über Kapitalzusammenballungen, europäische Investitionsmöglichkeiten in den USA, multinationale Gesellschaften und Mischkonzerne. In einem Anhang finden sich einige irrelevante Dokumente und eine Anzahl mehr oder minder aussagekräftiger, teilweise unvollständiger und konfuser Tabellen.

K. H. Tjaden (Marburg)

Klanfer, Jules: Die soziale Ausschließung. Armut in reichen Ländern. Europa-Verlag, Wien-Frankfurt-Zürich 1969 (184 S., Pb., 13,50 DM).

Das Buch von Klanfer gibt die Referate und Diskussionen wieder, die in einem Kolloquium unter der Ägide der französischen UNESCO-Kommission 1964 stattfanden. Das erste, „Die Entdeckung der Armut im Zeitalter des Überflusses“ betitelte Kapitel enthält Informationen über das Ausmaß der Armut in einigen Ländern: In der „Überflußgesellschaft“ der Vereinigten Staaten z. B. entdeckte erst 1962

die Conference on Economic Progress, daß 39 Mio. Amerikaner ein Jahreseinkommen von 2000 bis 3000 Dollar (Entbehrung) und weitere 38 Mio. ein Jahreseinkommen bis 2000 Dollar (Armut), darunter 12,5 Mio. bis 1000 Dollar (Elend) hatten (20 f.), d. h., daß etwa 21 % der amerikanischen Bevölkerung in Armut lebten. In England wurde für das Jahr 1960 festgestellt, daß 7,5 Mio. Personen, also 14 % der Gesamtbevölkerung, als „arm“ zu bezeichnen waren. 1953/54 dagegen waren „nur“ 4 250 000 Personen, also 8 % der Gesamtbevölkerung, arm (30).

Eines der Hauptergebnisse des Pariser Kolloquiums ist, daß die Armen, jene „subproletarische“, sich im „Zustande der Isolierung“ bewegende „Randschicht“ (7) eine eigene „Kultur der Armut“ ausgebildet haben. Diese trete nach der Theorie von Oscar Lewis zwar auf soziologischer, psychologischer oder kultureller Ebene in Erscheinung, habe ihre Ursachen jedoch im wirtschaftlichen Bereich. Unterbeschäftigung, Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne, die Tätigkeit in einer Reihe nicht qualifizierter Verrichtungen, Kinderarbeit, Mangel an Ersparnissen, chronischer Mangel an flüssigem Geld, Mangel an Nahrungsvorräten im Hause, Anleihen bei Wuchern zu hohen Zinssätzen u. a. (137) zählen zu ihren charakteristischen Zügen.

Das dritte Kapitel gibt die Referate wieder, die sich mit den soziologischen und psychologischen Aspekten des Problems beschäftigen (59 ff.). Im letzten Kapitel schließlich kommt man zu der Einsicht, „daß eine Aktion gegen die Armut, die soziale Marginalität, die sozialen Abweichungen ihre volle Wirkung nur im Rahmen einer allgemeinen Konzeption der Wirtschaft und Gesellschaft erreichen kann“ (158), es wird jedoch nicht untersucht, wieweit die Armut nicht nur Begleiterscheinung ist, sondern zum Wesen des kapitalistischen Systems gehört. „Der Pauperismus“, schreibt Karl Marx im ersten Band des Kapitals (673), „bildet das Invalidenhaus der aktiven Arbeiterarmee und das tote Gewicht der industriellen Reservarmee. Seine Produktion ist eingeschlossen in der Produktion der relativen Überbevölkerung, seine Notwendigkeit in ihrer Notwendigkeit, mit ihr bildet er eine Existenzbedingung der kapitalistischen Produktion und Entwicklung des Reichtums“. Klanfer und die Teilnehmer des Pariser Kolloquiums bieten keine Analyse der wirtschaftlichen Zusammenhänge und der ökonomischen Determinierung der Armut. Die Armut wird entdeckt, beschrieben, untersucht in der Vielfalt ihrer Erscheinungsformen, nicht aber erklärt. Darüber hinaus erweisen sich allgemeine Definitionen der Armut, wie diejenige des zweiten Arbeitskreises, wobei als „arm“ diejenigen Familien oder Individuen gelten, „deren Geldeinkommen und andere Hilfsquellen ... deutlich unter jenen stehen, über die eine Person oder eine Familie im Durchschnitt der Gesellschaft verfügt“ (165, 164), als inoperabel, wenn man darunter solche heterogenen Gruppen zusammenfaßt wie schwach qualifizierte Arbeiter, Alkoholiker, Rechtsbrecher, Prostituierte, vaterlose Familien, Gastarbeiter oder die Bewohner schwach industrialisierter Gebiete (11, 56, 154—156).

Marios Nikolinos (Berlin)

Roth, Jürgen: Armut in der Bundesrepublik Deutschland. Beschreibungen, Familiengeschichten, Analysen, Dokumentationen. Joseph Melzer Verlag, Ffm. 1971 (256 S., br., 12,— DM).

Der marxistischen Einsicht in den Klassencharakter der BRD-Gesellschaft wird in der bürgerlichen Propaganda nicht nur mit der Phrase von der „pluralistischen“ oder „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ begegnet, sondern sehr viel wirkungsvoller mit dem Verweis auf den Fernseher, den Kühlschrank, das Automobil und alle jene Güter, die sich im Unterschied zu „früher“ und im Gegensatz zu „drüben“ heute gerade auch „der kleine Mann“ leisten könne.

Wird damit auch nicht die These vom Klassencharakter der Gesellschaft widerlegt — denn dieser erweist sich schließlich nicht an der Existenz oder Nichtexistenz einer bestimmten Konsumgütermenge, sondern an der Art ihrer Produktion, daran, wer über die Produktionsmittel verfügt, wie und wozu sie eingesetzt werden etc. — so findet diese „Argumentation“ doch deshalb Glauben, weil sie sich auf gewisse Erscheinungen in der BRD-Gesellschaft berufen kann, deren Wesen zu analysieren sie allerdings nicht in der Lage ist.

Doch selbst die Ebene der Erscheinung ist, wie Jürgen Roth in seinem vorliegenden Buch zeigt, anders strukturiert, als es die Phrase von der Überflußgesellschaft glauben machen will:

„Es gibt in der BRD

1 100 000 Menschen in ländlichen Gebieten, die ihre sozialen Bedürfnisse soweit reduzieren müssen, daß sie mit 100—400 DM pro Monat auskommen (es sind die Familien der Kleinbauern, der Altenteiler usw.),

600 000 Bewohner der Armenanstalten,

450 000 Nichtseßhafte,

5 000 000 Erwerbstätige und Familien mit einem monatl. Einkommen unter 600 DM,

5 397 300 Rentenabhängige mit einer monatl. Rente bis zu 350 DM,

100 000 Geisteskranke in psychiatrischen Anstalten,

50 000 erwachsene Kriminelle in Haftanstalten,

100 000 Heimkinder,

49 658 Jugendliche in Fürsorgeerziehung bzw. freiwilliger Erziehungshilfe,

80 000 Künstler und andere freischaffende Berufstätige,

1 884 000 Kinder, die durch das soziale Schicksal ihrer Eltern in ihrer weiteren Entwicklung erheblich gestört werden und über die soziale Rolle ihrer Eltern nicht hinauskommen werden.

Mehr als 14 Millionen Menschen . . . leben heute in der BRD in Armut“ (70), womit die Kontinuität der Armut bei ca. 20 % der Bevölkerung gewahrt bleibt: War bereits 1954 jeder Fünfte arm, so hat sich an diesem Verhältnis bis heute nichts geändert.

J. Roth untersucht die Lage der „deklasierten Proletarier“ (73) anhand exemplarischer Fälle (Teil I) — etwa: „Errichtung neuer

Slums in Bremen“, „Armut in Wiesbaden“, „Armut auf dem Lande“; in Analysen (Teil II), in denen z. B. das Verhältnis von „Armut und Krankheit“, „Armut und Bildung“, „Armut und Kriminalität“ dargestellt wird; in der Aufzeichnung von Familiengeschichten (Teil III) nach dem Muster der Bottroper Protokolle und mit Dokumenten (Teil IV). Insbesondere die Teile I und II enthalten eine materialreiche Darstellung der Lage der deklassierten Proletarier, in der die wesentlichsten empirischen Untersuchungen referiert und interpretiert werden. J. Roth gelingt dabei die sozialpsychologische Analyse deutlich besser als die Einordnung seines Forschungsgegenstandes in marxistische Kategorien. Wird einerseits Armut im adäquaten Bezugssystem kapitalistischer Produktionsverhältnisse interpretiert, so verliert andererseits diese Darstellung an analytischer Schärfe durch eine Häufung recht dubioser Formulierungen. Da gibt es einen „Grundwiderspruch zwischen Kapital und Menschenwürde“ (76), eine „Clique von Grundbesitzern und Grundstücksspekulanten“ (77), „die Kaste der Besitzenden“ (82), die, wenn von der Verwendung des gleichen Begriffs auf einem gleichen Inhalt geschlossen werden darf, wesentliches mit der „Lehrerkaste“ (108) gemein hat.

Mag auch deren Verwendung und den moralisierenden Formulierungen eine agitatorische Intention zugrunde liegen, so verfälschen sie doch leicht die Analyse. Wenn etwa von den „skandalösen Bedingungen hier in der BRD“ (49) gesprochen wird oder davon, daß es „unverständlich und unbegreiflich (sei), daß in der BRD Familien mit mehr als 10 Kindern in einem oder 2 Räumen von gerade 20 qm leben müssen“ (95), assoziiert man eher Caritas als Beseitigung des Kapitalverhältnisses, sieht Armut eher als moralisches Verschulden böser Mächte denn als notwendige Folge kapitalistischer Produktionsverhältnisse.

Die mangelnde Präzision der marxistischen Analyse dürfte auch Grund dafür sein, daß Roth eine exakte Bestimmung des Verhältnisses von deklassiertem Proletariat und Arbeiterklasse nicht geleistet hat, wofür ein letztes Zitat stehen mag: „Der Arme ist von öffentlicher Fürsorge immer oder teilweise abhängig, er erhält nie Möglichkeiten, sich wirtschaftlich selbständig zu machen, frei von Ausbeutung zu werden (Frei von Ausbeutung ist auch nicht der Lohnabhängige, der von öffentlicher Fürsorge unabhängig ist, D. D.). . . . Je erbarmungsloser das Individuum in das kapitalistische System gepreßt wird und je brutaler die Auswirkungen des Kapitalismus für die Menschen werden, um so mehr Menschen wird es geben, die in Armut leben müssen. Diejenigen, die der Kapitalismus in der BRD jetzt schon arm und elend gemacht hat und die Armut Tag für Tag erleben, sind das Proletariat der siebziger Jahre, sie sind das Proletariat der Zukunft“ (69). Das Proletariat der siebziger Jahre wie das der Zukunft besteht keineswegs nur aus den deklassierten Proletariern, und die Lage des Proletariats ist nicht zureichend durch die platt auf der Hand liegende Vorstellung von der Lohnverelendung zu bestimmen, wie dies bei Roth erscheint. Hierzu bedürfte es einer gründlicheren Aneignung der Marxschen Kategorie der Verelen-

dung und einer des Zusammenhangs zwischen der Verelendung der lohnabhängigen Massen und den Entwicklungsgesetzen des „organisierten Kapitalismus“, wie sie etwa in W. Hofmanns Verelendungs-Essay in „Folgen einer Theorie“ ansatzweise versucht wurde. Die Kategorien zumindest dieses Essays sollte man parat haben, wenn man J. Roths Buch liest, das trotz der hier skizzierten Einschränkungen einen lesenswerten Beitrag zum Thema „Armut in der BRD“ leistet.

Diethelm Damm (Wiesbaden)

Soziologie

<i>Habermas, Jürgen, u. Niklas Luhmann: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie (Tjaden)</i>	153
<i>Jacobi, Peter: Die soziale Kontrolle in der Familie und ihre Bedeutung für das abweichende Verhalten Jugendlicher; Hasler, Harald: Die statusabhängige soziale Kontrolle in der Familie und Jugendkriminalität (Christ)</i>	160
<i>Göppinger, Hans: Kriminologie (Christ)</i>	162
<i>Bitter, Wilhelm (Hrsg.): Verbrechen — Schuld oder Schicksal (Horster)</i>	163

Psychologie

<i>Caruso, Igor A.: Die Trennung der Liebenden. Eine Phänomenologie des Todes (Schneider)</i>	165
<i>Zbinden, Hans: Der bedrohte Mensch (Ruebsam)</i>	168
<i>Meyer, Hans Hermann (Hrsg.): Seelische Störungen. Abnormes und krankhaftes Verhalten der Menschen in der modernen Gesellschaft (Seidel)</i>	169
<i>Erikson, E. Homburger: Jugend und Krise. Die Psychodynamik im sozialen Wandel (Ruebsam)</i>	171
<i>Jones, Ernest: Zur Psychoanalyse der christlichen Religion (Kurth)</i>	172

Medizin

<i>Strotzka, Hans: Einführung in die Sozialpsychiatrie (Wulff)</i> . .	173
<i>Redlich, Fredrick C., u. Daniel X. Freedman: Theorie und Praxis der Psychiatrie (Abholz)</i>	175
<i>Fairweather, Georg W., D. H. Sanders, D. L. Cressler, and H. Maynard: Community Life for the Mentally Ill (Abholz)</i> . .	176
<i>Basaglia, Franco (Hrsg.): Die negierte Institution oder die Gemeinschaft der Ausgeschlossenen (Abholz und Gleiß)</i>	79
<i>Myers, Jerome K., u. Lee L. Bean: A Decade Later — A Follow-Up of Social Class and Mental Illness (Abholz)</i>	178
<i>Schwarz, Bernhard, Klaus Weise, u. Achim Thom (Hrsg.): Sozialpsychiatrie in der sozialistischen Gesellschaft (Abholz)</i>	179

Soziale Bewegung und Politik

<i>Rose, Günther: Konvergenz der Systeme (Engelhardt)</i>	180
<i>Huberman, Leo, u. Paul M. Sweezy: Kuba — Anatomie einer Revolution (Schilling)</i>	182
<i>Sweezy, Paul M., u. Leo Huberman: Sozialismus in Kuba (Niess)</i>	183
<i>Link, Max: Kuba 1969 (Niess)</i>	187

Jura

<i>Dietel, Alfred, Rupert Eilsberger, u. Kurt Gintzel: Demonstrationen — Aufruhr oder Element der Demokratie (Horster)</i> . . .	189
<i>Dietel, Alfred, u. Kurt Gintzel: Demonstrations- und Versammlungsfreiheit (Blankenhorn)</i>	189
<i>Jahnknecht, Hans, u. Josef Neuberger: Zum Demonstrationsrecht (Horster)</i>	190
<i>Mosler, Hermann (Hrsg.): Demonstration und Straßenverkehr (Horster)</i>	190

Ökonomie

<i>Börner, Bodo: Staatsmacht und Wirtschaftsfreiheit (Horster)</i>	194
<i>Perlo, Victor: Militarism and Industry, Arms Profiteering in the Missile Age (Offe)</i>	194
<i>Melman, Seymour: Pentagon Capitalism (Offe)</i>	195
<i>Rothschild, Kurt W.: Wirtschaftsprognose (Lohmann)</i>	198
<i>Haustein, Heinz-Dieter: Wirtschaftsprognose (Lohmann)</i>	199
<i>Baumgart, Egon R., u. Rolf Krenzel: Die industrielle Vermögensrechnung des DIW (Tjaden)</i>	201
<i>Lattes, Robert: Tausend Milliarden Dollar. 60 Mammutkonzerne beherrschen 1985 die Wirtschaft der Welt (Tjaden)</i>	202
<i>Clanfer, Jules: Die soziale Ausschließung — Armut in reichen Ländern (Nikolinakos)</i>	202
<i>Roth, Jürgen: Armut in der BRD (Damm)</i>	204